

Stefan Kutzner • Ueli Mäder • Carlo Knöpfel
(Hrsg.)

unter Mitarbeit von
**Manfred Neuhaus, Alessandro Pelizzari,
Hector Schmassmann, Oliver Steiner,
Elisa Streuli und Michel Wälte**

**Working poor in der Schweiz –
Wege aus der Sozialhilfe**

**Eine Untersuchung über Lebensverhältnisse und
Lebensführung Sozialhilfe beziehender Erwerbstätiger**

Verlag Rüegger

Publiziert mit Unterstützung des Schweizerischen Nationalfonds
zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung.

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© Verlag Rüegger • Zürich / Chur 2004

www.rueggerverlag.ch

info@rueggerverlag.ch

ISBN 3-7253-0781-4

Umschlaggestaltung: Wiggenhauser & Woodtli, Zürich

Foto: Margret Bürgisser, Bremgarten

Druck: Südostschweiz Print AG, Chur

Inhalt

Kurzfassung	9
1 Einleitung	17
<i>Ueli Mäder, Stefan Kutzner, Carlo Knöpfel</i>	
2 Theoretische Bezüge	21
<i>Ueli Mäder, Hector Schmassmann</i>	
2.1 Soziale Ungleichheit	22
2.2 Dynamische Armutsforschung	24
2.3 Innere und äussere Faktoren	25
2.3.1 Kultur der Armut	26
2.3.2 Strukturelle Armut	27
2.3.3 Ansätze einer Synthese	29
2.4 Prekarität und Stabilität	30
2.5 Anomie und Devianz	31
2.6 Inklusion und Exklusion	33
2.7 Soziale Integration	36
2.8 Subsidiarität und Solidarität	37
3 Das working poor-Problem in der Schweiz:	
Forschungs- und Diskussionsstand	39
<i>Carlo Knöpfel</i>	
3.1 Einleitung	39
3.2 Working poor in der Schweiz	40
3.3 Sozialhilfe in der Schweiz	50
3.4 Working poor und Sozialhilfe	54
4 Sozialhilfebeziehende working poor:	
Soziodemographische Merkmale, Arbeitssituation, wirtschaftliche Verhältnisse und Ablösegründe	57
<i>Stefan Kutzner, Manfred Neuhaus, Olivier Steiner, Elisa Streuli</i>	
4.1 Einleitung	57
4.2 Methodisches Vorgehen	58
4.2.1 Definition der Grundgesamtheit	58
4.2.2 Untersuchungsfeld und Stichprobenziehung	59

6	Inhalt
4.2.3 Stichprobenrücklauf und Datenqualität	62
4.3 Soziodemographische Merkmale	63
4.4 Arbeitssituation	68
4.5 Finanzielle Ressourcen	75
4.6 Wohnverhältnisse	82
4.7 Verschuldung	85
4.8 Dauer der Sozialhilfe	87
4.9 Beratung und Interventionsleistungen der Sozialhilfe	89
4.10 Ablösegründe	91
4.11 Zusammenfassung	92
5 Lebensverläufe und Habitusformationen von working poor:	
Biographische Rekonstruktionen	95
<i>Stefan Kutzner, Alessandro Pelizzari</i>	
5.1 Einleitung	95
5.2 Lebenspraxis und Habitus: methodische Perspektiven zur Rekonstruktion von Lebensverläufen und Habitusformationen von working poor	95
5.2.1 Autonomie der Lebenspraxis	95
5.2.2 Habitus	97
5.3 Methodisches Vorgehen	101
5.3.1 Datenerhebung	101
5.3.2 Datenauswertung	103
5.3.3 Zur Darstellung	104
5.4 Ergebnisse im Überblick	105
5.4.1 Verschiedenheit der Armutslagen	105
5.4.2 Vier Armutstypen	106
5.4.3 Sozialhilfe und working poor	108
5.5 Paarhaushalte (Typ I)	109
5.5.1 Zusammensetzung des Samples	109
5.5.2 Vollzeitwerbstätige Paarhaushalte, gegenwärtig Sozialhilfe beziehend: Fallrekonstruktionen	110
5.5.3 Vollzeitwerbstätige Paarhaushalte, von der Sozialhilfe abgelöst: Fallrekonstruktionen	137
5.6 Paarhaushalte mit gesundheitlichen oder psychischen Einschränkungen (Typ II)	151
5.6.1 Sample	151

7	Inhalt
5.6.2 Aktuelle Fälle	151
5.6.3 Ehemalige working poor	157
5.6.4 Zusammenfassung	160
5.7 Alleinerziehende working poor	160
5.7.1 Sample	160
5.7.2 Zur Situation Alleinerziehender	161
5.7.3 Typologie	162
5.7.4 Typ I: Fallrekonstruktionen	163
5.7.5 Typ II: Fallrekonstruktionen	181
5.7.6 Typ III: Fallrekonstruktion	189
5.7.7 Weitere Fälle	297
5.8 Alleinstehende working poor	198
5.8.1 Sample	198
5.8.2 Aktuelle SozialhilfebezügerInnen (Falldarstellungen)	198
5.8.3 Ehemalige SozialhilfebezügerInnen (Falldarstellungen)	201
5.9 Zwei unterschiedliche Ausprägungen des Erwerbshabitus	203
6 Gespräche mit Fachleuten	207
<i>Ueli Mäder, Carlo Knöpfel</i>	
6.1 Methodisches Vorgehen	207
6.2 Sichtweisen	208
6.2.1 Beratung	209
6.2.2 Leitung	215
6.2.3 Ergänzungen	219
6.3 Folgerungen	226
6.3.1 Working poor	226
6.3.2 Sozialhilfe	227
6.3.3 Working poor und Sozialhilfe	228
6.3.4 Wirtschafts- und Sozialpolitik	228
7 Working poor und Sozialhilfe: Schlussfolgerungen	231
<i>Carlo Knöpfel, Ueli Mäder, Stefan Kutzner</i>	
Abbildungen und Tabellen	237
Bibliographie	239

Kurzfassung

Zum allgemeinen Hintergrund

Nach weit verbreiteter Vorstellung ist Armut mit Arbeitslosigkeit oder Erwerbsunfähigkeit verbunden. Nach vorherrschendem gesellschaftlichen Bild ist eine arme Person invalid oder gebrechlich, langzeit erwerbslos, deviant, psychisch behindert, drogen- oder alkoholsüchtig. So betrachtet müsste Armut nur noch das Problem von Gruppen sein, die am Erwerbsleben nicht teilnehmen und für die kein Anrecht auf ein Sozialversicherungseinkommen besteht.

Umso mehr überrascht die Tatsache, dass vom wechselseitigen Ausschluss von Erwerbstätigkeit und Armut keineswegs die Rede sein kann. In jüngster Zeit ist auch in der Schweiz die Existenz von working poor (erwerbstätige Arme) in das Blickfeld der öffentlichen Diskussion gerückt. Nach einer im Auftrag des Bundesamtes für Statistik vom Büro BASS durchgeführten Sekundäranalyse der Daten der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) liegt der Anteil der Erwerbstätigen, die in einem Haushalt, der mit einem Einkommen unterhalb der SKOS-Richtlinien zurecht kommen muss, bei 7.5 Prozent. Das sind 250'000 erwerbstätige Personen, zusammen mit ihren Haushaltsangehörigen 535'000 Personen. Eine beträchtliche Zahl, die verdeutlicht, dass Erwerbstätigkeit nicht notwendig vor Armut schützt.

Die Erwartung, dass Erwerbstätigkeit und Armut einander ausschliessen, ist ja keineswegs selbstverständlich. Als verwirklicht mag dieses Ideal während der Zeit des Wirtschaftswachstums nach dem Zweiten Weltkrieg gegolten haben. Vor dem Zweiten Weltkrieg und schon gar nicht im 19. Jahrhundert waren Armut und Erwerbsarbeit wechselseitig ausgeschlossen. Dennoch soll, so die einhellige Auffassung aller Akteure in der sozialpolitischen Arena, die Existenz von working poor nicht hingenommen werden. In der Tat existiert für ein politisches Gemeinwesen mit den working poor zunächst ein Problem auf der normativen Ebene. Die working poor zeigen an, dass das Ideal der Arbeitsgesellschaft in die Brüche zu gehen droht oder vielleicht schon zerbrochen ist. Dieses Ideal verspricht demjenigen, der sich qua Lebensführung den Erfordernissen der Erwerbsarbeit anpasst, ein materielles Leben oberhalb der Armutsschwelle. Die working poor zeigen an, dass dieses Ideal der Arbeitsgesellschaft nicht mehr umstandslos eingelöst werden kann. Es handelt sich mit dem working poor-Problem nicht um ein moralisches Problem, ob der gezahlte Lohn, ob die gebotenen Arbeitsbedingungen „gerecht“

sind, sondern um ein eminent sozialpolitisches Problem: das working poor-Problem betrifft nicht ausschliesslich diejenigen, die unter diesen Begriff subsumiert werden, sondern die gesamte Gesellschaft. Wenn Erwerbsarbeit nicht mehr garantiert, ein Leben oberhalb der politisch festgelegten Armutsschwelle zu führen, ist die Zunahme von Anomie, die Verletzung bestehender Normen, zu befürchten. Die allmähliche Erosion der Arbeitsethik könnte ebenso Folge sein wie die Zunahme illegaler Beschäftigungsverhältnisse.

Gegenwärtig ist die Sozialhilfe in der Schweiz die einzige Institution, die für die working poor zuständig ist. Die Sozialhilfe ist an sich jedoch gar nicht für eine solche Problematik, wie sie working poor-Haushalte haben, eingerichtet. Als Institution ist sie statt dessen auf die Überbrückung von individuellen Notfällen vorgesehen. Vorübergehende Hilfe zur Selbsthilfe, das ist ihre Devise. Bei working poor-Fällen handelt es sich jedoch nicht um vorübergehende, sondern um dauerhafte Mangellagen. Wird für working poor-Haushalte ergänzend Sozialhilfe bezahlt, bedeutet das faktisch die Subventionierung niedrig entlohnter Arbeitsverhältnisse und die Kompensation einer ungenügend ausgeformten Sozialpolitik.

Zur Studie

Wie kann die Sozialhilfe in der Schweiz zur Überwindung der Sozialhilfebedürftigkeit von working poor-Haushalten beitragen? Dieser generellen Frage wird in der Studie „Working poor in der Schweiz: Wege aus der Sozialhilfe“ nachgegangen. Die Ermittlung von biographischen (subjektiven) und sozioökonomischen (objektiven) Faktoren, die in die Armut führen, aber auch zur Überwindung der working poor-Existenz beitragen könnten, standen im Zentrum des Forschungsprozesses. In zwei unterschiedlichen Schweizer Regionen, Basel-Stadt und Freiburg (einschliesslich Agglomeration) wurden hierfür die Lebenssituation sozialhilfebeziehender working poor aus unterschiedlichen Perspektiven erfasst.

Die Untersuchung gliederte sich in drei Schritte. Sie begann mit einer standardisierten Auswertung von Sozialhilfedossiers sowohl aktuell sozialhilfebeziehender als auch von der Sozialhilfe abgelöster working poor. Die Untersuchung von Lebenssituation und biographischen Verläufen von voll- und auch teilzeitbeschäftigten working poor bildete den zweiten Forschungsschritt, dem sich die Ermittlung der Sichtweise von ExpertInnen aus der Sozialhilfe zum

working poor-Problem als dritter Forschungsschritt anschloss. Unterschiedliche Methoden aus der quantitativen wie auch der qualitativen Sozialforschung kamen dabei zur Anwendung. Durch die Kombination unterschiedlicher Forschungsperspektiven konnte ein differenziertes Bild der Lebenssituation sozialhilfebeziehender working poor gezeichnet werden.

Die hier gewählte Untersuchungseinheit ist der Haushalt, nicht die individuelle Person. Jemand kann ein die individuelle Existenz sicherndes Einkommen erwirtschaften und dennoch working poor sein, wenn nämlich von diesem Lohn eine ganze Familie leben muss. Jemand kann ein sehr niedriges Einkommen beziehen, ohne working poor zu sein, wenn nämlich das gesamte Haushaltseinkommen über dem Existenzminimum liegt. Nicht die Höhe des individuell bezogenen Einkommens ist entscheidend, sondern das gesamte Haushaltseinkommen, von dem die Haushaltsgemeinschaft tatsächlich leben muss.

Dossiersauswertungen

Im quantitativen Teil der Untersuchung werden die Teilpopulationen aktuell sozialhilfebeziehender (255 Fälle) und von der Sozialhilfe abgelöster working poor (140 Fälle) unter verschiedenen Aspekten (soziodemographische Merkmale, Zusammensetzung der Haushalte, Erwerbsverhältnisse, finanzielle Ausstattung und Ablösefaktoren) beschrieben. Unter den Sozialhilfe beziehenden working poor finden sich höhere Anteile alleinerziehender Frauen, ausländischer und Teilzeit arbeitender working poor als in der Gesamtpopulation der working poor in der Schweiz (Streuli/Bauer 2002). Sozialhilfebeziehende working poor sind im Vergleich zu den working poor, die keine Sozialhilfeleistungen beziehen, mehr mit den Problemen belastet, die sich aus Migration, Trennung bzw. Scheidung sowie gesundheitlich erzwungenen Einschränkungen des Erwerbsumfangs (Unfall, Krankheit, Teil- und Vollinvalidität) ergeben. Für die sozialhilfebeziehenden working poor gilt, dass Armut nicht nur Einkommensschwäche bedeutet, sondern eine Kumulation von verschiedenen Problemen vorhanden ist.

Etwas mehr als die Hälfte der working poor lösen sich über den Arbeitsmarkt von der Sozialhilfe ab. Dabei spielt der traditionelle Weg des Erwerbsverhaltens (Ausdehnung des Beschäftigungsgrades durch Überstunden, Zusatzjobs, Ehefrau nimmt teilzeitlichen Zusatzjob auf) die etwas grössere Rol-

le, ein etwas kleinerer Teil der working poor konnte durch eine qualitative Verbesserung seiner Erwerbssituation (Lohnerhöhung, Beförderung, Wechsel des Arbeitgebers) von der Sozialhilfe abgelöst werden. Ein Viertel der working poor wurde durch die Genehmigung eines Sozialversicherungseinkommens (meistens IV-Rente, jedoch auch AHV- und Unfallrente) von der Sozialhilfe abgelöst. Für das verbleibende Viertel waren andere Gründe (Wegfall von Unterstützungsverpflichtungen, Heirat, Umzug in einen anderen Kanton, private Unterstützung etc.) ausschlaggebend, die weder im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt noch mit einer Sozialversicherung standen.

Biographische Rekonstruktionen

Erhoben wurden 42 Interviews mit Haushaltsvorständen, wobei die eine Hälfte der ausgewählten Haushalte noch Sozialhilfe bezieht, die andere bereits abgelöst ist. Dieses Sample umfasst die gesamte Spannbreite der Population, wie sie in der ersten Erhebungsphase klassifiziert wurde: vollzeiterwerbstätige Paarhaushalte mit Kindern, teilzeit erwerbstätige Paarhaushalte, alleinerziehende Frauen, Paarhaushalte ohne Kinder sowie alleinstehende Personen. Die Interviews selbst dauerten ein bis zwei Stunden und wurden in der Regel im Haushalt der interviewten Personen geführt. Themen der Interviews waren die Erfahrungen mit der Sozialhilfe, die gegenwärtige Erwerbssituation, die alltägliche Haushaltsführung sowie die eigenen Perspektiven für die Zukunft.

Durch eine in Anlehnung an die Objektive Hermeneutik erfolgende Auswertung der biographischen Interviews mit working poor kann ein differenziertes Bild über deren Lebenssituation gewonnen werden. Die vier untersuchten und anhand von Fallbeispielen ausführlich dargestellten Haushaltsformen unterscheiden sich in einem recht beträchtlichen Ausmass voneinander. Im Zentrum dieses vergleichenden Untersuchungsteils steht ausserdem die Rekonstruktion des Erwerbshabitus von working poor. Durch diese Rekonstruktion kann nachvollzogen werden, wie working poor die Anforderungen des Erwerbslebens interpretieren und welche impliziten Strategien ihren Erwerbsbiographien jeweils zugrunde liegen. Zu den einzelnen Gruppen:

(1) Vollzeiterwerbstätige Paarhaushalte mit Kindern: Allgemein liegt allen diesen Fällen als biographischer Hintergrund ein Milieuwechsel, freiwillig eingegangen oder durch äussere Umstände verursacht, zugrunde. Bewältigt werden muss der Wechsel von einem eher vormodernen in ein moderneres

Lebens- und Arbeitsmilieu. Dieser Hintergrund trifft für MigrantInnen wie für SchweizerInnen gleichermassen zu. Auf dieser Basis als Hintergrund lassen sich die working poor-Existenz und der Sozialhilfebezug als Ausdruck dieser transitorischen Stellung zwischen zwei lebensweltlichen Milieus, zwischen denen ein Modernisierungsgefälle existiert, begreifen. Diese transitorische Stellung oder auch Spannung ist gekennzeichnet zum einen durch ein Aufstiegsinteresse und ein hohes Arbeitsethos, zum andern durch den Verzicht auf eine individuelle, auf dem Arbeitsmarkt verwertbare Spezialisierung, wobei dieser „Verzicht“ nicht nur durch verminderten Zugang zu beruflichen Ausbildungen verursacht ist, sondern sich ebenso im Habitus manifestiert. Um es anders auszudrücken: die working poor unseres Samples orientieren sich an den für sie unmittelbar erfahrbaren Erwartungen der äusseren Umwelt, weniger an eigenen Interessen und Zielsetzungen, die sie in der Erwerbssphäre zu verwirklichen suchen. — Bei einigen wenigen Fällen ist die Transformationsproblematik anders gelagert: nicht der soziale Aufstieg, sondern der soziale Abstieg muss bewältigt werden. Diese Problematik findet sich insbesondere bei Flüchtlings- und AsylbewerberInnenbiographien.

(2) Teilzeiterwerbstätige Paarhaushalte (teilweise mit Kindern): Hier liegen durch psychische oder somatische Erkrankungen bedingte Einschränkungen der Erwerbsfähigkeit vor. Die Ablösung von der Sozialhilfe kann entweder durch Gesundung oder auch durch Zuspruch einer IV-Rente erfolgen. Ansonsten gilt auch für diese Gruppe, dass sie wie die vorhergehende durch eine transitorische Stellung zwischen zwei Milieus gekennzeichnet ist.

(3) Alleinerziehende Frauen: Auffallend ist, dass viele der alleinerziehenden Frauen aus unserem Sample in Familien, die durch Trennung, Scheidung oder Scheidungsfolgen belastet waren, aufgewachsen sind. Auffallend weiterhin ist der Umstand, dass für die meisten dieser Frauen durch die Erwerbstätigkeit in hohem Masse „quasi-familiäre“ Bedürfnisse befriedigt werden: die Aufgabenbewältigung in einer Gemeinschaft und die dadurch erfahrene Anerkennung haben für sie Vorrang vor der individuellen Bewährung.

(4) Die alleinlebenden working poor erwiesen sich als eine sehr heterogene Gruppe. In der Regel lagen Trennungsprobleme oder Scheidungsfolgen, teilweise kombiniert mit psychischen Einschränkungen, vor.

Unterschieden wird in der Studie bei den erwerbstätigen working poor zwischen einem vormodernen und einem modernen Erwerbshabitus. Dabei handelt es sich um eine im Sinne Max Webers unternommene idealtypische Unterscheidung. Beiden Erwerbshabitus ist ein hohes Arbeitsethos eigen; der

Selbstbestätigung durch Leistung und ihrer Anerkennung durch andere kommt jeweils ein hoher Stellenwert zu. Der moderne Erwerbshabitus ist vor allem dadurch gekennzeichnet, dass vorwiegend eine berufliche, nicht an einen bestimmten Arbeitgeber oder eine bestimmte Betriebsgemeinschaft gebundene Selbstentfaltung gesucht wird. Demgegenüber ist der vormoderne Erwerbshabitus eher daran orientiert, im Rahmen einer gegebenen hierarchischen (Arbeits- oder Betriebs-)Ordnung Leistungen zu erbringen. Die jeweilige Ausprägung des Erwerbshabitus liess sich in den Interviews mit working poor nachweisen. Der Erwerbshabitus erklärt nicht die working poor-Situation. Im Fallmaterial wird deutlich, dass eine Ablösung von der Sozialhilfe über eine qualitative Verbesserung der Erwerbssituation (beispielsweise durch einen beruflichen Aufstieg) an die Existenz eines beruflichen Selbstentfaltungsinteresses gebunden ist.

Der Bezug von Sozialhilfe wird von working poor (bis auf die alleinerziehenden Frauen) als Nothilfe angesehen. Sozialhilfebeziehende working poor streben die Ablösung von der Sozialhilfe an und würden es bereits als deutliche Verbesserung ansehen, wenn sie ihren Lebensunterhalt ausschliesslich aus dem Erwerbseinkommen bestreiten könnten. Alleinerziehende Frauen betrachten die ergänzend zum Erwerbseinkommen ausgerichtete Sozialhilfe dagegen nicht als diskriminierend, da sie wegen familiärer Verpflichtungen ihren Erwerbsgrad nicht weiter ausdehnen können.

Gespräche mit Fachleuten

Insgesamt wurden 23 Gespräche mit verschiedenen Fachpersonen aus der Sozialhilfe (vor allem SozialarbeiterInnen wie SozialdienstleisterInnen) geführt. Diese Gespräche verdeutlichen vor allem, dass wegen der hohen Fallzahlen der einzelnen SozialarbeiterInnen für die Beratung der KlientInnen insgesamt wenig Zeit zur Verfügung steht, wobei dieser Sachverhalt vor allem für die sieben städtischen Sozialdienste, weniger für die der Agglomerationsgemeinden zutrifft. Die Folge ist, dass sich die Sozialhilfe auf die Auszahlung materieller Leistungen beschränkt. Weder existieren speziell auf die working poor zugeschnittene Beratungskonzepte, noch werden ihnen über allgemeine Sozialberatungen hinausgehende Leistungen erteilt. Problematisiert wird durchaus, dass die Sozialhilfe Gefahr läuft, weitergehende Probleme von working poor-KlientInnen (psychische oder somatische Einschränkungen) nicht oder

nur unzureichend wahrzunehmen. Einhellig wird festgestellt, dass dem working poor-Problem vorwiegend nicht über die Sozialhilfe, sondern über weitergehende sozialpolitische Massnahmen zu begegnen sei. Die Zahlung von Mindestlöhnen, Ergänzungsleistungen und die Erhöhung der Kinderzulagen werden als sozialpolitische Massnahmen empfohlen, um die Sozialhilfe zu entlasten. Die Gespräche mit den Fachleuten ergaben jedoch auch, dass durchaus die Bereitschaft vorhanden ist, sich verstärkt den sozialhilfebeziehenden working poor zuzuwenden. Voraussetzung sei jedoch die Entlastung der einzelnen SozialarbeiterInnen durch Reduktion der Fallzahlen.

Schlussfolgerungen

Auf der Basis unserer Studie lassen sich Schlussfolgerungen für die Sozialforschung, die Sozialhilfe wie auch die Sozialpolitik formulieren. So sollte die Armutsforschung stärker als bisher die Haushaltsgemeinschaft ins Blickfeld nehmen und von einer individualszentrierten Perspektive abrücken. Auch der hohen Dunkelziffer bezüglich der Nichtbezugsquote von Sozialhilfeleistungen sollte nachgegangen werden. Die Sozialhilfe benötigt mehr personelle Ressourcen. Sie sollte mehr die komplexe Problemlage von working poor berücksichtigen, ihre Beratungsleistungen ausbauen und auf working poor spezifizieren. Sie sollte dabei insbesondere ihr Augenmerk auf die Erhaltung der Erwerbsfähigkeit richten. Aber auch die SozialpartnerInnen und die Sozialpolitik sind gefordert, dazu beizutragen, die Einkommensverhältnisse von working poor zu verbessern.

1 Einleitung

Ueli Mäder, Stefan Kutzner, Carlo Knöpfel

„Working poor in der Schweiz – Wege aus der Sozialhilfe“ heisst das Thema der vorliegenden Studie. Sie analysiert mit quantitativen und qualitativen Methoden die Situation privater Haushalte, die trotz eigener Erwerbstätigkeit auf Sozialhilfe angewiesen sind – oder waren und einen Ausweg gefunden haben.

Im Jahre 1999 gehörten in der Schweiz 7,5% der 20-59-jährigen Erwerbstätigen zu den working poor. Das sind 250'000 Personen. Wenn wir die Haushaltsmitglieder einbeziehen, erhöht sich die Zahl auf 535'000 Personen bzw. auf 60% der Armen; darunter befinden sich 232'000 Kinder. Sie verteilen sich auf zwei Drittel der Haushalte. Der Anteil der working poor erhöhte sich zwischen 1992 und 1999 bei den Familien mit zwei und mehr Kindern von rund 11% auf 17%, bei den Alleinerziehenden von 15% auf 30%. Diese Angaben beziehen sich auf bereits vorliegende Studien (Streuli/Bauer 2001: 3). Sie bilden die Ausgangslage unserer Untersuchung. Hinzu kommt: Innert zehn Jahren haben sich bei der Sozialhilfe (nach nur annäherungsweise ermittelten Angaben) die Ausgaben auf 5 Mrd. Franken verdreifacht, die Zahl der BezügerInnen auf 250'000 Personen verdoppelt und der Anteil der working poor auf mindestens 15% erhöht. Probleme bereiten die tiefen Löhne. Auch Kinder erweisen sich als Risiko. Überdurchschnittlich gestiegen ist die Erwerbsquote der Frauen im untersten Einkommensdezil. Hätten die einkommensschwachen Haushalte im erwähnten Zeitraum ihren Erwerbsanteil nicht erhöht, gäbe es noch mehr working poor.

Aber was sind working poor? Unterschiedliche Definitionen bestehen. Differenzen betreffen den Erwerbsgrad, die Armutsgrenze sowie die Frage, ob wir von Einzelpersonen oder von Haushalten ausgehen. Je nachdem ergibt sich ein anderes Bild. Ein hoher Erwerbsgrad schliesst beispielsweise die Alleinerziehenden aus. Wir zählen zunächst alle Personen zu den working poor, die in einem Haushalt mit mindestens einer erwerbstätigen Person unter der Armutsgrenze leben, wie sie die Schweizerische Konferenz für öffentliche Sozialhilfe (SKOS) bestimmt. Bei den (in den 1990er-Jahren "entdeckten") working poor handelt es sich also um spezifische Arme, die trotz Erwerbsintegration arm sind. Wir konzentrieren uns dabei auf jene, die ergänzende Leistungen der Sozialhilfe erhalten bzw. erhalten haben.

Was ist zu tun, damit working poor Wege aus der Sozialhilfe finden? So lautet unsere zentrale Frage. Dabei interessiert: Wie setzen sich die working poor-Haushalte zusammen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind? Welche Faktoren führen dazu, dass Haushalte mit einem Erwerbseinkommen Sozialhilfe beziehen? Welche Leistungen erhalten working poor von der Sozialhilfe? Wie lange dauert die Unterstützung? Was trägt dazu bei, dass working poor Wege aus der Sozialhilfe finden? Welche Möglichkeiten hat die Sozialhilfe? Was können working poor tun? Und welche familien- sowie sozialpolitischen Massnahmen könnten hilfreich sein?

Wir gingen bei unserer Arbeit von Orientierungs-Hypothesen aus, die sich auf den bisherigen Forschungsstand beziehen. Wir führen sie hier verkürzt auf. Erstens: Sozioökonomische Rahmenbedingungen beeinflussen die Zahl der working poor. Zweitens: Kinder und niedrige Ausbildungsqualifikation sind wichtige Risikofaktoren. Drittens: Der Weg aus der working poor-Existenz führt über die berufliche Qualifikation. Viertens: Die Sozialhilfe kann über Beratung zum Ausstieg von working poor aus der Abhängigkeit von der Sozialhilfe beitragen. Diese Annahmen liessen sich nur beschränkt überprüfen, aber weiter differenzieren und fundieren.

Unsere Erhebung konzentriert sich auf die Kantone Basel-Stadt und Freiburg, die sich recht deutlich voneinander unterscheiden, und zwar bezüglich der Sprache (Deutsch, Französisch), der Konfession (überwiegend reformierte bzw. überwiegend katholische Bevölkerung), der Lage (zentral, peripher) und der wirtschaftlichen Struktur (dienstleistungs-, industrieorientiert).

Die Studie hat einen quantitativen und zwei qualitative Teile. Der quantitative besteht aus einer standardisierten Auswertung der Dossiers von rund 255 aktuellen und 140 ehemaligen working poor-Haushalten. Sie erhebt die gegebene Lebenslage der working poor. Dabei interessieren die Bereiche Arbeit, Ausbildung, Wohnen, Gesundheit, Unterstützung und Unterhaltungspflichten sowie die Veränderung der Lebensformen. Die erhobenen Daten weisen auf die Bedeutung von Alter, Geschlecht und geographischer Herkunft hin.

Bei den beiden qualitativen Teilen der Studie stehen offene Interviews mit 42 aktuellen und ehemaligen working poor-Haushalten im Vordergrund, zusammen mit 23 Leitfaden-Gesprächen mit VertreterInnen von Sozialdiensten und weiteren Fachleuten, die mit der Sozialhilfe in Basel-Stadt bzw. im Kanton Freiburg vertraut sind. Bei den Gesprächen mit aktuellen und ehemaligen working poor geht es um biographische Entwicklungen und die konkrete Alltagsbewältigung. Die Auswertung der biographischen Interviews versucht mit

Hilfe der Objektiven Hermeneutik prägende Strukturen zu erhellen, die den subjektiven Bedeutungsinhalten zugrunde liegen. Bei den Gesprächen mit Fachleuten interessieren erstens das Verständnis von working poor; zweitens die Anstrengungen der Sozialhilfe, working poor abzulösen; drittens Vorschläge an die Sozialhilfe und an die working poor; viertens weitere Massnahmen im Rahmen der Sozialen Arbeit (mit Einzelnen, Gruppen-, Gemeinwesen) sowie der Sozial-, Familien- und Wirtschaftspolitik. Die auf Band aufgenommenen und transkribierten Gespräche veranschaulichen, wie (unterschiedlich) Fachleute die gesellschaftlichen, institutionellen und persönlichen Anteile der working poor-Problematik sehen.

Theoretisch orientiert sich unsere Studie an der dynamischen Armutsforschung. Sie bezieht sich auf zwei unterschiedliche Traditionen. Die eine betont die inneren (subjektiven) Faktoren der Armut, die andere die äusseren (gesellschaftlichen). Wir versuchen die beiden Stränge miteinander zu verknüpfen.

Bei den Gründen, die aus der Sozialhilfe führen, unterscheiden wir zwischen aktiven und passiven Faktoren. Zu den aktiven zählen der angestrebte Stellenwechsel, der mit einer Lohnerhöhung verbunden ist, und die Erhöhung des Erwerbsgrades. Zu den passiven Faktoren gehört der altersbedingte Wegfall der Unterstützungspflicht. Dabei interessiert, inwiefern sich bei working poor-Haushalten trotz vorhandener Erwerbsarbeit auch Formen sozialer Desintegration feststellen lassen. Diese Analyse ist wichtig. Je nach Problemlage hat die Sozialhilfe mehr oder weniger Möglichkeiten, mit einer gründlichen Beratung konkrete Schritte aus der working poor-Existenz zu unterstützen. Prekäre Arbeitsbedingungen, niedrige Saläre und das mangelnde Angebot an Arbeitsplätzen lassen uns aber auch fragen, welche wirtschafts- und sozialpolitischen Massnahmen sich aufdrängen.

Die vorliegende Studie ist ein Gemeinschaftswerk, das durch Stefan Kutzner (Lehrstuhl Sozialarbeit und Sozialpolitik der Universität Freiburg) koordiniert wurde, der mit Carlo Knöpfel (Caritas Schweiz, Luzern) und Ueli Mäder (Hauptantragsteller, Institut für Soziologie der Universität Basel und Fachhochschule für Soziale Arbeit beider Basel) die Leitung bildete. Als wissenschaftliche Mitarbeiter wirkten die beiden Soziologen Alessandro Pelizzari (Universität Freiburg) und Olivier Steiner (Fachhochschule für Soziale Arbeit beider Basel) mit. Sie leisteten die Hauptarbeit bei der empirischen Datenerhebung. Manfred Neuhaus (Universität Freiburg) erstellte die Statistiken und wertete sie zusammen mit Stefan Kutzner aus. An der Auswertung der Inter-

views mit den working poor, welche vor allem Stefan Kutzner besorgte, waren im wesentlichen noch Silvia Heizmann, Manfred Neuhaus, Alessandro Pelizzari, Olivier Steiner und Michel Wälte beteiligt. Die ExpertInnengespräche werteten Ueli Mäder und Carlo Knöpfel aus. Elisa Streuli (Fachhochschule für Soziale Arbeit beider Basel) übernahm vorwiegend beratende Aufgaben. Monika Forster Riva, Silvia Heizmann, Hector Schmassmann und Michel Wälte führten Gespräche mit working poor, zusammen mit Sebastien Franco und Andrea Grawehr. Sie beteiligten sich auch an der Erarbeitung theoretischer Grundlagen. Die erweiterte Leitungsgruppe besprach in monatlichen Teamsitzungen alle wichtigen Fragen gemeinsam.

Wir danken dem Schweizerischen Nationalfonds für das Vertrauen, den Sozialhilfe-Einrichtungen in Basel-Stadt und im Kanton Freiburg für die weitgehend gute Zusammenarbeit und den vielen Fachleuten für die wertvolle Unterstützung. Ein besonderer Dank gilt den vielen working poor, die sich Zeit genommen und mit uns gesprochen haben. Wir hoffen, dass die nun abgeschlossene Studie mit dazu beiträgt, dass neue sozialpolitische Wege entwickelt werden, die das Ziel verfolgen, die Lebenssituation von working poor zu verbessern.

2 Theoretische Bezüge

Ueli Mäder, Hector Schmassmann

Was ist zu tun, damit working poor Wege aus der Sozialhilfe finden? So lautet die Hauptfrage der vorliegenden Studie. Sie verweist auf unser wesentliches Erkenntnisinteresse, das, theoretisch gestützt, der Praxis gilt. Die vorliegende Arbeit soll Faktoren ermitteln, die zur Überwindung der Armut von working poor-Haushalten beitragen. Dabei interessieren insbesondere die Interventionen der Sozialhilfe. Wer die Lage der working poor erklären und verändern will, muss versuchen, sie zu verstehen. Der Wandel der Arbeit, der Armut und der sozialen Sicherung bildet den Kontext, in dem wir die Situation der working poor und die Unterstützungsmöglichkeiten der Sozialhilfe analysieren. Aber wer gehört zu den working poor? Wir gehen im Kapitel „Stand des Wissens“ auf diese Frage ein und zählen zunächst alle Personen zu den working poor, die in einem Haushalt mit mindestens einer erwerbstätigen Person unter der Armutsgrenze leben, wie sie die Schweizerische Konferenz für öffentliche Sozialhilfe (SKOS) bestimmt. Diese pragmatische Bestimmung eignet sich aus Vergleichsgründen. Sie berücksichtigt zweierlei: erstens die Prekarisierung der Arbeit (Castel 2000) und zweitens die Differenzierung zwischen Voll- und Teilzeit-working poor (Streuli/Bauer 2001). Die ökonomische Prekarität, die zu sozialer Instabilität führen kann, besteht u.a. in einer Zunahme ungesicherter (und befristeter) Teilzeitarbeit. Sie kumuliert die Problemlagen, die durch niedrige Löhne und ungenügende Beschäftigung entstehen. Wir skizzieren hier theoretische Bezüge, die sich darauf beziehen und für unsere Arbeit wichtig sind.

Wir gehen von Theorien der sozialen Ungleichheit (Diezinger/Mayr-Kleffel 1999) aus und nehmen Stränge der dynamischen Armutsforschung (Leibfried/Tennstedt 1985, Mäder et al. 1991) und der interinstitutionellen Zusammenarbeit (Locher/Knöpfel 2000) auf. Hinzu kommen institutionelle (Fluder/StremLOW 1999) und biographische Zugänge (Ludwig/Leisering 1995). Interessant sind die beiden Ansätze von Oscar Lewis („The Culture of Poverty“, 1966) und Charles Valentine („Culture and Poverty“, 1968). Sie beziehen sich auf innere und äussere Faktoren der Armut. Wir versuchen die beiden Ansätze miteinander zu verknüpfen. Sie sind weiterhin aktuell (Niklowitz/Suter 2002: 9) und ergänzen die neuere Sozialstrukturforschung (Levy: 1997). Dabei geht es auch um die Bedeutung unterschiedlicher Ressourcenausstattung. Pierre Bourdieu (1984) unterscheidet das wirtschaftliche Kapital

(Vermögen) von dem sozialen Kapital (Beziehungen) und dem kulturellen Kapital (Bildung). Diese Differenzierung ist für die Analyse der sozialen Ungleichheit und der Situation von working poor bedeutend.

Wichtig ist auch Bourdieus Habituskonzept, das gesellschaftliche und individuelle Voraussetzungen bzw. Prägungen integrativ verknüpft und die Armutsdebatte dynamisiert, nicht polarisiert. Soziostrukturelle Daseinsbedingungen prägen nach Bourdieu (1993: 99) die Habitusstrukturen, die als System relativ dauerhafter, sich wandelnder und übertragbarer Dispositionen zu verstehen sind. Das verinnerlichte (und auch inkorporierte) habituelle Dispositionssystem ist Grundlage für den sozialen Sinn, der die sozialen Akteure leitet. Der Habitus beeinflusst den Lebensstil, der mit feinen Unterschieden die Zugehörigkeit zu sozialen Klassen dokumentiert, die sich im sozialen Raum positionieren (Bourdieu 1984: 212). Merkmale sozialer Klassen sind ökonomische, kulturelle und soziale Bedingungen sowie daraus hervorgehende Habitusformen und Lebensstile (Wälte 2003: 45).

2.1 Soziale Ungleichheit

Soziale Ungleichheit liegt vor, wenn Mitglieder einer Gesellschaft oder mehrerer Gesellschaften dauerhaft in unterschiedlichem Mass über notwendige oder begehrte Güter verfügen. Es geht dabei nicht um individuelle Unterschiede wie Grösse, Hautfarbe oder körperliche Kraft, sondern um die Verteilung von Wohlstand, Ansehen und Macht. Bei der Analyse sozialer Ungleichheit ist in westlichen Industriestaaten trotz zunehmender Kluft im Einkommens- und besonders im Vermögensbereich ein Wandel von vertikal zu horizontal orientierten Betrachtungen feststellbar. Die vertikal orientierten konzentrieren sich auf die klassenmässige Schichtung, die horizontal orientierten fokussieren Differenzierungen, die mehr parallel segmentiert sind und sich nach keinem Oben-unten-Schema verorten lassen. Wir nehmen im qualitativ ausgerichteten Teil unserer Arbeit eine mehr horizontale Sichtweise ein und berücksichtigen im quantitativ ausgerichteten Teil Merkmale, die der vertikalen Optik entsprechen und bei den sozialpolitischen Folgerungen aufgenommen werden. Die beiden Zugänge ergänzen sich. Sie erhellen objektive und subjektive Faktoren, die es auf der Analyse- und Interventionsebene zu verknüpfen gilt. Die working poor-Problematik lässt sich weder auf den Ein-

kommensmangel reduzieren noch individualisieren. Das versuchen wir in unserer Synthese aufzuzeigen.

Frühere Konzepte (Karl Marx) betonen die gesellschaftlichen Gegensätze aus dem Besitz an Produktionsmitteln. Sie gehen von antagonistischen Klassenstrukturen aus und nehmen an, dass das Sein das Bewusstsein prägt. Soziale Klassen- und Schichtmodelle (Max Weber, Theodor Geiger) beziehen weitere Kriterien wie Bildung, Qualifikation, Erwerbslage und Einkommen ein. Sie betrachten die äusseren Lebensumstände als zentral, die auch Charles Valentine betont. Modelle sozialer Lagen „jenseits von Klasse und Schicht“ (Ulrich Beck, Stefan Hradil) rücken individuelle Lebenschancen in den Vordergrund. Milieutheorien (Gerhard Schulze) halten Lebensstile für weitgehend frei wählbar. Schulze (2000) geht in seiner Kulturosoziologie der Gegenwart davon aus, dass die Suche nach Glück die materiellen Sorgen ablöst. Soziale Milieus scheinen die sozialen Klassen zu ersetzen. Eine andere Sicht vertritt Pierre Bourdieu (1984, 1997). Kulturelle Praktiken weisen seiner Auffassung nach eigene Dynamiken auf, sind aber stets sozial eingebunden. Sie repräsentieren gesellschaftliche Rangordnungen. Das äussert sich beispielsweise auch darin, wie working poor ihre Freizeit verbringen (Wälte 2003).¹

Niklowitz und Suter (2002: 8) beschreiben, wie sich die armutsbezogene Ungleichheitsforschung auf theoretischer Ebene wandelt. Ältere Schichtmodelle weichen individuumszentrierten Sichtweisen.² Neuere Ansätze verwenden ein breites Repertoire von Indikatoren aus unterschiedlichen Lebensbereichen. Sie ermöglichen wertvolle Differenzierungen. Wie notwendig diese sind, zeigen unsere Gespräche mit working poor. Die horizontalen Sichtweisen sind in der Lage, die vertikalen zu ergänzen und zu fundieren. Sie können diese aber nicht ersetzen. Es gibt working poor, die dank Beratung ihre Freizeit neu gestalten, gesundheitliche Probleme angehen oder Konflikte lösen, konstruktiver bewältigen und das alles als hilfreich erleben. Aber damit sind die niedrigen Einkommen in der Arbeitswelt nicht aus der Welt geschaffen, die viel Stress verursachen und andere Massnahmen erfordern.

¹ Michael Vester (2001) geht darauf ein, wie soziale Milieus auch einem gesellschaftlichen Strukturwandel unterliegen.

² Niklowitz und Suter (2002: 8) verweisen u.a. auf die relative Deprivation (Townsend 1979), die Exklusion (Lenoir 1974), die kumulierte Deprivation (Hanesch 1994) und die regionale Deprivation (Lee et al. 1995).

2.2 Dynamische Armutsforschung

Die dynamische Armutsforschung (Leibfried/Tennstedt 1985, Mäder et al. 1991) betrachtet die Armut nicht als Zustand, sondern als Prozess. Sie weist auf unterschiedliche Armutstypen und zeitliche Verläufe hin, und auch darauf, dass der alte Ausspruch „einmal arm, immer arm“ immer weniger zutrifft. Früher wurden Menschen in die Armut geboren. Heute heisst es, die Armut könne alle treffen, unabhängig vom Status. In biographischen Verläufen zeigt sich ferner „ein häufiger Wechsel von Perioden von Armut und Nicht-Armut“ (Streuli/Bauer 2001: 3). Mit Dynamik der Armut meint Sheldon (1991) die Mobilität und Flexibilität von Erwerbslosen bzw. Armutsbetroffenen. Er bezieht die Dynamik und Mobilität auf die zeitliche Zugehörigkeit zum untersten Einkommensdezil. Diese Sicht beinhaltet die Gefahr, Armut zu verharmlosen. Denn die materielle Verbesserung allein kann nicht verhindern, dass andere Benachteiligungen weiter bestehen. Wenn Kinder durch Lohneinbrüche der Eltern an Selbstwert verlieren, verändert sich ihr Lernverhalten laut Kane (1996) nicht einfach mit der Erhöhung des Haushalts-Einkommens. Wir orientieren uns an prozessorientierten Ansätzen der Armutsforschung und betrachten den Ausstieg der working poor aus der Armut primär unter dem Aspekt, was die Sozialhilfe dazu beitragen kann. Dabei versuchen wir auch den weiteren Kontext bzw. das sozioökonomische Umfeld zu berücksichtigen.

Bei den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ist der (Anpassungs-)Druck zu erwähnen, der sich aus der verschärften internationalen Konkurrenz und der Rationalisierung der betrieblichen Produktionsprozesse ergibt. Diese äussert sich in der Zunahme der Erwerbslosigkeit und der Prekarisierung der Beschäftigung, die auch die Situation der working poor betrifft. Hinzu kommt die finanzielle Kluft, die sich bei Teilen der unteren Einkommen öffnet, weil die stagnierenden Reallöhne mit den steigenden Lebenskosten nicht Schritt halten. Das bedeutet, dass das System der sozialen Sicherung, das ohnehin Mühe hat, sich dem Wandel der Lebensformen anzupassen, neue Risiken abdecken muss, was zusätzliche Mittel erfordert. Der Sozialhilfe kommt hierbei, wie unsere Gespräche mit Fachleuten veranschaulichen, die schwierige Aufgabe zu, die Mängel der vorgelagerten Systeme der sozialen Sicherung wettzumachen. Wir gehen am Schluss der theoretischen Bezüge (Kapitel 2.8) weiter auf diesen Aspekt ein.

Die Analyse der Dynamik der Armut muss nach unserem Verständnis auch Prozesse berücksichtigen, die sich innerhalb betroffener Familien vollziehen. Dazu gehört der psychische Druck, den working poor allenfalls empfinden, wenn sie trotz eigener Erwerbstätigkeit auf Unterstützung angewiesen sind (Mäder et al. 1991). In stark individualisierten Gesellschaften strengen sich working poor möglicherweise besonders an, um die Ansprüche der Konformität zu erfüllen. Dabei stellt sich die Frage, inwiefern sie sich Schwierigkeiten anlasten, die gesellschaftlich mitverursacht sind. Einzelne working poor versuchen mit eigenem Verzicht ihren Kindern besondere Annehmlichkeiten zu ermöglichen. Das geht aus Gesprächen hervor, die wir im qualitativen Teil unserer Studie veranschaulichen. Es gibt auch working poor, die berichten, wie sich der empfundene Stress innerfamiliär entlädt. Einzelne empfinden mögliche Verbesserungen sogar als Bedrohung. Vielleicht, weil Hinweise auf nötige Veränderungen zu einem persönlichen Handeln auffordern, von dem befürchtet wird, dass es scheitern und weitere Defiziterfahrungen mit sich bringen könnte.

Richter (2002: 119) beschreibt, wie verlockend konsumorientierte (Kompensations-)Angebote sind, die imaginäre Sicherheiten vermitteln. Die Knappheit könne auch Rivalitäten und Ressentiments verstärken. Ständiger Aktivitätsdruck entspreche einem verbreiteten Leistungsideal. So halten je nachdem auch Haushalte mit niedrigem Einkommen an Normen ausgeprägter Konkurrenz fest und verteidigen die Vorbilder der Anpassung. Wenn die Normerfüllung zum zentralen Inhalt wird, gerät laut Richter die emotionale Basis in Bedrängnis. Die Überforderung kann die Labilität der Identität erhöhen und den Selbstwert betroffener Kinder beeinträchtigen. Arme Eltern übertragen eigene Ängste manchmal, indem sie übermässige Leistungen fordern und Identität als etwas (miss-)verstehen, das keine Widersprüche zulässt.

2.3 Innere und äussere Faktoren

Was das Zusammenwirken von inneren und äusseren Faktoren der Armut betrifft, beziehen wir uns auf eine Debatte, die bereits während der 1960er Jahre geführt wurde und heute neu auflebt. Wir veranschaulichen sie an den beiden Exponenten Oscar Lewis und Charles Valentine. Lewis betont die innere Dynamik der Armut. Er hebt subjektive Aspekte und individuelle Auswege hervor. Valentine betont die äussere Dynamik. Er rückt sozioökonomische Fak-

toren in den Vordergrund. Wir versuchen, die beiden Ansätze miteinander zu verknüpfen, orientieren uns dabei u.a. an Hector Schmassmann (2003), der auch vorschlägt, geschlechtsbezogene Aspekte zu berücksichtigen. In bisherigen Debatten über working poor wurden äussere Faktoren stark betont. Die Fachleute der Sozialhilfe thematisierten in unseren Gesprächen vorwiegend die Bedeutung der Sozial-, Familien- und Lohnpolitik. Wir setzen uns im qualitativen Teil der vorliegenden Arbeit auch intensiv mit inneren Aspekten der working poor-Thematik auseinander, die bei working poor auf Grund der Erwerbsintegration weniger wichtig zu sein scheinen.

2.3.1 Kultur der Armut

Oscar Lewis (1961, 1966) unterscheidet den Lebensstil armer Menschen von dem anderer Gesellschaftsmitglieder. Er stellt fest, dass sich die Lebensstile von Armen in verschiedenen Gesellschaften ähneln und leitet aus seinen Beobachtungen eine gemeinsame Kultur ab. Diese beinhaltet Verhaltensweisen, die gelernt und weiter vermittelt werden. Sie äussern sich in bestimmten Wertvorstellungen. Die Annahme einer Kultur der Armut geht davon aus, dass sie in relativ eigenständigen Milieus lokalisiert ist, in denen jeweils eigene und spezifische Handlungsorientierungen ausgebildet sind. Lewis hat sein Konzept in den 1960er Jahren im Rahmen seiner Feldforschungen in Randsiedlungen von Mexiko City und Puerto Rico entwickelt. Er interpretiert die Kultur der Armut als Ausdruck einer eigenständigen Lebensform, die über Sozialisation an kommende Generationen weitergegeben wird.

Auf der individuellen Ebene sieht Lewis folgende Merkmale: ein Gefühl der Randständigkeit, Hilflosigkeit, Abhängigkeit, Unterlegenheit, Resignation und des Fatalismus. Hinzu kommt eine Präferenz für die Gegenwart mit mangelhafter Fähigkeit, Bedürfnisse zeitlich aufzuschieben (deferred gratification pattern). Auf der familialen Ebene erwähnt er: freie Partnerschaften oder Konsensualen, verlassene Mütter und Kinder, eine Tendenz zu mutterzentrierten Familien und eine erhöhte Kenntnis der Verwandtschaft in weiblicher Linie. Auf der gesellschaftlichen Ebene weist Lewis auf die mangelnde Integration in das öffentliche Leben hin. Die städtischen Armen gehören selten einer Gewerkschaft oder einer anderen Vereinigung an. Sie beteiligen sich kaum an Parteiaktivitäten, besuchen keine Museen und beziehen sich stark auf die eigene Familie.

Lewis betrachtet die Kultur der Armut nicht bloss als Reaktion der Armen auf ihre randständige Existenz in einer Gesellschaft, die durch Klassenschichtung und Individualismus geprägt ist. Die Kultur der Armut vermittelt selbst Handlungsorientierungen, die von den Armen verinnerlicht und von einer Generation an die nächste weiter gegeben werden. Sie perpetuiert die Armut und verfestigt Merkmale zu Mechanismen, die den Fortbestand der Armut begünstigen. Fatalistische Einstellungen und resignative Verhaltensweisen erleichtern das Akzeptieren der Situation. Dies äussert sich beispielsweise in gewerkschaftlicher Abstinenz, die wiederum das eigene Machtpotenzial schwächt. Kinder übernehmen nach Lewis bereits in frühen Jahren die wesentlichen Werthaltungen der Subkultur. Sie werden psychologisch nur ungenügend darauf vorbereitet, die Möglichkeiten zu nutzen, die das Leben bietet.

Lewis ist der Ansicht, dass sich sein Konzept zumindest eignet, die Situation von Armen in Entwicklungsgesellschaften zu erklären. Das beinhaltet eine wichtige Relativierung. Denn in fortgeschrittenen industrialisierten Gesellschaften sei diese Kulturform kaum ausgeprägt. Sie gelte nur für eine Minderheit. Lewis schätzt, dass in den Vereinigten Staaten etwa 20 Prozent der Armen den Lebensstil der Kultur der Armut annehmen. Andere soziologische Theorien (Harrington 1963) übertragen die Kultur der Armut rigoros auf die Mehrheit der Armen in den Industriegesellschaften. Wir gehen bei den Gesprächen mit working poor ausführlich auf die Bedeutung innerer Faktoren ein. Dabei interessiert, ob sich Hinweise auf das finden lassen, was Lewis als Kultur der Armut beschreibt. Dies übrigens in Anlehnung an die häufiger thematisierte Kultur der Arbeit, die für working poor möglicherweise viel bedeutender ist.

2.3.2 Strukturelle Armut

Forschungsarbeiten, die in verschiedenen Gebieten mit Niedrigeinkommen durchgeführt wurden, lassen Zweifel an der These der Kultur der Armut aufkommen. Charles und Betty Lou Valentine (1970), die in einem afroamerikanischen Quartier forschten, stellen im Gegensatz zu andern Armutstheorien fest, wie sich Arme in der Lokalpolitik engagieren, die institutionellen Angebote nutzen, Mietervereinigungen und Quarterräte bilden. Aus der Forschungsarbeit von Charles und Betty Lou Valentine geht hervor, dass die Lebensstile der Armen vielfältige Unterschiede aufweisen. Zu ähnlichen Erkenntnissen gelangen Muriel Madge und Nicola Brown (1982). In ihrem

Buch „Despite the Welfare State“ diskutieren sie die Ergebnisse einer Forschung zur sozialen Deprivation, die zusammen mit dem Social Science Research Council in London durchgeführt wurde. Mit Deprivation meinen sie zunächst einen Zustand der Entbehrung. Für Brown und Madge spricht die empirische Evidenz dafür, dass kulturelle Werte für die Entstehung und den Transfer von Deprivation nicht wichtig sind. In der Regel erziehen Eltern ihre Kinder nicht so, wie sie selbst erzogen wurden. Soziale Benachteiligungen der Armen entstehen nicht durch kulturelle Zwänge. Nach qualitativen Forschungen (im Auftrag der Joseph Rowntree Foundation in England) lässt sich die Kultur der Armut nur bei einem geringen Prozentsatz der Haushalte mit einem niedrigen Einkommen finden (Kempson 1996). Wichtiger als kulturelle Zwänge sind strukturelle und situative. Sie verursachen nach dem skizzierten Ansatz das Leben in Armut.

Eine weitere Kritik am Konzept einer Kultur der Armut richtet sich gegen den Kulturbegriff. Dieser impliziert, dass das Verhalten der Armen über den Sozialisationsprozess verinnerlicht wird, sich als wandelresistent erweist und an festen Werten orientiert. Nach Lewis wird eine Kultur der Armut zwar durch Umstände wie die Arbeitslosigkeit oder niedrige Einkommen gefördert. Wenn die Subkultur der niedrigen Einkommensgruppen aber etabliert ist, entfaltet sie eine eigene Dynamik, die auch bei veränderten Umständen bestehen bleibt, da die Kultur der Armut von den Normen und Werten der Mehrheitskultur einer Gesellschaft weitgehend abgekoppelt ist.

Charles Valentine (1968) wendet sich dagegen, das Verhalten der Armen als eine Reaktion auf verinnerlichte kulturelle Muster zu interpretieren. Er versteht deren Verhalten als eine Reaktion auf strukturelle und situative Zwänge. Anders ausgedrückt: Die Armen werden durch objektiv erfassbare Tatsachen wie niedrige Einkommen oder Arbeitslosigkeit gezwungen, so zu handeln, wie sie es tun. An diesem Ansatz orientieren sich Vorstellungen, die davon ausgehen, dass working poor primär ein ergänzendes Einkommen benötigen und ihr Verhalten verändern, sobald sich die Umstände verbessern. Arme orientieren sich an zentralen gesellschaftlichen Normen. Sie halten an gängigen Werten fest, auch wenn sie nur beschränkt in der Lage sind, entsprechende gesellschaftliche Ansprüche zu erfüllen. Arme übernehmen nach diesem Ansatz soweit möglich die Einstellungen und Verhaltensweisen der „Mehrheitskultur“.

Elliot Liebow vertritt in seiner klassischen Studie „Tally’s Corner“ die Theorie situativer Zwänge (Liebow 1967). Die Studie stützt sich auf eine teil-

nehmende Beobachtung schwarzer „streetcorner men“, die einen grossen Teil ihrer (Frei-)Zeit auf offenen Plätzen in einem Slumviertel von Washington D.C. (Vereinigte Staaten) verbringen. Die Männer sind entweder arbeitslos, unter- bzw. Teilzeit beschäftigt oder schlecht entlohnt. Sie arbeiten als Hilfskraft, Fahrstuhlführer, Hausmeister, Kellnerlehrling und Tellerwäscher. Ihr Bild von der Erwerbsarbeit basiert auf Wertvorstellungen, die der Mehrheitskultur entsprechen. Die Männer wollen Jobs mit höherem Lohn, ohne über die notwendigen Qualifikationen zu verfügen. Sie betrachten ihre Beschäftigung aus dem Blickwinkel privilegierter Mitglieder der Gesellschaft. Liebow lehnt die Idee einer Kultur der Armut ab. Er erklärt das Verhalten der Armen aus situativen Zwängen, nicht aus kulturellen. Kritische Betrachtungen der Theorie der „underclass“ teilen diese Auffassung (Blackman 1997, Craine 1997).

2.3.3 Ansätze einer Synthese

Ulf Hannerz (1967) strebt einen Kompromiss zwischen den Standpunkten von Liebow und Lewis an. Der schwedische Anthropologe sieht in beiden Ansätzen gewisse Vorzüge. Er führte seine Untersuchungen in einem Slumviertel von Washington D.C. durch. In seinem Buch „Soulside“ erläutert er anhand der Theorie der Männlichkeit, wie Verhaltensweisen, die bei einer sozialen Gruppe genügend Akzeptanz finden, eine kulturelle Prägung erhalten und weiter vermittelt werden. Wie Liebow interpretiert Hannerz die Theorie der Männlichkeit als Antwort auf situative Zwänge, welche die Armen mehr beeinflussen als kulturelle Komponenten. Er räumt allerdings ein, dass sich Männlichkeitsmuster verfestigen und den Wandel im Sinne eines „cultural lag“ auch dann noch eine Zeit lang behindern, wenn die ursächlichen Zwänge wegfallen. Vernachlässigt bleibt hierbei die Frage nach geschlechtsbezogenen Unterschieden. Wir kommen am Schluss des Kapitels darauf zurück. Zunächst geht es bloss darum, am Beispiel der Männlichkeit einen Ansatz vorzustellen, der innere und äussere Faktoren verknüpft.

Ein vielversprechender Ansatz, wie sich Struktur und Kultur verbinden lassen, findet sich bei Pierre Bourdieu (1984, 1997). Er kritisiert, wie die Entdeckung kultureller Lebensstile dazu führt, die Gesellschaft mehr als Episode denn als Struktur zu betrachten und den Alltag mit einer Lebensbühne zu verwechseln. Gegenwärtige Theorien der Individualisierung vernachlässigen seiner Auffassung nach wichtige frühere Debatten (Neckel 2000). Georg Simmel beschrieb vor gut einem Jahrhundert die Folgen sozialer Differenzierung so-

wie Grundformen sozialer Wechselwirkung. Er analysierte etwa, wie sich sozialer Gehorsam in der Mode äussert. Max Weber diskutierte, inwiefern Lebensstile auch Behauptungsstrategien im Konkurrenzkampf um soziale Hierarchien sind.

Laut Bourdieu sind Klassenunterschiede nicht verschwunden. Er untersucht die Politik der Lebensstile und achtet auf die feinen Unterschiede. Sie äussern sich vor allem im Umgang mit Risiken, aber auch beim Grillieren oder darin, wie working poor einen Hausflur einrichten. Kultur ist soziale Praxis. Sie verkörpert symbolische Macht. Die soziale Herkunft und Position prägen die kulturellen Praktiken. Sie dokumentieren sich in der hierarchischen Geltung des kulturellen Geschmacks. Der Lebensstil folgt dem sozialen Rang, allerdings nicht im Sinn einer orthodoxen Klassenanalyse. Bourdieu begreift die Gesellschaft als sozialen Raum. Äussere Faktoren beeinflussen den Habitus, die Dispositionen, Denk- und Handlungsmuster. Sie finden sich in Distinktionszeichen und distanzierenden Handlungen über Titel, Kleidung, Sprache und Manieren. Die sozialen Klassen lassen sich nicht nur über das ökonomische Kapital bestimmen. Zur Ressourcenausstattung gehören, nebst Einkommen und Vermögen, auch das kulturelle Kapital in Form von Ausbildung und das soziale Kapital, das über Beziehungen und Vernetzungen zum Tragen kommt.

2.4 Prekarität und Stabilität

Die Lohnarbeit ermöglicht laut Robert Castel (2000) materielle Sicherheit und soziale Identität. Die einst würdelose Lohnarbeit ist für viele Menschen zur zentralen, aber gefährdeten Orientierung geworden. Castel untersucht die Bedingungen der gesellschaftlichen Kohäsion über den Umweg der gesellschaftlichen Dissoziation. Als integriert betrachtet er (ähnlich wie Leu et al. 1997) Arme, die Sozialhilfe beziehen. Die unterstützten Armen sind weniger Destabilisierungsrisiken ausgesetzt als jene, die über kein Netz verfügen (Castel 2000: 12). Auch Menschen, die über wenig Lohn verfügen, scheinen sozial eingebunden zu sein. Die materielle Abstützung durch die Erwerbsarbeit hilft, ist aber weder gesichert noch genügend. Castel analysiert, wie ökonomische Prekarität und soziale Instabilität zu Anomie führen (wir kommen im Kapitel 2.5 darauf zurück.).

Wo ein Unterschicht-Bewusstsein verbreitet ist, fällt es laut Castel den Ausgegrenzten leichter, gemeinsame Handlungsstrategien zu entwickeln. Der Wandel der Lohnarbeit erschüttert jedoch sämtliche Gewissheiten. Er setzt die Gesellschaft neu zusammen. Die soziale Frage tauchte unter dieser Bezeichnung in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts auf. Sie bezog sich – im Zeichen der industriellen Revolution – auf den Pauperismus. Es galt damals, die Arbeiterklasse zu integrieren, um den drohenden Umsturz zu verhindern. Mit dem Begriff der neuen sozialen Frage lehnt sich Castel nicht am sinn- und wertorientierten christlich-sozialen Verständnis der 1970er-Jahre an. Im Vordergrund steht für ihn die soziale Ausgrenzung (exclusion), die als Entkopplung (désaffiliation) zu verstehen ist (Castel 2000: 415). So genannt Überzählige werden heute als unnütz betrachtet. Das macht es schwierig, gemeinsame Strategien zu entwickeln, zumal ein wichtiger Rückhalt schwindet. Mit der Autonomisierung der Ökonomie geht ein Verlust sozialstaatlicher Integrationskraft einher. Die ausgehandelten sozialen Kompromisse, die das Wirtschaftswachstum ermöglicht haben, sind gefährdet. Die einseitige Abhängigkeit der Arbeitnehmenden von der Erwerbsarbeit schwächt auch die (Verhandlungs-)Position der working poor.

Vom 19. Jahrhundert an war es die Aufgabe der Sozialpolitik, die brüchige Struktur freier Arbeitsverträge und niedriger Einkommen abzusichern. Es galt, individualisierte Risiken jener aufzufangen, die ohne Anbindung und Unterstützung waren. Mit dem Übergang zur so genannt nachindustriellen Gesellschaft vollzieht sich eine Wende (Castel 2000: 30). Das frühere Übermass an Zwängen weicht einer Schwächung der erkämpften Absicherungen. Nicht nur Erwerbslose sind auf Unterstützung angewiesen; auch Erwerbstätige benötigen Sozialhilfe. Die liberale Moderne erscheint als Auseinandersetzung zwischen den Adepten des Fortschritts und den Verteidigern scheinbar altertümlicher Privilegien (Castel 2000: 141). Die zunehmende Verunsicherung führt zu einer Desorientierung und zu neuen Formen der Anomie. Sie erhöht die Gefahr, Halt in autoritären (und repressiven) Ideologien zu suchen. Die soziale Benachteiligung kann auch zu erhöhter Devianz führen.

2.5 Anomie und Devianz

Anomie wird in der Soziologie als Zustand der Regellosigkeit bzw. der Normlosigkeit verstanden. Emile Durkheim (1893) zeigte in seiner Untersuchung

über die soziale Arbeitsteilung sozial-pathologische Auswirkungen der sozialen Differenzierung im Frühindustrialismus. Die sich rasch entwickelnde menschliche und soziale Arbeitsteilung führte, nebst der Reichtumsvermehrung, zugleich zu einem Zerfall von Verteilungsregeln. Sie störte die allgemein verbindlichen Regeln, die definierten, was jeder Klasse von Menschen aus dem kooperativ erwirtschafteten Arbeitsprodukt zusteht. Robert K. Merton (1938) verfeinerte später die Theorie der Anomie, indem er den Begriff der Regel differenzierte. Merton unterschied zwischen: erstens kulturellen Zielen als Wünsche und Erwartungen der Menschen einer Gesellschaft; zweitens Werten, welche die Mittel vorschreiben, die Menschen zur Realisierung dieser Ziele und Werte anwenden dürfen; und drittens der Verteilung dieser Mittel bzw. dem normierten Zugang zu diesen Mitteln.

Als sozialen Zustand der Anomie bezeichnet Hillmann (1994: 28-29) eine Dissoziation (Unstimmigkeit, Ungleichzeitigkeit) von Zielen und Mitteln. Dies insbesondere zwischen den aus kulturellen Zielen sich ableitenden sozialen Ansprüchen und dem beschränkten Zugang einkommensschwacher Schichten zu den zugelassenen Mitteln. Hillmann (ebd.) geht dabei davon aus, dass ein solcher Strukturzustand die Bindung und Orientierung der Menschen an die kulturell vorgeschriebenen Ziele oder an die zugelassenen Mittel schwächt. Folgen sind Orientierungslosigkeit und Ungewissheit über die Substanz und die Legitimität von Normen in Situationen sozialer Interaktion. Das kann wiederum zu Frustrationen, Fehlanpassungen, sozialen Distanzierungen und weiterer sozialer Desintegration führen.

Theorien mittlerer Reichweite beinhalten nach Robert K. Merton (Coser 2000: 302) keine umfassenden, komplexen gesellschaftlichen Totalanalysen. Ihr Geltungsumfang reicht jedoch über einfach erklärende Aussagen und über einzelne, raumzeitlich eng begrenzte empirische Regelmässigkeiten hinaus. Mertons Theorie der Anomie enthält durchaus Bezüge zur working poor-Debatte. Anomische Zustände bestehen seiner Auffassung nach dann, wenn kulturell vorgegebene und verbindlich normierte Ziele auf der Basis der realen ökonomisch-sozialen Strukturen nicht mehr universell sind bzw. sich nicht mehr von allen Mitgliedern der Gesellschaft erreichen lassen. Materieller Wohlstand, der mit eigenen Kräften erarbeitet wird, gilt in westlichen Industriegesellschaften als kulturell vorherrschendes Ideal. Wer nicht in der Lage ist, dieses Ziel zu erreichen, gerät in Legitimationszwang. Working poor erfahren, dass eigene Leistungen nicht genügen, um das als angemessen definierte materielle Wohlstandsniveau zu erreichen. Sie erleben die Unterstüt-

zungsleistungen durch die Sozialhilfe teilweise als negative Sanktionierung. Einzelne unserer qualitativen Interviews veranschaulichen das.

Nach Merton kann die Anomie auch zu Devianz führen. Mit Devianz ist zunächst ein abweichendes Verhalten (Hillmann 1994: 4-5, 149) gemeint, das nicht den Normen, Vorschriften oder Verhaltenserwartungen entspricht, die in einer Gesellschaft für Interaktions-Beziehungen gelten. Dabei können Dispositionen bedeutend sein, die durch Lern- und Milieueinflüsse hervorgerufen werden. Devianz lässt sich auch als Abwehr gegen sozial verursachte Angst- und Schuldgefühle sowie gegen normative Überforderungen deuten.

Laurie Taylor (1971) wirft Merton vor, er thematisiere die Devianz, ohne auf die gesellschaftlichen Machtbeziehungen einzugehen, und vernachlässige die Frage, wer die Gesetze erlasse und wer daraus Nutzen ziehe. Er gehe zudem von den Prämissen aus, dass in der amerikanischen Gesellschaft ein Wertekonsens existiere und struktureller Stress zu abweichendem Verhalten führe. Mertons deterministische Theorie vermöge jedenfalls nicht zu erklären, warum Individuen, die anomischen Zuständen ausgesetzt sind, nicht kriminell oder deviant werden.

Robert Reiner (1984) verteidigt Merton, der durchaus gesehen habe, dass nicht alle BürgerInnen an den Erfolg des amerikanischen Traums glauben. Diese Ziele sind laut Merton in den unteren Sozialschichten allerdings stark verbreitet. Sie können deren abweichendes Verhalten erklären, das häufiger registriert wird, da es auf der Strasse stattfindet. Angestellte begehen abweichende Handlungen eher in Wohn- und Geschäftsräumen. Merton (1938) wies selber darauf hin. Seine zu modifizierende Theorie hilft, abweichendes Verhalten besser zu verstehen.

2.6 Inklusion und Exklusion

Das Schweizer System der Sozialhilfe befindet sich in einem Umbruch. Verwaltungsreformen und Reorganisationen sollen den Integrationsauftrag effizienter gestalten. Die knapper werdenden Mittel kommen vermehrt jenen zugute, die als integrationsfähig gelten. Das erfordert laut Sozialhilfe-Verantwortlichen eine entsprechende Selektionierung und Segmentierung, was Kritik hervorruft. „Das Ziel von Integrationsmassnahmen kann nicht sein, die Betroffenen unter allen Umständen und möglichst rasch zu (re)integrieren und damit mit hoher Wahrscheinlichkeit dem prekären Teil des Ersten Arbeits-

marktes zuzuführen“, schreibt Kurt Wyss (2000: 109), der sich – mit Bezug auf Michel Foucault – gegen neue Formen der Disziplinierung verwehrt.

Michel Foucault kritisierte in „Überwachen und Strafen“ (1977), wie die Ökonomie der Aufklärung die Optimierung des Strafens humanitär kaschierte: Die Aufklärung zielte auf Disziplinierung ab. Klöster, Kasernen, Fabriken und Kliniken waren dafür zuständig. Stundenpläne liessen laut Foucault die Kinder früh an Rhythmen und Routine gewöhnen. Sie disziplinierten den *per* als Maschine. Selbst geringe Abweichungen wurden geahndet. Die Ökonomie der Aufklärung schloss jene aus, die nicht dazu gehörten, die nicht der Norm entsprachen, nicht „normal“ waren. Anpassung lässt sich laut Kurt Wyss³ ebenfalls durch Gratifikation oder Sanktion erreichen. Menschen verinnerlichen die gesellschaftlichen Normen. Sie verhalten sich so, als ob sie stets beobachtet würden und übernehmen die Sicht der Überwachenden. Selbst Bildung kann die Kontrolle über Individuen erhöhen. Wissen kommt ohne personale Gewalt aus und produziert Wirklichkeit. Auch die Soziale Arbeit und die Sozialhilfe leisten soziale Disziplinierung (Sachsse/Tennstedt 1986). Foucault plädiert dafür, selbst gewählte Subjektformen zu finden. Das bewegliche Individuum entzieht sich den Herrschaftstechniken der Kontrollgesellschaft. Für Privilegierte ist das allerdings einfacher als für *working poor*, über denen das Damoklesschwert der Erwerbslosigkeit schwebt. Was Foucault als Disziplinierung kritisiert, betrachten andere als Humanisierung. Wichtig ist, wie unsere Gespräche mit Fachleuten zeigen, die Sensibilisierung für die Machtfrage. Soziale Institutionen laufen Gefahr, diese zu tabuisieren.

Die Anstrengungen der Sozialhilfe, die integrierbaren Armen zu fördern, können dazu führen, jene auszuschliessen, die kaum mehr erwerbsfähig sind. Je nachdem begünstigen aber die Entlastung vom Erwerbsdruck und die erhöhten zeitlichen Ressourcen die sozialen Integrationsmöglichkeiten. Schliesslich gibt es auch Formen sozialer Desintegration durch erzwungene, krank machende Erwerbsintegration. In unserer Studie geht es um Erwerbstätige, die auf Unterstützung angewiesen sind und von der Sozialhilfe tendenziell als sozial integriert behandelt werden. Das hat den Vorteil, die Unterstützung pragmatisch anzugehen und weniger zu individualisieren oder zu psychologisieren, beinhaltet aber die Gefahr, komplexe Problemlagen zu vereinfachen. Deshalb ist es wichtig, theoretische Ansätze zu entwickeln, die unterschiedliche Formen der Integration und Exklusion berücksichtigen.

³ Vortrag von Kurt Wyss, gehalten auf der Jahrestagung des Vereins Soziale Arbeit als Wissenschaft (VESAD) vom 8.11.2002 in Bern.

Seit den 1990er-Jahren gehören die Begriffe Ausgrenzung, Ausschluss und Exklusion zum Standardvokabular der Armutsforschung. Dazu beigetragen haben die tiefgreifenden Umwälzungen auf den Arbeitsmärkten sowie die gewandelten Einstellungen gegenüber Bevölkerungsgruppen, die von Armut und kumulierter Benachteiligung betroffen sind (Paugam 2000: 159f.). Sie verdeutlichen, dass Armut keine Frage des Kontostandes oder der bloss materiellen Ausstattung an Ressourcen ist, sondern stets relationale und soziale Bezüge hat. Thomas Steinforth (2002: 133) warnt vor allzu schlichten Theorien der Exklusion. Der erkenntnis- und handlungsleitende Wert dieses Konzepts geht verloren, wenn unbedacht von Ausschluss gesprochen werde. Steinforth rekurriert auf den Luhmannschen Begriff der Exklusion und differenziert zwischen zwei Typen. Er fasst die erste Exklusion (I) als Kehrseite der Inklusion und unterscheidet sie von der Ausgrenzung. Die Exklusion (I) bedeutet zunächst, bloss hinsichtlich bestimmter Aspekte aus einem Funktionssystem ausgeschlossen zu sein. Das lässt sich als mangelnde Ganzheitlichkeit monieren oder als Nicht-Vereinnahmung begrüssen. Dieser Typ kann für die *working poor*-Debatte relevant sein. *Working poor* sind drinnen und draussen. Sie sind über ihre Erwerbstätigkeit in den Arbeitsmarkt integriert oder zumindest teilintegriert, partizipieren aber mangels materieller Ressourcen beispielsweise weniger an gewissen Freizeitaktivitäten. Wir versuchen in der vorliegenden Arbeit zu präzisieren, inwiefern *working poor* integriert bzw. inkludiert sind. Das ist auch für die Arbeit der Sozialhilfe bedeutsam, die den mit disziplinarischen Inhalten belasteten Begriff der Integration zunehmend durch Inklusion im Sinne von Teilnahme und Teilhabe ersetzt. Die zweite Exklusion (II) meint die völlige Unmöglichkeit von Inklusion in ein bestimmtes Funktionssystem. Sie führt dazu, aus weiteren Funktionssystemen ausgeschlossen zu werden. Bei der ersten Exklusion, die für *working poor* zutrifft, sind Menschen drinnen und draussen, bei der zweiten sind sie scheinbar nur draussen.

Georg Simmel (1992: 352) hat den Armen mit dem Fremden verglichen. So wie der Fremde eine wichtige Funktion erfüllt, indem er, ausserhalb der Gruppe stehend, diese doch erst zu dem macht, was sie ist, so dass das Gesamtbild der Gruppe immer die autochthonen Gruppenmitglieder und den Fremden umfasst; so steht der Arme materiell ausserhalb der Gruppe, die sich doch erst durch seine Anwesenheit konstituiert. Die Differenzierung und der Zusammenschluss gehören zusammen. Sie schliessen sich nicht aus. Das Ausserhalb ist nach Simmel nur eine besondere Art der Wechselwirkung. Der

Arme ist und bleibt auch Bürger des Staats. Thomas Steinforth (2002: 134) bezieht sich darauf und sieht sich darin bestätigt, dass das Entweder-oder von Inklusion und Exklusion die soziale Wirklichkeit nicht trifft. Er relativiert den Ausschluss, ohne ihn zu verharmlosen. Für Simmel besteht die Tragik der Armut und des Draussen-Seins im passiven Gestellt-Werden und in der Status-Reduktion. Das Draussen-Sein ist nicht frei gewählt, erhöht aber jene, die drinnen sind. Das ist auch in der Armutsdebatte zu bedenken, etwa unter dem Aspekt der Arbeitsmarktpolitik. Konkret gilt es zu fragen, wer aus der Existenz von Erwerbslosen und von working poor Nutzen zieht.

2.7 Soziale Integration

Working poor sind in einen Erwerbsprozess integriert, viele allerdings nur Teilzeit. Die finanziell misslichen Konditionen schränken den Zugang zu materiellen Notwendigkeiten und Annehmlichkeiten ein. Die Sozialhilfe konzentriert sich darauf, working poor Geld zu geben. Wer erwerbstätig ist, scheint im Sinn einer zweiten, umfassenden Inklusion (II) sozial integriert zu sein. Das trifft jedoch nur begrenzt zu. Die finanzielle Unterstützung ist gewiss wichtig, aber nicht ausreichend. Beratung, Empowerment, Kinderbetreuung und Vernetzungsangebote können die soziale Integration fördern. Dabei ist jeweils das System zu reflektieren, auf welches die Integration abzielt. Inklusion bedeutet die Möglichkeit zur Integration. Sie impliziert keine deckungsgleiche Totalintegration, sondern ein Wechselspiel von Nähe und Distanz. Das Drinnen und Draussen gewinnt in einer pluralistischen Gesellschaft an Bedeutung. Dabei besteht die Gefahr, die Exklusion zu legitimieren. Wichtig ist eine Identität, die Ambivalenzen zulässt, ohne die Existenz von working poor als Widerspruch zu dulden.

Wichtig ist auch die Frage, welche Bedeutung die Erwerbsarbeit für die soziale Identität (Lalive d'Epinay 1990) und für die Konstruktion von Weiblichkeit und Männlichkeit hat. Liberal-feministische Perspektiven sehen den Grund für die ungleiche gesellschaftliche Stellung von Frauen und Männern in unterschiedlichen Rechten und Normen, die den Frauen eine gleichwertige Teilnahme am gesellschaftlichen Leben verunmöglichen (Hasler 2003, 30). Dieser Ansatz geht von keinem fundamentalen Unterschied zwischen Frauen und Männern aus. Er vertritt die Auffassung, dass den Frauen bestimmte Möglichkeiten auf Grund ihres Geschlechts verwehrt bleiben. Der radikale

Feminismus sieht hingegen keine Gleichstellung der Geschlechter innerhalb der bestehenden Strukturen vor. Was nun die working poor-Debatte betrifft, berücksichtigt unsere Definition bewusst kleinere Anteile der Erwerbsarbeit. Sie wird damit beiden Geschlechtern und auch den alleinerziehenden Frauen besser gerecht. Normativ gehen wir von einer möglichst ausgewogenen Verteilung der Arbeit auf beide Geschlechter aus. Dabei stellt sich die Frage, wie wir die erhöhte Erwerbsintegration der Frauen bewerten. Ist sie ein Zeichen der Emanzipation, auch wenn Männer nicht mehr Haus- und Betreuungsarbeit verrichten und die Ausweitung der Erwerbsarbeit der Frauen vorwiegend in den untersten Lohnkategorien prekariert Beschäftigungsbereiche erfolgt? Und wie geht die Sozialhilfe damit um, wenn working poor-Haushalte an der traditionellen Rollenteilung festhalten, wiewohl die Frauen mit Lohnarbeit mehr verdienen könnten als ihre Männer? Wir achten bei den Fallbeispielen auf diese Fragen. Die Daten und subjektiven Erfahrungen vermitteln auch Hinweise darauf, welcher Erwerbsgrad für welchen Haushaltstyp wie angemessen ist.

2.8 Subsidiarität und Solidarität

Der Sozialhilfe kommt, wie unsere Gespräche mit Fachleuten veranschaulichen, die schwierige Aufgabe zu, die Mängel der vorgelagerten Systeme der sozialen Sicherung wettzumachen. Bei diesen reproduziert sich der Druck, der von der verschärften Wirtschaftslage ausgeht (Ruder 2003: 17). Soziale Einrichtungen sehen sich gezwungen, mit relativ knapper werdenden Ressourcen steigende Probleme zu bewältigen. Teilweise gelingt dies dank Innovationen; die Möglichkeiten sind jedoch beschränkt. Die Sozialhilfe reagiert mit organisatorischen Reformen auf strukturelle Probleme, die arbeitsmarkt- und familienpolitische Massnahmen erfordern. Wir kommen bei unseren Folgerungen darauf zu sprechen.

Für die Sozialhilfe gilt das Prinzip der Subsidiarität. Es besagt, dass das, was die untergeordnete Einheit selber leisten kann, ihr nicht entzogen werden darf.⁴ Auf das abstrakte Ordnungsprinzip beziehen sich recht unterschiedliche

⁴ Hillmann (1994: 851) bezeichnet das Subsidiaritätsprinzip als sozialetisches Unterstützungsprinzip. Die gesellschaftliche Hilfe soll erst dann erfolgen, wenn die Selbsthilfe eines Individuums oder einer Gruppe nicht ausreicht. Die kleinere Einheit hat das Recht, unbegründete Eingriffe der grösseren abzuweisen; die grössere Einheit hat die Pflicht, die Entfaltung der kleineren zu unterstützen. Diese Umkehrung wird oft dem Begriff der Solidarität zugeordnet, gehört aber auch zum Subsidia-

Handlungsanleitungen. In der Sozialhilfe wird es benutzt, um den Vorrang "freier Träger" gegenüber den öffentlichen zu begründen. Wirtschaftsliberale Kräfte begründen damit eine Politik der Einschränkung sozialstaatlicher Interventionstätigkeit und der Stärkung der Marktkräfte. Sozial orientierte Konservative verstehen darunter eine Festigung traditionaler Gemeinschaften. In der Praxis übernimmt die Sozialhilfe oft, was andere Systeme der sozialen Sicherung und die Wirtschaft nicht leisten. Sie scheint keine andere Wahl zu haben. Wenn sie Unterstützung verweigert, fallen keine Pflichten auf die vorgelagerten Systeme zurück.

Eine gute soziale Infrastruktur kann helfen, dass die Anstrengungen der Sozialhilfe zum Tragen kommen (Mäder 2000).⁵ Wenn das System der sozialen Sicherheit die Befriedigung materieller Existenzbedürfnisse garantiert, kann sich die Sozialhilfe besser auf die soziale Integration konzentrieren. Dieser Ansatz geht davon aus, die Subsidiarität durch gesellschaftliche Solidarität zu entlasten. Ein anderer tendiert dazu, die subsidiäre Sozialhilfe solidarisch so mit Mitteln auszustatten, dass sie in der Lage ist, für die Grundsicherung aufzukommen. Beide Ansätze gehen von einer Verknüpfung der Subsidiarität und Solidarität aus. Sie weisen der Sozialhilfe, die einst als Auslaufmodell galt, einen wichtigen Stellenwert zu. Damit die Sozialhilfe diesen Platz ausfüllen kann, sind Rahmenvereinbarungen nötig, welche die Mängel der Existenzsicherung im Föderalismus (Knöpfel 2003: 2) beheben.

ritätsprinzip, das sich nicht – wie verschiedentlich versucht – auf die individuelle Selbsthilfe reduzieren lässt.

⁵ Die Möglichkeiten sind allerdings begrenzt. Traditionelle keynesianische Modelle und Ansätze der Regulationstheorie (Aglietta 1997) plädieren für soziale Verbindlichkeiten, die auch Individuen entlasten sollen.

3 Das working poor-Problem in der Schweiz: Forschungs- und Diskussionsstand

Carlo Knöpfel

3.1 Einleitung

Working poor sind einerseits erwerbstätig, andererseits arm. Als soziales Phänomen bringen working poor eine spezifische arbeitsmarkt- und sozialpolitische Konstellation zum Ausdruck. So lassen flexible Arbeitsmärkte und erwerbsorientierte soziale Sicherheitssysteme mit familienpolitischer Schieflage eine hohe Zahl von working poor erwarten, während stark regulierte Arbeitsmärkte und konservative Sozialsysteme mit einem breiten Spektrum an familienorientierten Unterstützungsleistungen zu niedrigen working poor-Quoten führen. Internationale Vergleiche sind darum nur bei genauer Kenntnis der arbeitsmarktlichen und sozialstaatlichen Regulierungen statthaft.

In der Schweiz werden working poor bis heute durch die Sozialhilfe unterstützt. Ihr obliegt es auch, Massnahmen zu ergreifen, die es working poor erlauben, sich eine Existenzgrundlage zu schaffen.

Working poor sind seit Anfang der neunziger Jahre ein Thema in der Schweiz. In der Basler Armutsstudie wurde die Lebenslage der working poor erstmals ausführlich besprochen (Mäder et al. 1991). Die wenigen Untersuchungen, die seither zu dieser sozialen Gruppe publiziert wurden, haben sich vor allem mit der Umschreibung des Begriffs, der quantitativen Ausprägung und den sozioökonomischen Merkmalen der working poor auseinandergesetzt. Eine theorieorientierte Annäherung an das Phänomen der working poor hat hingegen bis heute nicht stattgefunden.

Im ersten Abschnitt dieses Kapitels gehen wir den Fragen nach, wann jemand zu den working poor gehört, wie hoch die Zahl der working poor in der Schweiz ist, nach welchen sozialen Merkmalen sich die working poor zusammensetzen und ob working poor auf Dauer in ihrer Situation eingeschlossen bleiben. Schliesslich zitieren wir auch einige Thesen zur Frage, warum es working poor gibt und was in der Schweiz geändert werden müsste, um die Zahl der Betroffenen zu vermindern.

Lange Zeit befand sich die Sozialhilfe als letztes Auffangnetz in individueller Not „am Rande des Sozialstaates“. Seit Mitte der neunziger Jahre verändert sich diese Position. Die Sozialhilfe wird immer stärker zu einem eigen-

ständigen und integralen Bestandteil des Systems der Sozialen Sicherheit, das auf Dauer für spezifische soziale Problemlagen zuständig ist. Diese Verschiebung in der sozialstaatlichen Konfiguration ist direkte Folge des wirtschaftlichen und sozialen Wandels, der die lange Krise der letzten Dekade des 20. Jahrhunderts prägte (Caritas Schweiz 2000). Im zweiten Abschnitt zeichnen wir diese Bewegung und deren Hintergründe nach. Auch zu dieser Thematik sind nur wenige gesamtschweizerische Studien zu finden. Sie befassen sich mit den unterschiedlichen Ausprägungen der öffentlichen Sozialhilfe in den dafür zuständigen Kantonen und Gemeinden, schätzen das Ausmass der Sozialhilfe in der Schweiz ab, soweit dies ohne eine eigentliche nationale Sozialhilfestatistik überhaupt möglich ist, und diskutieren notwendige Reformen dieser Institution. Darüber hinaus hat vor allem der Dachverband der öffentlichen und privaten Sozialhilfe SKOS eine Debatte über die strategische Ausrichtung der Sozialhilfepolitik geführt, die in diesem Abschnitt ebenfalls dokumentiert werden soll.

Working poor leiden unter strukturell bedingter Armut, und dies im doppelten Sinn: Sie sind erwerbstätig, erzielen aber ein Einkommen, das den existenziellen Bedarf nicht abdeckt. Und sie haben Ausgaben zur materiellen und soziokulturellen Existenzsicherung, die über ihrem Einkommen liegen, aber zu wenig oder gar nicht durch Transferleistungen aus sozialstaatlichen Einrichtungen reduziert werden können. Für strukturell bedingte Armut gibt es (noch) keine nationale und obligatorische Sozialversicherung. Darum bleibt den working poor der Gang zum Sozialamt nicht erspart, wenn sie eine finanzielle Unterstützung beanspruchen wollen. Die Sozialhilfe verfolgt drei Ziele (SKOS 2000): Sie will materielle Armut vermeiden helfen, die soziale Existenz sichern und die Reintegration in den Arbeitsmarkt fördern. Im dritten Abschnitt gehen wir der Frage nach, wie die Sozialhilfe mit dieser Ausrichtung die Klientengruppe der working poor wahrnimmt, wie sie diese unterstützt und welche Massnahmen sie ergreift, um eine dauerhafte Ablösung von der Sozialhilfe zu erreichen.

3.2 Working poor in der Schweiz

Working poor-Haushalte sind Haushalte, die trotz Erwerbstätigkeit kein Einkommen erreichen, das über der Armutsgrenze liegt. So wird der Begriff „erwerbstätige Arme“, wie working poor im deutschsprachigen Raum genannt

werden, im neuen Wörterbuch der Sozialpolitik definiert (SVSP 2003). Diese Umschreibung enthält drei kritische Aspekte: Der Begriff der working poor wird auf Haushalte und nicht auf Einzelpersonen bezogen, der Beschäftigungsgrad der Haushalte wird nicht weiter spezifiziert und die Armutsgrenze bleibt unbestimmt.¹

Bei working poor liegt eine spezifische soziale Situation von Haushalten vor.² Nach gängiger Definition zählen alle Personen zu einem Haushalt, die eine Wohnung teilen und in der Regel mindestens eine Hauptmahlzeit gemeinsam einnehmen. Zu den working poor werden also nicht nur jene Personen gezählt, die erwerbstätig sind, sondern alle Mitglieder eines Haushaltes, auch die nicht-erwerbstätigen Personen und Kinder. Der Haushalt ist auch die Bezugsgrösse bei der Ermittlung des Einkommens. Die Höhe des Haushaltseinkommens ist für den Status der working poor entscheidend, nicht das einzelne Erwerbseinkommen. Damit wird eine Abgrenzung gegenüber der Problematik der Tieflohnbezügerinnen und -bezüger vorgenommen. Dieser Sichtweise haben sich alle Studien angeschlossen, die sich mit dem Thema der working poor bisher beschäftigt haben (vgl. Leu et al. 1997, Caritas Schweiz 1998, Bauer/Streuli 2002, Gerfin et al. 2002).

Weniger Konsens besteht bei der Zahl der Erwerbstätigen und der Festlegung des Beschäftigungsgrades, den ein Haushalt aufweisen muss, damit er bei zu niedrigem Einkommen zu den working poor gezählt wird. Nach der nationalen Armutsstudie von Leu et al. (1997) muss mindestens eine Person im Haushalt voll erwerbstätig sein. Diese Definition entspricht der traditionellen Rollenverteilung in der Kernfamilie: Eine Person, in der Regel der Mann, ist voll erwerbstätig. Die andere Person, meistens die Frau, ist für die (unbezahlte) Hausarbeit und Kinderbetreuung zuständig. Die Erwerbstätigkeit der Frau – sei es eine Teil- oder Vollerwerbstätigkeit – wird durch die Definition zwar nicht ausgeschlossen, ist aber nicht zwingend. Der „Ernährerlohn“, den der Mann aus seiner Vollerwerbstätigkeit erzielt, sollte auf Grund dieses Familienmodells zur Existenzsicherung der Familie ausreichen. Ansonsten handelt es sich eben um einen working poor-Haushalt.

¹ Eine ausführliche Auseinandersetzung mit verschiedenen Definitionen von working poor und den zu diesem Phänomen bisher erschienen Studien findet sich in der Arbeit von Gerfin et al. 2002.

² Einen Individualansatz verfolgen Deutsch et al. 1999 und Tillmann 1996. Sie definieren working poor als Erwerbstätige, welche mindestens die Hälfte des Haushaltseinkommens erwirtschaften, aber weniger als 50 Prozent eines mittleren Lohnes (gesamtwirtschaftlicher Medianlohn) verdienen. Dieser Ansatz orientiert sich am individuellen Einkommen (vgl. Streuli/Bauer 2001: 6).

Die Studie der Caritas Schweiz (1998) schlägt demgegenüber vor, angesichts der zunehmenden Erwerbstätigkeit der Frauen und der steigenden Zahl von unfreiwilliger Teilzeitarbeit bei Männern alle Haushalte zu berücksichtigen, in denen der Beschäftigungsgrad mindestens 90 Prozent beträgt. Da der Beschäftigungsgrad nicht mehr an eine Person gebunden ist, werden auch jene Haushalte erfasst, in denen sich das gesamte Arbeitspensum auf mehrere Personen und Erwerbstätigkeiten verteilt. An dieser Festlegung orientiert sich auch die neue Studie von Gerfin et al. (2002).

Eine weitere Differenzierung nehmen Streuli und Bauer (2001) vor: Sie unterscheiden zwischen „Vollzeit-Working Poor“, bei denen der Erwerbsgrad des gesamten Haushaltes mindestens 90 Prozent entspricht, und „Teilzeit-Working Poor“, die alle übrigen Haushalte umfassen, in denen Personen erwerbstätig sind (Streuli/Bauer 2001: 8). Mit dieser Unterscheidung gelingt es Streuli und Bauer, auch jene Haushalte zu erfassen, die aus verschiedenen Gründen keine Vollzeiterwerbstätigkeit ausüben. Dabei ist nicht nur an viele Alleinerziehende zu denken, die teilzeitlich erwerbstätig sind, sondern auch an all jene, die sich in prekären Arbeitsverhältnissen befinden (Caritas Schweiz 2001). Dazu sind auch jene zu zählen, die einer unfreiwilligen Teilzeitbeschäftigung nachgehen (Bundesamt für Statistik 2002). Umgekehrt werden allerdings auch freiwillig Teilzeitbeschäftigte ohne Erziehungsverpflichtungen zu den working poor gerechnet, die bei einer Vollzeitbeschäftigung nicht mehr zu den erwerbstätigen Armen zählen würden.

Schliesslich ist es zur Berechnung der Zahl der working poor auch notwendig, die Armutsgrenze festzulegen, die als Vergleichsgrösse zum Haushaltseinkommen dienen soll. Obwohl es verschiedene politisch festgelegte Armutsgrenzen in der Schweiz gibt,³ haben sich bisher alle Studien primär an jener der SKOS orientiert. Die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe SKOS sind in der Schweiz massgebend für Sozialhilfebezüge. Die meisten Kantone orientieren sich an diesen Richtlinien, mehr als die Hälfte hat sie in kantonalen Sozialhilfegesetzen als verbindlich erklärt.⁴

³ Armutsgrenzen werden auch im Zusammenhang mit dem Anspruch auf Ergänzungsleistungen oder dem Anspruch auf Stipendien oder dem Zugang zum sozialen Wohnungsbau festgelegt. Darüber hinaus wird auch bei Betreibungen ein minimales Einkommen festgelegt, das nicht gepfändet werden darf. Bemerkenswerterweise liegen diese Armutsgrenzen nicht nur auf verschiedenen Betragshöhen, es werden auch unterschiedliche Äquivalenzskalen benutzt, wenn es um die Berücksichtigung der Grösse und der Zusammensetzung eines Haushalts geht. Vgl. Flückiger 2000.

⁴ Die Armutsgrenze wird durch den sogenannten Grundbedarf I und II zuzüglich gewählter Wohnkosten und Krankenkassenprämienzahlungen bestimmt. Dies entspricht nicht ganz dem sozialen

Wie viele working poor gibt es in der Schweiz? Drei Studien gehen dieser Frage nach. Obwohl jede Untersuchung eine andere Datenbasis verwendet, kommen alle drei zu einer ähnlichen quantitativen Schätzung. Die Studie der Caritas Schweiz (1998) arbeitet mit den Daten aus der nationalen Armutsstudie von Leu et al., die für das Stichjahr 1992 aus Steuerdatenbanken und Direktbefragungen gewonnen wurden. Diese Datenbasis erlaubt es nur, die Zahl der working poor-Haushalte zu berechnen, in denen mindestens eine Person vollzeiterwerbstätig ist. Weiter nimmt man nicht die Gesamtbevölkerung als Grundgesamtheit. Vielmehr werden die über 64-jährigen, nicht mehr erwerbstätigen Personen ausgeschlossen. Der Anteil der working poor an der Erwerbsbevölkerung beträgt dann zu Beginn der neunziger Jahre 4.7 Prozent, was rund 250'000 Personen entspricht. Der Anteil der working poor-Haushalte an allen armen Haushalten (ohne Rentner-Haushalte) beläuft sich gemäss diesen Berechnungen auf 69 Prozent. Die Armut von Personen im Erwerbsalter und deren Kindern ist also nicht mehrheitlich darauf zurückzuführen, dass das Einkommen aus einer Erwerbstätigkeit fehlt. Mehr als zwei Drittel von ihnen sind arm, obwohl mindestens ein Haushaltsmitglied vollzeiterwerbstätig ist.

Die Untersuchung des Büro BASS (Streuli/Bauer 2001) über Ausmass, Ursachen und Problemlagen von working poor in der Schweiz stützt sich auf Daten der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung SAKE zwischen 1991 und 1999. Diese spricht von working poor, wenn Personen erwerbstätig sind und in einem Haushalt leben, dessen Einkommen unter der Armutsgrenze liegt. Demgemäss sind in der Schweiz 1999 rund 250'000 Personen im Alter von 20 bis 59 Jahren working poor. 186'000 von ihnen leben in Haushalten mit einem Erwerbsumfang von mindestens 36 Wochenstunden, bei 64'000 ist der Erwerbsumfang des Haushaltes geringer. Die working poor-Quote, das heisst der Anteil der working poor an den Erwerbstätigen, liegt bei 7.5 Prozent. Die working poor machen 60 Prozent aller Armen im Erwerbsalter aus. Werden nur die „Vollzeit-working poor“ betrachtet, sind es 44 Prozent (Streuli/Bauer 2001: 9). Die 250'000 working poor leben in 169'000 Haushalten mit insgesamt 535'000 Haushaltsmitgliedern. Viele der Mitbetroffenen sind Kinder (232'000) und Nicht-Erwerbstätige, die diese betreuen.

Die Studie von Gerfin et al. (2002) basiert auf der Einkommens- und Verbrauchserhebung EVE von 1998. Der Anteil der erwerbstätigen armen Haus-

Existenzminimum nach SKOS, die dazu auch die situationsbedingten Leistungen berücksichtigt (SKOS 2000).

halte an allen erwerbstätigen Haushalten, die mindestens 40 Stunden arbeiten, beträgt auf dieser Datenbasis 4.5 Prozent. 1998 gehören damit rund 86'000 Haushalte, in denen 284'000 Personen leben, zu den „Vollzeit-working poor“. Die erwerbstätigen armen Haushalte mit einem Erwerbsumfang von 40 Stunden machen mit rund 51 Prozent gut die Hälfte der Gesamtzahl der armen Haushalte in der aktiven Bevölkerung aus. Im Durchschnitt beträgt die Differenz zwischen dem verfügbaren Einkommen und der Armutsgrenze 10'800 Franken, was hochgerechnet auf alle working poor-Haushalte 935 Millionen Franken entspricht (Leu et al. 2002: 2).

Sowohl die Studie des Büro BASS (Streuli/Bauer 2002) als auch jene von Gerfin et al. (2002) betonen, dass zwischen unselbständig und selbständig erwerbstätigen Haushalten unterschieden werden muss. Betrachtet man nur die unselbständig erwerbstätigen Haushalte, so reduziert sich gemäss Gerfin et al. (2002) die working poor-Quote von 4.5 auf 2.4 Prozent. Dies entspricht 40'000 Haushalten, in denen 115'000 Personen leben. Die durchschnittliche Differenz zwischen dem verfügbaren Haushaltseinkommen und der Armutsgrenze beträgt 6'800 Franken, was hochgerechnet 274 Millionen Franken entspricht.

Als einzige Studie zeigt die Untersuchung des Büro BASS auch die Entwicklung der working poor über den Zeitraum der neunziger Jahre auf. Von 1992 bis 1999 hat sich die working poor-Quote parallel zur generellen Armutsquote der Personen im Alter von 20 bis 59 Jahren erhöht. 1992 bis 1995 liegt die working poor Quote bei rund 5 Prozent, nach 1996 um 7 Prozent (Streuli/Bauer 2001: 23). In absoluten Zahlen steigt die Zahl der working poor zwischen 1992 und 1999 von 170'000 auf 250'000. Die Zahl aller Armen im Alter zwischen 20 und 59 Jahren erhöht sich im gleichen Zeitraum von 310'000 auf 430'000. Die Zunahme um 120'000 Arme geht also zu zwei Dritteln auf die Ausbreitung der Armut unter den Erwerbstätigen zurück.

Wer gehört zu den working poor? In der Caritas-Studie werden working poor-Quoten nach Haushaltstyp, Alter, Nationalität und Bildung berechnet. Ein überdurchschnittlich hohes Risiko, zu den working poor zu zählen, weisen die alleinlebenden Männer und vor allem Haushalte mit Kindern auf. Zwei Drittel aller working poor leben in Haushalten mit Kindern. Vor allem in der Phase der Familiengründung steigt das Armutsrisiko deutlich an. Dies zeigen auch die altersbezogenen working poor-Quoten deutlich auf: Wiederum zwei Drittel der working poor sind unter 40 Jahre alt. Das Risiko, zu den

working poor zu gehören, sinkt mit steigendem Alter deutlich (Caritas Schweiz 1998: 31-33).

Die working poor-Quote der Ausländer und Ausländerinnen ist deutlich höher als jene der Schweizer und Schweizerinnen. Mit einem Anteil von 75 Prozent ist jedoch der grösste Teil der working poor schweizerischer Nationalität. Die working poor-Quote nimmt mit steigendem Ausbildungsniveau ab. Ein Drittel der working poor hat einen Grundschulabschluss (Sekundarstufe 1). Rund die Hälfte hat aber eine Berufslehre oder eine andere weiterführende Ausbildung (auf der Sekundarstufe 2) absolviert.

Ein ähnliches Bild zeichnen Streuli und Bauer (2001) in ihrer Untersuchung. Sie identifizieren neun Bevölkerungsgruppen, die deutlich häufiger als andere working poor werden. Es sind dies Frauen, Eltern, Alleinerziehende, ausländische Staatsangehörige, wenig Ausgebildete, in Tieflohnbranchen Tätige, Beschäftigte in Teilzeit- und flexibilisierten Arbeitsverhältnissen, Selbstständige ohne Angestellte sowie Personen mit Erwerbsunterbrüchen und kurzer Betriebszugehörigkeit (Streuli/Bauer 2001: 13-21). Diese verschiedenen sozioökonomischen Faktoren können sich in gewissen Haushalten zu einem massiv ansteigenden Armutsrisiko kumulieren: „Für eine alleinstehende Frau ohne nachobligatorische Ausbildung beträgt die working poor-Gefährdung bei einem Erwerbspensum von 40 Wochenstunden 3.5%. Wenn sie neu eine Stelle im Detailhandel angetreten hat, die nicht dauerhaft und in Bezug auf die Arbeitszeit flexibilisiert ist, wie dies typischerweise bei Arbeit auf Abruf der Fall ist, so steigt die Wahrscheinlichkeit, Working Poor zu sein, auch bei einem Erwerbspensum von 40 Stunden pro Woche auf 40% an. Ist die Frau dazu noch alleinerziehend und Ausländerin, so macht die Working Poor-Gefährdung 69% aus.“ (Streuli/Bauer 2001:13).

Die Zahl der working poor wird durch die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt stark beeinflusst. Die schleichende Abkehr vom Normalarbeitsverhältnis (Caritas 2002) spiegelt sich auch im Phänomen der working poor wieder. Der working poor-Anteil bei Teilzeitarbeit sowie bei flexibilisierten und nicht dauerhaften Anstellungsverhältnissen ist überdurchschnittlich hoch. Die Situation hat sich hier jedoch gemäss den Zahlen des Büro BASS in den 1990er Jahren nicht durchwegs verschlechtert. Die Zunahme der working poor seit Mitte der neunziger Jahre ist aber doch auf den Anstieg der Solo-Selbstständigen (Ein-Personen-Betriebe) und der Erwerbstätigen mit nicht dauerhaften Arbeitsverträgen zurückzuführen. Machen die beiden Gruppen 1995 etwa 20 Prozent der working poor aus, so liegt deren Anteil 1996 bei rund 32

Prozent. Zur Erhöhung der working poor-Quote beigetragen hat zudem die allgemeine Lohn- und Preisentwicklung. Gesamtwirtschaftlich steigt der mittlere Lohn von 1991 bis 1995 real noch um gut 6 Prozent an. 1996 geht er um 2 Prozent zurück und bleibt danach mehr oder weniger konstant. Gleichzeitig steigt der Mietpreisindex deutlich an.

Die neue Studie von Gerfin et al. (2002) befasst sich kaum mit den sozio-ökonomischen Merkmalen der working poor. Die Unterscheidung zwischen unselbständig und selbständig erwerbstätigen working poor-Haushalten zeigt allerdings deutlich, dass beim ersten Haushaltstyp deutlich mehr ausländische Haushalte zu finden sind, während der zweite Haushaltstyp primär durch Schweizer und Schweizerinnen geprägt wird.

Warum gibt es working poor? Working poor sind Ausdruck vielfältiger Problemlagen, entsprechend differenziert muss darum auch über mögliche Ansätze zur Verminderung der Zahl der erwerbstätigen Armen nachgedacht werden: „Das Phänomen der working poor kann nicht durch einen einzelnen Faktor erklärt werden. Vielmehr bestimmt ein komplexes Zusammenspiel von arbeitsmarktlichen und sozialpolitischen Faktoren, der Familiensituation und der Entwicklung der Lebenskosten, ob jemand trotz Erwerbsarbeit unter der Armutsgrenze lebt oder nicht. Dabei kristallisieren sich drei hauptsächliche Armutsrisiken heraus: Tieflohn, Kinder und stark steigende Zwangsausgaben.“ (Streuli/Bauer 2001: 30). Diese Feststellung kann mit weiteren Daten aus verschiedenen Studien unterstrichen werden.

Streuli und Bauer (2002: 52-57) haben den Zusammenhang zwischen Tieflohn und working poor eingehend untersucht. Wenn die Tieflohngrenze bei netto 30'000 Franken angesetzt wird, was rund der Hälfte des Median-Vollzeitlohns⁵ entspricht, so macht der Anteil der Tieflohnbezügerinnen und -bezüger unter den working poor fast 60 Prozent aus. Der Anteil der Vollzeit erwerbstätigen Tieflohnbezügerinnen und -bezüger an allen Vollzeit erwerbstätigen working poor beträgt etwas mehr als ein Drittel. Wird die Schwelle des Tieflohnbezugs auf 35'000 Franken netto gesetzt, erhöht sich dieser Anteil auf knapp 45 Prozent.⁶

Die Phänomene working poor und Tieflohn sind nicht deckungsgleich. Wer einen tiefen Lohn bezieht, muss nicht automatisch zu den working poor zäh-

⁵ Der Median-Vollzeitlohn entspricht jenem Lohn, bei dem die Hälfte der Erwerbstätigen mit ihren auf Vollzeitstellen hochgerechneten Löhnen darunter, die andere Hälfte darüber liegt.

⁶ In diesen Berechnungen sind auch die Einkommen der selbständig Erwerbstätigen berücksichtigt (Streuli/Bauer 2002: 52).

len, wer einen „normalen“ Lohn bekommt, kann trotzdem zu den working poor gehören. Wenn von einem Nettojahreseinkommen von 35'000 Franken ausgegangen wird, so sind gesamthaft 10.6 Prozent der rund 2.7 Millionen Vollzeiterwerbstätigen Tieflohnbezügerinnen und -bezüger oder working poor. Aufgeteilt nach Segmenten beziehen 136'000 Erwerbstätige einen tiefen Lohn, ohne zu den working poor zu gehören, 85'000 gehören zu den working poor, obwohl ihr Erwerbseinkommen über der Tieflohngrenze liegt, und nochmals 68'000 sind working poor und Tieflohnbezügerinnen und -bezüger. Diese Zahlen deuten auch an, wie die Wirkung der Einführung von Mindestlöhnen zu beurteilen wäre. Nicht alle working poor könnten von einer solchen arbeitsmarktpolitischen Massnahme profitieren. Nach Berechnungen von Streuli und Bauer (2002: 55) würde die working poor-Quote von 5.6 auf 4.4 Prozent sinken, wenn der Minimallohn bei Vollzeiterwerbstätigkeit auf 35'000 Franken festgelegt würde.⁷

Balthasar (2001) evaluiert die Wirkung der Prämienverbilligung bei der Krankenkasse zu Gunsten von Personen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen anhand von vier Fallbeispielen. Geht man vom bundesrätlichen Vorschlag aus, wonach die Belastung des steuerbaren Einkommens durch die Krankenkassenprämie nicht mehr als 8 Prozent betragen sollte, so erreichen etliche Kantone mit ihren spezifischen Verbilligungssystemen (bezogen auf die Fallbeispiele) das anvisierte Ziel nicht (Balthasar 2001: 85-88). Dies hängt allerdings nicht nur mit der kantonalen Ausschöpfungsquote der bundesstaatlichen Subventionen zusammen, sondern wird ebenso stark durch die absolute Prämienhöhe beeinflusst.

Frohmut W. Gerheuser (2001) untersucht das Verhältnis zwischen Einkommenshöhe und Mietbelastungen der Haushalte. Seine Studie macht deutlich, dass Haushalte mit tiefen Mietzinsbelastungen im Durchschnitt ein mehrfach höheres Haushaltseinkommen aufweisen als Haushalte mit hohen und sehr hohen Mietbelastungen. Mieterhaushalte mit einer Netto-Mietbelastung über 35 Prozent haben fast alle ein Haushaltseinkommen von unter 4'000 Franken (Gerheuser 2001: 37). Risikogruppen für hohe Mietbelastungen sind kinderreiche Familien, Alleinerziehende, junge Familien, alleinstehende Rentnerinnen und Rentner sowie Alleinstehende mittleren Alters mit

⁷ Dabei gilt es zu beachten, dass hier auf Grund der Datenbasis der SAKE nur das Erwerbseinkommen der befragten Personen berücksichtigt werden kann. Die working poor-Quote würde sich nochmals verringern, wenn die Löhne aller Erwerbstätigen im Haushalt auf den Mindestlohn gehoben würden (Streuli/Bauer 2002: 55).

niedrigen Einkommen. Inwieweit das Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz (WEG) über das Instrument der Zusatzverbilligungen zu einer Entlastung der Mietbelastung für working poor beiträgt, ist nicht zu eruieren. Dem Bundesamt für Wohnungswesen liegen aus Datenschutzgründen keine Angaben über Haushaltsgrössen und Einkommen der Bewohnerinnen und Bewohner von WEG-Objekten vor.

Es gibt in der Schweiz grundsätzlich kein Recht auf Steuerbefreiung, auch nicht, wenn der Haushalt mit seinem Einkommen nur das soziale Existenzminimum erreicht. Die Besteuerung tiefer Lohneinkommen wird in der Schweiz zudem im föderalen Rahmen äusserst uneinheitlich gehandhabt. Bundessteuern müssen working poor-Haushalte in der Regel nicht zahlen. Anders sieht es bei den kantonalen und kommunalen Einkommenssteuern aus. Es sind deutliche Unterschiede zwischen den Kantonen zu beobachten, was den Beginn der steuerlichen Belastung anbelangt, aber auch was die Höhe des Steuersatzes betrifft, mit dem tiefe Einkommen belastet werden. Allerdings führen Vergleiche, die nur auf diese beiden Indikatoren abstellen, in die Irre. Bei interkantonalen Vergleichen sind auch die Abzugsmöglichkeiten, die das Steuersystem je nach Haushaltsform und Lebenssituation vorsieht, zu berücksichtigen. Solche Vergleiche müssen also von möglichst konkret beschriebenen Lebenslagen ausgehen, um deutlich machen zu können, wo und in welcher Höhe sich tatsächlich Unterschiede zwischen den Kantonen bei der Besteuerung insbesondere von tiefen Einkommen ergeben. Die Studie der SKOS über „Existenzsicherung im Föderalismus der Schweiz“ (Wyss/Knupfer 2003) zeigt auf, dass die steuerliche Belastung von Kantonshauptort zu Kantonshauptort bei gleichem Haushaltseinkommen enorm gross ist. Bestätigt wird die Beobachtung von Streuli und Bauer (2002: 113), dass „arme Haushalte immer noch in erheblichem Ausmass bei den Staatssteuern zur Kasse gebeten werden.“

Einmal working poor, immer working poor? Es gibt kaum Studien, die sich mit der Frage beschäftigt haben, wie Haushalte verarmen, wie lange sie arm bleiben und wie sie aus der Armutssituation herausfinden. Bekannt geworden sind die Untersuchungen von Leisering und Leibfried über Armutsrisiken in Deutschland (Leibfried et al. 1995), die zeigen, dass die Mehrheit der Armen – gemessen am Bezug von Sozialhilfe – zwar nur vorübergehend von Armut betroffen sind, dass aber das Armutsrisiko sehr hoch ist und bis weit in die unteren Mittelschichten hineinreicht (Leisering 1996: 68-74). Zu einem ähnlichen Befund kommen Streuli und Bauer (2002: 100-110) für working poor in

der Schweiz. Sie untersuchen die Statusübergänge von einem Jahr zum folgenden. Nur noch die Hälfte der working poor des Vorjahres sind auch im Folgejahr noch working poor. Die andere Hälfte ist in den allermeisten Fällen nicht mehr arm, das heisst, der Haushalt bezieht inzwischen ein Einkommen über der Armutsgrenze. Trotzdem ist dies noch kein Hinweis auf grosse vertikale Mobilität: „Die Position im relativen Einkommensgefüge ist in den untersten Dezilen vergleichsweise stabil: Personen, die am unteren Ende der Verteilung stehen, verbleiben mehrheitlich dort, auch wenn sie nicht dauernd unter dem Existenzminimum leben müssen.“ (Streuli/Bauer 2002: 110). Vielmehr ist die Lebenslage dieser Haushalte durch eine erhebliche Instabilität der finanziellen Situation gekennzeichnet.

Für eine kleine Teilgruppe des SAKE-Samples liegen Beobachtungen über 5 Jahre hinweg vor.⁸ Von diesen 673 Personen sind gut 80 Prozent nie arm. Dies bedeutet umgekehrt, dass fast 20 Prozent der Befragten innerhalb von fünf aufeinander folgenden Jahren mindestens während eines Jahres unter dem Existenzminimum leben müssen, bei den Frauen ist es sogar ein Viertel. Temporäre Armut stellt somit in der Schweiz der 1990er Jahre ein erstaunlich weit verbreitetes Phänomen dar. Wenig ist dabei über das Ausmass der Erwerbstätigkeit bekannt, das mit dieser Armutssituation einhergeht. Im analysierten Sample war nur eine einzige Person während fünf Jahren durchgehend working poor (Streuli/Bauer 2002: 110).

Was kann für die working poor getan werden? Working poor sehen sich mit komplexen Problemlagen konfrontiert. Entsprechend lang und breit angelegt sind die Massnahmen, die in den Studien der Caritas Schweiz und des Büro BASS aufgeführt werden. Im arbeitsmarktlichen Bereich werden die Einführung von gesetzlich festgelegten Mindestlöhnen, sozialpartnerschaftlich ausgehandelte branchenspezifische Minimallöhne sowie (als Alternative) staatliche Lohnzuschüsse diskutiert. Mehr verspricht man sich aber von bildungspolitischen Massnahmen zur Verbesserung der Qualifikationen und somit der beruflichen Chancen der working poor. Im sozialpolitischen Bereich werden vor allem familienpolitische Vorschläge formuliert: bessere Leistungen des Familienlastenausgleichs, z.B. ein Ausbau der Kinderzulagen, die Einführung von Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien oder vermehrte Steuererleichterungen könnten das Armutsrisiko „Kinder“ er-

⁸ Das Sample ist nicht repräsentativ. Auf Grund der kumulierten Problemlagen von Armen muss hier mit einer überdurchschnittlich hohen Ausfallquote gerechnet werden. Eine ununterbrochene Befragung über 5 Jahre dürfte die Ausnahme darstellen (Streuli/Bauer 2002: 108).

heblich senken. Schliesslich ist mit Blick auf die weiter steigenden Zwangsausgaben an eine Weiterentwicklung der einkommensabhängigen Verbilligung der Krankenkassenprämien und die Förderung von günstigem Wohnraum zu denken. In die gleiche Kategorie gehört die Forderung nach einer Steuerbefreiung des Existenzminimums.

Die Studie von Gerfin et al. (2002) geht einen anderen Weg. Sie schlägt als wirkungsvollste Massnahme die Einführung von erwerbseinkommensabhängigen Steuergutschriften in der Höhe der SKOS-Richtlinien für alle Haushalte vor, in welchen die erwachsenen Haushaltsmitglieder zusammen während mindestens 40 Stunden pro Woche unselbständig erwerbstätig sind und das verfügbare Haushaltseinkommen unter der Armutsgrenze liegt. Statt Steuern zahlen zu müssen, würden diesen Haushalten auf der Basis ihrer Steuererklärung finanzielle Mittel zufließen. Damit könnte ein erheblicher Teil der working poor-Haushalte über die Armutsgrenze gehoben werden. Die Brutto-Gesamtkosten dieser Massnahme schätzen die Autoren auf 360 Millionen Franken, die Kosten pro Haushalt, der nicht mehr arm ist, belaufen sich auf 9'000 Franken pro Jahr. Die Massnahme könnte auch auf Haushalte mit einer Erwerbstätigkeit von weniger als 40 Stunden pro Woche ausgedehnt werden.

In einem sind sich die Verfasserinnen und Verfasser der hier diskutierten Studien einig: Die Sozialhilfe kann auf Dauer nicht die Institution sein, die zur Verminderung der Zahl der working poor beitragen muss. Gleichwohl ist die Sozialhilfe heute die soziale Einrichtung, die letztlich für die working poor Unterstützungsleistungen zu gewähren hat. Sie kann nicht warten, bis die vorgeschlagenen arbeitsmarktlichen, sozial- und steuerpolitischen Massnahmen durchgesetzt sind und greifen. Sie muss sich schon heute um eine dauerhafte Ablösung der working poor von der Sozialhilfe bemühen. Ob sie dazu das nötige Instrumentarium hat, ist offen. Mit diesem Aspekt hat sich aber bis heute noch keine Studie befasst.

3.3 Sozialhilfe in der Schweiz

Mitte der neunziger Jahre legten die beiden Sozialwissenschaftler Höpflinger und Wyss (1994) auf Anstoss der damaligen SköF (Schweizerischen Konferenz für öffentliche Fürsorge) die erste vergleichende Studie zur öffentlichen Sozialhilfe in der Schweiz vor. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Sozialhilfe

nur in den verschiedenen kantonalen Armutsstudien⁹ thematisiert worden, wenn man von der sozialrechtlichen Studie von Mäder und Neff (Mäder, Neff 1990) absieht. Die Arbeit von Höpflinger und Wyss macht den kantonalen und kommunalen Charakter der Sozialhilfe in der Schweiz deutlich. Die organisatorischen und finanzpolitischen Unterschiede zwischen den Kantonen sind sehr gross. Die Autoren zeigen klar, dass diese Unterschiede im Vollzug mit divergierenden Leistungs- und Wirkungsweisen einhergehen, zum Beispiel was die Information und Erfassung hilfebedürftiger Personen, die Effektivität der wirtschaftlichen Sozialhilfe oder der persönlichen Betreuung angeht. Am deutlichsten treten diese Unterschiede im Stadt-Land-Vergleich auf (Höpflinger/Wyss 1994: 131-189).

Mitte der neunziger Jahre konstatieren die beiden Autoren einen wachsenden Anpassungsdruck auf die Sozialhilfe. Wirtschaftliche Armut und soziale Not haben nur noch zum kleinsten Teil lokale Wurzeln. Selbst ländlich-klein-gewerblich geprägte Regionen sind mehr und mehr mit sogenannt städtischen Problemen konfrontiert. Zudem entstehen neue soziale Problemgruppen – genannt werden Suchtmittelabhängige, Langzeitarbeitslose, einkommensschwache Alleinerziehende (nicht aber working poor) – denen im Rahmen der historisch gewachsenen Strukturen der Sozialhilfe nicht adäquat geholfen werden kann. Die Klientinnen und Klienten spiegeln die wachsende Komplexität der gesellschaftlichen Realität und leiden oft gleichzeitig an wirtschaftlichen, sozialen und psychischen Problemen (Höpflinger/Wyss 1994: 3).

Für die öffentliche Sozialhilfe ergeben sich in dieser Situation verschiedene Lösungen, wobei Höpflinger und Wyss drei Grundvarianten unterscheiden: „Vereinfacht beschrieben kulminieren sie in Versuchen, entweder die soziale Sicherheit des einzelnen von dessen individueller Erwerbsarbeit zu entkoppeln, die Sozialversicherungen auf speziell gefährdete Gruppierungen auszuweiten, oder die öffentliche Sozialhilfe in eine „normale“ Sozialversicherung umzugestalten.“ (Höpflinger/Wyss 1994: 193). Sie spannen damit den Bogen vom bedingungslos gewährten Bürgergeld über die Ausweitung der Ergänzungsleistungen auf die aktive Bevölkerung bis zur Umgestaltung der Sozialhilfe in eine steuerfinanzierte Sozialversicherung gegen strukturell bedingte Armut.

Während die Untersuchung von Höpflinger und Wyss sich auf die kantonale Ausgestaltung der Sozialhilfe konzentriert, untersuchen Fluder und Strem-low (Fluder/Strem-low 1999) wenige Jahre später mit Hilfe von zwei Umfra-

⁹ Für einen Überblick siehe Höpflinger/Wyss 1994:1 und Leu et al. 1997:157-169.

gen bei Gemeinden die kommunale Sozialhilfe. Sie konstatieren mitten in der Krise der neunziger Jahre eine rasch wachsende Belastung der kommunalen Sozialhilfe. Die ökonomische Entwicklung und die Dynamik auf dem Arbeitsmarkt führen zu einer starken Zunahme von Armut und Bedürftigkeit. Auf Grund von Langzeitarbeitslosigkeit, unsicheren und nicht existenzsichernden Arbeitsverhältnissen ist eine zunehmende Zahl von Menschen auf Unterstützungsleistungen der öffentlichen Sozialhilfe angewiesen. Zudem werden die Lebensformen vielfältiger. Traditionelle familiäre Beziehungsnetze erweisen sich zunehmend als nicht mehr tragfähig.

Die neuen sozialen Risiken sind nicht einfach individueller, sondern struktureller Art, werden aber nur unzureichend abgesichert. Der gesellschaftliche Wandel macht vielmehr Lücken im System der Sozialversicherungen sichtbar. Diese Lücken müssen in zunehmendem Ausmass durch die Sozialhilfe ausgefüllt werden (Fluder/StremLOW 1999: 1). In Übereinstimmung mit schon zitierten Untersuchungen zeigt sich auch bei Fluder und StremLOW, dass die Alleinlebenden und im speziellen die Alleinerziehenden einem besonders hohen Bedürftigkeitsrisiko ausgesetzt sind. Nur leicht überdurchschnittlich ist der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer. Angesichts der besonders prekären Lage am Arbeitsmarkt und der deutlich höheren Arbeitslosenquote wäre nach Ansicht der Autoren für diese Gruppe eigentlich eine markant höhere Unterstützungsquote zu erwarten.¹⁰ Hingegen überrascht der hohe Anteil der unterstützten Erwerbstätigen, die zehn Prozent der Bezügerinnen und Bezüger von Sozialhilfeleistungen ausmachen. Fluder und StremLOW erwarten, dass dieser Anteil noch weiter steigt. Schliesslich weisen sie noch auf die grosse sozialpolitische Bedeutung der längerfristigen Unterstützungsfälle hin. Ein Viertel der Klientinnen und Klienten wird länger als zwei Jahre unterstützt (Fluder/StremLOW 1999: 192-203).

Die öffentliche Sozialhilfe hat auf den gesellschaftlichen Wandel reagiert. In einem ersten Schritt änderte sie ihren Namen von SköF zu SKOS, von der Schweizerischen Konferenz für öffentliche Fürsorge zur Schweizer Konferenz der Sozialhilfe. Sie öffnete sich den Organisationen der privaten Sozialhilfe und fördert nun den Netzwerkgedanken in der Sozialhilfe.

1997 wurden in einem zweiten Schritt die Richtlinien der SKOS revidiert. Der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und den Massnahmen zur sozialen Eingliederung wird eine besondere Bedeutung beigemessen. Zu diesem

¹⁰ Hinter der relativ geringen Inanspruchnahme der Sozialhilfe durch Ausländerinnen und Ausländer verbirgt sich offenbar die Angst, die Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz zu verlieren.

Zweck wird ein soziales Existenzminimum postuliert, das neben der materiellen Existenzsicherung auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantieren soll. Um die Berechnungsgrundlage zu vereinfachen, wurden nach Haushaltsgrösse gestaffelte Pauschalbeiträge eingeführt. Bei der Festlegung des Bedarfs werden die regionalen Unterschiede der Lebenshaltungskosten berücksichtigt. Für die Unterstützungsleistungen wird von den Klientinnen und Klienten eine adäquate Gegenleistung erwartet.

Neben dieser eher instrumentellen Reaktion auf den gesellschaftlichen Wandel organisierte die SKOS als dritten Schritt in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre eine Strategiediskussion, die im März 1999 in einem Positionspapier unter dem Titel: „Braucht die Schweiz eine neue Sozialhilfe?“ zusammengefasst wurde (Ferroni/Knöpfel 1999). Die neuen wirtschaftlichen und sozialen Realitäten werden unter den Stichworten „Wandel der Lebensformen“, „neue Erwerbsbiographien“ und „Auswirkung der Migration“ dargestellt. Sie fordern die Sozialhilfe heraus, weil sogenannte Systemschwächen – gemeint ist die enge Verknüpfung der Sozialversicherungen mit der Erwerbsbiographie zum einen und die 26 unterschiedlichen Sozialhilfe-Systeme zum anderen – nicht dazu angetan sind, ihnen in geeigneter Form zu begegnen. Der Sozialhilfe wird trotzdem eine neue Rolle zugeschoben.

Bis anhin ist die Sozialhilfe mit folgenden vier Merkmalen beschreibbar: Sie ist subsidiär zum Sozialversicherungssystem. Ihre Angebote sind vorübergehend und meist nur kurzfristig notwendig. Sie konzentrieren sich auf Bereiche, in denen die Sozialhilfeabhängigen ihre Selbständigkeit noch nicht wieder erreicht haben. Der Kernauftrag der Sozialhilfe liegt in der Bewältigung individueller Notlagen.

Demgegenüber hat die Sozialhilfe heute neben ihrer angestammten Aufgabe zusätzlich eine komplementäre Funktion bei der materiellen Existenzsicherung und bei der sozialen Integration wahrzunehmen. Mangels Alternativen (soziale Integration durch Integration in den Arbeitsmarkt) hat sie diese Funktion nicht nur vorübergehend, sondern dauerhaft zu übernehmen. Um den wirtschaftlichen und sozialen Ausschluss der Betroffenen zu verhindern, entwickelt sie Angebote für diejenigen, die die Möglichkeit zur wirtschaftlichen und sozialen Selbständigkeit nicht mehr haben. Damit bewältigt die Sozialhilfe nicht mehr nur individuelle, sondern in einem wesentlichen Ausmass auch strukturelle Notlagen (Ferroni/Knöpfel 1999: 68). Die Sozialisierung der gesellschaftlichen und individuellen Kosten des Strukturwandels schreitet voran. Die Sozialhilfe läuft Gefahr, die gesamte Last tragen zu müssen.

Doch das hat seine Grenzen. Die SKOS formuliert am Ende ihres Strategiepapiers drei mögliche Perspektiven. Beim Status quo, das heisst, wenn auf Grund der einschneidenden neuen Realitäten keine Korrekturen am System der sozialen Sicherheit vorgenommen werden, ist die soziale Integration einer wachsenden Gruppe von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern gefährdet. Dabei warnt die SKOS vor den Kosten der Desintegration, die dann bei der Polizei und im Rechtssystem anfallen werden. Soll hingegen die subsidiäre Funktion der Sozialhilfe wieder vermehrt anerkannt werden, müssen im Bereich der Sozialversicherungen Instrumente geschaffen werden, die die neuen strukturellen und sozialen Risiken auffangen. Als dritte Option führt die SKOS die integrale Betrachtung der Sozialhilfe im System der sozialen Sicherheit an. Dies würde einen Konsens zwischen den verschiedenen Akteuren im System der sozialen Sicherheit über die Ziele, nämlich Existenzsicherung und soziale Integration bedingen. Für eine solche Entwicklung ist eine Überprüfung aller massgebenden Instrumente der sozialen Sicherheit und deren (mangelhafter) Koordination notwendig. Zu klären wäre auch die Frage der Kostenteilung zwischen den verschiedenen möglichen Trägern. Angesprochen wird mit dieser Perspektive jene Entwicklung, die seit einiger Zeit unter dem Stichwort der „interinstitutionellen Zusammenarbeit“ debattiert, aber auch bereits in einigen Kantonen und Städten implementiert wird (Bundesamt für Sozialversicherung 2002).

3.4 Working poor und Sozialhilfe

Aus der Sicht der Sozialhilfe sind working poor zumindest auf den ersten Blick eine atypische Klientengruppe. Durch ihre Erwerbstätigkeit tragen diese Haushalte zur Existenzsicherung, soweit es ihnen möglich ist, bei. Sie scheinen sozial und wirtschaftlich integriert zu sein. Nur ihr Einkommen reicht nicht aus. Die Sozialhilfe hat darum die working poor auch lange nicht als besonders problematische Gruppe wahrgenommen, obwohl in den kantonalen Armutsstudien, aber auch in Untersuchungen auf nationaler Ebene (Buhmann 1988) auf die erwerbstätigen Armen seit geraumer Zeit hingewiesen wird. Erst seit der Rezession der neunziger Jahre werden die working poor in den kantonalen Sozialhilfestatistiken explizit ausgewiesen.

Das Ausmass der working poor wird durch die Sozialhilfe unterschätzt. Die Nichtbezugsquote ist bei den Sozialhilfeberechtigten generell sehr hoch.

Schon Höpflinger und Wyss weisen auf die grossen Unterschiede zwischen den Zahlen der kantonalen Armutsstudien und den entsprechenden Sozialhilfestatistiken hin. Als Beispiel erwähnen sie den Kanton St. Gallen, in dem 1989 auf 100 Einwohner rund 1.2 Unterstützungsfälle entfielen, wogegen zwischen sechs bis elf Prozent der Haushalte als einkommensschwach zu gelten haben. Umgerechnet dürfte die Quote der Nichtbezügerinnen und Nichtbezüger wirtschaftlicher Sozialhilfe für die Stadt St. Gallen mindestens bei 70 Prozent liegen (Höpflinger/Wyss 1994: 182). Zu ähnlichen Schätzungen der Dunkelziffer gelangen Ulrich und Binder auf Grund ihrer Analyse der bernischen Armutszahlen: „Die Quote der einkommensschwachen Nichtbezüger von Sozialtransfers (Dunkelziffer der nicht erfassten Einkommensschwäche) liegt zwischen 77% und 85% der einkommensschwachen Haushalte. M.a.W. mehr als drei von vier einkommensschwachen Haushalten beziehen weder Ergänzungsleistungen noch Zuschüsse oder Fürsorgeunterstützungen, zumindest nicht in einem zur Überwindung ihrer Einkommensschwäche hinreichenden Umfang.“ (Ulrich/Binder 1992: 39) Die Nichtbezugsquote scheint bei den working poor besonders hoch zu sein. Im Jahr 1992 wurden nach Schätzung der SKOS 170'000 Personen durch die Sozialhilfe unterstützt. Im gleichen Erhebungszeitraum beziffert die nationale Armutsstudie allein die Zahl der working poor auf 250'000 Personen.

Working poor-Haushalte machen unter den Haushalten, die Sozialhilfe beziehen, 10 bis 15 Prozent aus (Ruder 2001: 123). Working poor, die bei der Sozialhilfe Unterstützung suchen, leben, so muss aus den Nichtbezugsquoten gefolgert werden, in besonders prekären Situationen mit komplexen Problemen, und es fehlt ihnen nicht „nur“ an Einkommen. Trotzdem sind keine Untersuchungen zu finden, in denen spezifische Förderprogramme zur Verbesserung der Lebenssituation von working poor dargestellt und evaluiert würden. Die SKOS ist denn auch der Meinung, dass gerade für die Klientengruppe der working poor andere Akteure im System der sozialen Sicherheit aktiv werden müssten: „Die Einkommenslücke, die sich in vielen Working Poor-Haushalten auftut (...), ist strukturell bedingt: niedrige Löhne, ungenügender Familienlastenausgleich, Mangel an preisgünstigen Angeboten zur Kinderbetreuung und an Wohnungen, im Vergleich zum Einkommen hohe Zwangsabgaben. (...) Die Sozialhilfe ist ein ungeeignetes Instrument, um diese Einkommenslücke flächendeckend zu schliessen, eine Aufgabe, die sie im heutigen System der sozialen Sicherheit hat, die sie aber nicht erfüllen kann. Lösungen müssen in den der Sozialhilfe vorgelagerten Leistungen realisiert wer-

den“ (Ruder 2001:124). Dies sieht der Schweizerische Arbeitgeberverband SAV anders. Für ihn ist und bleibt die Sozialhilfe das letzte und richtige Auffangnetz (Hasler 2001:130). „Nicht geeignet sind hingegen staatliche Lohnvorschriften, insbesondere gesetzliche Mindestlöhne, Lohnzuschüsse an Arbeitgeber, neue Sozialversicherungen, Kinderrenten, Mutterschaftsversicherung, Bundeskinderzulagen.“ (Hasler 2001:131). Immerhin will sich der SAV für ein Bündel von Massnahmen einsetzen, das neben Verbesserungen in der Bildungs- und der selektiv betriebenen Ausländerpolitik vor allem auf die Förderung der Erwerbstätigkeit der Frauen durch den Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung setzt und finanzielle Entlastungen für Familien bei den Steuern und den Krankenkassenprämien bringen soll (Schweizerischer Arbeitgeberverband 2002).

Kernaufgaben der Sozialhilfe sind nicht nur die materiellen Unterstützungsleistungen, sondern auch die Beratung der Klientinnen und Klienten. In dieser Hinsicht scheint die Situation der working poor besonders problematisch. Als atypische Gruppe von Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler kommen sie, die ja „nur“ etwas Geld benötigen, nur sehr bedingt zu Beratungsdienstleistungen, obwohl zu vermuten ist, dass auch working poor einen hohen Beratungsbedarf aufweisen.

4 Sozialhilfe beziehende working poor: soziodemographische Merkmale, Arbeitssituation, wirtschaftliche Verhältnisse und Ablösegründe

Stefan Kutzner, Manfred Neuhaus, Olivier Steiner, Elisa Streuli

4.1 Einleitung

Die erste Forschungsphase hatte als Ziel, die Zusammensetzung der beiden working poor-Populationen in Basel-Stadt und in Freiburg (Freiburg-Stadt und Agglomeration) zu ermitteln. Vorab muss auf zwei Besonderheiten unserer Untersuchungspopulation hingewiesen werden. Erstens handelt es sich um Sozialhilfe beziehende working poor, die nicht zwangsläufig identisch sind mit den working poor, wie sie in der für das Bundesamt für Statistik von Streuli und Bauer (2002) vorgenommenen Studie beschrieben wurden. Kennzeichen der von uns untersuchten working poor ist, dass sie ergänzend zu ihrem Erwerbseinkommen ein Sozialhilfeeinkommen beziehen und von der Sozialhilfe auch beraten werden. Zweitens untersuchen wir auch von der Sozialhilfe abgelöste working poor, also Haushalte, die der Armutssituation entronnen sind (im folgenden Text als ehemalige working poor bezeichnet).

In dieser Erhebungsphase mussten ausgesprochen viele Schwierigkeiten gemeistert werden. Die erste betrifft den Datenschutz: Was für den Bürger (die Bürgerin) das verbriefte Recht auf den Schutz der persönlichen Daten ist, ist für die Sozialforschung wiederum ein grosses Forschungshindernis, auch wenn sie die Verbesserung der Lebenssituation der beforschten Personen zum Ziel hat. Das Forschungsteam gelangte nicht direkt an die relevanten Daten in den Sozialämtern, sondern war schon aus Gründen des Datenschutzes auf die aktive Mitarbeit der SozialarbeiterInnen angewiesen. Diese sollten anhand ihrer Falldossiers die standardisierten Fragebögen ausfüllen. Trotz anfänglich grosser Bereitschaft der Sozialdienste und ihrer MitarbeiterInnen erfuhren wir als Forschende überdeutlich die kontinuierliche Überlastung der Sozialhilfe, womit wir bei der zweiten Schwierigkeit wären. Die fehlende Vereinheitlichung der Datenerfassung sowie die spürbare Überlastung der SozialarbeiterInnen verlängerten den Rücklauf unserer Fragebögen immens und schränkten auch die Datenqualität in einem für uns nicht vorhersehbaren Masse ein. Und damit ist die dritte Schwierigkeit angesprochen: Datenumfang und Datenqua-

lität. Weder konnten wir die gewünschten Quoten einhalten noch erhielten wir die Daten in der Präzision, die zur Beschreibung der working poor-Population notwendig ist. So mussten gegenüber den ursprünglichen Ansprüchen recht viele Abstriche gemacht werden. Dennoch können wir auf der Basis der von uns erhobenen Daten einige grundlegende Aussagen über Sozialhilfe beziehende working poor machen.

4.2 Methodisches Vorgehen

4.2.1 Definition der Grundgesamtheit

Definition: Als „Sozialhilfe beziehende working poor-Haushalte“ gelten in unserer Studie Haushalte, in denen mindestens ein Haushaltsmitglied erwerbstätig ist, der summierte Haushaltsbeschäftigungsgrad eine Stunde pro Woche nicht unterschreitet und der Haushalt gleichzeitig von der öffentlichen Sozialhilfe unterstützt wird.

Warum ist der Haushalt die gewählte Untersuchungsgrösse, warum nicht die individuelle Person? Die volkswirtschaftliche Konsumeinheit ist der Haushalt, also die in einem Haushalt gemeinsam wirtschaftenden Personen. In einem Mehrpersonen-Haushalt (in der Regel entweder ein Paar oder eine Familie) werden die individuell erzielten Einkommen zusammengelegt und für den materiellen Unterhalt gemeinsam verwendet. Für die materielle Ausstattung bzw. das Konsumniveau ist nicht die Höhe eines individuell erzielten Einkommens entscheidend, sondern ob das allen Haushaltsmitgliedern insgesamt zur konsumtiven Bestreitung der materiellen Bedürfnisse zur Verfügung stehende Einkommen ausreichend für eine Existenz oberhalb der Armutsgrenze ist.¹

Damit ein Haushalt als ein Element der Grundgesamtheit gilt, müssen also zwei Bedingungen gleichzeitig erfüllt sein, nämlich:

- Sozialhilfebezug: Dies umfasst sowohl materielle wie auch immaterielle Hilfe der öffentlichen Sozialhilfe (nicht eingeschlossen sind kirchliche oder private Sozialdienste); und

¹ In jüngster Zeit hat sich der Begriff "Kinderarmut" verbreitet. Dieser Begriff ist irreführend, da es eine losgelöst von der Haushaltssituation von Kindern nur Kinder betreffende Armut nicht gibt. Sachgerecht wäre es, von Familienarmut zu sprechen, da die durch Kinder sich ergebende Einkommensminderung Eltern und Kinder gleichermaßen betrifft.

- Erwerbstätigkeit: Die Summe der entlöhnten Arbeitstätigkeiten der Haushaltsmitglieder soll im Durchschnitt mindestens eine Stunde pro Woche² betragen.

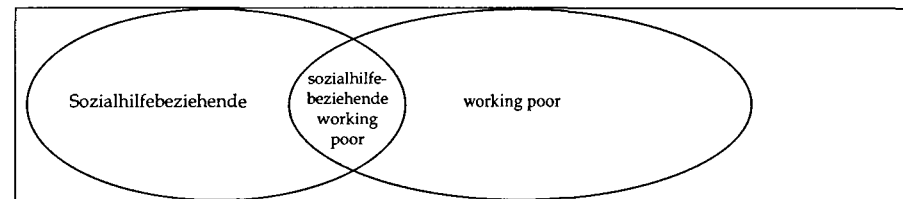


Abbildung 1: Untersuchungspopulation „Sozialhilfe beziehende working poor“

Als „von der Sozialhilfe abgelöste working poor-Haushalte“ gelten Haushalte, auf die obige Merkmale in der Vergangenheit zutrafen, die aber zum Erhebungszeitpunkt keine Sozialhilfeleistungen mehr beziehen. Entscheidendes Kriterium ist dabei die Dossierschliessung, das heisst, dass der jeweilige Haushalt von der Sozialhilfe nicht als vorübergehend, sondern in den vergangenen zwölf Monaten als dauerhaft abgelöst klassifiziert wurde.

Bei der Auswertung der haushaltsbezogenen Daten haben wir teilweise die Ebene der von uns gewählten Untersuchungseinheit „Haushalt“ verlassen und beziehen uns auf den individuellen Haushaltsvorstand als Untersuchungseinheit. So sind soziodemographische und auf die Erwerbssituation bezogene Variablen ja nicht Eigenschaften von Haushalten, sondern von Personen. Eine Person wird jedoch erst zum „working poor“, wenn sie in einem Haushalt mit einem Haushaltseinkommen unterhalb der Sozialhilfegrenze (nach den SKOS-Richtlinien) lebt. Um einen Eindruck von der Zusammensetzung der working poor-Haushaltsvorstände zu bekommen, ist eine Auszählung nach individuellen Personen und ihren Merkmalen unerlässlich.

4.2.2 Untersuchungsfeld und Stichprobenziehung

Gegenwärtig fehlt eine nationale Sozialhilfestatistik, die eine Ziehung und Befragung einer für die Schweiz repräsentativen Stichprobe erlauben würde. Aus diesem Grunde sollten Kantone in die Untersuchung Eingang finden, die sich hinsichtlich Sprache bzw. Sozialhilfesystem (deutsch vs. französischsprachig), Konfession (überwiegend reformierte vs. überwiegend katholische

² Gemäss der Definition der International Labour Organisation (ILO).

Bevölkerung), Wirtschaftssektoren (industriell- vs. dienstleistungsorientiert) und geographischer Lage (zentrale vs. periphere Lage) möglichst stark voneinander unterscheiden.

Für eine Mitarbeit konnten schliesslich die Kantone Freiburg und Basel-Stadt gewonnen werden. Im Kanton Basel-Stadt wurde der städtische Sozialdienst, im Kanton Freiburg der städtische Sozialdienst sowie Sozialdienste in der Agglomeration von Freiburg befragt.³

Das Sample der Studie sollte insgesamt 600 Haushalte umfassen, 400 aktuell Sozialhilfe beziehende sowie 200 zum Zeitpunkt der Erhebung von der Sozialhilfe abgelöste working poor-Haushalte. Ziel war eine gleichmässige Verteilung aus Basel-Stadt einerseits, der Stadt und Agglomeration von Freiburg andererseits. Die Samples sollten also jeweils 200 aktuelle und 100 abgelöste Haushalte beinhalten.

Für den Kanton Freiburg lagen keine validen Daten zur Ermittlung der Anzahl der Sozialhilfe beziehenden working poor vor, da die Kategorien der Sozialhilfegründe, wie sie die Sozialarbeitenden dem Kantonalen Sozialdienst zu melden haben, nicht disjunkt bzw. nicht präzise sind. So kann z.B. nicht eindeutig unterschieden werden, ob ein Sozialhilfebezug (aus der Sicht der Sozialhilfe) aufgrund des „ungenügenden Einkommens“ (2001: 29.01%), aufgrund der Familienform „Alleinerziehende/getrenntes Paar“ (2001: 11.41%) oder aus einer Kombination von Gründen erfolgt (vgl. Gesundheits- und Sozialfürsorgedirektion des Kantons Freiburg 2001: 5). Um einen realistischen Anhaltspunkt für den Anteil der Sozialhilfe beziehenden working poor zu erhalten, wurde bei den im Kanton Freiburg beteiligten Sozialdiensten als Voruntersuchung eine schriftliche Umfrage gestartet. Von den insgesamt 2335 laufenden Sozialhilfe-Dossiers der an der Untersuchung in Freiburg beteiligten Sozialdienste wurden von den SozialdienstmitarbeiterInnen 431 Dossiers (= 18.5%) als working poor klassifiziert.⁴ Aus diesen wurden von den ausgewählten sechs Sozialdiensten der Stadt und Agglomeration Freiburg im Verhältnis der Zahl ihrer Dossiers nach dem Zufallsprinzip 200 aktuelle und 100 ehemalige Fälle ermittelt.

Die aktuell Sozialhilfe beziehenden working poor-Haushalte wurden in Basel-Stadt von den SozialarbeiterInnen der „Sozialhilfe der Stadt Basel“ erho-

³ Das Sample im Kanton Freiburg umfasst: Sozialdienst der Stadt Freiburg, Regionaler Sozialdienst des Sense-Mittellandes, Sozialdienst der Gemeinde Düringen, Sozialdienst Villars-sur-Glâne und Sozialdienst Sonnaz.

⁴ Dieser Anteil der working poor an den SozialhilfebezügerInnen liegt markant tiefer als die von Leu, Burri & Priester (1997) ermittelte Quote von 69% working poor an allen Armen.

ben, die von der Sozialhilfe abgelösten Haushalte hingegen durch einen Projektmitarbeiter, der hierfür Zugang zum Archiv der Sozialhilfe erhielt. Im Kanton Freiburg wurde den ProjektmitarbeiterInnen der direkte Zugang zu den Dossiers aufgrund der Datenschutzbestimmungen verwehrt. Sowohl die Daten der aktuell Sozialhilfe beziehenden wie auch diejenigen der von der Sozialhilfe abgelösten working poor-Haushalte wurden in Freiburg direkt von SozialarbeiterInnen erhoben.

Da der Beschäftigungsgrad der aktuell Sozialhilfe beziehenden Haushalte in Basel für eine Vorstrukturierung des Samples nicht vorlag, wurden alle Haushalte berücksichtigt, welche über ein Erwerbseinkommen von >0 verfügten. Die Sozialhilfe der Stadt Basel stellte dem Projektteam aus der Gesamtzahl der Sozialhilfe beziehenden Haushalte eine Liste mit 669 Dossiers zur Verfügung, welche ein Erwerbseinkommen > 0 auswiesen.⁵ Mit Hilfe eines geschichteten Verfahrens für die anteilmässige Berücksichtigung der Alleinerziehenden und anschliessender Randomisierung wurden 224 Dossiers ausgewählt.

Für die von der Sozialhilfe abgelösten Haushalte standen in Basel ebenfalls nur Angaben zum Erwerbseinkommen zur Verfügung. Wir stützten uns auf eine Auswahl von während der Jahre 1999 und 2000 von der Sozialhilfe abgelösten Haushalten (n=384) und zogen daraus mit Hilfe einer Zufallsstichprobe 100 Fälle. Bezüglich der ehemaligen working poor-Haushalte konnte in Freiburg im Gegensatz zu den aktuellen dagegen genauer vorgefahren werden. Auf der Basis der aktuellen Fallzahlen wurden für jeden Sozialdienst Quoten der zu ziehenden ehemaligen working poor-Haushalte festgelegt. Die Sozialdienste wurden gebeten, rückwirkend alle vor dem 31. Dezember 2000 abgelösten Fälle zu ziehen. Die zuletzt von der Sozialhilfe abgelösten Fälle wurden von den SozialarbeiterInnen als erste für das Sample gezogen, weil eine homogene Verteilung des Samples auf den Zeitraum zwischen 1999 und 2000 nicht möglich war. Dies schränkt die Vergleichbarkeit der Datensätze der abgelösten Haushalte ein.

Das Sample der Ehemaligen besteht aus 104 Dossiers aus Basel-Stadt und 36 aus Freiburg.⁶ Insgesamt liegen Angaben von 384 Personen vor, von denen 207 Haushaltsvorstände sind.

⁵ Der Anteil aller Fälle, die als working poor klassifiziert werden, beträgt in Basel ebenfalls 18.2 Prozent (Sozialhilfe der Stadt Basel 2001: 12)

⁶ Lediglich vier Dossiers stammen aus Freiburg-Stadt. Der Sozialdienst der Stadt Freiburg konnte gemäss eigenen Angaben infolge einer grossen Personalfuktuation die anfängliche Zusage zur Mitarbeit an der Studie nicht einhalten.

4.2.3 Stichprobenrücklauf und Datenqualität

Die Fragebögen wurden ab April 2001 den Sozialdiensten zugestellt (siehe Anhang). Das Ende des Rückversands der Fragebögen war für Juni 2001 vorgesehen, verzögerte sich jedoch beträchtlich. Die Sozialdienste machten personelle Kapazitätsengpässe bzw. eine aussergewöhnlich hohe Arbeitsbelastung für das schleppende Ausfüllen der Fragebögen verantwortlich. Der Aufwand, die Fragebögen auszufüllen, erschien uns als nicht so gross bzw. als vertretbar, da sie zu einem grossen Teil aus Fragen bestanden, die mittels der anfallenden prozessproduzierten Daten, also der Daten, die während einer seriösen bzw. fundierten Abklärung des Sozialhilfeanspruches anfallen (wie z. B. aktuelles Erwerbseinkommen, Schuldenhöhe, vorhandene Betreibungen, Wohnungsmiete, höchster Ausbildungsabschluss etc.), problemlos zu beantworten hätten sein müssen.

Sowohl in Freiburg wie auch in Basel wurden die Sozialdienste mehrmals gebeten, die Fragebögen vollständig auszufüllen und uns zuzusenden. Überraschenderweise stellten wir bei der Dateneingabe fest, dass einige Fragen von den Sozialdiensten nicht beantwortet werden konnten, wie zum Beispiel die Schuldenhöhe oder das Erwerbseinkommen der Klienten.⁷

Die letzten Fragebögen trafen nach mehrmaligen Anfragen bei den Sozialdiensten beider Kantone erst im Oktober 2002 ein, also 1 ½ Jahre nach Versand, wobei schliesslich eine Rücklaufquote von 73.5% erreicht werden konnte. Die Rückläufe der Regionen variieren (siehe Tabelle 1). Die Netto-Rücklaufquote⁸ betrug gesamthaft am 28.10.2002 65.8% (395 von 600 Dossiers). Für aktuelle working poor: 255 von 400 Fragebögen (63.8%). Für ehemalige working poor: 140 von 200 Fragebögen (70%). Die gesamte Stichprobe der ehemaligen und aktuellen Sozialhilfe beziehenden working poor besteht aus 1134 Personen.

⁷ Da in Basel-Stadt die Erhebung der ehemaligen Sozialhilfe beziehenden working poor direkt durch die Projektmitarbeitenden stattfand, konnte ein (subjektiver) Eindruck über die Qualität der Dossiers bzw. über die Dossierführung gewonnen werden. Man musste feststellen, dass die in den Dossiers gesammelten Daten nicht als systematisch und vollständig bezeichnet werden können. Ein einheitlicher Standard bezüglich der für die Sachbearbeitung notwendigen Datenerfassung war nicht erkennbar.

⁸ Als gültig gelten Fragebögen, welche die Kriterien, wie sie in der „Definition der Grundgesamtheit“ festgehalten wurden, erfüllen. Nicht berücksichtigt wurden Dossiers, bei denen weder der Beschäftigungsgrad noch das Erwerbseinkommen der Haushaltsmitglieder ermittelt werden konnten.

Tabelle 1: Rücklauf von Freiburg und Basel (Aktuelle und Ehemalige)

Stichprobe	Dossiers:	Personen:	Durchschnitt pro Dossier:
Freiburg – aktuelle working poor:	116	399	3.4
Freiburg – ehemalige working poor:	36	109	3.0
Basel – aktuelle working poor:	139	351	2.6
Basel – ehemalige working poor:	104	275	2.6
Total	395	1134	2.9

Die Fragebögen wurden für die Auswertung in ein SPSS-File (Version 10.1) übertragen. Für dieses File existiert jeweils eine Syntax der Variablendefinitionen sowie der Auswertungen, um die Überprüfbarkeit der Verfahren zu gewährleisten. Die Fragebögen werteten wir auf zwei unterschiedlichen Ebenen aus: einerseits personenbezogen auf der Ebene der Haushaltsvorstände und andererseits auf der Ebene der Haushalte.

Wie aus Tabelle 1 bereits ersichtlich, basiert die Auswertung der aktuell Sozialhilfe beziehenden working poor auf einer Stichprobe von 255 Dossiers (139 aus dem Kanton Basel-Stadt und 116 aus dem Kanton Freiburg). Insgesamt liegen Angaben von 750 Personen vor. Die durchschnittliche Anzahl Personen pro Dossier beträgt demnach 2.94 Personen (min. = 1 Person; max. = 8 Personen).

Die beiden Untersuchungspopulationen werden zusammengefasst dargestellt. Der Stichprobenumfang liess die Feststellung signifikanter Unterschiede nicht zu. Da die materiellen Voraussetzungen für den Sozialhilfebezug in beiden Untersuchungsregionen gleich sind, es gelten die SKOS-Richtlinien, können die beiden Populationen zusammengefasst werden.

4.3 Soziodemographische Merkmale

Nachfolgend wird das soziodemographische Profil der Haushaltsvorstände der aktuell Sozialhilfe beziehenden working poor der gesamten Stichprobe (Basel-Stadt und Freiburg zusammengefasst) beschrieben.⁹

⁹ Als Haushaltsvorstände gelten (unabhängig vom Geschlecht) maximal zwei (in der Regel) erwachsene Personen pro Dossier, die dem Haushalt vorstehen. Während bei den Alleinlebenden und bei den Alleinerziehenden jeweils nur eine Person als Haushaltsvorstand gilt, sind es bei den Paarkhaushalten (mit und ohne Kinder) deren zwei.

Tabelle 2: Aktuelle working poor: Stichprobe bezüglich ausgewählter soziodemographischer Merkmale in Prozent (nur Haushaltsvorstände; personenbezogen, gerundet)

Geschlecht (n = 364)		
Weiblich	61	
Männlich	39	
Nationalität (n = 363)		
Schweizerische Staatsbürgerschaft	41	
Ausländische Staatsbürgerschaft	59	
Haushaltstyp¹ (n = 365)		
		Haushaltsebene:
Paarhaushalt mit Kindern	52	(37)
Alleinerziehenden-Haushalt	26	(37)
Paarhaushalt ohne Kinder	8	(6)
Alleinlebenden-Haushalt	14	(20)
Andere Haushaltsformen	0	(0)
Alter (n = 362)		
Unter 20 Jahre alt	0	
20 bis 29 Jahre alt	18	
30 bis 39 Jahre alt	41	
40 bis 49 Jahre alt	26	
50 bis 59 Jahre alt	13	
über 59 Jahre alt	2	

Anmerkung: 1) Haushaltsvorstände werden bei Paarhaushalten doppelt gezählt, sonst nur einmal!

Die Tabelle 2 ist wie folgt zu lesen: 61% aller Haushaltsvorstände unserer Untersuchungspopulation sind weiblich, 39% männlich, 41% haben die schweizerische Staatsbürgerschaft, 59% eine ausländische.

Geschlecht: Der höhere Anteil der Frauen erklärt sich durch den hohen Anteil der Alleinerziehenden-Haushalte.

Nationalität: Der hohe Anteil von AusländerInnen überrascht. In der erwachsenen Erwerbsbevölkerung beträgt der Anteil von AusländerInnen knapp 21%, unter den working poor 35% (Streuli/Bauer 2002: 59), unter den Sozialhilfe beziehenden working poor 59%.

Haushaltstyp: Die Zusammensetzung unserer Untersuchungspopulation nach Haushaltsstruktur weicht in zwei Hinsichten von der Zusammensetzung, wie sie Bauer und Streuli ermittelt haben, ab. In unserer Population ist der Anteil der Alleinerziehenden-Haushalte mit 26% gegenüber 12% wesentlich höher. Andere Haushaltsformen als Paarhaushalte mit und ohne Kinder und Alleinlebenden- bzw. Alleinerziehenden-Haushalte spielen in der Sozialhilfe keine Rolle, während in der gesamten working poor-Population 12% der Haushaltsvorstände in „übrigen Haushalten“ leben (Streuli/Bauer 2002: 61).

Alter: Die altersmässige Zusammensetzung unserer working poor-Population entspricht weitgehend derjenigen der Stichprobe von Streuli und Bauer 2002: 59).

Die drei Unterstichproben (Basel-Stadt, Freiburg-Stadt und Freiburg-Agglomeration) unterscheiden sich statistisch nicht signifikant hinsichtlich der Geschlechter¹⁰ und der Altersverteilung.¹¹ Hingegen zeigt sich in der Stadt Freiburg tendenziell ein etwas höherer Anteil von Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft, während in Basel-Stadt ein überdurchschnittlich hoher Anteil von Personen mit schweizerischer Staatsbürgerschaft vertreten ist.¹² Markant ist der (statistisch überzufällig) hohe Anteil von Alleinlebenden in Basel im Vergleich zu Freiburg-Stadt und Freiburg-Agglomeration.¹³ 40 der 50 Alleinlebenden aus unserer Stichprobe wohnen nämlich in der Stadt Basel. In der Stadt Freiburg sind hingegen die Paarhaushalte mit Kindern leicht übervertreten.

Auffällig ist, wie Tabelle 3 zeigt, dass in beiden Freiburger Regionen die durchschnittliche Anzahl von Kindern pro Haushalt grösser ist als in Basel-Stadt (vgl. auch Tabelle 1).

Tabelle 3: Durchschnittliche Anzahl Kinder pro Haushalt

	BS-Stadt	FR-Stadt	FR-Agglom.	Gesamt
Paarhaushalte mit Kindern	2.1	2.5	2.8	2.4
Alleinerziehende	1.5	1.4	1.9	1.6

¹⁰ chi = .154; df = 2; p = .926

¹¹ F = 1.644; df = 2; p = .191

¹² chi = 5.384; df = 2; p = .068

¹³ chi = 23.371; df = 6; p = .001

Insgesamt wird deutlich, dass die durchschnittliche Zahl der Kinder pro Haushalt in den Freiburger Agglomerationsgemeinden grösser ist als in den beiden Zentren. Die Befunde des soziodemographischen Profils der Haushaltsvorstände decken sich nur zum Teil mit den Resultaten von Streuli und Bauer (2002). Während die Altersverteilung bei beiden Studien praktisch identisch verteilt ist, findet sich bei unserer Stichprobe ein deutlich höherer Anteil von Alleinerziehenden sowie Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft.

Tabelle 4: Ehemalige working poor: Stichprobe bezüglich ausgewählter soziodemographischer Merkmale in Prozent (nur Haushaltsvorstände; personenbezogen, gerundet)

Geschlecht (n = 204)		
Weiblich	60	
Männlich	40	
Nationalität (n = 205)		
Schweizerische Staatsbürgerschaft	42	
Ausländische Staatsbürgerschaft	58	
Haushaltstyp¹ (n = 207)		
		Haushaltsebene:
Paarhaushalt mit Kindern	50	(37)
Alleinerziehender Haushalt	19	(29)
Paarhaushalt ohne Kinder	15	(11)
Alleinlebender Haushalt	15	(22)
Andere Haushaltsformen	1	(1)
Alter (n = 204)		
Unter 20 Jahre alt	0	
20 bis 29 Jahre alt	9	
30 bis 39 Jahre alt	35	
40 bis 49 Jahre alt	33	
50 bis 59 Jahre alt	18	
über 59 Jahre	5	

Anmerkung: 1) Haushaltsvorstände werden bei Paarhaushalten doppelt gezählt, sonst nur einmal.

Zum Vergleich ziehen wir in Tabelle 4 die ehemaligen, von der Sozialhilfe abgelösten working poor (im folgenden als ehemalige working poor bezeichnet) heran. Die Verteilung der Variablen Geschlecht und Nationalität ist in beiden Stichproben (also bei den Sozialhilfe beziehenden working poor und denjenigen, die in den letzten zwölf Monaten die Ablösung von der Sozialhilfe geschafft haben) erstaunlich stabil bzw. kongruent: Sind bei den gegenwärtig Sozialhilfe beziehenden working poor 61% Frauen und 41% Schweizer StaatsbürgerInnen, so sind bei den Ehemaligen 60% Frauen und 42% mit einem Schweizer Pass. Die Abweichung in der Verteilung beträgt bei beiden Variablen demnach gerade einmal einen Prozentpunkt. Diese Unterschiede sind statistisch nicht signifikant. Weder das Geschlecht noch die Nationalität scheinen als einzelne Variable ein Hinderungsgrund für eine erfolgreiche Ablösung von der Sozialhilfe zu sein.¹⁴

Hingegen scheint der Haushaltstyp statistisch einen Einfluss auf die Ablösewahrscheinlichkeit auszuüben.¹⁵ Auch wenn zwei Drittel der erfolgreichen Sozialhilfeabläsungen Familienformen mit Kindern betreffen, zeigt sich, dass kinderlose Haushaltsformen überproportional den Ausstieg aus der Sozialhilfe finden, insbesondere Paarhaushalte ohne Kinder.

Ebenso zeigt sich eine statistisch hochsignifikante Korrelation zwischen dem Alter der Haushaltsvorstände und der Ablösewahrscheinlichkeit. Im Vergleich der Stichprobe der aktuellen mit den ehemaligen Sozialhilfe beziehenden working poor sind jüngere Personen (20-29 Jahre und 30-39 Jahre) bei denjenigen, die den Ausstieg erfolgreich hinter sich gebracht haben, untervertreten, während Personen ab 40 Jahren übervertreten sind.¹⁶

Bezüglich Geschlecht, Nationalität, Haushaltstyp¹⁷ und Alter unterscheiden sich die Stichproben (Basel versus Freiburg)¹⁸ statistisch nicht voneinander, d.h. dass sich keine kantonalen Unterschiede in der Häufigkeit der Sozialhilfeablösung (auf der Grundlage des soziodemographischen Profils) finden lassen.

Fazit: (1) Weder das Geschlecht noch die Nationalität beeinflussen die Ablösewahrscheinlichkeit. AusländerIn oder Frau zu sein verringert nicht die Chance, die materielle Situation zu verbessern. (2) Durch das Vorhandensein

¹⁴ Was nicht bedeutet, dass eine Kombination der einzelnen Variablen nicht doch einen negativen Einfluss haben kann.

¹⁵ $\chi^2 = 7.716$; $df = 3$; $p = .052$

¹⁶ $\chi^2 = 15.026$; $df = 4$; $p = .005$

¹⁷ Ohne Haushaltsform „Andere“.

¹⁸ Aufgrund der geringen Stichprobengrösse von Freiburg Stadt werden diese Fälle mit den Fällen der Agglomeration Freiburg zusammengefasst, um einen Kantonsvergleich zu ermöglichen.

von Kindern wird die Ablösung von der Sozialhilfe erschwert. Die Wahrnehmung der elterlichen Erziehungsverpflichtungen steht einer Verbesserung der materiellen Situation entgegen.

Aus früheren Studien geht hervor, dass die working poor-Problematik unter den Personen mit tiefem Bildungsstand besonders ausgeprägt ist (Streuli/Bauer 2002: 64). Diese Frage kann für die Sozialhilfe beziehenden working poor unseres samples aufgrund der Datenlage leider nicht beantwortet werden.

4.4 Arbeitssituation

In Tabelle 5 werden verschiedene Aspekte der Arbeitssituation der Haushaltsvorstände der untersuchten aktuellen working poor-Population ausgewiesen.

Beschäftigungsgrad: Was bereits Streuli und Bauer (2002) für die working poor insgesamt festgestellt haben, gilt auch für unsere working poor-Population: Erwerbstätige working poor sind bezogen auf die erwerbstätige Wohnbevölkerung (ohne Arbeitslose) in einem höheren Masse teilzeitbeschäftigt.¹⁹ 50% der erwerbstätigen Haushaltsvorstände aus der von uns untersuchten Population arbeiten auf Teilzeitbasis, in der erwerbstätigen Bevölkerung sind es gesamthaft 30.7% (SAKE 2001: 9). Der gleiche Sachverhalt zeigt sich, wenn man den Umfang der Erwerbstätigkeit geschlechtsspezifisch ausweist: 68% der erwerbstätigen working poor-Frauen arbeiten auf Teilzeitbasis, wohingegen von allen erwerbstätigen Frauen 55% Teilzeit arbeiten. In unserer Untersuchungsgruppe beträgt der Anteil der Teilzeit arbeitenden Männer 23% gegenüber 10.3% in der erwerbstätigen männlichen Wohnbevölkerung insgesamt. Ersichtlich ist erstens, dass Einschränkungen der Erwerbsmöglichkeiten vorliegen, die zur Armutssituation beitragen, und zweitens, dass von diesen Einschränkungen Männer und Frauen, wenn auch in unterschiedlichem Ausmass betroffen sind.

Unter der Variable Erwerbsverhältnis wird die Verausgabung der Arbeitszeit verstanden: regelmässige Arbeitszeit, unregelmässig auf Abruf oder auf freier Einteilung basierend. Ein Viertel aller erwerbstätigen Personen unserer

¹⁹ In Übereinstimmung mit der Definition, wie sie das Bundesamt für Statistik und das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) verwendet, wird im Folgenden ein Beschäftigungsgrad von unter 90% der betrieblich vereinbarten Wochenarbeitszeit (respektive von weniger als 36 Wochenstunden) als „Teilzeitbeschäftigung“ verstanden.

Population arbeitet unregelmässig, davon die Mehrzahl auf Abruf (17%), die wenigsten können sich ihre Arbeitszeit frei einteilen. Im Vergleich: Bezogen auf die gesamte Erwerbsbevölkerung arbeiten nur 5% der Erwerbstätigen auf Abruf (SAKE 2001, 8). Bezüglich der Lohnform zeigt sich eine geschlechtsspezifische Differenz: Männer erhalten eher einen regelmässigen Monatslohn als Frauen.

Tabelle 5: Arbeitssituation der Sozialhilfe beziehenden Haushaltsvorstände (in Prozent gerundet)

	Gesamt	Frauen	Männer
Summierter individueller Beschäftigungsgrad (n = 212)			
Teilzeit (< 90%)	50	68	23
Vollzeit (≥ 90%)	50	32	77
Erwerbsverhältnis (n = 278)			
Regelmässig	76	76	75
Auf Abruf	17	16	18
Freie Einteilung	7	8	7
Lohnform (n = 275)			
Monatslohn	63	58	71
Stundenlohn	34	40	25
Werklohn	3	2	4
Anzahl Erwerbsarbeitsstellen (n = 365)			
Keine ²⁰	29	30	28
Eine	67	66	68
Zwei oder mehr	4	4	4
Erwerbsstatus (n = 299)			
Selbständige	4	2	6
ArbeitnehmerInnen	74	80	68
Andere Erwerbspersonen ^{a)}	8	6	10
Nichterwerbspersonen ^{b)}	7	10	3
Erwerbslose	7	2	13

²⁰ Diese Gruppe umfasst Erwerbslose, Hausfrauen, Auszubildende, Lehrlinge sowie andere Personen ohne feste Arbeitsstelle.

Tabelle 5 (Fortsetzung): Arbeitssituation der Sozialhilfe beziehenden Haushaltsvorstände (in Prozent gerundet)

	Gesamt	Frauen	Männer
Branchenzugehörigkeit (n = 250)			
Land- und Forstwirtschaft, Energie, Wasser, Bergbau	1	---	3
Industrie	17	10	27
Baugewerbe	4	1	10
Handel	16	18	14
Gastgewerbe	11	13	8
Gesundheitswesen	8	10	3
Öffentliche Dienste, öffentliche Verwaltung	7	9	5
Andere	36	39	30

a) Lehrlinge, Arbeitslosenprojekt

b) in Ausbildung, Hausfrauen, RentnerInnen, andere Nichterwerbspersonen

Bezüglich der Variable Anzahl der Erwerbsarbeitsstellen fällt auf, dass fast ein Drittel aller Haushaltsvorstände keiner Erwerbsarbeit nachgeht. Geschlechtsspezifische Differenzen liegen im Aggregat keine vor, die weitere Unterteilung nach Erwerbsstatus zeigt jedoch deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede (s.u.). Mit 4% ist der Anteil der Erwerbstätigen, die zwei und mehr Erwerbsarbeitsstellen einnehmen, gering.

Die Variable Erwerbsstatus ist aufgrund der erwartbaren Haushaltszusammensetzung unserer working poor-Population nicht mit der gleichen Variable aus den SAKE-Untersuchungen vergleichbar: reine RentnerInnen-Haushalte sind in der vorliegenden Studie definitiv ausgeschlossen. Auffallend ist jedoch die mit 7% hohe Quote der erwerbslosen Haushaltsvorstände, wobei wiederum von Erwerbslosigkeit überwiegend Männer betroffen sind. Erwerbslosigkeit des Mannes heisst hier unfreiwillig erfolgende Einschränkung des Erwerbsvolumens des working poor-Haushaltes.

Auch die Variable Branchenzugehörigkeit ist mit den entsprechenden Variablen anderer Untersuchungen, die sich auf die SAKE-Daten stützen, nur bedingt vergleichbar, da die von uns untersuchte Population in urbanisierten Regionen lebt. So erklärt sich der sehr geringe Anteil von Erwerbstätigen in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Energie, Wasser und Bergbau. Überdurchschnittlich hohe Anteile von working poor finden sich analog zur Studie von Streuli und Bauer (2002) im Handel wie im Gastgewerbe. Auffallend ist

der mit 23% ausserordentlich hohe Anteil der übrigen Dienstleistungen, der für die working poor bei Streuli und Bauer (2002) nur mit 4.9% beziffert wird.²¹ In diese Kategorie fallen Dienste in Privathaushalten, Hilfsarbeiten, im Sicherheitsdienst beschäftigte, Temporärangestellte sowie zum Teil Selbständige ohne genauere Bezeichnung.

Bezüglich der Branchenzugehörigkeit unterscheiden sich die drei Teilpopulationen der aktuellen working poor, wie aus Tabelle 6 ersichtlich ist. Sowohl in Freiburg-Stadt wie auch in Freiburg-Agglomeration ist der Anteil der in der Industrie beschäftigten working poor höher als in Basel-Stadt. Freiburg-Stadt zeichnet sich auch durch einen hohen Anteil von working poor im Handel wie im Gastgewerbe aus. Auffallend ist für beide Freiburger Regionen der überdurchschnittlich hohe Anteil der working poor im öffentlichen Dienst.

Tabelle 6: Branchenzugehörigkeit und Region der Sozialhilfe beziehenden working poor (in Prozent, gerundet)

	Basel-Stadt (n = 129)	Freiburg-Stadt (n=43)	Freiburg-Agglomeration (n = 78)
Branchenzugehörigkeit			
Land- und Forstwirtschaft, Energie, Wasser, Bergbau	2	2	0
Industrie	12	16	24
Baugewerbe	4	7	4
Handel	16	23	13
Gastgewerbe	10	19	9
Gesundheitswesen	9	2	8
Öffentliche Dienste, öffentliche Verwaltung	3	12	11
Andere	44	19	31

Wie unterscheidet sich die Erwerbssituation der working poor in den drei Untersuchungsregionen voneinander? Geht man davon aus, dass ein „Normalarbeitsverhältnis“ von einer monatlichen Entlohnung, regelmässiger Arbeitszeit und dem Status als unselbständig Beschäftigter bestimmt ist, dann ist der Anteil der in „Normalarbeitsverhältnissen“ beschäftigten working poor in Freiburg-Stadt tendenziell am grössten, in Basel-Stadt am niedrigsten.

²¹ Dies liegt an der etwas unterschiedlichen Abgrenzung aufgrund der Datenlage.

Tabelle 7: Arbeitssituation der Sozialhilfe beziehenden Haushaltsvorstände nach Regionen (in Prozent)

Erwerbsverhältnis (n = 278)	BS-Stadt	FR-Stadt	FR-Aggl.
Regelmässig	70	82	82
Auf Abruf	19	18	13
Freie Einteilung der Arbeitszeit	11	0	5
Lohnform (n = 275)			
Monatslohn	66	73	54
Stundenlohn	32	24	43
Werklohn	2	1	3
Anzahl Erwerbsarbeitsstellen (n = 365)			
Keine ²²	29	29	29
Eine	67	71	66
Zwei und mehr	4	0	5
Erwerbsstatus (n = 299)			
Selbständige	7	0	1
ArbeitnehmerInnen	66	92	80
Andere Erwerbspersonen	14	2	0
Nicht-Erwerbspers.	10	0	6
Erwerbslose	3	6	13

Die Tabelle 8 zeigt ausgewählte Merkmale der Arbeitssituation der ehemaligen working poor während der Zeit ihres Sozialhilfebezugs.

Die Gruppe der ehemaligen working poor arbeitet länger als die aktuell Sozialhilfe beziehenden, und zwar sowohl während des Sozialhilfebezugs als auch nach Ablösung von der Sozialhilfe. Während bei den aktuell Sozialhilfe beziehenden working poor die Hälfte (50%) Vollzeit arbeitet, beträgt der Anteil der vollwerbstätigen Personen bei den ehemaligen working poor 63% während des Sozialhilfebezugs. Ein höherer individueller Beschäftigungsgrad erleichtert die Ablösung von der Sozialhilfe, teilweise erfolgt sie durch Aus-

dehnung des Erwerbsumfangs. Andererseits haben die ehemaligen working poor während des Sozialhilfebezugs ungünstigere Arbeitsbedingungen akzeptiert, was das Erwerbsverhältnis und die Lohnform betrifft: der Anteil der auf Abruf arbeitenden Personen und derjenigen, die stundenweise bezahlt wurden, ist bei den ehemaligen working poor grösser als bei den aktuellen. Bezüglich der Anzahl Erwerbsarbeitsstellen, des Erwerbsstatus und der Branchenzugehörigkeit lassen sich keine signifikanten Unterschiede feststellen. Schlussfolgern lässt sich: Je besser working poor bereits in den Arbeitsmarkt integriert sind, desto grösser ist die Chance, sich von der Sozialhilfe abzulösen.

Tabelle 8: Arbeitssituation der Haushaltsvorstände (in Prozent, gerundet) für Beschäftigungsgrad > 0, während Sozialhilfebezug, Ehemalige

	Gesamt	Frauen	Männer
Summierter individueller Beschäftigungsgrad nach Ablösung (n = 37)			
Teilzeit (< 90%)	32	44	8
Vollzeit (≥ 90%)	68	56	92
Erwerbsverhältnis (n = 124)			
Regelmässig	68	61	79
Auf Abruf	23	28	16
Freie Einteilung der Arbeitszeit	9	11	5
Lohnform (n = 131)			
Monatslohn	48	42	58
Stundenlohn	48	53	40
Werklohn	6	5	2
Anzahl Erwerbsarbeitsstellen (n = 207)			
Keine	31	24	43
Eine	63	69	53
Zwei oder mehr	6	7	4

²² Vgl. Fussnote 20.

Tabelle 8: Arbeitssituation der Haushaltsvorstände (in Prozent, gerundet) für Beschäftigungsgrad > 0, während Sozialhilfebezug, Ehemalige (Fortsetzung)

	Gesamt	Frauen	Männer
Erwerbsstatus²³ (n = 93)			
Selbständige	5	6	5
ArbeitnehmerInnen	88	90	83
Andere Erwerbspersonen ^{a)}	2	2	2
Nichterwerbspersonen ^{b)}	3	1	6
Erwerbslose	2	1	4
Branchenzugehörigkeit (n = 136)			
Land- und Forstwirtschaft, Energie, Wasser, Bergbau	2	2	0
Industrie	12	10	16
Baugewerbe	5	1	11
Handel	17	21	7
Gastgewerbe	10	10	11
Gesundheitswesen	14	16	11
Öffentliche Dienste, öffentliche Verwaltung ²⁴	7	6	9
Andere	33	34	35

^{a)} Lehrlinge, Arbeitslosenprojekt

^{b)} in Ausbildung, Hausfrauen, RentnerInnen, andere Nichterwerbspersonen

Fazit: Bezüglich der Arbeitssituation unterscheiden sich die ehemaligen von den aktuellen working poor in zwei Dimensionen.

- (1) Der Erwerbsumfang der ehemaligen working poor ist zum Zeitpunkt des Sozialhilfebezugs grösser.
- (2) Die Arbeitsbedingungen der ehemaligen working poor sind zum Zeitpunkt des Sozialhilfebezugs ungünstiger: Sie werden häufiger durch Stundenlohn bezahlt als die aktuellen working poor, zudem sind sie häufiger auf Abruf beschäftigt.

²³ Aufgrund der lückenhaften Datenlage sind die Ergebnisse mit der oberen Tabelle teilweise inkonsistent.

²⁴ Inklusive Beschäftigungsprogramme.

4.5 Finanzielle Ressourcen

Die Tabellen 9 und 10 zeigen das durchschnittliche Haushaltseinkommen pro Haushaltstyp und pro summiertem Beschäftigungsgrad vor dem Sozialhilfebezug. Das Brutto-Haushaltseinkommen pro Haushalt ist die Summe aller Erwerbseinkommen vor Abzug der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zuzüglich aller Transferzahlungen (Kinderzulagen, Renten, Alimente²⁵ etc.).

Für die Darstellung der finanziellen Ressourcen der von uns untersuchten working poor-Population werden sowohl das arithmetische Mittel (Mittelwert) als auch der Median verwendet.

Tabelle 9: Durchschnittliches Brutto-Haushaltseinkommen nach Haushaltstyp (für alle Haushaltsmitglieder), Mittelwert und Median gerundet auf 100 Franken

Haushaltstyp	Mittelwert	Median
Alleinlebend (n = 49)	1'200	1'100
Alleinerziehend (insgesamt) (n = 94)	2'400	2'300
Alleinerziehend mit 1 Kind oder 2 Kindern (n = 81)	2'300	2'300
Alleinerziehend mit 3 oder mehr Kindern (n = 13)	3'000	2'800
Paarhaushalte mit Kindern (insgesamt) (n = 94)	3'600	3'500
Paarhaushalte mit 1 Kind oder 2 Kindern (n = 59)	3'200	3'200
Paarhaushalte mit 3 oder mehr Kindern (n = 35)	4'100	4'200
Paarhaushalte ohne Kinder (n = 15)	1'900	1'900

Alleinstehende: Die Hälfte der alleinlebenden working poor verfügt vor dem Sozialhilfebezug über ein Haushaltseinkommen von weniger als 1'100 Franken (Median). Als Vergleich: Der standardisierte Brutto-Medianlohn für eine Vollzeitwerbstätigkeit beträgt 5417 Franken, was in etwa dem durchschnittlichen Monatseinkommen eines (erwerbstätigen) Einpersonenhaushalts entspricht. Der Medianlohn für eine Vollzeitwerbstätigkeit mit niedrigem Anforderungsniveau (einfache und repetitive Tätigkeiten ohne Berufs- und Fachkenntnisse) beträgt 4'232 Franken (Bundesamt für Statistik 2003a [LSE 2002]). Der Medianlohn des alleinlebenden working poor beträgt gerade 26% des Medianeinkommens eines gering qualifizierten Vollzeitwerbstätigen.

²⁵ Aufgrund der Datenlage werden bezogene Alimente zum Haushaltseinkommen gerechnet, bezahlte Alimente hingegen nicht von diesem abgezogen.

Alleinerziehende: Das mit der Anzahl der Kinder steigende Haushaltseinkommen für alleinerziehende Frauen könnte sich durch die gezahlten Kinder- und Ausbildungszulagen erklären.

Paarhaushalte mit Kindern: Auch bei diesem Haushaltstyp steigt, wie bei den Alleinerziehenden, die Höhe des Haushaltseinkommens mit der Kinderzahl.

Paare ohne Kinder verfügen über ein gut 50% höheres Haushaltseinkommen als Alleinstehende. Unter Berücksichtigung der gebräuchlichen Äquivalenzfaktoren (vgl. Streuli und Bauer 2002) verfügen kinderlose Haushalte im Vergleich zu Haushalten mit Kindern eher über ein etwas tieferes Äquivalenzeinkommen.²⁶ Paare ohne Kinder und Alleinlebende verfügen über ein etwa gleich hohes Äquivalenzeinkommen.

Tabelle 10: Durchschnittliches Brutto-Haushaltseinkommen (vor Sozialhilfebezug) nach Beschäftigungsgrad des Haushalts (summiert), Mittelwert und Median gerundet auf 100 Franken

Beschäftigungsgrad	Haushaltseinkommen in Franken	
	Mittelwert	Median
1 - 49 % (n = 29)	1'900	1'800
50 - 89 % (n = 67)	2'600	2'500
90 - 120 % (n = 92)	3'000	3'000
über 120 % (n = 12)	4'000	3'800

Tabelle 11: Durchschnittliche Alimentenhöhe nach Kinderanzahl (falls Alimente > 0)

Kinderanzahl	Durchschnittliche Alimentenhöhe in Franken	
	Mittelwert	Median
1 (n = 32)	670	530
2 (n = 27)	960	930
3 (n = 7)	900	850
4 (für 5 und 6 unbekannt) (n = 5)	1'020	800

²⁶ Das Äquivalenzeinkommen gibt an, wie hoch der Einkommensbetrag eines Mehrpersonenhaushalts sein müsste, damit er auf dasselbe finanzielle Niveau kommt wie ein Einpersonenhaushalt. Der Äquivalenzfaktor berücksichtigt die Mehrausgaben von grösseren Haushalten, die allerdings nicht proportional, sondern etwa mit der Wurzel der Haushaltsmitglieder steigen.

Mit Alimenten in dieser Höhe kann der faktische Unterhaltsbedarf von Kindern keineswegs gedeckt werden.²⁷ Geht man von den Mittelwerten aus, so ergibt sich bei einem Kind bei bescheidener Lebenshaltung ein durchschnittlicher Mehrbedarf von 540 Franken im günstigsten (1. - 6. Altersjahr) und 970 Franken im ungünstigsten Fall (13. - 18. Lebensjahr).²⁸ Man muss hier die Kinderzulagen berücksichtigen, so dass sich der von der alleinerziehenden Kindsmutter zu erbringende Bedarf im Kleinkindalter auf 370 Franken in Basel-Stadt und 310 Franken im Kanton Freiburg reduziert. Für das heranwachsende Kind beträgt der jeweils zu erbringende Mehrbedarf in Basel-Stadt 770 Franken, im Kanton Freiburg 680 Franken.²⁹ Geht man von zwei Kindern aus und berechnet den Mehrbedarf unter Berücksichtigung der Kinderzulagen, kommt man für zwei Kleinkinder auf 820 Franken für Basel-Stadt und 700 Franken für den Kanton Fribourg, für zwei heranwachsende Kinder liegt der Mehrbedarf bei 1600 Franken für Basel-Stadt und bei 1420 Franken für den Kanton Fribourg.³⁰ Legt man ein bis zwei Kinder zugrunde, so muss die alleinerziehende Kindsmutter im günstigsten Fall 26 Prozent des Unterhaltsbedarfs aus eigenem Einkommen bestreiten, im ungünstigsten Fall 55 Prozent.

Je grösser der Haushalt ist, desto geringer wird der auf jede einzelne Person entfallende Sozialhilfebetrag. Obwohl für Eltern die zeitlichen Erwerbsmög-

²⁷ Folgende Zahlen liegen den Berechnungen zugrunde. Das Amt für Jugend und Berufsberatung des Kantons Zürich gibt als durchschnittlichen Unterhaltsbedarf eines Kindes in einer Familie mit bescheidenem Einkommen folgende Zahlen an: für ein Kleinkind pro Monat 1190 Franken, für zwei Kleinkinder zusammen 2080 Franken, für ein heranwachsendes Kind 1620 Franken, für zwei heranwachsende Kinder insgesamt 2920 Franken (Amt für Jugend und Berufsberatung des Kantons Zürich 2000). Die Kinderzulagen betragen im Kanton Basel-Stadt 150 Franken pro Kind, für Jugendliche in Ausbildung ab den 16. Altersjahr 180 Franken, im Kanton Fribourg 210 Franken zusätzlich einer Ausbildungszulage von 60 Franken ab dem 16. Altersjahr.

²⁸ Legt man den Median zugrunde, heisst das, dass die Hälfte aller alleinerziehenden working poor mit einem Kind mindestens 670 Franken (falls es in die Altersgruppe von 1 - 6 Jahren fällt) bzw. mindestens 1'100 Franken (falls es zwischen 13 und 18 Jahren alt ist).

²⁹ Zugrundelegung des Medians: nach Abzug der Kinderzulagen müssen die Hälfte aller arbeitenden alleinerziehenden Mütter in Basel-Stadt mindestens 510 Franken und im Kanton Freiburg 450 Franken erwirtschaften. Für heranwachsende Kinder belaufen sich die zusätzlich zu erwirtschaftenden Beträge auf 910 Franken in Basel-Stadt und 820 Franken im Kanton Freiburg.

³⁰ Bei zwei Kindern beträgt die Differenz bezüglich der erhaltenen Alimente die Differenz zwischen dem arithmetischen Mittel und dem Median nur 30 Franken. Unter Zugrundelegung des Medians muss die Hälfte aller arbeitenden und alleinerziehenden Mütter mit zwei heranwachsenden Kindern mindestens 1630 Franken in Basel-Stadt und mindestens 1450 Franken im Kanton Freiburg erbringen. Bei zwei Kleinkindern beträgt der zu erwirtschaftende Mehrbedarf in Basel-Stadt mindestens 850 Franken, im Kanton Freiburg mindestens 730 Franken.

lichkeiten eingeschränkt sind, beanspruchen Haushalte mit Kindern pro Kopf weniger Sozialhilfe als Haushalte ohne Kinder.

Tabelle 12: Durchschnittliche Höhe der Sozialhilfe nach Haushaltstyp (in Franken)³¹

Haushaltstyp	Sozialhilfeshöhe in Franken (Mittelwert und Median gerundet auf 100 Franken)	
	Mittelwert	Median
Alleinlebens (n = 49)	1'200	1'200
Alleinerziehend (n = 92)	1'500	1'400
Paarhaushalte mit Kindern (n = 84)	1'600	1'300
Paarhaushalte ohne Kinder (n = 15)	1'300	1'200

Mit einigen Vergleichszahlen (Mittelwerte) aus der Schweizer Statistik wird deutlich, wie bescheiden die Lebenshaltung von SozialhilfebezügerInnen ist. Das durchschnittliche Haushaltseinkommen eines Alleinlebenden in der Schweiz beträgt 5'668 Franken brutto (Bundesamt für Statistik 2003 [EVE 2001]), woraus nach einem Abzug von 14.3% Sozialabgaben und 7% Steuern (Bund, Kanton und Gemeinde)³² 4'461 Franken als verfügbares Haushaltseinkommen zur Verfügung stehen. Das verfügbare Haushaltseinkommen eines Sozialhilfe beziehenden Einpersonenhaushaltes (vgl. Tabelle 13) beträgt die Hälfte des durchschnittlich verfügbaren Einkommens eines Einpersonenhaushaltes. Das durchschnittliche Einkommen eines Paarhaushaltes ohne Kinder wird mit 9'406 Franken brutto angegeben (EVE 2001), woraus ein verfügbares Haushaltseinkommen von 6'835 Franken resultiert.³³ Der Sozialhilfe beziehende Paarhaushalt ohne Kinder verfügt über weniger als die Hälfte des

³¹ In der Berechnung sind nur gültige Angaben (d.h. Sozialhilfe > 0) berücksichtigt. Personen, die nur Beratungsleistungen, d.h. keine monetäre Entschädigung bezogen, sind in der vorliegenden Berechnung ausgeschlossen. Daraus ergeben sich geringfügige Abweichungen in der Summenbildung von Tabelle 9 und Tabelle 12 zu Tabelle 13.

³² Die Einkommens- und Verbrauchserhebung (Bundesamt für Statistik 2003: Die EVE 2001 geht von durchschnittlich 14.3% Sozialabgaben (Sozialversicherungen, Pensionskassen, Krankenkassengrundversicherung) aus. Das Bundesamt für Statistik geht für 2000 von einer durchschnittlichen Steuerbelastung von 6.77 % bei einem Jahreseinkommen von 50'000 Franken aus (www.admin.ch).

³³ Veranschlagt wurde ein Doppelverdiener-Haushalt, in dem eine erwerbstätige Person 6'000 Franken (minus 14.3% Sozialabgaben), die andere erwerbstätige Person 3'400 Franken (minus 14.5% Sozialabgaben) verdient. Die Steuerlast wurde mit 13% geschätzt (vgl. Bundesamt für Statistik 2004).

durchschnittlich verfügbaren Einkommens des statistisch durchschnittlichen Zweipersonenhaushalts. Der Haushalt einer Sozialhilfe beziehenden alleinerziehenden Frau (mit durchschnittlich 1.6 Kindern) hat dagegen etwas mehr als die Hälfte des Einkommens zur Verfügung, das dem Zweipersonenhaushalt durchschnittlich zur Verfügung steht. Setzen wir das Einkommen dieses Haushaltes in Beziehung zum durchschnittlichen Einkommen eines Dreipersonenhaushaltes (10'638 Franken brutto [EVE 2001], 7'734 Franken verfügbar), dann verfügt eine Sozialhilfe beziehende alleinerziehende Frau für die Lebenshaltung ihrer Familie die Hälfte dessen, was ein Dreipersonenhaushalt im Durchschnitt verwenden kann. Der Sozialhilfe beziehende Paarhaushalt mit Kindern hat knapp zwei Drittel des Einkommens zur Verfügung, das statistisch in der Schweiz ein Vier- bis Fünfpersonenhaushalt verwenden kann (etwa 10'800 Franken brutto [EVE 2001], 7'8550 Franken verfügbares Haushaltseinkommen).

Tabelle 13: Total zur Verfügung stehende finanzielle Mittel inkl. Sozialhilfe nach Haushaltstyp (in Franken.)

Haushaltstyp	Total finanzielle Mittel in Franken (Mittelwert und Median gerundet auf 100 Franken)	
	Mittelwert	Median
Alleinlebens (n = 50)	2'300	2'200
Alleinerziehend (n = 95)	3'800	3'600
Paarhaushalte mit Kindern (n = 94)	5'000	4'800
Paarhaushalte ohne Kinder (n = 15)	3'200	3'100

Über welche finanziellen Ressourcen verfügten die ehemaligen working poor zum Zeitpunkt ihres Sozialhilfebezugs? Tabelle 14 weist das eigene Einkommen (also vor der Sozialhilfezahlung) der ehemaligen working poor zur Zeit ihres Sozialhilfebezugs aus.

Haushaltstyp: Die Population der ehemaligen working poor erwirtschaftete während des Sozialhilfebezugs ein geringeres Haushaltseinkommen als die aktuellen working poor; die alleinlebenden working poor bilden eine Ausnahme. Dabei ist zu beachten, dass der Erwerbsumfang der Haushaltsvorstände bei den ehemaligen working poor grösser ist. Die ehemaligen working poor müssen für ihre Arbeit geringer entlohnt worden sein als die aktuell Sozialhilfe beziehenden.

Beschäftigungsgrad: Haushalte der ehemaligen working poor-Population mit geringfügigem (unter 50%) und denjenigen mit hohem Erwerbsumfang (über 120%) erzielen ein grösseres Einkommen als Haushalte der aktuellen working poor-Population. Bei den beiden anderen Kategorien verhält es sich genau umgekehrt, hier wurden die ehemaligen working poor für die vorausgabte Arbeitszeit geringer entlohnt als die aktuell Sozialhilfe beziehenden. Dass Haushalte der ehemaligen working poor mit mehr als 120% Erwerbsumfang ein höheres Einkommen erwirtschafteten als die aktuellen, ist mit einem grösseren Erwerbsumfang erklärbar.

Tabelle 14: Durchschnittliches Brutto-Haushaltseinkommen nach Haushaltstyp und Beschäftigungsgrad (in Franken) während Sozialhilfebezug, Ehemalige

	Durchschnittliches Haushaltseinkommen in Franken (für alle Haushaltsmitglieder)	
	Mittelwert Gerundet Franken	Median auf 100
Haushaltstyp		
Alleinlebens (n = 29)	1'600	1'400
Alleinerziehend (insgesamt) (n = 40)	2'200	2'100
Alleinerziehend mit 1 Kind oder 2 Kindern (n = 37)	2'300	2'100
Alleinerziehend mit 3 oder mehr Kindern (n = 3)	1'100	1'400
Paarhaushalte mit Kinder (insgesamt) (n = 51)	3'100	3'100
Paarhaushalte mit 1 Kind oder 2 Kindern (n = 39)	3'000	3'000
Paarhaushalte mit 3 oder mehr Kindern (n = 12)	3'600	3'700
Paarhaushalte ohne Kinder (n = 15)	1'800	1'700
Andere (n = 2)	900	900
Beschäftigungsgrad des Haushalts während Sozialhilfe (summiert)		
1-49 % (n = 10)	2'500	2'600
50-89 % (n = 16)	2'300	2'300
90-120 % (n = 47)	2'800	3'000
über 120 % (n = 4)	4'400	5'000

Tabelle 15: Alimentenhöhe nach Anzahl Kinder (falls Alimente > 0), Ehemalige

Kinderanzahl	Durchschnittliche Alimentenhöhe in Franken	
	Mittelwert	Median
1 (n = 13)	670	650
2 (n = 17)	1'300	1'200
3 (n = 1)	300	300
4 oder mehr Kinder	-----	-----

Die Alimentenhöhe ist wegen der geringen Fallzahl alleinerziehender working poor der Ehemaligen-Population wenig vergleichbar.

Tabelle 16: Durchschnittliche Höhe der Sozialhilfe nach Haushaltstyp (in Franken, auf 100 gerundet), Ehemalige

Sozialhilfeshöhe nach Haushaltstyp	Mittelwert	Median
Alleinlebens (n = 31)	800	800
Alleinerziehend (n = 38)	1'200	1'200
Paarhaushalte mit Kindern (n = 47)	1'200	1'000
Paarhaushalte ohne Kinder (n = 15)	1'100	1'100
Andere (n = 2)	1'300	1'300

Für die Haushalte der Ehemaligen-Population gilt erstens, dass sie weniger materielle Sozialhilfeleistungen beziehen als die Aktuellen-Population, zweitens, dass das verfügbare Haushaltseinkommen für die Haushalte der Ehemaligen-Population geringer ist als das der Vergleichspopulation.

Tabelle 17: Total zur Verfügung stehende finanzielle Mittel inkl. Sozialhilfe nach Haushaltstyp (in Franken, auf 100 gerundet), Ehemalige

Total zur Verfügung stehende finanzielle Mittel nach Haushaltstyp	Mittelwert	Median
Alleinlebens (n = 31)	2'400	2'200
Alleinerziehend (n = 40)	3'300	3'200
Paarhaushalte mit Kindern (n = 52)	4'200	4'100
Paarhaushalte ohne Kinder (n = 15)	3'000	3'100
Andere (n = 2)	2'200	2'200

bringt Erstaunliches zu Tage: Die abgelösten Haushaltstypen mit bis zu zwei Mitgliedern unterscheiden sich nicht wesentlich von den aktuell Sozialhilfe beziehenden working poor. Alleinlebende (1.9), Alleinerziehende mit einem Kind (3.0) und Paarhaushalte ohne Kinder (2.5) verfügten während des Sozialhilfebezugs im Schnitt sogar über ein wenig mehr Wohnraum. Aber jene abgelösten Haushalte, in welchen mehr als zwei Personen leben, zeichnen sich durchwegs dadurch aus, dass weniger Wohnraum als den aktuell von der Sozialhilfe abhängigen zur Verfügung stand. Abgelöste Alleinerziehende mit 3 oder mehr Kindern lebten während des Sozialhilfebezugs im Durchschnitt mit nur drei Zimmern, im Gegensatz zu denen der aktuellen Vergleichsgruppe mit knapp über vier Zimmern. Auch abgelösten Paarhaushalten mit 1 oder 2 Kindern stand deutlich weniger Wohnraum zur Verfügung als den aktuellen Paarhaushalten mit Kindern.

Tabelle 20: Durchschnittliche Zimmerzahl nach Haushaltstyp, Ehemalige

Haushaltstyp	durchschnittliche Zimmer (ohne Küche und Bad)	Anzahl Zimmer
	Mittelwert	Median
Alleinleidend (n = 28)	1.9	2.0
Alleinerziehend (Gesamt) (n = 38)	3.2	3.0
mit 1 Kind (n = 20)	3.0	3.0
mit 2 Kindern (n = 16)	3.4	3.5
mit 3 oder mehr Kindern (n = 2)	3.0	3.0
Paarhaushalte mit Kindern (Gesamt) (n = 47)	3.3	3.0
mit 1 Kind (n = 13)	3.0	3.0
mit 2 Kindern (n = 22)	3.2	3.0
mit 3 oder mehr Kindern (n = 12)	4.0	4.0
Paarhaushalte ohne Kinder (n = 15)	2.5	2.0
Andere (n = 2)	3.8	3.75

Tabelle 21 gibt genaueren Aufschluss über die Verschiebung zuungunsten der abgelösten Haushalte. Vor allem 4-Personenhaushalte waren von einer Unterversorgung mit Wohnraum betroffen (83% gegenüber 57% bei den Aktuellen).

Eine angesichts der schmalen Datenbasis (bei den Haushalten mit 4 oder mehr Mitgliedern) vorsichtige Interpretation der vorliegenden Daten lässt die Vermutung zu, dass die Ablösung von der Sozialhilfe für grosse Haushalte auch ermöglicht wurde durch den Umstand einer Unterversorgung mit Wohn-

raum. Eine genauere Überprüfung dieser These würde die detaillierte Analyse der Mietkosten in den einzelnen Gruppen erfordern. Eine solche Desaggregation kann unser Datensatz nicht leisten.

Tabelle 21: Unterversorgungsmerkmal „Wohnen“ bei den ehemaligen working poor: Wohnungsgrösse zur Zeit des Sozialhilfebezugs in Abhängigkeit der Personenzahl

Personen- Anzahl	1 - 1.5 Zim- mer	2 - 2.5 Zim- mer	3 - 3.5 Zim- mer	4 - 4.5 Zim- mer	5 - 5.5 Zim- mer
1 (n = 28)	46%	25%	29%	0%	0%
2 (n = 35)	11%	26%	43%	17%	3%
3 (n = 29)	0%	17%	62%	21%	0%
4 (n = 24)	4%	8%	71%	17%	0%
5 (n = 11)	0%	0%	36%	55%	9%
6 (n = 2)	0%	0%	0%	50%	50%
7 (n = 1)	0%	0%	100%	0%	0%

4.7 Verschuldung

Schulden sind ein Teil des Erscheinungsbildes der „neuen Armut“. Eine durch Armut verursachte Überschuldung liegt vor, wenn die Ausgaben des Haushaltes nicht durch das Einkommen gedeckt werden können. Oft handelt es sich dabei um regelrechte „Verschuldungskarrieren“ (Streuli/Schmassmann 2002: 12).

Der Anteil der Sozialhilfe beziehenden working poor mit einer Verschuldung ist relativ gering: in nur 42 von insgesamt 395 Dossiers, d.h. knapp 11%, sind Schulden deklariert. Dies ist auf die schwierig zu erschliessende Datenlage zurückzuführen; der effektive Anteil der verschuldeten Haushalte bei den Sozialhilfe beziehenden working poor dürfte deutlich höher liegen.

Tabelle 22 zeigt die durchschnittliche Schuldenhöhe für die verschiedenen Haushaltstypen und den Anteil der Schuldnerhaushalte am Gesamt der Stichprobe.

Die durchschnittliche Schuldenbelastung beträgt für die verschuldeten Sozialhilfe beziehenden working poor in unserem Sample 36'800 Franken. In der Schweiz sind rund ein Viertel aller Haushalte mit einem Kredit von durchschnittlich 15'000 Franken verschuldet (Streuli/Schmassmann 2002: 9). Sozialhilfe beziehende working poor sind damit in der Schweiz überdurchschnittlich stark von der Verschuldungsproblematik betroffen. Die Verschul-

dungshöhe dieser Haushalte beträgt durchschnittlich mehr als das Doppelte der allgemeinen Belastung der verschuldeten Privathaushalte in der Schweiz. Unter Berücksichtigung der eher durch hohen Konsum als durch Armut verursachten Verschuldung von Paaren ohne Kinder in der Schweiz (Streuli/Schmassmann 2002: 17) könnte die Aussage gewagt werden, dass die unheimlich hohe Verschuldung von Paaren ohne Kinder in unserem Sample auch mit übersteigerten Konsumansprüchen zusammenhängen.

Tabelle 22: Durchschnittliche Schuldenhöhe (falls Schulden vorhanden bzw. angegeben) nach Haushaltstyp (in Franken), Mittelwert und Median gerundet auf 100 Franken

Haushaltstyp	Mittelwert	Median	Minimum	Maximum
Alleinlebend (n = 5)	10'500	10'000	2'000	20'000
Alleinerziehend (n = 17)	26'100	7'300	567	130'230
Paarhaushalte mit Kindern (n = 18)	46'300	17'000	1'000	26'700
Paarhaushalte ohne Kinder (n = 2)	109'700	110'000	73'000	146'949

Tabelle 23 zeigt die Höhe der Schulden bei den von der Sozialhilfe abgelösten Haushalten. Ausser bei den Alleinlebenden ist die Schuldenhöhe bei allen Haushaltstypen wesentlich niedriger als bei den aktuellen working poor. Im Vergleich zu den aktuellen sind die abgelösten Alleinerziehenden und die Paarhaushalte mit und ohne Kinder im Durchschnitt mit weniger als der Hälfte der Schuldenhöhe belastet.

Tabelle 23: Durchschnittliche Schuldenhöhe nach Haushaltstyp, Ehemalige

Schuldenhöhe nach Haushaltstyp	Mittelwert	Median	Minimum	Maximum
Alleinlebend (n = 7)	17'000	10'000	2'000	60'000
Alleinerziehend (n = 7)	12'000	3'000	100	60'000
Paarhaushalte mit Kindern (n = 19)	26'000	15'000	1'000	125'000
Paarhaushalte ohne Kinder (n = 10)	43'000	25'000	2'500	200'000

Diese Daten weisen darauf hin, dass diejenigen Haushalte, die die Ablösung von der Sozialhilfe geschafft haben, nicht in derart ausgeprägtem Masse von Mehrfachbelastungen betroffen sind, denn eine „Kumulation von Prob-

lemagen“ besteht vor allem bei Armutsschuldnern (Streuli/Schmassmann 2002: 18). Zwar liegt auch bei den von der Sozialhilfe abgelösten Haushalten eine klare Verschuldungsproblematik vor, jedoch nicht in solch dramatischem Ausmass wie bei den aktuell Sozialhilfeabhängigen.

4.8 Dauer der Sozialhilfe

Für die aktuell Sozialhilfe beziehenden working poor kann (im Gegensatz zu den ehemaligen Sozialhilfe beziehenden working poor) keine durchschnittliche Bezugsdauer errechnet werden, da die noch verbleibende Zeit bei der Sozialhilfe bis zur Ablösung nicht antizipiert werden kann. Als Anhaltspunkt für die Sozialhilfedauer möge das Faktum dienen, dass bei 78 Dossiers (31%) die Sozialhilfe seit mindestens drei Jahren andauert.³⁴ Die drei Stichproben (Basel-Stadt, Freiburg-Stadt und Freiburg-Agglomeration) unterscheiden sich bezüglich Sozialhilfedauer statistisch nicht signifikant.³⁵

Tabelle 24: Dauer der Sozialhilfeunterstützung in Monaten (in Prozent, gerundet), Ehemalige (n = 136)

Dauer der Sozialhilfeunterstützung	Anzahl Dossiers	in Prozent
bis ½ Jahr	14	10
½ bis 1 Jahr	17	13
1 bis 1 ½ Jahre	21	15
1 ½ bis 2 Jahre	13	10
2 bis 3 Jahre	19	14
3 bis 5 Jahre	23	17
5 bis 7 Jahre	10	7
7 bis 10 Jahre	15	11
über 10 Jahre	4	3

Bei den ehemaligen Sozialhilfe beziehenden working poor lässt sich dagegen die Dauer der Sozialhilfeabhängigkeit (Dossiereröffnung bis Dossierschliessung) ermitteln (Tabelle 24). Die durchschnittliche Dauer der Sozialhilfebetreuung beträgt etwas mehr als drei Jahre, nämlich 38.6 Monate. Die

³⁴ Dies bedeutet nicht, dass diese Personen bzw. Haushalte während der ganzen Dauer finanzielle Unterstützung von der Sozialhilfe bezogen haben, sondern nur, dass sich die finanzielle Situation nicht derart gebessert hat, dass die Sozialhilfeunterstützung dauerhaft eingestellt werden konnte.

³⁵ chi = .541; df = 2; p = .763

Dauer variiert ausserordentlich stark: Dauerte die kürzeste Sozialhilfeunterstützung bei zwei Dossiers lediglich zwei Monate, wurde ein Haushalt über 13 Jahre lang von der Sozialhilfe unterstützt.³⁶ Bei mehr als jedem fünften Dossier dauerte die Sozialhilfeabhängigkeit länger als fünf Jahre an.

Die Dauer der Sozialhilfebetreuung unterscheidet sich nicht zwischen den drei Untersuchungsregionen Basel-Stadt, Freiburg-Stadt und Freiburg-Agglomeration.³⁷ Hingegen unterscheidet sich die durchschnittliche Dauer der Sozialhilfeunterstützung in Abhängigkeit vom Haushaltstyp statistisch hochsignifikant.³⁸ Das Vorhandensein eines Kindes verdoppelt praktisch die Dauer der Sozialhilfeunterstützung. Beträgt diese bei den Paarhaushalten ohne Kinder durchschnittlich gut 19 Monate, ist sie bei den Paarhaushalten mit Kindern fast doppelt so lang, knapp 36 Monate. Die Alleinlebenden sind im Durchschnitt 28 Monate von der Sozialhilfe abhängig, die Alleinerziehenden mehr als doppelt so lange, nämlich knapp 60 Monate. Bei den anderen Haushaltsformen liegt die durchschnittliche Dauer von 3 Jahren nahe am Gesamtdurchschnitt (Tabelle 25).

Tabelle 25: Dauer der Sozialhilfeunterstützung nach Haushaltstyp (auf ganzen Monat gerundet), Ehemalige (n = 136)

Haushaltstyp	Mittelwert	Median	Minimum	Maximum
Paarhaushalt mit Kindern (n = 51)	36	28	2	125
Alleinerziehenden-Haushalt (n = 37)	60	52	4	167
Paarhaushalt ohne Kinder (n = 15)	19	14	3	91
Alleinlebenden-Haushalt (n = 31)	28	20	2	86
Andere Haushaltsformen (n = 2)	36	36	25	47

Diese Zahlen verdeutlichen, dass vor allem working poor mit Kindern in der Regel über Jahre hinweg auf die Unterstützung von Seiten des Sozialdienstes angewiesen sind.

³⁶ Die Standardabweichung beträgt 34.9 Monate.

³⁷ $F = .977$; $df = 2$; $p = .379$

³⁸ $F = 8.030$; $df = 3$; $p = .000$

4.9 Beratung und Interventionsleistungen der Sozialhilfe

Für die aktuellen working poor kann festgestellt werden, dass in insgesamt 80% aller Fälle über die Zahlung von materiellen Beiträgen hinausgehende Interventionsmassnahmen durchgeführt wurden. Zu diesen Interventionen zählt zunächst einmal die von der Sozialarbeit durchgeführte allgemeine Beratung. Weiterhin wurden aber auch Massnahmen in den Bereichen Psychotherapie, medizinische Rehabilitation, berufliche Weiterqualifikation, berufliche Umschulung und andere, nicht spezifizierte Leistungen durchgeführt. Tabelle 26 zeigt, wie viele Massnahmen von den Sozialhilfe beziehenden Haushalten in Anspruch genommen wurden.

Tabelle 26: Anzahl der durchgeführten Massnahmen pro Haushalt (bezogen auf die Haushaltsvorstände)

Anzahl der Massnahmen	Haushalte (Prozent)
Keine Massnahmen (n = 52)	20
Eine Massnahme (n = 104)	41
Zwei Massnahmen (n = 64)	25
Drei und mehr Massnahmen (n = 35)	14

Zwischen den drei Gebieten (Basel-Stadt; Freiburg-Stadt und Freiburg-Agglomeration) zeigt sich kein statistisch signifikanter Unterschied hinsichtlich der Häufigkeit der durchgeführten Interventionen der Sozialdienste.³⁹

Die Tabelle 27 zeigt, welche Interventionsmassnahmen pro Haushalt durchgeführt wurden, zunächst bezogen auf die Gesamtpopulation der aktuellen working poor, später aufgeschlüsselt nach Haushaltstypen. (Zu lesen: In 66% aller Fälle wurde eine ausführliche Beratung durch einen Sozialarbeiter oder eine Sozialarbeiterin durchgeführt.)

Eine vertiefte sozialarbeiterische Beratung wird in zwei Dritteln aller Fälle durchgeführt. Dabei kann es sich um allgemeine oder spezifische Beratung wie z.B. Budgetberatung handeln. Der sozialarbeiterischen Form der Beratung kommt ein hoher Stellenwert zu. Auffallend ist, dass Alleinstehende dieses Angebot am wenigsten nutzen.

Psychotherapie und medizinische Rehabilitation werden von den Paarhaushalten ohne Kinder überdurchschnittlich viel in Anspruch genommen. Dieses

³⁹ $\chi^2 = 4.678$; $df = 6$; $p = .586$

wird als Hinweis darauf gedeutet, dass psychische und gesundheitliche Probleme in dieser Haushaltsform die bedeutsamste Einschränkung für die Erwerbstätigkeit darstellen.

Weiterqualifikations- oder Umschulungsmassnahmen werden, von den Alleinlebenden abgesehen, von etwa einem Viertel der working poor-Haushalte in Anspruch genommen.

Für die Population der ehemaligen working poor liegen bezüglich der durchgeführten Massnahmen keine validen Daten vor. Die jeweiligen Massnahmen sind in den archivierten Dossiers nicht ausreichend dokumentiert.

Tabelle 27: Art der durchgeführten Interventionen für die aktuellen working poor (Mehrfachnennungen möglich)

	Beratung	Psychotherapie	Med. Rehabilitation	Berufliche Weiterqualifikation	Berufliche Umschulung	Andere Massnahmen
Gesamte Population (n = 255)	66 %	9 %	6 %	13 %	7 %	18 %
Paarhaushalt mit Kindern (n = 95)	74 %	8 %	6 %	15 %	10 %	22 %
Paarhaushalt ohne Kinder (n = 15)	60 %	20 %	20 %	13 %	20 %	20 %
Alleinerzde. (n = 95)	69 %	6 %	2 %	10 %	15 %	20 %
Alleinstde. (n = 50)	48 %	10 %	10 %	10 %	4 %	22 %

4.10 Ablösegründe

Aus welchem massgeblichen Grund lösen sich working poor von der Sozialhilfe? Tabelle 28 führt den jeweils massgeblichen Grund an, aus dem die Sozialhilfe eingestellt werden konnte.

Tabelle 28: Massgeblicher Grund für die Ablösung von der Sozialhilfe

	Qualitative Verbesserung der Erwerbsituation	Quantitative Ausdehnung des Erwerbsumfangs	Bezug eines Sozialversicherungsinkommens	Andere Gründe
Gesamtpopulation (n = 110)	21 %	28 %	23 %	28 %
Paarhaushalte mit Kindern (n = 39)	15 %	39 %	31 %	15 %
Paarhaushalte ohne Kinder (n = 13)	15 %	46 %	31 %	8 %
Alleinerziehende (n = 31)	22 %	19 %	7 %	52 %
Alleinstehende (n = 25)	28 %	16 %	28 %	28 %
Andere (n = 2)	50 %	-	-	50 %

Die beiden ersten Variablenausprägungen lassen sich zu arbeitsmarktbezogenen Gründen der Ablösung zusammenfassen. Die Hälfte aller working poor findet über eine Veränderung ihrer Erwerbsarbeitssituation aus der Sozialhilfe, wobei dieser Sachverhalt in stärkerer Weise bei den Paarhaushalten ausgeprägt ist. Bei den Paarhaushalten überwiegt jedoch ausgesprochen deutlich die quantitative Ausdehnung des Erwerbsumfangs. Die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bzw. die Erhöhung des Beschäftigungsgrads durch die Ehefrau dürfte einen wesentlichen Grund darstellen, aber auch die Aufnahme von Zusatzjobs oder die Absolvierung von Überstunden durch den Ehemann. Alleinerziehende und alleinstehende working poor wenden diese Strategie in viel geringerem Umfang an. Durch eine qualitative Verbesserung der Er-

werbsituation (Lohnerhöhung, Beförderung, Arbeitgeberwechsel) wird nur ein Fünftel der working poor-Haushalte abgelöst. Von dieser Verbesserung profitieren Paarhaushalte unterdurchschnittlich, alleinstehende in überdurchschnittlichem Mass. Die Sozialhilfe erfüllt für die Paarhaushalte wie für die Alleinstehenden zu etwa 30 Prozent eine transitorische Funktion, wenn schliesslich ein Sozialversicherungseinkommen (AHV-, IV- oder SUVA-Rente, Arbeitslosengeld) gewährt wird. In den meisten Fällen handelt es sich hierbei um eine IV- oder SUVA-Rente. Für Alleinerziehende spielt diese Ablösungsform kaum eine Rolle. Als andere Gründe kommen Gewährung von Krankenkassensubventionen, Umzug in andere Kantone oder ins Ausland, Fortfall von Unterstützungspflichten, Erhalt von Stipendien oder privater Unterstützungsleistungen in Betracht. Der hohe Anteil dieser anderen Gründe bei den Alleinerziehenden dürfte mit dem Fortfall von Unterstützungspflichten den eigenen Kindern gegenüber zusammenhängen.

4.11 Zusammenfassung

1. Während in der nationalen Armutsstudie (Leu, Priester & Burri 1997) über zwei Drittel (69%) der Schweizer Armutsbevölkerung zu den working poor gerechnet wird, liegt der Anteil von working poor in der Sozialhilfe in den von uns untersuchten Regionen bei einem knappen Fünftel (18.2%) in Basel-Stadt und einem guten Viertel im Kanton Freiburg (27.85%).⁴⁰ Dies ist zum Teil durch unterschiedliche Begriffsdefinitionen sowie dadurch bedingt, dass working poor von der Sozialhilfe nicht als solche klassifiziert werden.⁴¹ Trotz diesen Einschränkungen spricht einiges dafür, dass die meisten working poor keine Sozialhilfeeleistungen beziehen.⁴²

Als mögliche Gründe für diese hohe Nichtbezugsquote kommen in Betracht:

⁴⁰ Die Zahlen sind den offiziellen Statistiken der beiden Kantone (Sozialhilfe der Stadt Basel 2002: 12 und Kantonaler Sozialdienst Freiburg 1999: 5) entnommen.

⁴¹ Z.B. wird bei Einelternefamilien als Unterstützungsgrund die Haushaltskonstellation („alleinerziehend“) angegeben, auch wenn es sich um einen working poor Haushalt handelt.

⁴² Im Sozialbericht des Kantons Zürich wird der Anteil von Personen, die trotz Erwerbstätigkeit einen Antrag auf Sozialhilfe stellen, auf ein Drittel beziffert. Dieses Drittel setzt sich zusammen aus 37% vollzeitlich Erwerbstätigen (das sind 12.2% aller AntragsstellerInnen), 58% teilzeitlich Erwerbstätigen (19.1% aller AntragsstellerInnen) und 5% in prekären und zumeist mehreren Arbeitsverhältnissen beschäftigten Personen (1.2% aller AntragsstellerInnen). Vgl. Fleury et al. 2002: 3.

- (a) Working poor verfügen über ein Haushaltseinkommen knapp unter der Bemessungsgrenze, so dass der Gang zum Sozialdienst nicht angestrebt wird.
- (b) Working poor haben eine grosse Chance, in absehbarer Zeit ihr verfügbares Haushaltseinkommen zu erhöhen.

2. Sozialhilfe beziehende working poor (wie wir sie in Basel-Stadt und in Freiburg untersucht haben) unterscheiden sich in folgenden Merkmalen von der Gesamtpopulation der working poor in der Schweiz (Streuli/Bauer 2002). Wir fanden

- mehr alleinerziehende Frauen,
- mehr ausländische und
- mehr Teilzeit arbeitende working poor.

Sozialhilfe beziehende working poor sind im Vergleich zu den working poor, die keine Sozialhilfeeleistungen beziehen, mehr mit den Problemen belastet, die sich aus der Migration, der Trennung bzw. Scheidung sowie gesundheitlich erzwungener Einschränkung des Erwerbsumfangs (Unfall, Krankheit, Teil- und Vollinvalidität) ergeben. Für die Sozialhilfe beziehenden working poor gilt, dass Armut nicht nur Einkommensschwäche bedeutet, sondern eine Kumulation mit weiteren Problemen vorhanden ist.

3. Die working poor in den beiden Untersuchungsregionen (Basel-Stadt und Freiburg) sind nach verschiedenen Merkmalen zusammengesetzt. In Freiburg stellten wir mehr ausländische Haushalte und Familien fest, in Basel-Stadt dagegen mehr alleinstehende working poor. Working poor-Familien (Paarhaushalte und Alleinerziehende) in Freiburg haben durchschnittlich mehr Kinder als working poor-Familien in Basel (etwa 0.5 Kinder mehr pro Haushalt).

4. Der Vergleich der aktuell Sozialhilfe beziehenden working poor (aktuelle) mit den ehemaligen working poor (ehemalige) ergab folgende Unterschiede:

- Ehemalige working poor hatten im Durchschnitt während ihres Sozialhilfebezugs einen höheren Beschäftigungsgrad als die aktuellen.
- Die Arbeitsbedingungen (Lohnhöhe, Erwerbsstatus, Lohnart) waren für die ehemaligen working poor im Zeitraum ihres Sozialhilfebezugs ungünstiger als für die aktuellen. Ehemalige working poor waren mehr von prekären Arbeitsbedingungen betroffen als aktuelle.

- Ehemalige working poor lebten in kleineren Wohnungen als aktuelle.

Daraus kann nicht der Schluss gezogen werden, dass ehemalige working poor eine höhere Arbeitsmotivation haben und sie aufgrund einer schlechteren materiellen Versorgungslage mehr Anstrengungen zur Ablösung von der Sozialhilfe unternahmen. Vielmehr sind sie besser in die Erwerbssphäre integriert (höherer Erwerbsumfang), und vor allem sind sie weniger von gesundheitlichen oder psychischen Problemen betroffen, die einer Ausdehnung des Erwerbsumfangs oder einer beruflichen Fortentwicklung entgegenstehen.

5. Die Verweildauer in der Sozialhilfe korreliert sehr stark mit der Haushaltsform. Bei den ehemaligen working poor stellten wir bei Alleinerziehenden die höchste Verweildauer (5 Jahre) fest, gefolgt von Paarhaushalten mit Kindern (3 Jahre). Die Wahrnehmung von Betreuungs- und Erziehungsverpflichtungen trug bei den working poor, die sich ablösen konnten, zur Erhöhung der Verweildauer bei.

6. Etwas mehr als die Hälfte der working poor lösen sich über den Arbeitsmarkt von der Sozialhilfe ab. Dabei spielt der traditionelle Weg des Erwerbsverhaltens (Ausdehnung des Beschäftigungsgrades durch Überstunden oder Zusatzjobs des Ehemanns, Ehefrau nimmt teilzeitlichen Zusatzjob auf) die etwas grössere Rolle (etwas mehr als die Hälfte der arbeitsmarktbezogenen Gründe), ein kleinerer Teil der working poor konnte durch eine qualitative Verbesserung seiner Erwerbssituation (Lohnerhöhung, Beförderung, Wechsel des Arbeitgebers) von der Sozialhilfe abgelöst werden. Ein Viertel der working poor wurde durch die Genehmigung eines Sozialversicherungseinkommens (meistens IV-Rente, jedoch auch AHV- und Unfallrente) von der Sozialhilfe abgelöst. Für das verbleibende Viertel waren andere Gründe (Wegfall von Unterstützungsverpflichtungen, Heirat, Umzug in einen anderen Kanton, private Unterstützung etc.) ausschlaggebend, die weder im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt noch mit einer Sozialversicherung standen.

5 Lebensverläufe und Habitusformationen von working poor: biographische Rekonstruktionen

Stefan Kutzner, Alessandro Pelizzari

5.1 Einleitung

Dargestellt werden im Folgenden die Ergebnisse der zweiten Phase unseres Forschungsprojekts. Auf der Basis von 42 biographischen Interviews werden biographische Verlaufsformen und der Habitus der von uns untersuchten sozialhilfebeziehenden working poor dargestellt. Die beiden grundlegenden Konzepte, auf die rekurriert wird, sind das Konzept der Autonomie der Lebenspraxis von Oevermann und das Habitus-Konzept, wie es von Bourdieu formuliert worden ist. Auf beide Konzepte wird eingangs kurz verwiesen. Einige Hinweise zur Interviewtechnik sowie zum Auswertungsverfahren finden sich im methodologischen Teil. In dieser Forschungsphase erweist sich die Trennung von Vollzeit und Teilzeit erwerbstätigen Paarhaushalten als nicht mehr aufrechterhaltbar. Sinnvoller ist dagegen die Einteilung dieses Samples nach dem Kriterium der Lebens- bzw. Haushaltsform. Unterscheiden lassen sich nach dem Kriterium der Haushaltsform Paarhaushalte (mit oder ohne Kinder), Alleinerziehende und alleinstehende Personen.

5.2 Lebenspraxis und Habitus: methodische Perspektiven zur Rekonstruktion von Lebensverläufen und Habitusformationen von working poor

5.2.1 Autonomie der Lebenspraxis

In westlichen Gesellschaften ist das autonome Individuum das allgemeine Leitbild der Lebensführung, die individuelle Selbstverantwortung universelle Norm. Autonomie und Selbstverantwortung heissen, dass Handlungsfolgen immer dem Individuum überantwortet sind, das Individuum kann sich nicht auf kollektive Zwänge, beispielsweise die der Herkunftsfamilie oder in paternalistischen Ehen die des Ehegatten, berufen. Es ist gehalten, ab der juristischen Volljährigkeit für die Folgen seines Tuns selbst, das heisst individuell einzustehen. Der Autonomie-Begriff wird oftmals missverstanden, beispiels-

weise dann, wenn unterstellt wird, das Individuum würde unbeeinflusst von äusseren Einwirkungen seine Entscheidungen treffen (Solipsismus). Autonomie ist zunächst nichts anderes als die individuelle Verantwortlichkeit für die Folgen des eigenen Handelns.

Oevermann versteht die Konstitution von Lebenspraxis als in sich sequenzierten, regelgeleiteten, sich transformierenden und reproduzierenden Prozess. „Unter Lebenspraxis wird von der objektiven Hermeneutik inhaltlich ein autonomes, selbst-transformatorisches, historisch konkretes Strukturgebilde gefasst, das sich als widersprüchliche Einheit von Entscheidungszwang und Begründungsverpflichtung konstituiert. (...) Ein Entscheidungszwang ergibt sich notwendig daraus, dass in bestimmten, dadurch krisenhaften Situationen angesichts entwerfbarer Alternativen oder Wahlen, ob es gewollt wird oder nicht, eine Entscheidung fallen muss, für die charakteristisch ist, dass krisenlösende rationale oder sozial anerkannte Begründungen (noch) nicht zur Verfügung stehen“ (Oevermann 1993: 178-179).

Dies kann man sich anhand der drei wesentlichen Entwicklungsaufgaben vergegenwärtigen, die von jedem Individuum in der modernen Gesellschaft gelöst werden müssen und die allesamt fundamentale Krisen darstellen. Zunächst ist die Ablösung von der Herkunftsfamilie die Basis der Individuierung: finanzielle Verselbständigung, Gründung eines eigenen Haushaltes sowie persönliche Verselbständigung, die sich darin manifestiert, dass die Eltern ihre Autoritätsposition verlieren. Hinzu kommt die Berufsfindung, die Entscheidung für eine spezialisierte Tätigkeit, die zum einen materielle Quelle des eigenen Lebensunterhaltes, zum anderen aber auch Quelle gesellschaftlicher Anerkennung bzw. wechselseitiger Wertschätzung ist, und zwar insofern, als durch berufliche Arbeit zum Wohlstandserhalt bzw. zur Wohlstandsmehrung beigetragen wird. Inzwischen gilt die berufliche Arbeit auch als Norm für die Lebensführung von Frauen, wobei ihnen ein familiär bedingter Unterbruch zuerkannt wird (die „Nur-Hausfrau“ ist inzwischen stigmatisiert). Gerade die Berufswahl legt, obwohl nicht antizipierbar, die weitere Positionierung in der Gesellschaft nach Status- und Einkommenskriterien weitgehend fest. Die dritte Entwicklungsaufgabe schliesslich ist die der Gattenwahl mit eventuell anschliessender Familiengründung, durch welche die Form der privaten Lebensführung weitgehend festgelegt ist. Zwar besteht im Unterschied zu früheren Zeiten keine bindende Verpflichtung zur Eheschliessung und Familiengründung, dennoch stellen Lebensentwürfe als Single oder der Verzicht auf eigene Nachkommenschaft immer noch die Aus-

nahme dar. (Interessanterweise ist der Verweis auf berufliche Zwänge oder auch Karriereinteressen inzwischen ein legitimer Grund für den Verzicht auf eigene Nachkommenschaft, gegebenenfalls auch auf eine Gattenbeziehung.)

Diese Entwicklungsaufgaben als Entscheidungssituationen, in denen grundsätzliche, nichtrevidierbare Weichenstellungen für die künftige Lebensführung erfolgen, können nicht routinisiert vollzogen werden, sondern stellen für das jeweilige Individuum Krisen dar. Unter Krise wird hier der Zwang zur Entscheidung in eine offene Zukunft hinein verstanden, wobei Offenheit heisst, dass die Richtigkeit bzw. Vernünftigkeit der getroffenen Entscheidung sich erst ex post, also zukünftig erweisen wird. Ob der gewählte Beruf tatsächlich den eigenen Interessen und Begabungen entspricht, ob er tatsächlich auch zukünftig eine materielle Lebensgrundlage darstellt, kann erst die Zukunft erweisen. Das Gleiche gilt für die Gattenwahl: Wie sich die Gattenbeziehung entwickeln wird, ist eine zukunfts offene Angelegenheit. Auch die Ablösung von der Herkunftsfamilie ist ein krisenhafter Prozess: Dem Zuwachs an individueller Freiheit steht der Verlust an Sicherheit sowie die Zunahme persönlicher Verantwortung entgegen. Die Krisenhaftigkeit dieser Entscheidungssituationen erfährt in dynamischen, sich wandelnden Gesellschaften allerdings eine Steigerung. Da der Arbeitsmarkt einem Strukturwandel unterliegt, was im Aufkommen neuer Berufe seinen Ausdruck erfährt, kann auf milieuspezifische Vorbilder nur bedingt zurückgegriffen werden. Auch die wechselseitigen Erwartungen an die Gattenbeziehung unterliegen Wandlungen, das heisst auch bezüglich der Gattenwahl und der Gestaltung der Gattenbeziehung kann nicht immer auf Vorbilder zurückgegriffen werden (durch die rasante Zunahme der Berufstätigkeit von Frauen beispielsweise müssen Paare sich heute mit veränderten Arrangements bezüglich der Aufteilung beruflicher und familiärer Verpflichtungen innerhalb der Gattenbeziehung auseinander setzen; wobei der Druck, neue Arrangements zu finden, mit der Zunahme des erworbenen Qualifikationspotentials zunimmt).¹

5.2.2 Habitus

Das Ziel der zweiten Phase des Forschungsprojekts ist demnach die Rekonstruktion der Ausdrucksformen der oben beschriebenen Krisenerfahrungen von working poor angesichts grundlegender Erschütterungen traditioneller biographischer Laufbahnen. Dabei ist die von Bourdieu vorgenommene Dif-

¹ Zum Krisenbegriff siehe Oevermann 1991: 276ff., 321ff.

ferenzierung von „lagespezifischem“ und „positionsspezifischem“ Ausdruck von zentraler Bedeutung (1997). Aus dieser Perspektive werden Krisenerfahrungen der working poor nicht nur in ihrem Zusammenhang mit materiellen Beschränkungen der Lebensgestaltung dargestellt. Vielmehr werden auch relationale Bezüge, und insbesondere die durch Differenz- und Distanzierungserfahrungen hervorgerufenen Formen der Krisenbewältigung in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses gerückt. Working poor werden nicht nur als passive Opfer des Arbeitsmarktes bzw. der Lohnentwicklung, die quasi automatisch reagieren müssen, gesehen, sondern als aktive Akteure mit eigenen Strategien und Handlungsmöglichkeiten. Dabei geht es keineswegs darum, den jeweiligen working poor eine individuelle Verantwortung für ihren biographischen Prozess zuzusprechen, sondern darum, die innere Motivierung, die impliziten Entscheidungsgrundlagen durch Rekonstruktion nachzuvollziehen und sie somit zu verstehen. So, das wäre eine Vermutung, könnte es gerade in MigrantInnenfamilien zu beruflichen Entscheidungen kommen, die einerseits milieukonform sind, in der Schweiz aber sich als dysfunktional erweisen.

Diese strukturalistische Perspektive findet ihren prägnantesten Ausdruck in Bourdieus Habituskonzept. Mit dessen Hilfe lässt sich der Niederschlag objektiver Strukturen in den subjektiven Wahrnehmungen erfassen: „Habitusformen als Systeme dauerhafter und übertragbarer Dispositionen, als strukturierte Strukturen, die wie geschaffen sind, als strukturierende Strukturen zu fungieren, das heisst als Erzeugungs- und Ordnungsgrundlagen für Praktiken und Vorstellungen, die objektiv an ihr Ziel angepasst sein können, ohne jedoch bewusstes Anstreben von Zwecken (...) vorauszusetzen“ (Bourdieu 1993: 98f.). Damit wird der Zugriff auf gesellschaftliche Praxis und den sozialen Sinn der Subjekte ermöglicht, die weder als lediglich kulturell eingebundene, aber ansonsten autonome Sinninterpreten verstanden, noch auf eine bloße Funktion gesellschaftlicher Strukturen reduziert werden. Die ordnenden und strukturierenden Strukturen des Habitus und die damit gegebene Perspektivität der „subjektiven“ Wahrnehmung gründen in der konkreten Geschichte der Subjekte. Äusserungen der befragten Personen sollen nicht eins zu eins als Aussagen über die Welt genommen werden, sondern sind als Ausdruck einer spezifischen Wahrnehmung der Welt zu lesen, die durch die eigene Geschichte strukturiert ist.

Das Habituskonzept erlaubt auch, die Gruppe der working poor soziologisch näher zu definieren, indem es die Integration statt die Entgegensetzung

von Klassen-, Schicht- und Ungleichheitskonzepten in den Mittelpunkt stellt (vgl. Bourdieu 1984). „Mit der zentralen These, dass die spezifischen Lebensstile Formen und symbolischer Ausdruck 'feiner Unterschiede' und sozialer Distinktion sind, mit denen die unterschiedlichen Positionen im Raum der (Klassen- und Berufs-)Positionen sowohl zum Ausdruck gebracht als auch zugleich reproduziert werden, wird dem keineswegs offen zutage liegenden Vermittlungszusammenhang Rechnung getragen, der zwischen den materiellen Verhältnissen und Beziehungen auf der einen Seite und ihrer Wahrnehmung (Verkennung) und symbolischen Darstellung auf der anderen Seite besteht“ (Herkommer 2001: 25). In dem von Michael Vester (Vester et al. 2001: 180f.) propagierten „lebensweltlichen Klassenbegriff“ bilden soziale Milieus durchaus eine von kapitalistischen Produktionsverhältnissen dominierte vertikale Stufung, die sich aber mit „horizontalen“ Differenzierungen kombiniert. Fügt man eine dritte Achse hinzu, die Dimension des historischen Wandels, so kann die Verschiedenartigkeit der Biographien in ihrer ganzen Bandbreite dargestellt werden.

Dabei wird deutlich, dass es sich bei den working poor nicht um „Fälle“ handelt, die man einzig individuell oder sozialfürsorgerisch lösen kann: Ihre Einheitlichkeit liegt in der Position der einzelnen Lebensgeschichten im Verhältnis zum gegenwärtigen Formwandel der Arbeit. Dadurch wird eine Lesart nahe gelegt, die mit Rückgriff auf Bourdieu „Klassenanalyse der Armut“ (vgl. Bourdieu 1997) diese Bevölkerungsgruppe als „Laufbahnklasse“ definiert, als „ein Bündel ungefähr gleich wahrscheinlicher, zu ungefähr gleichwertigen Positionen führenden Lebensläufen“ (Bourdieu 1984: 188).

Wenn wir von der vertikalen Verteilung materieller Chancen ausgehen, dann zeigt sich, dass die Existenz von working poor sich ebenso wenig wie Arbeitslosigkeit, Armut und zeitweise Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt auf die Industriearbeiterschaft beschränkt, sondern alle Hierarchieebenen abhängiger Erwerbsarbeit betreffen kann. Ehemals projektierte und gesellschaftlich versprochene Laufbahnen sind verschlossen, angestrebte Positionen werden unerreichbar und sicher geglaubte Aussichten verbaut, und dies, obwohl das Subjekt alles getan hat, eine in seiner sozialen Position ehemals angelegte „gesellschaftliche Flugbahn“ zu nehmen. Armut trotz Erwerbstätigkeit weist vor allem deshalb eine neue historische Qualität auf, weil sie heute vor dem Hintergrund eines zuvor unbekannten Niveaus des gesellschaftlichen Wohlstands auftritt und erlebt wird. „Noch nie war die 'Inklusion' in die universellen Normen der warenproduzierenden und -konsumierenden Gesellschaft so

weit fortgeschritten wie jetzt, und um so schärfer wird Ausgrenzung erlebt“ (Kronauer 1997: 38).

Diese spezifischen Erfahrungen aus den Lebensläufen wirken auch während der Verarmung sozial differenzierend, da sie die Selbstbewertung der eigenen sozioökonomischen Lage bestimmen und festlegen, wie die Verarmung verarbeitet wird. Die Verschiedenheit der Strategien, mit denen soziale Milieus oft die gleiche „objektive“ Lage bewältigen, stützt sich auf das Paradigma des mehrdimensionalen sozialen Raums. Dieses liegt quer zu den üblichen Modellen, die die soziale Ungleichheit als eine vertikale Schere verstehen, die sich, in einer Art von geradlinigem Trend, heute wieder öffnet.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass es sich auch bei working poor nicht um eine fragmentierte und passive Masse handelt, sondern dass es in jedem gesellschaftlichen Milieu ein relativ konstantes Repertoire von Verhaltensregeln gibt. Dieses Repertoire betrifft die alltägliche praktische Lebensführung und besteht aus den im Habitus eines Milieus angelegten „Alltagsethiken“ (vgl. Vester 2001). Sie dienen der Bewältigung nicht nur der sich wiederholenden Probleme des Alltags, sondern auch der Bewältigung der Notwendigkeit, sich auf neue oder verschlechterte Lebensbedingungen umzustellen. Diese alltagspraktischen Bewältigungsstrategien können unzureichend sein, wenn es zu besonders gravierenden Veränderungen der äusseren Lebensbedingungen kommt. Zum einen können Lebensumstände sich im Laufe der Entwicklung derart verändern, dass sie sich, bei gleichzeitiger Konstanz des Habitus, von dessen Strukturen so weit entfernt haben, dass sie nichts mehr mit ihm gemein haben. Zum anderen kann sich bei relativer Konstanz der Strukturen eines bestimmten Feldes, eine Habitusform (aufgrund eigener Transformationen, die beispielsweise durch Entwicklungen in anderen Feldern induziert wurden) verändern und dadurch dem Feld fremd werden.

Persönliche Veränderungen, bewusst oder unbewusst vollzogene Brüche einerseits und Veränderungen in den Lebensumständen andererseits sind in komplexer Weise miteinander verzahnt. Etwas flapsig formuliert: Im „richtigen“ Moment am „falschen“ Ort zu sein, kann sich aus der Sicht der Betroffenen als genauso fatal erweisen, wie im „falschen“ Moment am „richtigen“ Ort. Dieser von Bourdieu „Hysteresis“ genannte Effekt bezeichnet den Umstand, dass die Bedingungen des Erwerbs des Habitus alle Änderungen der Lebensumstände überdauern: „Das Weiterwirken der Erstkonditionierung in Gestalt des Habitus (...) kann auch und ebenso gut Fälle erklären, wo sich Dispositionen unerwünscht auswirken und Praktiken den vorliegenden Be-

dingungen objektiv unangepasst, weil objektiv für überholte oder beseitigte Bedingungen passend sind. Die Neigungen zum Verharren in ihrem Sosein, welche bei Gruppen unter anderem darauf zurückgeht, dass die Handelnden der Gruppe dauerhafte Dispositionen aufweisen, die sich unter Umständen länger halten als die ökonomischen und sozialen Bedingungen ihrer Erzeugung, kann Grundlage sowohl von Nichtanpassung wie von Anpassung, von Auflehnung wie von Resignation sein“ (Bourdieu 1984: 117).

In Anschluss an Merton (1957) lassen sich bei den verschiedenen Krisenbewältigungsstrategien Formen von Zynismus oder des Rückzugs ins Private, der Nischenbildung oder andere Konvertierungsstrategien sowie das Engagement in Interessenorganisationen unterscheiden. In Milieus, die gute soziale Netze oder effiziente Strategien des Umgangs mit knappen oder unsicheren Ressourcen mobilisieren können, destabilisiert sich die soziale Lage seltener. So konnte Vester (2002) beispielsweise beobachten, dass zwar Milieus der Unterprivilegierten besonders von Prekarität und Dauerarbeitslosigkeit betroffen sind, aber nur ein Teil keine Alternative zu Resignation oder Anomie findet. Viele mobilisieren auf virtuose Art ihre Netze informeller Gelegenheitsarbeit und ihre Strategien der Anlehnung an Mächtigere. Gerade dieser Weg ist den Arbeitnehmersmilieus in der Mitte verwehrt, deren Ehre in ihrem Arbeitsethos, ihrer Unabhängigkeit von Mächtigeren und ihrer Beständigkeit und Zuverlässigkeit liegt. Bei working poor, so die Erwartung, sind ebenfalls, je nach Milieu und Habitusformation, verschiedene Bewältigungsstrategien festzustellen.

5.3 Methodisches Vorgehen

5.3.1 Datenerhebung

Auf der Basis der Klassifikation der quantitativen Dossiers wurde ein Sample von 50 biographischen Interviews mit Haushaltsvorständen aus der sozialhilfebeziehenden working poor-Population angestrebt. Da sich der Rücklauf der quantitativen Fragebögen sehr verzögerte und es einigen Sozialdiensten nicht leicht fiel, uns InterviewpartnerInnen zu vermitteln, konnte die Quote von insgesamt 50 Interviews nicht eingehalten werden. Dennoch konnten immerhin 42 Interviews geführt werden.

Das Sample setzt sich folgendermassen zusammen:

- 11 Interviews mit Vollzeit beschäftigten Paarhaushalten;

- 8 Interviews mit Teilzeit erwerbstätigen Paarhaushalten;
- 15 Interviews mit alleinerziehenden working poor;
- 8 Interviews mit alleinstehenden working poor.

Das Schwergewicht liegt bei den Vollzeit erwerbstätigen Paarhaushalten und den alleinerziehenden working poor. Von der zweiten Gruppe, den Teilzeit erwerbstätigen Paarhaushalten, fanden sich nur wenige RepräsentantInnen zu einem Interview bereit; es ist auch die Gruppe, die von Mehrfachproblematiken am stärksten betroffen ist.

Die Interviews wurden als offene Gespräche mit fünf Themen und einer ergänzenden standardisierten Befragung konzipiert. Sie sollten etwa 90 Minuten dauern und wurden auf Tonband aufgezeichnet. Die Themenblöcke im einzelnen waren:

- Erfahrungen mit der Sozialhilfe
- Gegenwärtige Haushaltssituation
- Gegenwärtige und vergangene Erfahrungen in der Erwerbssphäre
- Erzählung der eigenen Biographie (Erwerbs- und private Sphäre)
- Zukunftsvorstellungen.

Dem Interview schloss sich eine ergänzende standardisierte Befragung an, in der biographische Daten, sofern sie nicht schon im Interview genannt worden sind, erhoben wurden.

Die Interviewführung orientierte sich an zwei Interviewmodellen, die für dieses Projekt kombiniert wurden: das Modell des problemzentrierten Interviews nach Witzel (2000) und das Modell des von Schütze (1976, 1982, 1983) entwickelten narrativen Interviews. Für das zweite Modell gilt, dass nicht die gesamte Biographie als Erzählung erhoben werden sollte, sondern einzelne Teilbereiche erfragt wurden. Dabei war es wichtig, dass die interviewten Personen ihre Erlebnisse und Erfahrungen erzählten, sie wurden nicht als Fachexperten befragt. (So wurden sie beispielsweise nicht um verallgemeinernde Beurteilungen zur Sozialhilfe gebeten, im Sinne von: „Wie fanden bzw. finden Sie die Sozialhilfe?“, sondern sie sollten von ihren eigenen Erfahrungen, Empfindungen und Erlebnissen bezüglich der Sozialhilfe berichten, nach dem Motto: „Wie empfanden Sie den Gang zur Sozialhilfe? Was ist damals passiert?“). Die vorgeschlagene Reihenfolge der anzusprechenden Themen brauchte von den InterviewerInnen nicht zwingend eingehalten zu werden, vielmehr diente diese Reihenfolge als Orientierung. Es wurde ein viel grösserer Wert darauf gelegt, dass zwischen Interviewer und interviewter Person ein lebendiges Gespräch über ihre gegenwärtige Situation und über ihre

Herkunft zustande kommt, als den vorgegebenen Rahmen unbedingt einzuhalten. So war es die Aufgabe der Interviewer, die interviewten Personen zu veranlassen, bei ihren persönlichen Darstellungen ihrer working poor-Situation zu bleiben.

Die Interviews wurden von insgesamt zehn Personen² durchgeführt, die allesamt bereits über Erfahrungen in der Führung offener Interviews verfügten. Im Rahmen einer halbtägigen Schulung wurden die InterviewerInnen, soweit sie noch nicht selbst am Forschungsprojekt beteiligt waren, in das Projekt eingeführt und mit der narrativen Interviewtechnik vertraut gemacht.

Die Interviews wurden auf französisch oder in einem deutschschweizer Dialekt geführt und auf Tonband aufgezeichnet. Von den Tonbandaufzeichnungen wurden Transkriptionen angefertigt, wobei einerseits auf eine aufwendige Transkription (Intonationszeichen, gleichzeitiges Sprechen etc.) verzichtet wurde, andererseits aber der exakte Wortlaut so weit es möglich war, erhalten bleiben sollte. Die deutschsprachigen Interviews mussten ohnehin vom Dialekt ins Hochdeutsche übertragen werden, wobei versucht wurde, die jeweilige dialektale Ausdrucksweise weitgehend zu erhalten.

Für jeden erhobenen Fall wurde ein biographischer Lebenslauf erstellt. Basis hierfür waren der Interviewtext und die anschliessend an das Interview erhobenen biographischen Daten. Alle InterviewerInnen fertigten eine etwa zweiseitige inhaltliche Zusammenfassung ihres Interviews an.

5.3.2 Datenauswertung

Die Datenauswertung dieser Erhebungsphase orientierte sich am methodologischen Modell der Objektiven Hermeneutik. Die Objektive Hermeneutik ist für einen erheblichen Teil der biographischen Forschung inzwischen das Orientierungsmodell bezüglich der Datenauswertung geworden.³ Das Methodenmodell der Objektiven Hermeneutik kann hier nicht detailliert dargestellt werden, es sei deshalb auf die einschlägige Literatur verwiesen.⁴

Elf Interviews wurden in einer jeweils etwa sechsstündigen Gruppensitzung ausgewertet. Diese elf Interviews sollten sich möglichst kontrastiv zu-

² Die meisten Interviews wurden von Alessandro Pelizzari und Olivier Steiner geführt. Ergänzend kamen hinzu: Monika Forster Riva, Sébastien Franco, Andrea Grawehr, Silvia Heizmann, Stefan Leib, Manfred Neuhaus, Hector Schmassmann und Michel Wälte.

³ Vgl. hierzu Kraimer/Hauptert 1993, Schütze 1996, Fischer-Rosenthal/Rosenthal 1997, Welter-Enderlin/Hildenbrand 1999, Rosenthal 2002, Schallberger 2003.

⁴ Oevermann 1993, Hildenbrand 1999, Wernet 2000.

einander verhalten, so dass mit diesen ausgesuchten Fällen nach Möglichkeit das gesamte Spektrum verschiedener working poor-Existenzen erfasst werden kann.⁵

Es ging im Unterschied zu biographischen Einzelfallanalysen, wie sie die Objektive Hermeneutik erstellt, nicht um die vollständige biographische Struktur, sondern um die biographischen Aspekte, die für die working poor-Existenz als wesentlich erachtet wurden. Hierzu zählen das Herkunftsmilieu, die Migrationsgeschichte (bei AusländerInnen), Familiengründung und Ausbildungs- bzw. berufsbiographische Daten. Die Auswertung der Interviewpassagen zur alltäglichen Haushaltsführung (als Aspekt der alltäglichen Lebensführung), zur gegebenen Erwerbssituation, zu den Lebensperspektiven sowie zum Umgang mit der Sozialhilfe dienten zur Rekonstruktion des jeweiligen Habitus. Nachdem in einem ersten Durchgang die ausgewählten Interviews ausgewertet wurden, wurden die anderen Fälle mit den vorliegenden Ergebnissen konfrontiert, was zu Modifikationen der Aussagen über die jeweiligen Teilpopulationen führte.

5.3.3 Zur Darstellung

Einzelfallanalysen benötigen bekanntlich sehr viel Raum für ihre Darstellung. Insbesondere der Interpretationsgang bedarf einer ausführlichen Explikation, damit das rekonstruktionslogische bzw. fallerschliessende Vorgehen nachvollziehbar wird. Auf eine solche extensive Darstellung wird hier aus Raumgründen verzichtet, wobei die gewählte verkürzende Darstellung in der Folge der Gefahr des Verdachts der Subsumtionslogik ausgesetzt ist. Eine andere Darstellungsart, die ausschliesslich die Ergebnisse unabhängig vom Fallmaterial darstellt, wurde verworfen: Sie wäre sehr abstrakt und im Prinzip ohne Bezug auf das Fallmaterial kaum verständlich. Der gewählte Kompromiss ist motiviert dadurch, einerseits Abstraktheiten zu vermeiden, andererseits der Rezeption durch Explikation bzw. Ausschluss möglicher Lesarten nicht zu viel zuzumuten, sondern lediglich die durch die Interpretationen gewonnen Ergebnisse im Zusammenhang mit dem Fallmaterial plausibel darzustellen.

⁵ Diese Art der Fallauswahl orientiert sich am Vorgehen des theoretical sampling der Grounded Theory nach Strauss 1994: 70-71. Im Unterschied zum theoretical sampling, das die Erhebung von kontrastiven Fällen erst vorsieht, wenn die bisher erhobenen ausgewertet worden sind, konnte in unserem Projekt aus zeitlichen Gründen eine weitere Fallauswahl auf der Basis bisheriger Fallauswertungen nicht vorgenommen werden.

Sieben Fälle werden ausführlicher dargestellt, an ihnen wird jeweils das Exemplarische der working poor-Problematik entwickelt. Die weiteren Fälle werden ergänzend nur insoweit herangezogen, als anhand von ihnen auf fall-spezifische Besonderheiten, die für die Fragestellung (Ablösung von der Sozialhilfe) relevant sind, verwiesen werden kann.

5.4 Ergebnisse im Überblick

5.4.1 Verschiedenheit der Armutslagen

Die qualitative Untersuchung zeigte, dass sich schon die vier Haushaltsformen durch die gegebenen Lebensumstände derart voneinander unterscheiden, dass von einem einheitlichen Armutstyp, wie es der working poor-Begriff nahe legt, nicht die Rede sein kann. Der Begriff working poor fasst als artifizierlicher Klassifikationsbegriff unterschiedliche Lebenslagen zusammen, denen lediglich die Verknüpfung von Einkommensschwäche und Erwerbstätigkeit gemeinsam ist. Dabei ist die Einkommensschwäche nicht unbedingt das wesentliche Problem. In der Regel handelt es sich um einen Komplex kumulierter Problemlagen, von denen die als arm klassifizierten Haushalte betroffen sind. Zu den zur Einkommensschwäche hinzutretenden Problemlagen zählen:

- Somatische Beeinträchtigungen (Erkrankungen, Invalidität, Unfallfolgen)
- Psychische Beeinträchtigungen
- Soziale Beeinträchtigungen (Integrationsschwierigkeiten)
- Familiäre Beeinträchtigungen (Eheprobleme, Scheidungs- und Trennungsproblematiken).

Die Existenz solcher Beeinträchtigungen neben der Einkommensschwäche konnte fast immer festgestellt werden. Unterschiedlich ist die Intensität der jeweils vorhandenen Beeinträchtigungen und ihre Kombination. Je mehr Problemlagen auftreten und je mehr sie sich jeweils ausprägen, desto schwieriger dürfte es für den gegebenen Haushalt sein, langfristig aus der Armutssituation herauszufinden.

5.4.2 Vier Armutstypen⁶

Typ I: Vollzeit erwerbstätige Paarhaushalte sind ausschliesslich Familien. Die Einkommensschwäche resultiert unter anderem aus der Unmöglichkeit, den Erwerbsgrad weiter auszudehnen. Bei diesem Typ handelt es sich überwiegend um ausländische Familien, es kommen aber auch Schweizer Familien vor. Kennzeichnend für diesen Typ ist der Milieuwechsel - das Verlassen des Herkunftsmilieus und Einmünden in ein modernes Lebensmilieu. Diese Transition liess sich sowohl für Schweizer als auch für Migrantenfamilien feststellen. Typisch sind auch Arbeitskultur und Erwerbshabitus: Eine hohe Leistungsmotivation und Arbeitsbereitschaft ist feststellbar. Zwar sind in den meisten Fällen formale Qualifikationen (erworbene und zertifizierte Ausbildungen) nicht vorhanden bzw. werden in der Schweiz nicht als gleichwertig anerkannt, jedoch liess sich meistens eine durch Arbeitserfahrungen gewonnene Qualifikation nachweisen. Nur ein geringer Teil (weniger als ein Drittel) ist als unqualifiziert zu bezeichnen. Das Fehlen formaler Ausbildungsqualifikationen sowie ein nicht verwertungsorientiertes Arbeitsmarktverhalten verweisen diese working poor auf die prekären und schlechter entlohnenden Arbeitsmarktsegmente. In diesem Zusammenhang muss betont werden, dass in den meisten Fällen der Erwerbshabitus noch von einer vormodernen Arbeitskultur bestimmt wird. So werden berufliche Kompetenzen und Qualifikationen nicht in formalisierten Ausbildungen, sondern im praktischen Arbeitsvollzug durch Erfahrung gewonnen. Kehrseitig werden diese Erfahrungen und Kompetenzen auf dem Arbeitsmarkt nicht als verwertbares Kapital eingesetzt.

Typ II: Paarhaushalte mit gesundheitlichen oder psychischen Einschränkungen. Meistens handelt es sich um Teilzeit erwerbstätige Paarhaushalte, jedoch finden sich auch Vollzeit erwerbstätige Paarhaushalte darunter. Gemeinsam ist ihnen, dass wegen gesundheitlicher oder psychischer Einschränkungen eines Haushaltsvorstandes (in der Regel des männlichen) der bestehende Erwerbsgrad nicht weiter ausgedehnt werden kann. Zum Teil werden diese Haushalte durch die Zahlung eines Sozialversicherungseinkommens abgelöst, wenn die vorliegende Beeinträchtigung als Grund für eine IV- oder SUVA-Rente anerkannt wird. Dies ist in den von uns festgestellten Fällen nicht immer der Fall. Arbeitsmotivation und Erwerbshabitus entsprechen dem

⁶ Die vier Armutstypen basieren auf einer Klassifikation, die vor der Auswertung des erhobenen Fallmaterials vorgenommen wurde. Zugrunde gelegt wurden dabei die Variablen Haushaltsform und Problemlage.

Typ I. Die Frauen dieses working poor-Typs sind ausgesprochenen Belastungen ausgesetzt: Sie erwirtschaften in der Regel das Familieneinkommen, ihnen obliegt der Haushalt, die Erziehung der Kinder (falls vorhanden) und die Sorge um den erkrankten Mann.

Typ III: Alleinerziehende. Die Einkommensschwäche erklärt sich durch die Teilzeitbeschäftigung der erwerbstätigen Mutter in Kombination mit niedrigen Alimentezahlungen seitens des Kindsvaters. Die Ablösung von der Sozialhilfe ist insofern erschwert, als alleinerziehende Frauen ihren Beschäftigungsgrad nicht ausdehnen können und sie auch wegen der Betreuung ihrer Kinder in zeitlicher Hinsicht mehr Restriktionen ausgesetzt sind. Es liess sich in allen Fällen ein hohes Interesse an einem Erwerbsarbeitsverhältnis feststellen, aber ein Interesse an beruflicher Fortentwicklung, Spezialisierung oder Karriere war nur in Ausnahmefällen vorhanden. Die Arbeit dient weniger der Bestätigung einer beruflichen Bewährung, sondern erfüllt vor allem soziale Funktionen, insbesondere die nach Anerkennung unter einander gleichgestellten Erwachsenen. Erworbene Kompetenzen werden nicht verwertungsorientiert eingesetzt. Die Erwerbstätigkeit der alleinerziehenden Frauen unterliegt in der Regel nicht einer Verberuflichung (wertrationale Bindungen an spezifische Tätigkeiten), sondern geschieht als Ausdehnung der „Dazuverdienenden-Funktion“ (Ehefrau als Dazuverdienerin zur Verbesserung der materiellen Lage). In den meisten Fällen wird eine erneute Liebesbeziehung erwünscht bzw. ist teilweise realisiert worden. Auffallend ist die hohe Belastbarkeit von Alleinerziehenden. Obwohl in den meisten Fällen bereits durch das Elternhaus von Alleinerziehenden Vorbelastungen nachweisbar sind (Scheidungserfahrungen, Heimaufenthalte etc.), sind gesundheitliche oder psychische Einschränkungen, die sich auf die Wahrnehmung von Verpflichtungen im familiären oder Erwerbsarbeitsbereich auswirken, in der Regel nicht feststellbar. Bei ausländischen Alleinerziehenden bestehen Integrationsprobleme, die aber eher auf die Herkunft als auf den Alleinerziehenden-Status zurückzuführen sind.

Typ IV: Alleinstehende. Hier handelt es sich um den Typ mit der grössten Problemkumulation. Die Einkommensschwäche resultiert immer aus einer eingeschränkten Arbeitsfähigkeit aus gesundheitlichen und/oder psychischen Gründen. Oft fehlt ein Lebenspartner (eine Lebenspartnerin), so dass die Angehörigen dieses Typs sehr auf sich gestellt sind. Die Erwerbsbiographien sind sehr diskontinuierlich im Vergleich zu den anderen drei Typen (Wechsel der Tätigkeitsbereiche, geringes berufliches Selbstentfaltungsinteresse). Bei

ausländischen Alleinstehenden kommen noch Integrationsprobleme hinzu. Dieser Typus ist derjenige, der am geringsten in die Erwerbssphäre integriert ist.

5.4.3 Sozialhilfe und working poor

Zunächst: Die Sozialhilfe wird sehr stark personalisiert erlebt. SozialhilfebezügerInnen stehen nicht einem geregelten, auf universalistischen und rechtsstaatlichen Normen basierenden Versorgungssystem gegenüber, sondern individuellen SozialarbeiterInnen, die als Türhüter den Zugang zu Sozialhilfeleistungen ermöglichen. Entsprechend kommt es auf die Persönlichkeit des Sozialarbeiters (der Sozialarbeiterin) an, wie die Sozialhilfe erlebt wird.

Der Sozialhilfebezug wird von allen Typen (die Alleinerziehenden ausgenommen) als problematisch erlebt. Materielle Autonomie, auch wenn sie nicht mit einer Erhöhung des verfügbaren Haushaltseinkommens verbunden ist, wird von diesen drei Typen erwünscht.

Von einer Stigmatisierung durch die Sozialhilfe kann in den von uns untersuchten Fällen nicht die Rede sein. Teilweise wird der Sozialhilfebezug im eigenen Lebensmilieu jedoch aus Scham verschwiegen. Es gibt Fälle milieuspezifischer Stigmatisierung von SozialhilfebezügerInnen, die Sozialhilfe selbst trägt jedoch nicht zu dieser Stigmatisierung bei.

Eine Aktivierung oder ein „Empowerment“ liess sich nur in Ausnahmefällen nachweisen. Ansonsten beschränkte sich die Sozialhilfe auf die Bereitstellung materieller Leistungen.

Ablösungen von der Sozialhilfe beruhen auf eigenen Leistungen und Anstrengungen der entsprechenden KlientInnen. Eigenes Engagement findet in der Regel ein positives Echo bei den jeweils zuständigen SozialarbeiterInnen, jedoch scheitert die Umsetzung eigener arbeitsmarktbezogener Aktivitäten in der Regel an bürokratischen Hürden. Für „Sonderfälle“ existieren keine Geldmittel, die fremdenpolizeilichen Regelungen erweisen sich für ausländische working poor als einer verstärkten Integration in die Erwerbssphäre hinderlich. Da die Sozialarbeit rein exekutive Funktionen ausübt, bestenfalls „persönlichen Zuspruch“ austellt, kann sie ablösewillige KlientInnen, die sich mit bürokratischen Grenzen auseinandersetzen müssen, nicht unterstützen.

Insgesamt lässt sich auf der Basis der Interviews sagen, dass die Sozialhilfe mehr auf die Verwaltung von Einkommensschwäche angelegt ist als auf die individuelle Förderung und Unterstützung individueller Innovationen, die auf

längerfristige Ablösung angelegt sind. Dieser Verwaltungsmentalität entspricht ein paternalistischer Habitus, den SozialarbeiterInnen in der Regel ihren KlientInnen gegenüber einnehmen. Man muss konzedieren, dass in der Regel individuelle Verbesserungen bei den meisten working poor-KlientInnen kaum denkbar sind. Diejenigen aber, die an einer individuellen Verbesserung interessiert sind, werden eher behindert, bestenfalls verhält sich die Sozialhilfe neutral, jedoch nicht fördernd.

Eine arbeitsmarktbezogene Ablösung von der Sozialhilfe infolge einer qualitativen Verbesserung der Erwerbssituation ist nur bei den working poor feststellbar, die über ein ausgeprägtes berufliches Selbstentfaltungsinteresse verfügen. Dieses Selbstentfaltungsinteresse wirkt wie ein innerer Kompass, der auf dem langfristig angelegten und eher unüberschaubaren Weg der beruflichen Etablierung die berufsbiographische Richtung weist. Ein solches berufsgebundenes Selbstentfaltungsinteresse ist nur bei einer sehr geringen Minderheit der working poor unseres Samples feststellbar gewesen (vgl. hierzu Kap. 5.9).

5.5 Paarhaushalte (Typ I)

5.5.1 Zusammensetzung des Samples

Zu dieser Kategorie werden die Haushalte gezählt, die nach landläufiger Auffassung typische working poor sind: ein vollzeitlich erwerbstätiger Haushaltsvorstand (in der Regel der Mann), dessen Erwerbseinkommen meistens durch den Zuverdienst des anderen mitverdienenden Haushaltsvorstandes (in der Regel die Frau) aufgebessert wird. Die Verdienstmöglichkeiten sind für die dazuverdienende Frau aufgrund ihrer Haushalts- und erzieherischen Verpflichtungen beschränkt. Von dieser Kategorie unterscheiden wir die Paarhaushalte, deren Erwerbsumfang krankheitsbedingt eingeschränkt ist. Auf diese wird im folgenden Unterkapitel (5.6) eingegangen.

Das Sample besteht aus elf Haushalten. Sechs Haushalte bezogen zum Zeitpunkt des Interviews Sozialhilfeleistungen, die anderen fünf waren von der Sozialhilfe abgelöst. Sechs Haushalte stammen aus Basel, fünf aus Fribourg.

Nach Nationalitäten aufgeschlüsselt finden wir unter den zum Zeitpunkt des Interviews Sozialhilfeleistungen beziehenden Haushalten drei Schweizer

Haushalte, je einen türkischen, jugoslawischen⁷ und binationalen Haushalt (Mann stammt aus Westafrika, Frau ist Schweizerin). Bei den fünf von der Sozialhilfe abgelösten Haushalten finden sich ein Schweizer, ein jugoslawischer, ein somalischer, ein türkischer und ein bosnischer Haushalt. In Bezug auf die beiden jugoslawischen Haushalte ist noch zu ergänzen, dass es sich bei den Haushaltsvorständen um Kosovo-AlbanerInnen handelt.

5.5.2 Vollzeit erwerbstätige Paarhaushalte, gegenwärtig Sozialhilfeleistungen beziehend: Fallrekonstruktionen

Für alle Fälle innerhalb dieses Samples konnte festgestellt werden, dass die jeweils gegebene Armutssituation in einen biographischen Prozess eingebettet ist, der durch einen bedeutsamen Milieuwechsel gekennzeichnet ist. Die Haushaltsvorstände verliessen aufgrund eines äusseren Drucks oder freiwillig ihr Herkunftsmilieu und mussten sich in einem anderen lebensweltlichen Milieu etablieren. Gleichzeitig bestand zwischen dem gegenwärtigen Lebensmilieu und dem angestammten Herkunftsmilieu ein Entwicklungsgefälle, das überwunden werden musste. Aus eher vormodernen Milieus stammend und in sie einsozialisiert mussten die von uns befragten Personen sich in ein moderneres Milieu einfügen. Da sie sich in einer für sie fremden Lebenswelt zu etablieren und zu behaupten versuchten, in einer Lebenswelt, auf die sie durch die Sozialisation in ihrem Herkunftsmilieu nicht genügend vorbereitet sind, sind für sie die zu erbringenden Anpassungsleistungen erheblich grösser als für Personen, die einen geringeren Modernitätsabstand überwinden müssen. Insofern ist die Armutssituation bzw. die gegebene Prekarität Ausdruck einer noch nicht abgeschlossenen Einmündung in das neue Lebensmilieu. Es liess sich aber auch nicht feststellen, dass die von uns befragten working poor vollständig desintegriert sind. Insofern kann gesagt werden, dass einerseits die Einmündung in das modernere Lebensmilieu teilweise gelungen ist, andererseits jedoch Integrationsaufgaben noch geleistet werden müssen. Die Armutssituation ist Ausdruck dieser transitorischen Position: Das Herkunftsmilieu ist verlassen worden, die Einmündung in das moderne Milieu nur teilweise gelungen. Auffallend war in allen Fällen, dass die Leistungsethik in hohem Masse ausgeprägt ist: Die von uns befragten working poor zeichneten sich durch eine sehr hohe Arbeitsmotivation aus. Es zeigte sich aber auch, dass diese

⁷ Mit Jugoslawien wird die aus den beiden Teilrepubliken Serbien und Montenegro bestehende Bundesrepublik Jugoslawien bezeichnet, die sich im Februar 2003 in „Serbien und Montenegro“ umbenannt hat.

Leistungsethik noch recht stark durch vormoderne Normen und Deutungsmuster bestimmt war. Nicht allein von der Leistungsbereitschaft überhaupt hängt es ab, ob jemand die Armutssituation überwinden kann, sondern von der Art und Weise, wie er seine eigene Leistung einsetzt. Die Art der Interpretation oder Wahrnehmung der Anforderungen der Arbeitswelt tragen stark dazu bei, ob sich jemand aus der Armutssituation herausbegibt oder ob er sie durch seine eigenen Anstrengungen nicht ungewollt noch zementiert.

Es soll im Folgenden anhand der Ergebnisse von vier Fallrekonstruktionen gezeigt werden, dass die working poor-Existenz Ausdruck dieses Milieuwechsels ist, dass die jeweilige Prekarität der Lebensumstände sich durch die Anforderung ergibt, von einem vormodernen in ein moderneres Lebensmilieu zu wechseln. Fall 1 ist ein Schweizer Haushalt, Fall 2 eine aus dem Kosovo stammende Familie, beide bezogen zum Zeitpunkt des Interviews Sozialhilfeleistungen. Die beiden Fälle 3 und 4 sind von der Sozialhilfe abgelöste Haushalte, wiederum einer aus der Schweiz (Fall 3) und einer aus dem Kosovo (Fall 4).

5.5.2.1 Fall 1: Familie Anton (Schweiz)⁸

Herbert Anton⁹, 43 Jahre, arbeitet als gelernter Handwerker seit dem Abschluss seiner dreijährigen Lehre seit mehr als zwanzig Jahren in derselben Firma, einem kleinen Betrieb mit 15 Angestellten und drei Chefs, der im Bereich Gebäudebau und Gebäuderenovation angesiedelt ist. Alle Angestellten werden stundenweise bezahlt, obwohl es der Firma ökonomisch nach Auskunft von Herrn Anton nicht schlecht geht. Herbert Anton ist immer vollbeschäftigt. Da die Firma auch im Bereich der Gebäuderenovation aktiv ist, ist sie auf den Neubau von Wohnhäusern nicht zwingend angewiesen, sie ist weniger als andere Baufirmen von der Baukonjunktur abhängig. Zur Familie zählen noch seine Frau Elfriede, 42 Jahre, mit der Herbert seit 1978 verheiratet ist, zwei Söhne (18 und 16 Jahre) und eine Tochter (13 Jahre). Da die Antons von dem Lohn, den Herbert als Handwerkergehilfe erhält, nicht leben können, arbeitet Elfriede Anton neun Stunden wöchentlich als Putzfrau für eine Reinigungsfirma. Um die Miete zu reduzieren, hat Frau Anton in dem Mehrfamilienhaus, in dem sie wohnen, auch die Abwartstelle übernommen. Der älteste Sohn absolviert eine Lehre im Transportgewerbe, die beiden anderen Kinder gehen noch zur Schule. Materielle Sozialhilfe¹⁰ bezieht die Familie Anton nicht, ihr Budget wird jedoch vom Sozialdienst verwaltet, um der weiteren Verschuldung, die aufgrund von Steuerschulden sehr erheblich ist, entgegenzuwirken. Ansonsten erhalten die Antons kantonale Krankenkassensubventionen.

⁸ Das Interview wurde nacheinander mit beiden Haushaltsvorständen geführt.

⁹ Zur Anonymisierung sind die Namen und gegebenenfalls einige äussere Daten verändert. Das gilt auch für alle nachfolgenden Fälle.

¹⁰ Auch Beratungsleistungen sind Sozialhilfeleistungen.

Berufliche Biographie Herbert Antons. Auffallend ist die geringe berufliche Mobilität Herbert Antons. Er arbeitet seit mehr als zwei Jahrzehnten beim selben Arbeitgeber in derselben Position. Auch durch das Interview wird deutlich, dass Herr Anton an einer Verbesserung seiner beruflichen Position nicht interessiert ist. Obwohl er weiss, dass in anderen Kantonen die Verdienstmöglichkeiten in seinem Beruf besser sind, war für ihn ein Umzug nie ein Thema. Ebenso wenig ist Herr Anton daran interessiert, innerhalb seines Betriebes in der betrieblichen Hierarchie aufzusteigen. Einmal ausgebildet und in einer beruflichen Position etabliert, gilt es, die von aussen herangetragenen Erwartungen zu erfüllen und auf diese Weise sein materielles Auskommen zu verdienen, so lässt sich der berufliche Habitus Herrn Antons formulieren. Auf der Basis des Interviews und der biographischen Daten lassen sich drei Aspekte anführen, welche zusammen die gering ausgeprägte berufliche Mobilität (Mobilität hinsichtlich des Arbeitgebers wie auch hinsichtlich der beruflichen Position) plausibel verdeutlichen.

Der erste Aspekt ist, wie die biographischen Daten zeigen, in der sozialen Herkunft Herbert Antons zu sehen: Er wuchs in ländlichen Verhältnissen mit sechs Geschwistern auf. Sein Vater war Sägereiarbeiter. Die hohe Geschwisterzahl ist ein Indiz dafür, dass die Eltern Herbert Antons sich bezüglich ihrer Lebensführung an bäuerlichen Verhältnissen orientierten. Für freiwirtschaftende Bauern waren Kinder in der Vergangenheit auch Arbeitskräfte, deren materieller Unterhalt durch Eigenproduktion erheblich leichter fiel als einer Familie, die ausschliesslich von einem Geldeinkommen lebte. Aus dem Interview geht nicht hervor, ob die Eltern Herrn Antons nicht im Nebenerwerb Landwirtschaft betrieben. Es ist auch nicht bekannt, welche Position der Vater in der Sägerei, in der er tätig war, einnahm, ob er einfacher Arbeiter oder als Vorarbeiter der direkte Vertreter des Sägereibesitzers war. Gleichgültig, welche der Möglichkeiten für die Eltern Herbert Antons zutrafen, er wie auch seine Geschwister standen während ihrer Adoleszenz unter einem erheblichen Mobilitätsdruck. Die Verringerung der Höfe in den 1970er Jahren, der Rückgang der in der Landwirtschaft beschäftigten Erwerbstätigen sowie der Abwanderungsdruck in die urbanisierten und industrialisierten Regionen in der Schweiz bildeten den Hintergrund, vor dem Herr Anton seine damalige Berufswahl treffen musste. Die getroffene Wahl, eine Handwerkstätigkeit im Baubereich, belies Herrn Anton einerseits die Möglichkeit, weiterhin in seiner Heimatregion zu leben, andererseits handelte es sich um eine relativ krisensichere Tätigkeit: Durch die Wohlstandssteigerung wurde auch gerade in

den 1970er Jahren das Baugewerbe angekurbelt. So konnte Herbert Anton in der angestammten Region und in seinem Lebensmilieu verbleiben, im Gegensatz zu vielen anderen seiner Generation, die in die urbanisierteren Gegenden der Schweiz abwanderten und in der Industrie, dem Handel oder der Verwaltung ihre Arbeitsplätze suchten. Andererseits bedeutete die Handwerkerlehre für Herrn Anton, verglichen mit der Tätigkeit seines Vaters, einen beruflichen Aufstieg. War letzterer angelernter Arbeiter in einem kleinen ländlichen Betrieb, so ist Herbert Anton qualifizierter Bauhandwerker, für den technische Kenntnisse sowie der Umgang mit moderner Technologie in seiner beruflichen Tätigkeit eine grössere Bedeutung haben. Insofern steht die Handwerkerlehre für den Vorstoss in ein qualifizierteres Berufsmilieu, wobei Herr Anton sich nicht an seinem Vater als Vorbild hat orientieren können. Der Vorstoss in modernere Milieus ist in der Regel mit Unsicherheiten wegen fehlender familiärer Vorbilder verbunden, so dass Aufstiegs- und Entwicklungsoptionen im Vergleich zu denjenigen, die bereits durch ihre Herkunftsfamilie in ihr berufliches Milieu stärker einsozialisiert worden sind, eher zögerlich wahrgenommen werden. Möglicherweise war der berufliche Aufstieg mit dem Lehrabschluss für Herrn Anton bereits abgeschlossen.

Der zweite Aspekt besteht in dem Arbeitshabitus Herrn Antons. Im Interview findet sich kein Hinweis auf ein berufliches Fortentwicklungs- oder auch Selbstverwirklichungsinteresse. Dass für Herrn Anton nicht die individuelle Bewährung in der Berufswelt aufgrund der eigenen Kenntnisse und Fähigkeiten im Vordergrund steht, ist aus der Tatsache ersichtlich, dass ein Umzug oder ein betrieblicher Aufstieg niemals eine Option war. Herrn Anton geht es in erster Linie um die Erfüllung der von aussen vorgegebenen Pflichten. Seine Leistung ist für ihn dann legitimiert, wenn er die seiner Hierarchieposition angemessenen Pflichten erfüllt und dafür Anerkennung findet. Er ist bestrebt, im Rahmen der gegebenen Hierarchie Leistungen zu erbringen, aber nicht durch eigene Leistungen sich für höhere Positionen zu qualifizieren. Im Konfliktfalle hat die bestehende Ordnung und Hierarchie Vorrang vor seinen eigenen Interessen. So verzichtet Herr Anton darauf, einen festen Monatslohn für sich einzufordern, mit dem Argument, er wolle sich keinen Ärger mit seinen Vorgesetzten und Kollegen einhandeln.

Auffallend ist, dass die Beziehungen zu seinen Arbeitskollegen wie auch zu seinen Vorgesetzten nicht ausschliesslich auf die Arbeit beschränkt, sondern teilweise persönlicher bzw. freundschaftlicher Natur sind. So existieren für Herrn Anton persönliche Loyalitätsbindungen, auch zu seinen Vorgesetzten,

wodurch die Vertretung eigener Interessen eher erschwert ist. Hierzu ein Beispiel aus dem Interview:

Und am Samstag morgen gingst du in die Bude, hast noch dem Chef seine Ex (seinen Wagen) waschen gegangen, der hat dich Cash gezahlt, und bist am Abend mit dem in den Ausgang. Das ist heute alles vorbei. Auch wenn eine Firma viel Arbeit hat, die müssen heute fragen gehen, ob sie ihre Buezer beschäftigen können. Die [Gewerkschaften] machen auch die Arbeitgeberschikanen, die von mir aus gesehen unnötig sind.

Diese Interviewsequenz stammt aus einer Schilderung über die Arbeitsverhältnisse zu Beginn der Berufstätigkeit vor mehr als zwei Jahrzehnten. Jedoch sind nicht die längeren Arbeitszeiten, die Herr Anton erwähnt, von Bedeutung, sondern das personalisierte Verhältnis zu seinem Chef, das Herr Anton hier exemplarisch anführt. Am Samstagmorgen wird für den Chef gearbeitet, nicht für die Firma oder für Kunden. Das Arbeitsverhältnis ist personalisiert, als habe es sich um eine persönliche Beziehung zwischen dem Chef und seinem angestellten Handwerker gehandelt. Die Personalisierung drückt sich auch darin aus, dass der Samstagabend gemeinsam mit dem Chef verbracht wird. Während des Arbeitstages herrscht eine persönliche Hierarchie, am Abend während der Freizeit dagegen wiederum Gleichheit. Implizit betont Herr Anton die damalige Gemeinschaftlichkeit, deren Wegfall durch Formalisierung des Arbeitsverhältnisses er beklagt. Die Gemeinschaftlichkeit zeigt sich auch durch die Identifikation mit den Arbeitgebern, er nimmt gewerkschaftlich durchgesetzte Regelungen als „Schikanen“ wahr.

Dieser Gemeinschaftshabitus zeigt sich auch in der Gegenwart, Herr Anton identifiziert sich mit dem Betrieb, der ihn beschäftigt, als seinem Betrieb:

*Läuft es gut?*¹¹

Ja.

Geht es wieder aufwärts?

Bei uns, bei uns... ich bin jetzt xx Jahre dort, bei uns hat noch niemand eine Minute gestempelt, das gab es noch nie. In der Zwischenzeit etwa fünf Rezessionen hindurch und ... wir arbeiten immer, Vollgas, da merkt man bei uns nichts. Gut, wir sind heute nicht abhängig auf Neubauten, das ist eben unser Vorteil. Wir sind ziemlich bekannt für Renovationen, also Sanierungen von Häusern und.

Herr Anton spricht nicht von der Firma, für die er arbeitet, sondern von uns, als handle es sich um ein Kollektiv oder eine Gemeinschaft. Das Überstehen von fünf wirtschaftlichen Rezessionen schreibt er nicht sich selbst, seinen eigenen Qualifikationen zu, sondern der Zugehörigkeit zu dieser Betriebsge-

¹¹ Die Frage des Interviewers oder der Interviewerin sind immer kursiv angegeben.

meinschaft. Diese Interviewsequenz verdeutlicht recht anschaulich, wie sich im Arbeitshabitus von Herrn Anton vormoderne und moderne Elemente miteinander mischen. Vormodern ist die Identifikation mit dem Betrieb, die Wahrnehmung der betrieblichen Arbeitsstätte als Gemeinschaft, in die man sich einfügt. Nicht die individuellen Qualifikationen zählen, sondern die kollektiv und gemeinschaftlich erbrachte Leistung. Modern dagegen ist wiederum, dass die Basis für diese Vergemeinschaftung auf betrieblicher Ebene Leistung und Erfolg sind. Für Leistung steht die sachgerechte Bearbeitung von Aufträgen, hier z.B. die „Sanierung von Häusern“, für den Erfolg steht das wirtschaftliche Überleben des Betriebes während fünf Rezessionen. Gegenwärtig gelten Leistung und Erfolg¹² als Ausdruck individueller Qualifikationen, für jemanden wie Herrn Anton sind Leistung und Erfolg im Wesentlichen nur in einer Gemeinschaft erreichbar. Wie stark dieser Gemeinschaftshabitus bei Herrn Anton ausgeprägt ist, wird auch dadurch deutlich, dass es für Herrn Anton nicht wesentlich ist, dass er nie arbeitslos gewesen ist, sondern dass niemand aus der Betriebsgemeinschaft überhaupt je arbeitslos geworden ist. So bietet die Zugehörigkeit zu dieser Betriebsgemeinschaft ökonomischen Schutz vor Arbeitslosigkeit. Es ist nicht die individuelle Qualifikation oder Leistung, auf die Herr Anton vertraut, sondern der Schutz des Betriebes, dem er angehört.

Der dritte Aspekt bezüglich der geringen beruflichen Mobilität zeigt sich in den Bestrebungen Herrn Antons, durch persönliche Netzwerke in seiner Heimatregion verankert zu sein. Durch diese persönlichen Netzwerke kann sich Herr Anton durch Nebenbeschäftigungen Zusatzverdienste verschaffen. Er führte in der Vergangenheit in eigener Regie Aufträge für Privatkunden aus, die er nur aufgrund persönlicher Bekanntschaften erhielt. Diese Auftragsarbeiten lassen sich auch als regionale Nachbarschaftshilfe verstehen, die Auftragserteilung bedeutete für Herrn Anton gleichzeitig auch regionale Integration.¹³ Auch die Gewerkschaftstätigkeit von Herrn Anton ist ein Aspekt dieser

¹² Leistung und Erfolg verhalten sich zueinander wie materiale und formale Rationalität. Materiale Rationalität ist die auf eine fremde Sache gerichtete Wertrationalität, formale die um des Erfolges als solchen willen praktizierte. Im vorliegenden Beispiel ist die Identifikation mit dem Betrieb, weil er Rezessionszeiten ohne Entlassungen übersteht, auf der Seite der Erfolgsethik zu verbuchen. Vgl. hierzu Weber 1980.

¹³ Die Grenzen zwischen bezahlter Nachbarschaftshilfe und Schwarzarbeit sind fließend. Private Auftragsarbeiten für Bekannte, die individuell von einem Handwerker während seiner Freizeit und nicht regulär von einer Firma ausgeführt werden, dürfte in solchen Regionen immer schon Praxis gewesen sein.

regionalen Integration. Im Interview äusserte sich Herr Anton eher gewerkschaftskritisch, dennoch bekleidete er in der Gewerkschaft ehrenamtlich über längere Zeit herausgehobene Posten. Die Gewerkschaftsmitgliedschaft dürfte für Herrn Anton die Funktion gehabt haben, sich ein Netzwerk privater Bekanntschaften zu verschaffen. Gerade deswegen aber, weil Herr Anton private Aufträge erhielt und sich somit Nebeneinkünfte verschaffen konnte, wäre für ihn der Umzug in einen anderen Kanton ein Risiko gewesen, da er an einem anderen Wohnort über kein solches Netzwerk verfügt hätte. Die individuellen Nebentätigkeiten waren jedoch nicht nur wegen ihrer Bezahlung interessant, sondern weil Herr Anton auf diese Weise auch eine über die reguläre Arbeit hinausgehende soziale Anerkennung erfahren haben dürfte.

Berufliche Biographie Elfriede Antons. Frau Antons Eltern führten im Mittelland ein Transportunternehmen, Frau Anton wuchs im kleinbürgerlichen Milieu auf. In diesem Milieu war (in den 1970er Jahren) eine Berufsausbildung für eine Frau nicht vorgesehen; Heirat und Familiengründung nach einer Jobphase zum Geldverdienen waren in dieser Zeit der übliche Lebensweg für Frauen, was jedoch eine Erwerbstätigkeit als Zuverdienst zum Einkommen des Mannes nicht ausschloss. So auch für Frau Anton, die sich immerhin nach Beendigung ihrer Pflichtschulzeit noch in der Tierpflege anlernen liess, anschliessend jedoch etwa fünf Jahre als Fabrikarbeiterin beschäftigt war. In ihrem Wohnblock übt sie zur Zeit des Interviews die Abwärtsstelle aus, ferner ist sie auf Teilzeitbasis (etwa 20 Prozent) als Raumpflegerin in einer Reinigungsfirma angestellt. Die Arbeitsteilung zwischen den Ehegatten entspricht traditionellen Normen: Herr Anton ist für das Haupteinkommen und für das Gesamtbudget zuständig, Frau Anton ist Zuverdienerin, Haushälterin und organisiert die Freizeit der Familie.

Armutssituation. Wegen Überschuldung wird das finanzielle Budget der Familie Anton vom zuständigen Sozialdienst verwaltet. Das Haushaltsgeld steht Frau Anton zur freien Verfügung, grössere Rechnungen werden vom Sozialdienst direkt beglichen. Im Interview erzählt Frau Anton, wie sie zur Sozialhilfe gekommen sind.

Ja. Der Ausschlag ist gewesen, wir waren damals in einem Einfamilienhaus, gemietet. Dann kamen einfach immer mehr Rechnungen, Heizöl, hier, da, dort, und sagte ich, weisst Du was, ich kann nicht mehr, ich weiss nicht mehr wie zahlen, weiss nicht mehr wie drehen. Wollen wir nicht zur Sozialhilfe und schauen, was man machen kann. Zuerst hat er sich ein wenig dagegen gesträubt, der Mann. Dann habe ich gesagt, du ich weiss wirklich nicht mehr, wie drehen, damit ich das zahlen, dass ich hier kann und ... gehen wir doch!

Und seither, ich habe dann gesagt, ich habe dann einen Rückhalt, wenn etwas ist, weiss ich, was machen.

Es war Frau Anton, die erkannte, dass die Familie über ihre Verhältnisse lebte und die den Gang zum Sozialdienst durchsetzte. Seitdem wird das Einkommen der Familie vom Sozialdienst verwaltet. Entscheidend ist, dass Frau Anton in der Sozialhilfe einen „Rückhalt“ suchte, um der weiteren Verschuldung entgegenzuwirken. Die Intervention geht weit über das hinaus, was eine Budgetberatung in dieser Situation üblicherweise macht. Frau Anton war auf die Intervention des Sozialdienstes angewiesen, um die Konsolidierung des Haushaltsbudgets gegen ihren Mann durchzusetzen. Es ging ihr nicht um eine effizientere Verwaltung des vorhandenen Budgets, Frau Anton musste notwendige Einschränkungen des Lebensstandards gegen ihren Mann durchsetzen und benötigte hierfür die Hilfe des Sozialdienstes.

Aus dem Interview geht hervor, dass es vor allem Frau Anton ist, die gegen die prekäre finanzielle Einkommenssituation angeht. Nach dem Gang zum Sozialdienst erfolgte, ebenfalls auf Initiative Frau Antons, der Umzug in eine billigere Mietwohnung. In diesem Mietshaus übernahm Frau Anton den Abwärtsposten. Darüber hinaus arbeitet Frau Anton als Raumpflegerin, dazu kommt die Haushaltsführung.

Vor allem während des Tages arbeitest Du noch daheim, stehst am Morgen auf, machst dieses und jenes, Abwärtszeugs. Um 15.30 Uhr gehst Du, dann kommst Du teilweise um 20 Uhr heim, dann solltest Du noch hier und noch da, dann kommen noch die Kinder manchmal, „Du Mami“, also es ist schon noch, teilweise bin ich schon, bin ich überfordert.

Dieser Tagesablauf gilt auch für den Samstag. Die für sie selbst zur Verfügung stehende Zeit und auch die, die sie mit ihrem Mann verbringen kann, ist knapp bemessen. Frau Anton weist darauf hin, dass die Kinder Präsenz von ihr fordern, so dass auch der Abend nach 20 Uhr nicht ihr gehört. Zwar sind die Kinder in den Augen Frau Antons bereits recht selbständig (das wird in den folgenden Interviewsequenzen von ihr hervorgehoben), dennoch wird sie als Ratgeberin und Gesprächspartnerin von ihnen benötigt.

Im Interview erwähnt Frau Anton weitere Einsparmöglichkeiten beim Einkauf: die Konzentration auf Aktionen. Frau Anton möchte aber nicht auf jeden Lebensstandard verzichten. So geht die Familie jedes Jahr in den Urlaub nach Spanien, beschränkt sich jedoch wegen des knappen Haushaltsbudgets auf einen Zelturlaub. Auch hier ist es wieder Frau Anton, die diese Urlaubsförm angeregt hat.

Paardynamik. In dem hier vorliegenden Fall ist es die Ehefrau, welche die Initiative übernahm, offensiv mit der prekären materiellen Situation umzugehen. Sie übernahm Zuverdienertätigkeiten, wendete sich an den Sozialdienst und setzte auch notwendige Einschränkungen durch. Durch das Interview wird deutlich, dass Herr Anton aufgrund seines paternalistischen Habitus Mühe hat, die Initiative seiner Frau zu akzeptieren.

[In dieser Interviewsequenz geht es darum, dass Teilzeitangestellte unter 50 Prozent nicht unfallversichert sind.]

Herr Anton: Aber eh, so die Putzfrauen,

Frau Anton: Es heisst Raumpflegerin.

Herr Anton: Entschuldigung, eh, die machen so wenig Stunden, dass sie es nicht machen müssen, respektive von Gesetz nicht machen müssen [gemeint ist die fehlende gesetzliche Unfallversicherung].

Implizit wertet Herr Anton die Tätigkeit seiner Frau ab. Obwohl Frau Anton durch ihre Arbeit als Raumpflegerin einen Beitrag zur finanziellen Aufbesserung des Haushaltes leistet, was ja auch im Interesse Herrn Antons liegen müsste, rechnet er seine Frau vor dem Interviewer den „Putzfrauen“ zu, was natürlich eine Abwertung ist. Zwar entschuldigt er sich, nachdem seine Frau protestiert, da aber anschliessend keine relativierende Erklärung erfolgt, mit der sich Herr Anton explizit von der eben gefallen Äusserung distanziert, steht die Abwertung, auch wenn sie formal zurückgenommen wird, weiterhin gegenüber dem Interviewer im Raum. Herr Anton gibt somit dem Interviewer zu verstehen, dass er weiss, dass er gegenüber seiner Frau die Bezeichnung „Putzfrau“ nicht verwenden sollte, dass er sich nur um der Konfliktvermeidung willen formal entschuldigt. Damit wird Frau Anton ein zweites Mal vor dem Interviewer abgewertet, indem Herr Anton demonstriert, dass er das Ansinnen seiner Frau nicht ernst nimmt. Frau Anton befindet sich somit ihrem Mann gegenüber in der klassischen Doublebind-Situation nach Watzlawick. Protestiert sie gegen die Bezeichnung „Putzfrau“, demonstriert ihr Mann, dass sie überempfindlich ist, würde Frau Anton nicht protestieren, würde sie diese abwertende Bezeichnung akzeptieren.

Der älteste Sohn, der gerade eine Lehre absolviert, führt von seinem Lehrlingslohn nichts an die Haushaltskasse ab. Aufschlussreich sind die unterschiedlich ausfallenden Begründungen der Eltern.

Mit dem Lehrlingslohn muss er einfach die Kleider und Kost und Logis? Oder Kost und Logis hat er da gratis?

Frau Anton: Nein, nein, Kost und Logis nicht, für 500 Franken kann ich ihm nicht noch etwas abknöpfen.

Für Frau Anton ist die Höhe des Lehrlingslohnes zu niedrig, um von ihrem Sohn legitimerweise einen Zuschuss für die Haushaltskasse zu erwarten.

Herr Anton: Der älteste Sohn, der ist in der Ausbildung, auswärts Essen jeden Tag, Zug und alles zusammen. Sein Lohn ist nicht unbedingt riesig hoch, also ein bisschen Unterstützung von daheim hat er schon noch zugute.

Herr Anton argumentiert aus der Position des paternalistischen Fürsorgers, der seinem Sohn ein Unterstützungsrecht gewährt. Während für Frau Anton der Lehrlingslohn schlichtweg zu niedrig ist, um von ihrem Sohn einen Beitrag für die Haushaltskasse erwarten zu können - angesichts der für Kleidung, Transport und auswärtiges Mittagessen notwendigen Kosten, die der Sohn ja bereits bestreiten muss, ist Frau Antons Entscheidung sehr nachvollziehbar, ihrem Sohn den Rest seines Lehrlingslohnes als frei verfügbares Taschengeld zu belassen. Implizit ist der Wunsch vorhanden, ihr Sohn möge einen höheren Lehrlingslohn erhalten, was sowohl dem Sohn selbst als auch der Haushaltskasse zugute kommen würde. Herr Anton dagegen stellt sich im Interview als Familienvater dar, der angesichts des niedrigen Lohnes seinem Sohn selbstlos Unterstützung gewährt, womit er seinen Fürsorgerstolz zum Ausdruck bringt. Der niedrige Lehrlingslohn ist für Herrn Anton kein Problem, er wird durch die gewährte Unterstützung seitens der Eltern kompensiert. Fakt ist jedoch, dass den Eltern angesichts der Höhe des Lehrlingslohnes keine andere Möglichkeit verbleibt, als ihren ältesten Sohn weiterhin materiell zu unterstützen. Die von Herrn Anton vorgebrachte Freiwilligkeit besteht faktisch gar nicht. Herr Anton erweckt somit implizit den Eindruck, als sei er materiell in der Weise situiert, dass es für ihn keine Schwierigkeit ist, seinen Sohn weiterhin zu alimentieren.

Fallstruktur. Die Fallstruktur besteht darin, dass Herr Anton einerseits traditionale paternalistische Vorrechte in Anspruch nimmt - so beansprucht er die letzte Entscheidungskompetenz in familiären Angelegenheiten wie auch die Repräsentantenrolle nach aussen; er andererseits die finanzielle Situation deutlich weniger realistisch wahrnimmt als seine Frau. Die notwendigen Einschränkungen des Lebensstands konnte Frau Anton nur über den Sozialdienst durchsetzen; offensichtlich war Herr Anton weder bereit, seiner Frau die gesamte Budgethoheit zu übertragen und die entsprechenden Finanzentscheidungen seiner Frau zu akzeptieren, noch zumindest das Budget mit ihr ge-

meinsam zu verwalten. Insofern muss für Herrn Anton die Abgabe der Verantwortung für das Haushaltsbudget an einen (männlichen!) Sozialarbeiter das geringere Übel sein, verglichen damit zu akzeptieren, dass seine Frau mit der gegebenen Einkommenssituation realistischer umgehen kann als er. So ist die Intervention des Sozialdienstes zweischneidig: Einerseits ermöglicht sie, dass die Familie Anton sich nicht weiter verschuldet, langfristig sogar Schulden abbezahlt, andererseits wird das asymmetrische Verhältnis zwischen den Ehegatten, das heisst die paternalistische Position Herrn Antons seiner Frau gegenüber, weiter zementiert. Ablösen können sich Herr und Frau Anton von der Sozialhilfe erst dann, wenn Herr Anton bereit ist, seiner Frau die Verwaltung des Haushaltsbudgets zu überlassen und ihre Entscheidungen innerlich mitzutragen.

Wie lässt sich aber der paternalistische Habitus Herrn Antons, der sich ja für die gesamte Familie nachteilig auswirkt, erklären? Sowohl das Herkunftsmilieu Herrn Antons, das ländliche Arbeitermilieu, wie das gegenwärtige Milieu der Familie Anton, das Handwerkermilieu, sind unter anderem von traditionellen Normen bezüglich geschlechtlicher Arbeitsteilung gekennzeichnet. Der Mann verdient und verwaltet das Haushaltseinkommen, er repräsentiert die Familie gegenüber der Aussenwelt, die Frau ist für die Haushaltsführung und das familiäre Binnenklima zuständig, ist allenfalls Zuverdienerin.¹⁴ Das Beziehungsgefüge zwischen Herrn und Frau Anton ist jedoch nicht ausreichend damit erklärt, dass sie in einem solchen Milieu leben. Eine traditionale Aufgabenteilung ist nicht unvereinbar mit einem egalitären Ehegattenverhältnis. Der paternalistische Habitus Herrn Antons, der dysfunktional für die gesamte Familie ist, kann als Ausdruck fehlender innerer Souveränität erklärt werden. In beruflicher Hinsicht ist Herrn Anton die Einmündung in das neue, das Handwerkermilieu geglückt, nicht aber ökonomisch. Die Antons sind von den gegebenen Einkommensverhältnissen her gesehen keine gut situierte Handwerkerfamilie. Diesen Eindruck möchte aber Herr Anton gegenüber der Aussenwelt erwecken. So wurde in der Vergangenheit beispielsweise durch die Anmietung eines Einfamilienhauses eine Wohlstandsillusion erzeugt, die nicht der realen Einkommenssituation entsprach. Frau Anton stellte und stellt aufgrund ihres grösseren ökonomischen Realismus diese Wohlstandsillusion

¹⁴ Der Nationalrat, Schreinermeister und Unternehmer Toni Bortuluzzi, ein Repräsentant der einen Kleinbetrieb führenden Handwerkermeister, bekennet öffentlich: „Zwischen meiner Frau und mir gelten klare Zuständigkeiten: Sie nimmt mir das Holz nicht aus der Schreinerei, und ich rühre ihre Kelle nicht an.“ Das Zitat findet sich bei Michael Marti 2003: Der Krisenherd, in: *Haushalt: Berichte aus der Kampfzone*, NZZ-Folio Nr 2, S.19.

in Frage, worauf Herr Anton mit einem verstärkten Paternalismus seiner Frau und seinen Kindern gegenüber reagiert.

Dass der ökonomische Erfolg für Herrn Anton ausblieb, erklärt sich auch aus seiner geringen beruflichen Mobilität. Für den qualifizierten Handwerker ist die permanente Fortentwicklung der eigenen Kompetenzen, das Aneignen neuer Verfahren und Kenntnisse durch Arbeitgeberwechsel typisch. Der qualifizierte Handwerker ist bereits der Vorläufer des modernen, individualisierten Berufsmenschen. So gilt die Loyalitätsbindung primär der eigenen Berufsgruppe, erst sekundär dem jeweiligen Arbeitgeber. Herr Anton hat sich zwar während seiner Lehrzeit die entsprechenden beruflichen Kompetenzen erworben, nicht aber den entsprechenden Berufshabitus. Vielmehr wirkt der traditionalistische Habitus des ländlichen Arbeitermilieus, dem er entstammt, nach. Insofern ist die Armutsproblematik der Familie Anton Ausdruck des Umstandes, dass der Wechsel in das modernere, das qualifizierte Handwerkermilieu nur teilweise gelungen ist, nämlich auf der Ebene der unmittelbaren berufspraktischen Kompetenzen, nicht aber auf der Ebene des beruflichen Habitus. Herr Anton hat sich die instrumentellen Kompetenzen zur Ausübung seines Berufes angeeignet, den entsprechenden individualisierten Habitus hat er nicht ausgebildet.

Insofern kann man abschliessend feststellen, dass der berufliche und soziale Aufstieg Herrn Antons in das Handwerkermilieu nur teilweise erfolgreich vollzogen wurde. Es fehlt an der beruflichen Mobilität sowie der Ausbildung des entsprechenden Selbstbewusstseins hinsichtlich der eigenen Qualifikation. Vorgehend wurde gezeigt, dass Herr Anton den Schutz vor Marktunsicherheiten nicht in der eigenen Qualifikation und seinen beruflichen Kompetenzen erblickt, sondern dem Betrieb zuschreibt, dem er angehört. Er folgt damit den Normen traditionaler Lebenswelten, in denen die Eingliederung in und die Akzeptanz der bestehenden Ordnung Schutz vor Unwägbarkeiten garantieren soll. Es lassen sich theoretisch zwei Gründe angeben, aus denen Herr Anton im Laufe seiner beruflichen Ausbildung und der anschliessenden beruflichen Erfahrung einen moderneren Habitus, der ihn zu mehr beruflicher Mobilität befähigt hätte, nicht entwickelt hat. Zum einen ist es die Herkunft aus einem traditionellen, immobilen, sich auf eine äussere Ordnung verlassenden Herkunftsmilieu, zum anderen sind es spezifische Zeitumstände. Herr Anton absolvierte seine Berufslehre in der ersten Hälfte der 1970er Jahre, und damit zu einem Zeitpunkt, als, ausgelöst durch die Ölkrise und die darauf folgende Arbeitslosigkeit (1973-76), die bislang stetige wirtschaftliche Aufwärtsentwick-

lung seit dem Zweiten Weltkrieg nachhaltig unterbrochen wurde. Seitdem ist Vollbeschäftigung kein selbstverständlicher Zustand mehr. Diese Erfahrung könnte Herrn Anton veranlasst haben, mehr in dem Betrieb als in seinen eigenen Qualifikationen die Sicherung gegen Arbeitslosigkeit zu suchen.

Da Frau Anton die ökonomische Situation realistischer einschätzt als ihr Mann, ist sie eher bereit, auf nicht finanzierbare Statussymbole zu verzichten (so regte sie den Umzug vom Einfamilienhaus in eine Mietwohnung an) sowie durch zusätzliche Teilzeitarbeiten zur Aufstockung des Haushaltseinkommens beizutragen. In diesem Engagement wird sie von ihrem Mann nicht unterstützt. Herr Anton scheint noch nicht bereit zu sein zu akzeptieren, dass seine Aufstiegswünsche sich nur teilweise erfüllt haben.

5.5.2.2 Fall 2: Familie Serifan (Kosovo)

Die Serifans stammen aus dem Kosovo, sie gehören zur albanischen Volksgruppe. Ibrahim Serifan, 37 Jahre, ist ausgebildeter Chemietechnologe und übte seinen Beruf in seiner Heimatstadt bis 1986 aus. Mit seiner Frau ging er anschliessend nach Slowenien, wo er als Kirchenrestaurator arbeitete. In Slowenien wurden auch zwei Kinder geboren: 1987 eine Tochter, 1992 ein Sohn. Aufgrund des sich zuspitzenden Bürgerkrieges kam Ibrahim Mitte der 1990er Jahre in die Schweiz, wohin ihm seine Familie zwei Jahre später folgte. Er absolvierte mehrere Integrationskurse, lernte deutsch und ist inzwischen bei der Stadt Basel beschäftigt: als Hilfsarbeiter. In Basel kam das dritte Kind zur Welt, eine Tochter. Im Gegensatz zu Ibrahim spricht seine Frau Nada kaum deutsch. Die Serifans müssen sich mit einer Zweieinhalb-Zimmer-Wohnung begnügen. Nada Serifan kann wegen der jüngsten Tochter derzeit keine Zusatzbeschäftigung ausüben. Die Familie Serifan erhält vom Basler Sozialdienst ergänzende Sozialhilfe.

Lebensweltlicher Hintergrund Ibrahim Serifans. Herr Serifan wuchs im Arbeitermilieu in einer mittelgrossen Stadt des Kosovo auf. Sein Vater, den er im Kleinkindalter verlor, war Bauarbeiter. Auch seine Frau Nada stammt aus dem Arbeitermilieu. Die an einer staatlichen Lehranstalt erfolgte Ausbildung zum Chemietechnologen verdeutlicht den Aufstiegswillen Ibrahim Serifans: Er muss in der seit Ende der 1960er Jahre von der jugoslawischen Staatsführung forcierten Industrialisierung des Kosovo und dem damit einhergehenden Ausbau des Bildungs- und Ausbildungssystems eine Chance gesehen haben. Bis Ende der 1960er Jahre war der Kosovo in Jugoslawien ökonomisch eine Randregion und politisch diskriminiert. Wenig industrialisiert, aber dicht bevölkert, mit einer durchschnittlichen Hofgrösse, die ein rentables Wirtschaften für die meisten Landwirtsfamilien unmöglich machte. In politischer Hinsicht kam den Kosovo-Albanern nicht der gleiche Status zu wie anderen Volksgruppen: während die Serben, Montenegriner, Kroaten, Slowenen und Maze-

donier in ihren eigenen Republiken lebten, kam den Kosovo-Albanern nicht der Status eines den jugoslawischen Bundesstaat tragenden Volkes zu. Da die Albaner während des Zweiten Weltkrieges mit der italienischen Besatzung sympathisierten und nach dem Kriegsende unter dem Verdacht standen, mit dem damals stalinistischen Albanien, das bis 1968 Mitglied im Warschauer Pakt war, mit welchem sich Jugoslawien unter Tito in den 1950er Jahren überworfen hatte, zu fraternisieren, wurde ihnen von der Staatsführung unterstellt, das gemeinsame Staatswesen nicht mitzutragen. Nach Protesten im Kosovo Mitte der 1960er Jahre änderte die jugoslawische Staatsführung ihre Position und versuchte durch die Forcierung der Industrialisierung und den Ausbau des Bildungssystems dem Kosovo ein stärkeres Gewicht innerhalb Jugoslawiens zu verschaffen.¹⁵ In diese Zeit des „kosovarischen Frühlings“, der 1981 durch die bekannte Amselfeldrede des jugoslawischen Staatspräsidenten Milosevic beendet wurde, fiel der Beginn der Berufsbiographie Herrn Serifans. Er profitierte von dem Schutz und den Entwicklungsbemühungen des damaligen jugoslawischen Staates.

Aus dem Interview geht nicht hervor, was Ibrahim Serifan veranlasste, 1986, nachdem er einige Jahre in seiner Heimatstadt in dem dortigen Chemiewerk gearbeitet hatte, nach Slowenien zu gehen. Die Verschlechterung der Wirtschaftslage wie auch die zunehmenden Spannungen zwischen Serben und Kosovo-Albanern, einschliesslich der von der damaligen jugoslawischen Staatsführung wieder ausgeübten Diskriminierung des Kosovo, kommen als Gründe gleichermassen in Betracht. Bedeutsam ist, dass es die Serifans in die Wohlstandsregion Jugoslawiens zog. Die kleine Republik Slowenien erwirtschaftete ein Drittel des gesamten jugoslawischen Bruttoinlandsprodukts. Auch kulturell ist die Distanz zum Kosovo ausgesprochen gross: Slowenien als früherer Bestandteil der Habsburger-Monarchie gehört zum latinisierten und katholischen Teil Europas, während der Kosovo zum orthodoxen bzw. islamischen Balkan zählt, der über Jahrhunderte unter türkischer Vorherrschaft stand. Das Zivilisationsgefälle, das die Familie Serifan zu überwinden hatte, könnte innerhalb Jugoslawiens nicht grösser gewesen sein. Aus dem Interview geht nicht hervor, ob es primär wirtschaftliche Gründe waren, die Herrn Serifan zum Wegzug nach Slowenien veranlassten, oder ob es sich um eine allgemeine Verschlechterung der Lebensverhältnisse handelte. Nach 1981 verschärfen sich die Spannungen zwischen Serben und Kosovo-Albanern, ebenso wurde die bisherige Förderung des Kosovo seitens der Bel-

¹⁵ Zur Geschichte des Kosovo siehe Petritsch et. al. 1999, Bieber/Daskalovski 2003.

grader Zentralregierung zunehmend in Frage gestellt und schliesslich eingestellt. Entscheidend ist, dass Herr Serifan die Vorteile betont, die sich durch den Wegzug nach Slowenien ergaben. Eine Rückkehr in den Kosovo ist für ihn zum Zeitpunkt des Interviews ausgeschlossen. Als Grund, nicht in den Kosovo zurückzukehren, gibt Herr Serifan die Folgen des Bürgerkriegs an. Sowohl für Slowenien wie auch für die Schweiz werden die Kultur und das geordnete Alltagsleben als Gründe für den weiteren Verbleib angeführt.

Sie wollen nicht zurück?

Wissen Sie warum? Ich höre es nur von Leuten, ich war nicht da, es ist ein wenig schwierig. Die Leute sind vielleicht viel traumatisiert, ich habe nicht gerne Probleme mit Leuten, weisst Du. Hier in der Schweiz, seit x Jahren war ich ganz ruhig. Niemand hat mir etwas schlechtes gesagt. Nie. Seit x Jahren habe ich nie ein kleines Problem gehabt. Ich weiss nicht warum, vielleicht, ich bin eine lange Zeit in Slowenien gewesen, Slowenien hat eine grosse Kultur mit den Leuten. Ich habe gelernt mit den Leuten, und später bin ich hier in die Schweiz gekommen und hier auch habe ich gesehen, gleiche Kultur wie in Slowenien, es ist eine grosse Kultur, wie in Slowenien.

Die Teilnahme an der west- bzw. mitteleuropäischen Kultur hat für Herrn Serifan einen grossen Stellenwert, was auch in anderen Interviewsequenzen deutlich wird. So sind für ihn sprachliche Kompetenzen von grosser Bedeutung, ebenso interessiert er sich für die Schulbildung seiner Kinder. Der Umzug in eine von ihm als kulturell höher als den Kosovo eingestufte Region war für Herrn Serifan ein starkes Motiv für die Migration. Auf ökonomische Gründe wird gar nicht verwiesen, eher ist es für Herrn Serifan bedeutsam, dass er dem allgemeinen Chaos im Kosovo, verursacht durch den Bürgerkrieg, den Rücken hat kehren können. Unspezifische Bildungsinteressen oder ein allgemeiner Bildungshunger, um es emphatisch auszudrücken, waren für ihn ein wesentlicher Migrationsgrund.

Berufliche Qualifikationen. Es fällt in Herrn Serifans Biographie auf, dass er seine ursprüngliche Berufsqualifikation, die Chemietechnologie, nicht weiterverfolgte. Es finden sich keine Hinweise darauf, dass er versuchte, in Slowenien oder Kroatien eine Anstellung in seinem Beruf zu finden. Er bedauert es im Interview auch gar nicht, nicht weiter als Chemietechnologe oder als Chemiefacharbeiter tätig sein zu können. Zwar verweist er auf Bewerbungen für Chemiewerke in seinem jetzigen Wohnort, diese Arbeitsplätze sind für ihn aber nur wegen des höheren Einkommens, nicht wegen der Tätigkeit interessant. Das Interesse an der Chemie dürfte bei Herrn Serifan nicht in der Weise ausgeprägt sein, dass daraus eine Bindung an den Ausbildungsberuf und damit einhergehend ein spezifisches Berufsethos erwuchs. Die Bindung Herrn

Serifans an seinen Ausbildungsberuf ist gering. Anders verhält es sich mit seiner Tätigkeit als Kirchenrestaurator in Slowenien. Auf diese Arbeit verweist er im Interview rückschauend mit Stolz.

Ich habe früher in einer Kirche gearbeitet, als Restaurator. Wissen Sie, was das ist? So alte, die Kirche ist 800 Jahre alt gewesen in Slowenien, ich habe alles restauriert. Ich habe hier ein Bild. Ich habe auch ein Buch. Diese, in Slowenien. Ich habe hier gearbeitet und diese restauriert.

Aber nicht die handwerklich-technische Leistung ist für Herrn Serifan das bedeutsame, sondern seine Mitwirkung an der Restaurierung einer mittelalterlichen Kirche. Hier zeigen sich wieder die Bildungsambitionen Herrn Serifans: Er hatte Gelegenheit, an der Erhaltung des slowenischen Kulturerbes mitzuwirken. Unmittelbar an die eben angeführte Interviewsequenz äussert Herr Serifan eine Idee.

Ich sehe manchmal in [Wohnort] hat es auch Archäologie, wo man in der Erde etwas Altes gefunden hat. Diese Institution habe ich noch nicht gefragt, ich weiss nicht, wo diese Institution ist. Diese Arbeit kenne ich ganz gut.

Hier zeigt sich, dass die Interessen Herrn Serifans im kulturgeschichtlichen Bereich liegen, er würde gerne an archäologischen Ausgrabungen in der Schweiz teilnehmen. Durch den Weggang nach Slowenien erhielt Herr Serifan die Gelegenheit, den erlernten, ihn aber persönlich nicht ausfüllenden und befriedigenden Beruf durch eine Tätigkeit zu ersetzen, die seinen Bildungsambitionen (die sich wohl auf den kulturgeschichtlichen Bereich konzentrieren) entgegenkam. Da er aber in diesem Metier nicht ausgebildet ist, wird ihm dieser Bereich in der Schweiz verschlossen bleiben. Ersichtlich ist allerdings, dass durch den Weggang nach Slowenien die ursprüngliche Berufswahl, die nicht den persönlichen Neigungen und Interessen Herrn Serifans entsprach, korrigiert wurde. Die Arbeit als Chemietechnologe war für ihn materieller Broterwerb, mehr nicht.

Ähnlich wie für den vorhergehenden Fall (Herr Anton) gehört für Herrn Serifan die Einordnung in und Ausrichtung auf eine vorgegebene Struktur zum beruflichen Habitus. Nicht das Vertrauen auf sich selbst, die eigenen Qualifikationen und Kompetenzen zählt, sondern die Orientierung an einer gegebenen Ordnung, die es im Konfliktfall auch ratsam erscheinen lässt, die eigenen Interessen hintanzustellen. Herr Serifan lehnt beispielsweise die Beteiligung an einem Streik zur Durchsetzung höherer Löhne ab: Er sei nicht in die Schweiz gekommen, um solche „Sauereien“ zu machen. Er begründet das

mit seiner Loyalitätsverpflichtung seinem Arbeitgeber und auch der Schweiz (als Aufnahmeland) gegenüber, weswegen seine - von ihm als durchaus berechtigt anerkannten - Interessen Nachrang hätten. Es ist in beiden Fällen zunächst keine ökonomisch bedingte Furcht (vor Arbeitsplatzverlust), die diese offensichtlich gering ausgeprägte Risikobereitschaft zugunsten der eigenen Lohninteressen erklärt, es ist der Glaube an die Legitimität der betrieblichen Hierarchie, die auch dem Niedriggestellten nützt, und gegen die deswegen nicht einfach verstossen werden kann. Die Bereitschaft, sich in eine vorgegebene hierarchische Ordnung einzufügen, ist der Grund, eigene Lohninteressen hintanzustellen. Herr Serifan fühlt sich durch einen Ehrenkodex an die von ihm eingegangenen Verpflichtungen persönlich gebunden („Ein Mensch - ein Wort“). Die autonom erfolgte Übernahme von Verpflichtungen, auch auf einer in der Betriebshierarchie untergeordneten Position, bindet ihn somit. Das Arbeitsverhältnis begreift er als ein persönliches Treueverhältnis.

Die sozialistische Ideologie, die Herrn Serifan in der Schule und der anschliessenden Ausbildung vermittelt wurde, wirkt bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt insofern nach, als er der Privatwirtschaft ablehnend gegenübersteht. Er verbindet mit einem Privatbetrieb schwankende Lohnhöhen und vor allem Arbeitsplatzunsicherheit, so dass er einen Arbeitsplatz im staatlichen Sektor in jedem Fall vorzieht. Die Sicherheit der ökonomischen Versorgung steht bei ihm als Motiv im Vordergrund. Der Wunsch, bei einem öffentlichen Arbeitgeber angestellt zu sein, entspringt keineswegs der Vorstellung, dass dort weniger als in einem Privatbetrieb geleistet werden muss, sondern dem Bedürfnis nach Sicherheit. Die habituelle Ausrichtung an der vorgegebenen Hierarchie und die sozialistische Einstellung korrespondieren insofern, als sowohl dieser Arbeitshabitus wie auch die kollektivistische Ideologie die Hintanstellung eigener Interessen fordern.

Gegenwärtige Lebenssituation. Mit einer vollzeitlichen Beschäftigung kann Herr Serifan kein Einkommen, das über den SKOS-Richtlinien liegt, für seine Familie erwirtschaften. Die Familie Serifan ist auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen, obwohl ihre Ansprüche an eine Wohnung bereits sehr niedrig sind: Sie begnügt sich mit einer Zweieinhalb-Zimmer-Wohnung. Wie für alle von uns interviewten working poor-Familien hat die finanzielle Unabhängigkeit vom Sozialdienst einen hohen Stellenwert: Die materielle Autonomie wird angestrebt. So führte Herr Serifan zeitweise abends oder am Samstag Reinigungstätigkeiten aus.

Herrn Serifan ist sehr daran gelegen, dass seine Frau teilzeitbeschäftigt ist, und er würde, um ihr das zu ermöglichen, in diesem Zeitraum sich selbst um die dreijährige Tochter kümmern. Aber Frau Serifan spricht kaum deutsch und übernimmt selbst keine Anstrengungen, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen. In ökonomischer Hinsicht würde es sich auch eher um ein Nullsummenspiel handeln, was Frau Serifan verdienen würde, würde die Sozialhilfe nicht mehr bezahlen. Herr Serifan muss sich implizit von einer Beschäftigung seiner Frau eine Verbesserung ihrer Integration in Schweizer Verhältnisse erwarten. Deutsch lernt man, so sein Credo, überwiegend über die Arbeitsstelle. Er kritisiert auch die mangelnden Deutschkenntnisse seiner Frau und versucht diese auszugleichen, indem er mit den Kindern gelegentlich deutsch spricht. Sein Ziel ist es nicht, sich als Hauptnährer seiner Familie zu etablieren, hierin unterscheidet er sich von Herrn Anton, sondern dass die Integration in die Schweiz gemeinsam mit seiner Frau (und damit seiner Familie) erfolgt. Zwar versucht Herr Serifan sich auf besser bezahlte Arbeitsstellen zu bewerben, aber es handelt sich bei diesen Bewerbungen eher um Rituale, die vollzogen werden. Überzeugt, dass es ihm gelingt, ist Herr Serifan überhaupt nicht. Bewerbungshilfen hat er auch bisher gar nicht in Anspruch genommen. Dagegen ist er sehr erfinderisch bei dem Versuch, seine Frau in ein Beschäftigungsverhältnis zu lotsen. Die Strategie von Herrn Serifan ist sehr plausibel, denn gemeinsam erlebte Integrationsschwierigkeiten sind leichter zu bewältigen als allein erfahrene. Würde Frau Serifan arbeiten gehen, würde das den gemeinsamen Erfahrungsraum des Paares im Vergleich zur jetzigen Situation vergrössern, welche dadurch gekennzeichnet ist, dass Frau Serifan sich auf ihre Kinder und die Wohnung konzentriert und Kontakte vor allem mit ihren Verwandten im Kosovo unterhält.

Fallstruktur. Ebenso wie beim vorhergehenden Fall ist durchgängig ein soziales Aufstiegsinteresse Hintergrund für den biographischen Verlauf. Allerdings wählte Herr Serifan einen Beruf, der nicht seinen eigenen Neigungen und Interessen entsprach, wobei die Wahl einer chemietechnologischen Ausbildung durch das Herkunftsmilieu - Herr und Frau Serifan stammen aus dem Arbeitermilieu - bedingt ist. Der weitere berufsbiographische Verlauf zeigt, dass Herr Serifan ein grosses Interesse an der Beschäftigung mit historischen Kulturgütern besitzt. Durch die Tätigkeit als Kirchenrestaurator in Slowenien konnte er die handwerklichen Fähigkeiten, die noch aus seinem Herkunftsmilieu stammen, mit seinen Bildungsinteressen gut vereinbaren. Die äusseren Umstände, das sind der Zerfall der Bundesrepublik Jugoslawiens sowie die

bereits erfolgte Familiengründung Herrn Serifans, dürften es ihm unmöglich gemacht haben, sich für einen Zweitberuf, der seinen kulturgeschichtlichen Interessen entspricht, ausbilden zu lassen. So verblieb ihm in der Schweiz nur die Möglichkeit, ungelernete und angelernte Tätigkeiten zu verrichten.

Dennoch erblickt Herr Serifan in der gegenwärtigen Lebenssituation durchaus Perspektiven für sich und seine Familie. Sie sind jedoch nicht auf einen beruflichen Aufstieg gerichtet, sondern auf die Integration in der Schweiz. Eine erfolgreiche Schulbildung seiner Kinder ist ihm ein wichtiges Anliegen. Im Interview verdeutlicht er, wie sich die Familie in ihren beengten Wohnverhältnissen arrangiert, damit die beiden schulpflichtigen Kinder ihre Hausaufgaben erledigen können. Für die älteste Tochter erwarb Herr Serifan einen gebrauchten Computer. Zu den Eltern der SchulkollegInnen, auch zu den Schweizer Eltern, hält Herr Serifan Kontakt.

Der ausgeprägte Integrationswille wird unter anderem dadurch deutlich, dass Herr Serifan mit seinen Kindern recht oft deutsch spricht, nicht albanisch. Herr Serifan kritisiert im Interview an seiner Frau, dass sie nur über geringe Deutschkenntnisse verfügt. Er wünscht sich von seiner Frau aktivere Integrationsbemühungen. Einerseits akzeptiert Frau Serifan die gegenwärtigen Lebensumstände; sie fühlt sich laut Auskunft ihres Mannes in der Schweiz durchaus wohl und hegt keine Rückkehrabsichten. Andererseits ist deutlich, dass ihre Integrationsbemühungen wesentlich geringer ausfallen als die ihres Mannes. Dieses Verhalten lässt sich aber durch die spezifische familiäre Stellung der albanischen Frau erklären. Im Gegensatz zu anderen Familienmodellen verlässt die albanische Frau mit der Heirat nicht ihre Herkunftsfamilie, verwandtenrechtlich ist sie nicht in der Familie ihres Mannes integriert. Ihr Ehemann schuldet ihr Schutz und Versorgung, im Gegenzug gebiert sie ihm Kinder, die dann zur Familie des Mannes gehören. Diese besondere familiäre Stellung der albanischen Frau¹⁶ dürfte die Integration in eine neue Lebenswelt eher erschweren, da durch die Tradition die Bindungen zur Herkunftsfamilie sehr stark sind. Für diesen Fortbestand familiärer Bindungen Frau Serifans an ihre Herkunftsfamilie finden sich auch im Interview deutliche Hinweise. Ein Bruder von Frau Serifan ist ranghoher General der UCK (Kosovarische Volksbefreiungsarmee), der ab und an UCK-Embleme schickt, die im Wohnzimmer der Familie Serifan aufgestellt werden. Diese Embleme akzeptiert Herr Serifan seiner Frau zuliebe. Auch findet er seinen Schwager

¹⁶ Den Hinweis auf die spezifische verwandtenrechtliche Stellung in der albanischen Kultur verdanke ich Christian Giordano. Vgl. auch Kaser 1995.

sehr sympathisch, aber im Interview deutet nichts darauf hin, dass er den Befreiungsvorstellungen der UCK anhängt. (Von seinem Ideal, dem friedlichen Zusammenleben unterschiedlicher Völker im ehemaligen Jugoslawien, musste er sich zwangsweise lossagen. Der Nationalismus der UCK ist ihm eher suspekt.¹⁷) Die Verbindung Frau Serifans zu ihrer Herkunftsfamilie dürfte ihre Integration in die Schweiz jedenfalls erschweren, so dass Herr Serifan die Hauptlast der Integration trägt.

5.5.2.3 Gemeinsame Strukturmerkmale beider Fälle

Vergleicht man beide Fälle, die aus sehr unterschiedlichen lebensweltlichen Milieus stammen, miteinander, so zeigen sich bezüglich der gegebenen Armutssituation drei wesentliche gemeinsame Strukturmerkmale.

Erstens. In beiden Fällen wuchsen die Haushaltsvorstände in traditionellen, sich in Auflösung befindenden Milieus auf. Insofern war ein äusserer Druck, das Herkunftsmilieu zu verlassen, gegeben. Gleichzeitig wurde in beiden Fällen ein sozialer Aufstieg zunächst über eine berufliche Qualifikation angestrebt. Aufstiegs- und Leistungsbereitschaft sind bei beiden Familienvätern sehr ausgeprägt. Der Wechsel in ein anderes Milieu wurde, obwohl von aussen ein Druck lastete, bereitwillig angestrebt.

Zweitens. Kennzeichnend für beide Berufsbiographien ist, dass es nicht zur Ausbildung eines individualisierten Berufsethos kam. Ein individueller Habitus dahingehend, dass die individuell erworbenen Berufskompetenzen auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich angeboten werden und insofern trotz Risiken des Arbeitsmarktes die Basis für die ökonomische Versorgung darstellen, wurde nicht ausgeprägt. Vielmehr wird der Schutz vor Arbeitslosigkeit durch den arbeitgebenden Betrieb gesucht, in den man sich entsprechend einordnet. Nicht die eigenen Kompetenzen und Fähigkeiten und das Vertrauen in sie gelten als Basis für die ökonomische Sicherheit, sondern der vom jeweiligen Arbeitgeber gewährte ökonomische Schutz. Trotz Absolvierung einer berufsqualifizierenden Ausbildung haben sich noch traditionale Orientierungen, als Vertrauen in eine äussere Ordnung, in die man sich einfügt, erhalten. Dieser Fortbestand traditionaler Orientierungen, der für den angestrebten Aufstieg

¹⁷ Die Befreiungsideologie der UCK wurde vor allem von der jungen Bevölkerung im Kosovo geteilt. Mehrheitlich unterstützten die Kosovo-Albaner die Verhandlungen Ibrahim Rugovas mit der jugoslawischen Staatsführung, der militärischen Auseinandersetzung mit dem Milosevic-Regime standen sie eher ablehnend gegenüber.

hinderlich ist, erklärt sich durch die Wirkung besonderer äusserer Umstände: durch die strukturelle Arbeitslosigkeit in den 1970er Jahren und den damit verbundenen Verlust des Glaubens an die Selbstverständlichkeit der Vollbeschäftigung im ersten Fall, durch den Zusammenbruch der Staatsordnung und den sich anschliessenden Bürgerkrieg zwischen den einzelnen Völkern Jugoslawiens im zweiten.

Drittens. Kennzeichnend für beide Fälle ist, dass die Anstrengungen der Ehegatten hinsichtlich des Umgangs mit der gegebenen Armutssituation nicht gleichgerichtet sind. Im ersten Fall versucht die Ehefrau aufgrund einer realistischeren Einschätzung der gegebenen Situation materielle Einschränkungen zu erwirken und auch den angestrebten Status aufzugeben, wozu der Ehemann zum Zeitpunkt des Interviews nicht bereit ist. Im zweiten Fall verzichtet der Ehemann auf eine berufliche Fortentwicklung (für die ja auch keine Möglichkeiten mehr bestehen) und konzentriert sich auf die soziale Integration, um seinen Kindern bessere Aufstiegsmöglichkeiten in der Schweiz zu verschaffen; die Ehefrau steht diesen Integrationsanstrengungen passiv gegenüber.

5.5.2.4 Weitere Fälle

Die weiteren fünf Fälle der zum Zeitpunkt des Interview Sozialhilfeleistungen beziehenden Familien werden im Folgenden kurz bezüglich dieser drei Strukturmerkmale dargestellt.

Fall 3: Familie Zolli (Schweiz)

Otto Zolli, Jahrgang 1967, arbeitet seit 1999 als Gabelstaplerfahrer in einem Warenlager und wird stundenweise bezahlt. Nach seinem Realschulabschluss absolvierte er zwar eine zweijährige Verkaufslehre bei einem grossen Lebensmittelverteiler, verfolgte aber die Verkaufstätigkeit nicht weiter und absolvierte auch keine andere berufliche Ausbildung. Seinen Lebensunterhalt verdiente er durch Tätigkeiten bei Sicherheitsdiensten sowie beim Messebau, zwischendurch war er auch arbeitslos. Seine Frau, Regina Zolli, Jahrgang 1973, schloss eine kaufmännische Verwaltungslehre ab und besuchte nach einigen Jahren Berufserfahrung eine Hotelfachschule, kehrte aber in den KV-Bereich zurück, in dem sie vor der Geburt des gemeinsamen Sohnes 2001 sechs Jahre als Sachbearbeiterin tätig war. - Otto Zolli arbeitet auf Stundenbasis vollzeitlich (etwa 90 Prozent), seine Frau ist zwei Stunden in der Woche als Tagesmutter tätig. Die Familie Zolli kann von dem Gehalt Ottos nicht leben und bezieht ergänzend Sozialhilfe. Beide Grosselternfamilien unterstützen das Paar mit geringen Beträgen.

Für diesen Fall lassen sich weder Milieuwechsel noch ein sozialer oder beruflicher Aufstieg ausmachen. Der Vater von Otto Zolli verrichtete Lagerar-

beiten für einen Schweizer Grossverteiler, sein Sohn gelangt über angelernte Tätigkeiten nicht hinaus. Auch die Mutter von Frau Zolli war bereits als kaufmännische Angestellte tätig, so dass die berufliche Laufbahn Regina Zollis sich an der ihrer Mutter orientiert. Herr und Frau Zolli streben langfristig jedoch einen Rollenwechsel an, da Frau Zolli aufgrund ihrer beruflichen Qualifikation über die besseren Einkommenschancen verfügt. Sie denkt bereits an eine Wiederaufnahme ihrer Berufstätigkeit zum Zeitpunkt des Eintritts ihres Sohnes in den Kindergarten und will dann den grösseren Teil des Haushaltseinkommens erwirtschaften. Diese Avancierung zur künftigen Haupternährerin erwähnt Frau Zolli bereits jetzt im Interview. Spätestens zu diesem Zeitpunkt muss laut Frau Zolli die Sozialhilfe nicht mehr in Anspruch genommen werden. Insofern ist auch die gegenwärtige Existenz der Familie Zolli von einer, wenn auch anders gelagerten Transition gekennzeichnet: der Umkehrung der geschlechtlichen Arbeitsteilung.

Weder Herr noch Frau Zolli haben ein spezifisches Berufethos ausgebildet. Herr Zolli hat seinen erlernten Beruf, er absolvierte eine Verkäuferlehre, aufgegeben. Er folgte mit dieser Lehre dem Willen seines Vaters, für den die Zugehörigkeit zur Firma, nicht der Beruf als solcher ausschlaggebend war: Der Vater von Herrn Zolli wünschte, dass sein Sohn beim gleichen Arbeitgeber wie er angestellt ist, weil er diesen Grossverteiler für einen guten Arbeitgeber hielt. Hier wird aus der Perspektive des Vaters wieder ersichtlich, dass es bei der Erwerbstätigkeit um materielle Versorgung geht und man am besten einen Arbeitgeber sucht, der dieser Versorgung gut nachkommt. Die Aufgabe des erlernten Verkäuferberufs und die anschliessende, mehrere Stellenwechsel beinhaltende Erwerbstätigkeit lassen sich auch als Protest Otto Zollis gegen die Normen des Vaters deuten: Otto Zolli demonstrierte seinen Freiheitswunsch, sich nicht zu lebenslanger Loyalität gegenüber einem Arbeitgeber verpflichten zu müssen. Einerseits überwand Herr Zolli die auf persönliche Sicherheit bedachten Ordnungsvorstellungen seiner Herkunftsfamilie, andererseits entwickelte er keine spezifischen Interessen, welche ihn zu einer weiteren Berufsausbildung hätten veranlassen können.

Der Erwerbshabitus Frau Zollis entspricht dem ihres Mannes. Eine kaufmännische Verwaltungslehre ist sehr unspezifisch und lässt eine anschliessende berufliche Spezialisierung in sehr unterschiedlichen Weisen zu. Nach Absolvierung ihrer KV-Lehre und den ersten beruflichen Erfahrungen besuchte Frau Zolli eine Hotelfachschule, was durchaus als beginnende berufliche Spezialisierung im Gastgewerbe anzusehen ist. Da aber Frau Zolli fest-

stellte, dass ihr der direkte Umgang mit KundInnen oder Gästen eher schwer fällt, kehrte sie in die Sachbearbeitung und damit in das eher unspezifische KV-Metier zurück. Für Frau Zolli ist die Qualifikation als kaufmännische Verwaltungskraft ein Mittel zum materiellen Broterwerb. Mit ihrer Qualifikation orientierte sich Frau Zolli am Lebensweg ihrer Mutter, die bereits als kaufmännische Angestellte erwerbstätig war.

Obwohl Regina Zolli mit ihrer beruflichen Qualifikation die besseren Erwerbsaussichten hat, räumen beide den Erwerbsinteressen Otto Zollis Priorität ein. Es stellt sich die Frage, warum beide nicht ein anderes Arrangement wählten, beide sich für Teilzeitarbeit entschieden. Weder verfolgen beide explizite Karrierewünsche noch ist bei ihnen ein berufliches Selbstentfaltungsinteresse ausgeprägt. So ist dieses unter ökonomischen Gesichtspunkten eher nachteilige Arrangement erklärungsbedürftig. Hier wirken noch die tradierten Normen des Geschlechterarrangements nach.

Fall 4: Familie Konfkusu (Türkei)

Hassan und Seyla Konfkusu, beide 1974 in der Türkei geboren, kamen im Rahmen des Familiennachzugs jeweils mit ihren Eltern 1984 und 1985 in die Schweiz, wo sie auch die Schule abschlossen. Beide absolvierten keine Berufsausbildung. Bereits im Alter von 19 Jahren heirateten die beiden (1993), zuerst kam eine Tochter, später Zwillinge zur Welt. Hassan arbeitet bis heute temporär in stundenweiser Bezahlung bei verschiedenen Arbeitgebern: in der chemischen Fabrik, bei der Post, bei einem Beleuchtungshersteller, im Transportgewerbe. Seyla war temporär als Kassiererin angestellt, nach der Geburt der Zwillinge gab sie diese Tätigkeit erst einmal auf. Die fünfköpfige Familie wird von der Sozialhilfe unterstützt.

Beide Ehegatten mussten Integrationsaufgaben in einem recht erheblichen Umfang bewältigen. Die in der Türkei begonnene Schulausbildung wurde in der Schweiz als einem Land mit fremder Sprache und Kultur fortgesetzt und abgeschlossen. Noch nicht vollständig sozialisiert in die Herkunftskultur musste der Wechsel in eine fremde Kultur bewerkstelligt werden. Das Interesse an der Integration in die Schweiz ist bei beiden stark ausgeprägt, was sich unter anderem auch in den sprachlichen Kompetenzen zeigt. Auch in dem Fortzug des jungen Paares vom Wohnort ihrer Eltern in eine etwa 150 Kilometer entfernte Grossstadt zeigt sich der Integrationswunsch: Die räumliche Distanz zu ihren Herkunftsfamilien sollte deren Einflussmöglichkeiten verringern. Auch dass sofort von beiden ein eigener Haushalt angestrebt wurde, zeigt, dass sich das Ehepaar Konfkusu mehr an europäischen als an türkischen Normen orientiert.

So ausgeprägt einerseits der Integrationswunsch vorhanden ist, so prekär ist andererseits die berufliche Lage: Beide haben keine berufliche Ausbildung absolviert, sondern recht früh die Familiengründung vollzogen. Frau Konfkusu begründet die fehlende Berufsausbildung mit ihren damaligen sprachlichen Kompetenzen, die aus ihrer Sicht nicht ausreichend waren für den damaligen Lehrstellenmarkt. Herr Konfkusu hatte zwar das Angebot zu einer Bauzeichnerlehre, unter der Voraussetzung, dass er ein zehntes, berufsvorbereitendes Jahr absolviert, stiess aber bei seinem Vater, der für diese Lehre materiell hätte aufkommen müssen, auf Unverständnis. Der stark ausgeprägte Integrationswunsch beschleunigte bei beiden die Ablösung von ihrer jeweiligen Herkunftsfamilie. Eine berufsqualifizierende Lehre mit der damit einhergehenden materiellen Alimentierung durch die Eltern hätte die gewünschte Ablösung zeitlich verzögert. So ist der Verzicht auf die berufliche Ausbildung bei beiden nicht Ausdruck einer nicht ausreichenden Integration in die Schweizer Lebensverhältnisse, sondern im Gegenteil vielmehr Konsequenz einer sehr forciert betriebenen Integration. Da die Türkei keine der Schweiz vergleichbare Berufsausbildungskultur kennt, standen beide Elternpaare, die ja selbst direkt aus der Türkei eingewandert waren, allfälligen Ausbildungswünschen ihrer Kinder eher distanziert und verständnislos gegenüber. Sie waren sich der Notwendigkeit, in der Schweiz eine berufliche Ausbildung zu absolvieren, nicht recht bewusst.

Durch die früh erfolgte Familiengründung hat sich das Ehepaar Konfkusu einen stabilisierenden Rahmen geschaffen. Der fast identische Sozialisations-Hintergrund beider dürfte ebenfalls einen Kitt für ihre Beziehung darstellen, womöglich für beide auch eine Voraussetzung für die noch weitergehende Integration in die Schweiz sein, insbesondere auch für die Etablierung im Erwerbsleben.¹⁸ Die Möglichkeit zu einer Berufsausbildung sehen beide nicht mehr. Sie hoffen langfristig auf eine Verbesserung des Einkommens. Frau Konfkusu fasst ins Auge, zu einem späteren Zeitpunkt wieder halbtags zu arbeiten. Eine ganztägige Beschäftigung lehnt sie ab, sowohl der Haushalt wie die Kinder würden ihr bereits genug Arbeit verschaffen. Auffallend ist im Interview, dass das Ehepaar Konfkusu wie ein Team dieselben Ziele verfolgt:

¹⁸ Aus dem Interview-Setting lässt sich entnehmen, wie stark die Angleichung an Schweizer Lebensverhältnisse bereits vollzogen worden ist. Das Interview wurde anfänglich mit beiden, anschliessend mit Frau Konfkusu allein geführt. Herr Konfkusu nimmt nicht mehr die Position des paternalistischen Repräsentanten ein, dem allein die Vertretung der Familie gegenüber der Außenwelt zukommt. Herr und Frau Konfkusu praktizieren diesbezüglich ein partnerschaftliches Modell.

Integration in die Schweiz und finanzielle Autonomie, also die Ablösung von der Sozialhilfe.

Fall 5: Familie Diallo-Treitzler (Westafrika und Schweiz)

Frau Diallo-Treitzler, 29 Jahre, wuchs als ältestes von drei Kindern auf dem Landwirtschaftsbetrieb ihrer Eltern auf, absolvierte eine Verkäuferinnenlehre, unternahm eine Reise nach Kenia und liess sich anschliessend in einer Schweizer Grossstadt nieder. Dort arbeitete sie als Verkäuferin. Mit Mitte Zwanzig unternahm sie eine weitere grosse Reise, diesmal nach Westafrika, wo sie ihren späteren Mann kennen lernte, sich in ihn verliebte und mit ihm mehrere Monate zusammenlebte. Dort zog sie sich eine Fussinfektion zu, die ihr die weitere Ausübung ihrer Verkäuferinnentätigkeit unmöglich machte. Ihr Freund folgte ihr in die Schweiz, die beiden heirateten und Herr Diallo-Treitzler arbeitet seitdem vollzeitlich in einer Fabrik als Reinigungskraft. Zum Zeitpunkt des Interviews muss die gemeinsame Tochter, weil sie zu früh auf die Welt kam, im Spital versorgt werden. Frau Diallo-Treitzler beabsichtigt, künftig als Tagesmutter zu arbeiten.

Auch in diesem Fall bildet ein Übergang von einem zu einem anderen, moderneren Lebensmilieu den Hintergrund. Für Frau Diallo-Treitzler ist es der Wechsel von einer ländlichen Region in eine Grossstadt, für ihren Mann, der ebenso wie sie aus ländlichen Verhältnissen stammt, kommt noch der Wechsel aus einem westafrikanischen Land in eine Schweizer Grossstadt hinzu. Bei beiden ist kein spezifisches berufsbezogenes Selbstentfaltungsinteresse vorhanden. Die Sozialhilfebedürftigkeit ergibt sich aus dem Umstand, dass Herr Diallo-Treitzler wegen seiner Herkunft und auch fehlenden Ausbildung auf den Sektor für unqualifizierte Arbeitskräfte verwiesen ist und seine Frau wegen ihrer Fussinfektion nicht mehr in ihrem angestammten Verkäuferinnenberuf tätig sein kann.

Fall 6: Herr Kutscher und Frau Gutjahr (Schweiz)

Stefan Kutscher, Jahrgang 1947, wuchs in einer Schneiderfamilie in der ländlichen Agglomeration auf. Er absolvierte zwei Berufsausbildungen: eine Handelsschule und anschliessend eine Schreinerlehre. Vorher sollte er eine theologische Ausbildung in einem Kloster machen, die er nach zwei Jahren gegen den Willen seiner Eltern abbrach. Er begann 1975 als Hauswart in einem Behindertenheim zu arbeiten und absolvierte schliesslich parallel an einer Höheren Fachschule eine Ausbildung als Soziokultureller Animator, die er 1981 abschloss. Im selben Behindertenheim arbeitete er auch ein knappes Jahrzehnt als Animator. Nach der Scheidung von seiner Frau 1989, der Ehe entsprossen zwei Kinder, wechselte er den Arbeitsbereich: Er leitete ein Integrationsprogramm für Langzeitarbeitslose. Wegen Meinungsverschiedenheiten mit seinen Vorgesetzten, verursacht durch Reorganisationsmassnahmen, verlor er diese Stelle nach etwa einem Jahrzehnt. Nach dem Bezug von ALV-Taggeldern wurde Herr Kutscher schliesslich ausgesteuert, bezog Sozialhilfe und ist zum Zeitpunkt des Interviews als Sozialhilfebezüger im Rahmen eines Integrationsprogramms als Hauswart in einem Behindertenheim angestellt. Herr Kutscher lebt seit Ende der 1990er Jahre mit seiner Lebensgefährtin zusammen.

Bei diesem Fall handelt es sich auf dem Hintergrund der Milieutransition um einen letztendlich nicht gelungenen beruflichen und sozialen Aufstieg. Bezüglich seiner Herkunftsfamilie kommt Herr Kutscher aus einem absterbenden, der Prekarisierung anheim fallenden Handwerksbereich. Seine Eltern müssen jedoch recht aufstiegsorientiert gewesen sein, davon zeugt ihr Wunsch, der zweite Sohn möge eine theologische Ausbildung absolvieren. Diesem Wunsch verweigerte sich Herr Kutscher, strebte zunächst eine Büroexistenz an, wechselte dann aber durch die Schreiner Ausbildung ins Handwerker milieu. Auf dieser Basis vollzog er anschliessend den Sprung in den pädagogischen Bereich, in dem er schliesslich als Leiter eines Integrationsprogramms eine Kaderstelle im öffentlichen Bereich einnahm. Allerdings ist es ihm nicht gelungen, sich ein entsprechendes Netzwerk von Beziehungen zu verschaffen. Infolge eines lang andauernden Arbeitskonfliktes konnte er keine entsprechende Anschlussstelle finden, sondern wurde, davon zeugt seine Tätigkeit als Hauswart, beruflich zurückgestuft.

5.5.2.5 Reaktionen der Sozialhilfe

Biographischer Hintergrund dieser Fälle (mit Ausnahme des Falles 3: Familie Zolli) ist der Übergang von einem lebensweltlichen Milieu in ein anderes, moderneres Milieu. Die interviewten Haushaltsvorstände müssen sich in einem für sie fremden Milieu erst sozialisieren, sie müssen Integrationsleistungen vollbringen, für die sie aufgrund ihrer biographischen Herkunft nicht oder nur wenig vorbereitet sind. Die Interviews zeigen, dass diese Integration vor allem im privaten Lebensbereich gelingt, in der Sphäre des Erwerbslebens sich dagegen als schwierig erweist. Diese working poor, so zeigen es die Interviews, bewältigen die an sie gestellten Anforderungen im Erwerbsleben nicht auf der Basis eines individuiertes Tätigkeitsinteresses oder auf der Basis erworbener Kompetenzen und Qualifikationen, sondern sie ordnen sich in vorgegebene Strukturen und Hierarchien ein und sind vor allem bestrebt, die an sie gestellten Erwartungen zu erfüllen. Im Bereich des Erwerbslebens orientieren sich die working poor unseres Samples nicht an einem inneren Kompass, sondern an den (tatsächlichen oder vermeintlichen) Erwartungen der Aussenwelt.

Auf dieses Problem kann die Sozialhilfe nicht eingehen. Die erforderlichen Integrationsleistungen müssen die Individuen selbst erbringen. Jedoch zeigen die sieben working poor-Familien, dass darüber hinaus noch weitere Problem-

lagen bestehen, welche die gegebene Lebensqualität deutlich beeinträchtigen. Im einzelnen:

Fall 1: Paternalistischer Habitus des Mannes, durch den die Anpassung der Lebensführung an die ökonomischen Möglichkeiten erschwert wird.

Fall 2: Passivität der Frau gegenüber der Integration in die Schweiz.

Fall 3: Traditionalismus bezüglich der Aufgabenteilung zwischen den Ehegatten.

Fall 4: Fehlende Berufsqualifikation beider Haushaltsvorstände.

Fall 5: Fehlende Berufsqualifikation des Mannes, Verlust der Erwerbsfähigkeit im erlernten Beruf seitens der Frau.

Fall 6: Arbeitslosigkeit und fehlendes Netzwerk.

Obwohl erfragt, wurde in keinem dieser vier Interviews erwähnt, dass weitergehende Hilfen angeboten oder vorgeschlagen wurden. Die Sozialhilfe konzentriert sich ausschliesslich auf die materiellen Aspekte der gegebenen Situation, weitergehende Hilfen werden nicht ins Spiel gebracht. Im Fall 1 wäre eine psychologische Eheberatung angezeigt, die das Ziel verfolgt, dass der Mann die ökonomische Realität anerkennt und seine Frau insbesondere bezüglich des Haushaltseinkommens zumindest als gleichberechtigte und vor allem kompetente Partnerin akzeptiert; die Budgetverwaltung durch den Sozialdienst könnte eingestellt werden, wenn dieses Ziel erreicht würde. In den Fällen 2, 3, und 4 kann aber auch die Sozialhilfe, selbst bei weitgehenden Beratungsangeboten, wenig bewirken. Integrationshilfen (beispielsweise Sprachkurse) zusammen mit ausserfamiliären Betreuungseinrichtungen würden die Integration ausländischer Frauen wie im Fall 2 erleichtern, hier wäre die Integrationspolitik gefragt. Im Fall 3 würde sich das Problem (die Sozialhilfebedürftigkeit) quasi von selbst lösen, wenn eine subventionierte Kinderbetreuung vorhanden wäre, so dass die Ehefrau und Mutter zumindest halbtags arbeiten gehen könnte. Im Fall 4 wären sowohl die Integrations- wie auch die Bildungspolitik gefordert, und zwar dahingehend, dass ausländischen MigrantInnen nach Absolvierung ihrer Schulpflicht zu einer Lehrstelle verholfen werden sollte. Im Fall 5 stellt sich die Frage, ob eine Beratung nicht sinnvoll wäre: Die zur Zeit arbeitsfähige Frau könnte sich möglicherweise in einem anderen Beruf (Bürotätigkeit) ausbilden lassen; eine andere Frage betrifft das Arrangement zwischen den Ehegatten bezüglich der Erwerbsarbeit.

5.5.3 Vollzeit erwerbstätige Paarhaushalte, von der Sozialhilfe abgelöst: Fallrekonstruktionen

5.5.3.1 Fall 7: Familie Schmitt (Fall 7)

Stefan Schmitt, geboren 1970, absolvierte nach einem Handelsschulabschluss 1988 noch eine Ausbildung als Musiklehrer. Nach fünfjähriger Unterrichtstätigkeit als Musiklehrer in verschiedenen Schulen machte er sich selbständig: Privatunterricht, nebenher Aushilfstätigkeiten in einem Treuhandbüro sowie ein kleines Unterrichtspensum an einer Schule als Musiklehrer. Seine Frau Silke, geboren 1972, studierte Spanisch und Geschichte, gab das Studium wegen der Geburt des ersten Kindes, einer Tochter, 1995 auf. 1998 kam das zweite Kind zur Welt, ein Sohn. Stundenweise arbeitet Silke samstags auf dem Markt, sieht sich gegenwärtig nach einer weiteren Beschäftigung um, die sie während der Betreuung ihrer Kinder in der Schule bzw. im Kindergarten ausüben will. Das Paar bezog von 1995 bis 2000 ergänzend Sozialhilfe, die finanzielle Situation ist konsolidiert.

Ausgelöst wurde der Sozialhilfebedarf der Familie Schmitt durch die Geburt des ersten Kindes 1995. Silke Schmitt brach ihr Universitätsstudium ab, jedoch reichte das von ihrem Mann als Musiklehrer an einer Musikschule erzielte Einkommen nicht aus. Durch gelegentliche Konzerte konnte das Gehalt ab und an aufge bessert werden, so dass mitunter für mehrere Monate keine Sozialhilfe ausgezahlt wurde, aber die Sozialhilfe konnte erst im Jahre 2000 endgültig eingestellt werden. Die von Stefan Schmitt ausgeübte Tätigkeit ist zwar einerseits sehr qualifiziert, andererseits lässt sich mit dieser Tätigkeit nicht unbedingt eine Familie ernähren.

Bedeutsam ist, dass Stefan Schmitt seine beruflichen Ambitionen konsequent weiter verfolgte und dabei auch einige Risiken einging. Bezüglich der finanziellen Situation wäre es einfacher gewesen, wäre Herr Schmitt in das kaufmännische Gewerbe zurückgekehrt, immerhin verfügt er ja über den Abschluss einer Handelsschule. Diese Rückkehr stand für ihn und seine Frau allerdings nie zur Debatte. Nach fünfjähriger Beschäftigung als Musiklehrer, die letzten zwei Jahre in fester Anstellung, wagte er den Schritt in die Selbständigkeit: Er begann, Schlagzeugunterricht auf rein privater Basis zu erteilen, hatte jedoch Zugang zu entsprechenden Räumlichkeiten, in denen der Unterricht erfolgen konnte. Diese berufliche Verselbständigung, von Herrn Schmitt aus freien Stücken eingegangen, bedeutete in zweierlei Hinsicht eine Verschlechterung: Erstens war das Einkommensrisiko erhöht, zweitens verdiente er zunächst weniger. Den hierdurch entstehenden Einkommensausfall glich Herr Schmitt durch eine Nebentätigkeit als Bürogehilfe in einem Treuhandbüro aus: In dieser Situation machte sich der Handelsschulabschluss be-

zahlt. Seit 2001 gibt Herr Schmitt auch wieder einige Unterrichtsstunden an einer Musikschule, allerdings nicht im Rahmen einer festen Anstellung.

Vordergründig scheint die Familie Schmitt nicht zu den „typischen“ *working poor* zu gehören: zum einen handelt es sich um ein Schweizer Paar, zum anderen verfügt Herr Schmitt über zwei abgeschlossene berufsqualifizierende Ausbildungen. So könnte man die fünfjährige Zeit des Sozialhilfebezugs als letztlich vorübergehende „*working poor*-Phase“ deuten, die mit der beruflichen Konsolidierung als selbständiger Musiker bzw. Musiklehrer, die von Herrn Schmitt konsequent angestrebt wurde, deuten. Jedoch können weder die Nationalität noch die Qualifikation von Herrn Schmitt die Überwindung der Armutsphase bzw. die Beendigung der Sozialhilfebedürftigkeit ausreichend erklären. Es handelt sich vielmehr um äussere Merkmale, die für sich diesen Ablöseprozess noch nicht erklären. Sieht man sich die objektiven Daten sowie das mit Herrn Schmitt geführte Interview genauer an, wird deutlich, in welchen Hinsichten sich das Ehepaar Schmitt von anderen *working poor*-Fällen unterscheidet.

Herkunftsmilieu. Auch die beiden Schmitts durchliefen einen Milieuwechsel, in dieser Hinsicht sind sie mit den vorausgehenden Fällen vergleichbar. Ihr gegenwärtiges berufliches wie privates Milieu entspricht nicht mehr dem ihrer Herkunftsfamilien. Beide, Herr und Frau Schmitt, entstammen kleinbürgerlichen Verhältnissen: Der Vater von Herrn Schmitt ist Werkzeugmacher, also qualifizierter Industriehandwerker, seine Mutter Verkäuferin und Hausfrau; der Vater von Frau Schmitt ist Fotograf, ihre Mutter Krankenpflegerin. Sowohl mit dem Musikschulabschluss Stefan Schmitts wie auch mit dem geisteswissenschaftlichen Studium Frau Schmitts wird das kleinbürgerliche Herkunftsmilieu verlassen und die Etablierung in einem eher intellektuellen Milieu angestrebt. Der angestrebte Milieuwechsel bzw. Aufstieg wird ihnen insofern erleichtert, als sie sich jeweils an älteren Geschwistern, die gleiche Ambitionen verfolgen, orientieren können: der vier Jahre ältere Bruder Stefan Schmitts ist ebenfalls Musiklehrer und lebt heute in New York, die drei Jahre ältere Schwester Silke Schmitts arbeitet als Journalistin. Beide Schmitts haben noch weitere Geschwister, die sich stark an der von den Eltern vorgegebenen Entwicklungslinie orientieren und versuchen, sich im Rahmen des kleinbürgerlichen Milieus zu etablieren: Kauffrau und Werbeleiterin sind die Berufe der beiden älteren Schwestern Stefan Schmitts, der ältere Bruder Silkes ist Textilmusterhersteller. Milieuaдекват wäre es gewesen, wenn Stefan und Silke Schmitt sich für einen ansehnlich bezahlten und aussichtsreichen

Angestelltenberuf entschieden hätten und nicht für Ausbildungen, die zwar intellektuellen und musischen Bedürfnissen gerecht werden, mit denen die berufliche Etablierung jedoch erschwert ist.

Familiengründung. Im Kontrast zur angestrebten Etablierung in einem eher intellektuellen bzw. Bildungsmilieu steht die frühe Familiengründung der Schmitts. Typisch für Lebensverläufe, wie sie von den Schmitts unternommen werden, ist eine eher spät erfolgende Familiengründung. Schon der Ausbildungsgang ist lang, dann folgt eine Zeit der beruflichen Orientierung, und erst ab den beginnenden Dreissigern rückt eine Familiengründung üblicherweise in die Perspektive von AkademikerInnen. Bei der Geburt der Tochter war Stefan Schmitt 25, Silke Schmitt erst 22 Jahre alt; bereits drei Jahre später kam das zweite Kind zur Welt. Mit dieser früh erfolgten Familiengründung rückten sie wieder näher an ihr Herkunftsmilieu heran; bezüglich der privaten Lebensführung entsprachen sie den lebensweltlichen Normen des kleinbürgerlichen Milieus, in denen eine Familiengründung mit Mitte Zwanzig als nicht zu früh angesehen wird. Die Zeit zwischen den Geburten beider Kinder war für die beiden Schmitts allerdings noch ein Moratorium: Nach der Geburt der Tochter lebten die beiden im Konkubinat, der letzte Schritt, die Eheschliessung, erfolgte dann drei Jahre später im Zusammenhang mit der Geburt des Sohnes. Mit dem konkubinären Zusammenleben erfüllten die Schmitts die lebensweltlichen Normen intellektueller Milieus; hier ist wieder die Gleichzeitigkeit der Orientierung an dem Herkunftsmilieu und dem Bildungsmilieu erkennbar. Die früh erfolgende Familiengründung führte dazu, dass Silke Schmitt ihr Studium nach acht Semestern abbrach. Von diesem Moment an war die berufliche Etablierung ausschliesslich Angelegenheit ihres Mannes. Hier zeigt sich der Traditionalismus des Herkunftsmilieus.

Mit dem Begriff soziales Moratorium bezeichnet der Entwicklungspsychologe Erik Erikson (1973: 137 ff.) die Phase zwischen der begonnenen Ablösung vom Elternhaus auf der einen und der abgeschlossenen beruflichen Selbstfindung und der Gründung einer eigenen Familie auf der anderen Seite. Diese Zwischenphase des psychosozialen Moratoriums dient der persönlichen Selbstfindung. Sie bietet Gelegenheit, verschiedene Lebens- oder Existenzformen auszuprobieren, bevor die Entscheidung für die endgültige Lebensform fällt. Ein universitäres Studium ist ein solches soziales Moratorium: StudentInnen wohnen nicht mehr zu Hause, unterstehen nicht mehr der Autorität ihrer Eltern, verwalten bereits ihr eigenes Budget, haben aber noch nicht

die familiären und die beruflichen Verpflichtungen eines Erwachsenen zu tragen.

Beruflicher Habitus. Aus dem mit Herrn Schmitt geführten Interview wird deutlich, wie konsequent sich Herr Schmitt als selbständiger Musiklehrer und Musiker zu etablieren versucht. Aushilfstätigkeiten als Bürogehilfe dienen ihm nur als finanzieller Zugewinn, er ist in keiner Weise versucht, wieder in diesen Bereich zu wechseln. Um seine Interessen und Begabungen weiterzuentwickeln, zieht er eine unsichere Existenz als selbständig Erwerbender dem festen Angestelltenverhältnis in einer Musikschule vor: Stefan Schmitt geht also, um sich beruflich weiterzuentwickeln, finanziellen Risiken nicht aus dem Weg. Entscheidend ist, dass dieses Risiko von seiner Frau mitgetragen wird, sie drängt ihn überhaupt nicht dazu, sichere und besser bezahlte Stellen um der Familie willen anzunehmen, sondern bestärkt ihn in seinem Bestreben zur beruflichen Selbständigkeit. So äussert sich Herr Schmitt im Interview:

Und Unterstützung? Vielleicht von meiner Familie daheim, von meiner Frau natürlich. Sie sagt jedenfalls, dass sich etwas geändert hat in diesen zwei Jahren jetzt, wo ich das hier selbständig mache.

Materielle Situation und Sozialhilfe. Problematisch war für Herrn Schmitt nicht der Konsumverzicht, sondern der Sozialhilfebezug. Mit dem eingeschränkten Konsumniveau kam die Familie laut Auskunft des Interviewten gut zurecht, zumal sie in Kreisen verkehrten, in denen die verfügbare Kaufkraft ähnlich gering gewesen sein dürfte. Hinzu kam, dass beide Elternfamilien mit kleinen Beträgen und Geschenken für die Kinder aushalfen, erwähnt wurden auch die Paten (Götti und Gotte). Mit der Zeit stieg jedoch allmählich das verfügbare Haushaltseinkommen, so dass die Familie sich zum ersten Mal eine Woche Urlaub in einer gemieteten Ferienwohnung leisten konnte. Streitigkeiten wegen der Aufteilung des Haushaltseinkommens gab es nicht. Zum Haushaltskonsum äussert sich Herr Schmitt:

Und können Sie mir sagen, was es Ihnen bedeutete, über längere Zeit hinweg mit einem kleineren Budget auszukommen? Können Sie erzählen, wie Ihre Familie mit diesem Budget zurecht kam?

Ich muss sagen, eigentliche Probleme gab es nie. Klar hatten wir nie viel Geld, aber irgendwie hat man sich auch - gerade in unserer Situation - darauf eingestellt. Wir sind eher Leute, die nicht masslos Geld ausgeben, Geld hinausschleudern oder das Gefühl haben, man müsse immer wieder neue Kleider haben, oder. Wir kaufen sehr viel im Brockenhausein, second hand, praktisch nie neue Kleider, auch selten neue Kleider für die Kinder.

Und haben Sie dies irgendwie einmal als Einschränkung empfunden?

Nein. Wenn schon, vielleicht am ehesten mit den Kindern, dass sie nie etwas Neues haben tragen können. Ja, wir haben noch Eltern, und die haben diesen Bereich etwas abgedeckt. Ich habe noch zwei Schwestern und einen Bruder, und dann hat man noch Gotte und Götti von den Kindern und so, und die haben den Bereich abgedeckt mit neuen Sachen kaufen; sei es Spiele zu Weihnachten, neue Kleider usw. Und wenn das Grosi mit den Kleinen in die Stadt geht, dann gibt es irgend etwas.

(...)

Und welchen Ausgaben wird speziell Aufmerksamkeit geschenkt, um Geld zu sparen?

Was soll ich sagen? Wir kochen selber viel, wir gehen nicht viel auswärts essen, und meine Frau kocht eigentlich sehr gern. Sie kauft auch nicht teure Fertigmenüs ein, dies ist immer teurer, als wenn man natürlich Reis kocht und Gemüse. Wir essen wenig Fleisch, da kann man etwas sparen. Für Kinder kaufen wir geschenkte Kleider, Austauschkleider. Wir sind ein, zwei Wochen in den Ferien pro Jahr höchstens, und da auch nur, weil wir jemanden kennen, der uns ganz günstig eine Wohnung anbietet in Italien, z.B. sind wir dorthin zweimal hin und sonst nicht. Also, es hat keine grossen Reisen gegeben und weite Flüge und weiss ich nicht was. Das ist klar.

Und wie ist es mit Einladungen von Freunden?

Ja, so abends zum Essen. Ja, ja auf jeden Fall. Und dies war uns immer wichtig gewesen. Dadurch, dass ich in dem Sinne nicht arbeitslos gewesen bin und im Netz immer drin war - hier Musiker, dort die Schule - habe ich immer wieder Leute um mich herum und auch viele Freunde, mit denen man abmacht, das geht hin und her. Da haben wir uns nie eingeschränkt gefühlt. Es sind eher Leute mit dem gleichen Niveau.

Der Sozialhilfebezug war eher problematisch, zu Beginn fürchtete Herr Schmitt, nun auch als „Sozialfall“ stigmatisiert zu werden. Den Kontakt zum Sozialdienst nahm er wahr, er führte sämtliche Gespräche mit den zuständigen SozialarbeiterInnen. Den Umgang mit dem Sozialdienst empfand er wider Erwarten als problemlos, die SozialarbeiterInnen waren für ihn ausgesprochen freundlich, hilfsbereit und zuvorkommend. Er fühlte sich in keiner Weise stigmatisiert oder kritisiert, ebenso rechnet er es dem Sozialdienst positiv an, dass er nicht zur Aufnahme finanziell einträglicherer Jobs genötigt wurde. Das freundliche und zuvorkommende Verhalten der SozialarbeiterInnen trug massgeblich dazu bei, dass Herr Schmitt seine Sozialhilfebedürftigkeit innerlich akzeptierte. Dennoch wurde der Sozialhilfebezug für ihn nicht zu einer akzeptierten Normalität, vielmehr unternahm er in der gesamten Zeit Anstrengungen, durch Konzerte oder andere bezahlte Tätigkeiten den Sozialhilfebedarf zu verringern. Herr Schmitt ist auch ein Beispiel dafür, dass die Sozialhilfe nicht, wie öfters unterstellt wird, zur Abhängigkeit führt und die SozialhilfebezügerInnen dazu animiert, eigene Anstrengungen zur Verbesserung der materiellen Situation zu unterlassen.

Resümee. Auch für diesen Fall gilt, dass das Herkunftsmilieu verlassen und die Etablierung in einem neuen Milieu angestrebt wird. Im Gegensatz zu den

beiden vorausgehenden Fällen ist diese Milieuetablierung zum Zeitpunkt des Interviews abgeschlossen. Für den Erfolg lassen sich folgende drei Faktoren angeben:

Erstens. Der Haupternährer orientiert sich primär an seinen eigenen beruflichen Interessen. Der Entwicklung der eigenen Kompetenzen und Fähigkeiten wird die Priorität gegenüber den materiellen Verdienstinteressen eingeräumt, gleichwohl werden letztere nicht ausser Acht gelassen. Es ist nicht die Verfügung über eine Ausbildung, sondern die systematische, rationalisierte Lebensführung in der beruflichen Sphäre, die ausschlaggebend für die Überwindung der Armutssituation ist. Nicht der formale Musikschulabschluss ist das Entscheidende in der beruflichen Laufbahn Stefan Schmitts, sondern die konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung der erworbenen Fähigkeiten und die Ausbildung eines spezifischen Berufsethos.

Zweitens. Der berufliche Weg Stefan Schmitts, der ja mit erheblichen Risiken verbunden ist, wird von seiner Frau vollständig mitgetragen. Sie drängt ihn nicht dazu, im Interesse der Familie sich doch besser entlohnte Stellen zu suchen, sie goutiert sogar die Aufgabe einer festen Anstellung. Offensichtlich ist es sehr bedeutsam, dass die mit einem Milieuwechsel verbundenen Risiken von beiden Ehegatten getragen werden und dass der Milieuwechsel auch von beiden gleichermassen angestrebt wird. (Frau Schmitt verzichtete durch den Studienabbruch zwar auf eine eigenständige Etablierung im intellektuellen Milieu, sie partizipiert daran aber als Ehefrau.)

Drittens. Beide Ehegatten verfügen über ein grosses Vertrauen in die eigene Zukunft und sind nicht von grundlegenden Zukunftsängsten geplagt. Objektive Daten wie auch der Interviewtext legen dies nahe. Beide sind in der Geschwisterfolge die jüngsten Kinder, beide können sich bezüglich des gewünschten Milieuwechsels an einem Vorbild, einem älteren Geschwister, orientieren, beide kommen aus materiell gut situierten und sozial etablierten Familien. Der Interviewte, Stefan Schmitt, äusserte im Interview zwei grundlegende Probleme, die ihn in der Vergangenheit belastet haben: Das erste war der Übergang vom Konkubinatspartner zum Ehemann, er hatte Sorge, seinen Verpflichtungen als Familienvater nicht nachkommen zu können; die zweite Angst bezog sich auf den Sozialhilfebezug, er fürchtete, zum Sozialfall degradiert zu werden. Bezeichnend ist, dass er von seiner Frau glaubt, dass sie keine Schwierigkeiten haben dürfte, von dem Zeitpunkt an, ab dem beide Kinder im Kindergarten sein werden, eine ausfüllende und nicht zu gering entlohnte Stelle zu finden. Die Sozialisationsbedingungen müssen für beide

Ehegatten insoweit günstig gewesen sein, als sie Selbstvertrauen entwickelten, durch das sie riskante Lebensphasen bewältigen können.

5.5.3.2 Fall 8: Familie Akram (Kosovo)

Sami und Leyla Akram, beide Jahrgang 1960, kommen aus eher sozial gehobenen Verhältnissen des Kosovo. Sami ist ausgebildeter Gymnasiallehrer und arbeitete in seiner Heimat zunächst als Grundschul-, dann als Gymnasiallehrer (Hauptfach Albanisch), schliesslich als Heimerzieher, da diese Tätigkeit höher bezahlt wird. Seine Frau Leyla ist ausgebildete Hebamme. Das erste Kind, eine Tochter, kam 1988 zur Welt. 1991 floh die Familie aus politischen Gründen in die Schweiz, wo ihr Asyl gewährt wurde. Zwei Söhne wurden 1992 und 1996 geboren, der erste mit einer bleibenden Behinderung. Die Familie Akram wurde zuerst von der Caritas 1991 bis 1995 unterstützt, anschliessend bis 1999 von ihrer Wohngemeinde. Herr Akram arbeitete in dieser Zeit für verschiedene Institutionen als Übersetzer, absolvierte ein mehrmonatiges Praktikum in einem Behindertenwohnheim, war an einem Studium der Heilpädagogik interessiert, für das er jedoch kein Stipendium bekam, war zwischenzeitlich immer wieder arbeitslos, und ist gegenwärtig als Sozialarbeiter tätig: zuerst im Asylwesen, dann in sozialpädagogischen Einrichtungen für Jugendliche. Die Sozialhilfe konnte inzwischen eingestellt werden. Frau Akram begann 1999 als Hilfspflegerin (80%) zu arbeiten. Die Ausübung ihres Hebammenberufes ist ihr versagt, da ihre Ausbildung im ehemaligen Jugoslawien in der Schweiz nicht anerkannt wird. Sobald sich ihre Französisch-Kenntnisse verbessert haben, beabsichtigt sie, ihre Prüfung als Kinderkrankenschwester abzulegen. Ihr Mann arbeitet gegenwärtig in einem befristeten Arbeitsverhältnis als animateur in einer pädagogischen Freizeiteinrichtung. Die Umwandlung dieses Arbeitsverhältnisses in eine dauerhafte Teilzeitstelle (50 bis 60%) ist ihm zugesagt worden, ebenso hat er eine 30%-Stelle in der Flüchtlingshilfe in Aussicht.

Beruflicher Habitus. Ein Berufshabitus war bei beiden bereits ausgeprägt, als sie in die Schweiz kamen. Herr Akram ist ausgebildeter Albanisch-Lehrer, erst auf der Primarschulstufe, die damals im Kosovo acht Schuljahre¹⁹ umfasste, anschliessend erwarb er das Gymnasiallehrer-Patent für Albanisch. Diese Unterrichtsfachwahl dokumentiert, dass sich Herr Akram mit der albanischen Kultur identifizierte und für eine Stärkung des kosovo-albanischen Selbstbewusstseins eintrat. Als Gymnasiallehrer war er Teil der dortigen kosovarischen Bildungselite. Die Lehrerausbildung Sami Akrams fiel in die Zeit des forcierten Ausbaus von Bildungseinrichtungen im Kosovo: Albanisch setzte sich immer mehr zulasten des Serbokroatischen als öffentliche Sprache durch, insbesondere auch im Bildungswesen. Auch die Universitätsgründung in Pristina ist auf diesem Hintergrund zu sehen. Herr Akram ergriff mit dieser Berufswahl die Möglichkeit zum sozialen Aufstieg in die staats- und kultur-

¹⁹ Wir wissen nicht, ob sich diese Information auf das Schulbildungssystem in der Provinz Kosovo, auf die Teilrepublik Serbien oder die Bundesrepublik Jugoslawien bezieht.

tragende (kosovo-albanische) Bildungselite.²⁰ Mit der Beschäftigung im Staatsdienst folgte er einerseits der berufsbiographischen Linie seines Vaters; dieser brachte es zum Küchenchef eines Krankenhauses. Durch die Hinwendung zur albanischen Kultur ergriff Herr Akram die Möglichkeiten, die sich damals durch den Ausbau des Bildungswesens im Kosovo ergaben. Die Berufswahl Sami Akrams kombiniert zwei Stränge: einen pädagogischen (Lehrer-Tätigkeit) und einen „kultur- oder bildungsmissionarischen“ Strang (Albanisch). Nach einigen Monaten der Tätigkeit als Gymnasiallehrer nahm Herr Akram eine Stelle als Heimerzieher im einzigen Waisenhaus des Kosovo an, da diese Stelle deutlich besser bezahlt war. Im Interview erwähnte Herr Akram, dass es eine spezielle Erzieher-Ausbildung zu diesem Zeitpunkt im Kosovo nicht gab, und er auch Glück hatte, zu den wenigen Bewerbern zu gehören, die in diesem Waisenhaus angestellt wurden. Durch den Stellenwechsel wurde der pädagogische Strang ausgebaut, der „bildungsmissionarische“ trat zumindest im Bereich der praktischen Tätigkeit in den Hintergrund. Dennoch kann auch bei dieser Erzieher-Tätigkeit davon ausgegangen werden, dass Herr Akram sich bezüglich des Ausbaus einer sozialpädagogischen Infrastruktur im Kosovo sozusagen an der Front gesehen hat. In beiden Arbeitsbereichen war Herr Akram in Pionierfunktionen tätig.

Der berufliche Habitus seiner Frau, Leyla Akram, ist vergleichbar: Sie ist ausgebildete Hebamme. Laut Auskunft Herrn Akrams war eine Berufsausbildung für kosovo-albanische Frauen zu dieser Zeit (in den 1980er Jahren) sehr ungewöhnlich, so dass Frau Akram ebenfalls eine Pionierfunktion bezüglich der Integration von Frauen in die Erwerbsarbeitssphäre übernahm. Frau Akram kommt aus einer Beamtenfamilie, mit der Wahl des Hebammenberufs folgte sie nicht einem bereits durch die Familie vorgegebenem Muster. Es sei an dieser Stelle bemerkt, dass die Tätigkeit der Hebamme einen kompetenten Umgang mit akuten und existenziellen Krisen, wie die Geburt sie sowohl für das Baby wie auch für die gebärende Frau darstellt, erfordert.

Aktive Krisenintervention wird auch dem Heimerzieher im Umgang mit schwer sozialisationsgeschädigten Kindern und Jugendlichen abverlangt. Beide Akrams wählten damit Berufe, in denen wenig Routine herrscht, in denen vielmehr der permanente Umgang mit Krisen Inhalt der beruflichen Tätigkeit

²⁰ Die politische Einstellung Herrn Akrams geht aus dem Interview nicht hervor. Es ist nicht bekannt, ob er Anhänger eines gross-albanischen Staates oder Befürworter einer stärkeren Autonomie innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawiens war. Er stand jedoch im politischen Gegensatz zur damaligen jugoslawischen Staatsführung, welche die Dominanz der Serben, insbesondere gegenüber den Kosovo-Albanern wiederherzustellen versuchte.

ist. Herr und Frau Akram lernten sich im Waisenhaus kennen, wo Frau Akram eine gewisse Zeit ebenfalls als Heimerzieherin gearbeitet haben muss.

Wie stark das Berufsethos ausgeprägt ist, zeigt sich durch den Umstand, dass die künftige Berufswahl seiner Kinder für Herrn Akram jetzt schon ein Thema ist.

Et les enfants, vous avez des projets?

Oui, les enfants ils vont très bien à l'école, la fille est en pré-gymnasiale la dernière année, elle va très bien, on essaie d'aider un peu. C'est-à-dire il y a deux ans quand il y avait la guerre au Kosovo je lui ai acheté un ordinateur et on a acheté des programmes d'enseignement pour la classe. Elle a travaillé beaucoup sur ça. Moi je sais taper les lettres, l'utiliser, tout ça. Elle veut devenir médecin, et j'espère que ça sera vrai, et le fils veut être policier. Parce qu'ils n'ont pas connu de repréailles les fils qui sont nés ici, parce qu'au Kosovo c'était la chose qu'on déteste le plus c'est l'agent de police. Parce qu'ici l'agent de police, ici il exécute la loi. Là-bas, c'était lui la loi qui faisait ce qu'il voulait, qui tranchait, qui jugeait. Mais on a travaillé aussi sur ça avec les enfants: „si on est en danger il faut s'adresser à lui“, c'était le contraire, tout le contraire de chez nous quoi, chez nous dès qu'on voyait un policier il fallait changer le côté de la rue.

Die Schulbildung seiner Kinder ist Herrn Akram ein Anliegen, sonst würde er nicht erwähnen, dass seine Tochter die gymnasiale Schulstufe anstrebt. Die Schulbildung selbst wird von Herrn Akram in einen direkten Bezug zu einem späteren Beruf gestellt. Für ihn führt der Weg zum Beruf über die Schulbildung. Die Schule ist für ihn nicht eine zu absolvierende Institution, sondern bereits die Vorbereitung auf ein späteres Berufsleben. Die erfolgreiche Schulbildung ist für ihn das Mittel zum sozialen Aufstieg. Die vergleichenden Ausführungen über die Polizei im Kosovo und in der Schweiz verdeutlichen, dass für Herrn Akram die berufliche Tätigkeit mit einem Gemeinwohlbezug versehen sein sollte. Auch hier zeigt sich das Berufsethos: Berufsarbeit ist nicht ein Mittel zum Zweck, dient nicht nur dem materiellen Unterhalt, sondern ist auch Dienst am Gemeinwohl.

Migration. Die Familie Akram gelangte aus politischen Gründen in die Schweiz, Asyl wurde ihr bereits nach sechs Monaten Aufenthalt gewährt. Herr Akram hegte Rückkehrgedanken, eine Rückwanderung wäre für ihn in zwischen möglich. Im Kosovo hätte er beruflich bessere Möglichkeiten als in der Schweiz. Da die medikamentöse Versorgung des kranken Jungen in der Schweiz eindeutig besser ist als im Kosovo, entschloss sich die Familie aber dazu, in der Schweiz zu bleiben.

Vous aviez cette idée de rentrer chez vous?

Oui, tout à fait, et si le petit n'était pas malade alors on serait déjà au Kosovo.

Dieser Rückkehrwunsch ist schon deshalb plausibel, weil der soziale Status der Akrams mit ihren beruflichen Qualifikationen als Hintergrund im Kosovo höher wäre als in der Schweiz. Die Entscheidung, sich in der Schweiz niederzulassen, ist mit dem Verlust eines sehr hohen sozialen Status verbunden. Diesen Status können die Akrams in der Schweiz nicht mehr einnehmen. Darüber hinaus stellt sich das Problem, dass ihnen ihre beruflichen Qualifikationen in der Schweiz nichts nützen: Die Hebammenausbildung, die Frau Akram in ihrer Heimat absolvierte, wird in der Schweiz nicht anerkannt. Herrn Akram nützt die Qualifikation als gymnasialer Albanischlehrer kaum etwas, und eine formale Ausbildung als Erzieher oder Sozialpädagoge hat er nicht abgeschlossen.

Herr Akram versuchte, sich mit ähnlichen Tätigkeiten durchzuschlagen. So arbeitete er auf Auftragsbasis für die Caritas als „interkultureller Übersetzer“, übersetzte zwischen dem Französischen und dem Albanischen, konnte aber von diesen Aufträgen seine Familie nicht ernähren. Ab und an ergaben sich Gelegenheitstätigkeiten im Flüchtlingsbereich und in der Migrationsarbeit (beispielsweise Schulbesuche). Ein Versuch, über ein Hochschulstudium (Heilpädagogik) in der Schweiz Fuss zu fassen, scheiterte daran, dass die Caritas, die ihn zu diesem Zeitpunkt unterstützte, die Sozialhilfe eingestellt hätte, wenn er ein Stipendium erhalten hätte. Herr Akram setzte sich intensiv mit diesem Berufsfeld auseinander, indem er ein neunmonatiges Praktikum in einem Behindertenheim absolvierte, wobei dieses Praktikum wiederum Voraussetzung zum Erhalt eines Studienplatzes gewesen wäre. Nach wiederkehrenden Phasen von Arbeitslosigkeit, dem Besuch eines EDV-Kurses und dem Erwerb eines französischen Sprachdiploms arbeitete er als Sozialarbeiter in einem Asylheim und gelangte schliesslich auf die zunächst befristete Stelle als animateur. Aus diesem Werdegang ist ersichtlich, dass Herr Akram an die beiden bereits erwähnten Stränge seines beruflichen Habitus anknüpfte: zunächst an seine kulturellen Kompetenzen (als interkultureller Übersetzer), und ebenso an seine pädagogischen. In der pädagogischen Tätigkeit sieht Herr Akram für sich eine Perspektive.

L'idéal c'est si je pourrais travailler comme éducateur, c'est un métier qui va me plaire et je gagnerais assez, ça va résoudre beaucoup de problèmes, d'abord ma femme travaillera moins et moi j'aurais une vie simple. Mais comme ça, c'est pas mal si je compare avec le fait qu'on peut être au chômage, qu'on peut être à l'assistance, c'est pas mal. C'est pas idéal, mais....

Die innere Reserve, die in dieser Interviewsequenz zum Ausdruck kommt, erklärt sich durch den Umstand, dass Herr Akram nur die Perspektive auf die Ausübung einer Tätigkeit hat, in der er intellektuell unterfordert ist und die nicht dem angestrebten sozialen Status entspricht. Das angestrebte Hochschulstudium war der Versuch, durch einen Bildungsabschluss hier einen vergleichbaren sozialen Status zu erlangen wie im Herkunftsland. Frau Akram steht im Prinzip vor dem gleichen Problem, da ihre Ausbildung als Hebamme in der Schweiz nicht anerkannt wird. Zum Zeitpunkt des Interviews arbeitete sie in einem Altenheim als Hilfsschwester. Ihre Perspektive besteht darin, nach Verbesserung ihrer Französisch-Kenntnisse sich als Kinderkrankenschwester prüfen zu lassen. Auch für sie ist die Emigration mit einem beruflichen Rückschritt verbunden.

Das Beispiel der Familie Akram verdeutlicht, dass eine erzwungene Emigration, wie sie hier aus politischen Gründen vorliegt, einen sozialen Statusverlust und einen beruflichen Rückschritt insofern nach sich ziehen kann, als die faktischen Kompetenzen nicht ausgeübt werden können. Die Familie Akram entschloss sich ihrem behinderten Sohn zuliebe dazu, in der Schweiz zu bleiben, damit er von der besseren medizinischen Versorgung profitieren kann. Nach fast 10 Jahren Aufenthalt dürfte der Sozialhilfebezug der Familie Akram endgültig beendet sein. Dieses Ende geht einher mit der Akzeptanz eines niedrigeren sozialen Status und einer Berufstätigkeit, die unterhalb der eigenen Möglichkeiten liegt. Dass die Sozialhilfe eingestellt werden konnte, verdankt sich dem Umstand, dass beide Akrams über sehr spezifische Berufsqualifikationen bereits verfügten, die sie letzten Endes trotz grösserer Hindernisse in der Schweiz verwerten können.

5.5.3.3 Gemeinsame Strukturmerkmale: der Berufshabitus als Bedingung für die Ablösung von der Sozialhilfe

In beiden Fällen war das Vorhandensein eines beruflichen Selbstentfaltungsinteresses ausschlaggebend für die Ablösung von der Sozialhilfe. Beide Haupternährer verfügen über ein ausgeprägtes spezifisches Tätigkeitsinteresse, das im Rahmen einer kontinuierlich ausgeübten Berufstätigkeit verwirklicht werden soll. Ob eine formale Berufsqualifikation vorlag oder nicht, ist für die Ablösung von der Sozialhilfe eher zweitrangig. Vielmehr wirkte das inhaltlich gebundene Tätigkeitsinteresse wie ein innerer Kompass, welcher die Richtung für die weitere Suche auf dem Arbeitsmarkt angab. Beide Haupternährer folgten diesem inneren Kompass, blieben über einen langen

Zeitraum sehr mobil auf der Suche nach einem für sie passenden Arbeitsplatz, unterwarfen sich weniger äusseren Zwängen.²¹ Diese Haltung und das damit einhergehende berufliche Selbstentfaltungsinteresse ist in beiden Fällen von den Ehefrauen mitgetragen worden.

5.5.3.4 Weitere Fälle

Fall 9: Familie Issé (Somalia)

Herr Hani Issé, Jahrgang 1959, studierte in den 1970er Jahren in Mogadischu Journalismus. Die frühe Heirat erfolgte ebenfalls in den 1970er Jahren. Neben dem Studium arbeitete Herr Issé als Übersetzer (somalisch-arabisch) und führte einen kleinen Laden. Er konnte sowohl seine Frau wie auch weitere Verwandte durch diese Tätigkeiten ernähren. Als in den 1980er Jahren sein Clan die politische Macht übernahm, brach Herr Issé sein Studium ab, um im Bildungsministerium zu arbeiten. Anfang der 1990er Jahre kam es in Somalia zu einem Machtwechsel, woraufhin er mit seiner Frau und seinem Sohn (*1983) nach Kenia flüchtete. 1993 beantragte die Familie Issé in der Schweiz Asyl. Dort wurde Herr Issé bis zum Erhalt seiner Aufenthaltsgenehmigung 1998 von der Caritas in Fribourg betreut. Einige Jahre zuvor liessen sich die Issés scheiden, Frau Issé zog mit dem Sohn nach Genf. Hani Issé heiratete eine junge Somalierin (*1974), mit der er drei Kinder (1999, 2000 und 2001) bekam. Sozialhilfe wurde von 1993 bis 2001 bezogen, in dieser Zeit hatte Herr Issé auch verschiedene Anstellungen in der Industrie, Lebensmittelindustrie und im Reinigungsgewerbe. Im Jahre 2001 war er in einem metallverarbeitenden Industriebetrieb fest angestellt, wurde wegen Rationalisierungsmassnahmen jedoch im selben Jahr entlassen und ist seitdem erwerbslos. Gegenwärtig arbeitet er in verschiedenen Beschäftigungsprogrammen, die Familie kann von der Arbeitslosenunterstützung leben, so dass sie nicht auf Sozialhilfe angewiesen ist.

Die Familie Issé ist ein Beispiel für eine nicht erfolgreiche Integration, sowohl in die Schweiz wie auch in den Erwerbsbereich. Verständlich ist der Integrationsvorbehalt schon deswegen, weil für Herrn Issé die erzwungene Emigration mit einem erheblichen sozialen Abstieg verbunden ist: vom hohen Beamten im Bildungsministerium, der Kontakte zu Regierungskreisen hatte, zum angelernten Arbeiter. Eine Lebensperspektive, die mit einem geringeren sozialen Abstieg verbunden ist, bietet sich in der Schweiz für Herrn Issé nicht an.

Hinzu kommt, dass Herr Issé kein spezifisches berufliches Selbstentfaltungsinteresse in seinem Heimatland Somalia ausbildete. Er war vielmehr als „Allrounder“ in mehreren und sehr unterschiedlichen Bereichen tätig: Das Spektrum umfasst das nicht abgeschlossene Journalistik-Studium, die Übersetzungstätigkeiten, die Arbeit im Bildungsministerium und schliesslich das

²¹ Insofern kann man beide, folgt man den Idealtypen David Riesmanns (1977), als innengeleitet klassifizieren.

Betreiben eines eigenen Handels. Im Gegensatz zu anderen von der Sozialhilfe abgelösten working poor ist ein innerer Kompass, der den Weg in das Erwerbsleben anzeigt, bei Herrn Issé nicht vorhanden. Er verfügt habituell nicht über spezifische Kompetenzen, die er weiterentwickeln könnte und die ihm als Ausgangsbasis für eine Erwerbstätigkeit in der Schweiz dienen könnten.

Umgekehrt muss Herr Issé sehr erfolgreich im Aufbau eines ihm dienlichen Netzwerkes sein. Davon zeugt die frühere und erfolgreiche Handelstätigkeit in Mogadischu, aber auch seine damalige Berufung ins Bildungsministerium. Herr Issé engagiert sich auch ehrenamtlich für die somalische Gemeinde in seinem jetzigen Wohnort. Dementsprechend sieht er im Betreiben eines Geschäftes, gleich welcher Art, eine Perspektive. Als selbständiger Händler glaubt er, in der Schweiz ein materielles Auskommen für sich und seine Familie erwirtschaften zu können. Er kritisiert, dass die Sozialhilfe ihm keine materielle Unterstützung gewährt, um sich die entsprechenden Kompetenzen anzueignen.

Insofern ist Herr Issé als Gegenfall zu den ausführlich dargestellten Fällen 6 und 7 (Familie Schmitt und Familie Akram) anzusehen. Nicht durch eine spezifische, an konkrete Inhalte gebundene Berufstätigkeit versucht Herr Issé sich sein materielles Auskommen zu verdienen, sondern durch unspezifische Geschäfte, „business“, wie er sagt. Voraussetzung hierfür ist eine gewisse Kapitaldecke und vor allem ein Beziehungsnetz. Gerade aber das Kapital wird im verwehrt, was Herr Issé im Interview beklagt.

Fall 10: Familie Kuçuk (Türkei)

Familie Kuçuk ist 1988 aus der Zentraltürkei in die Schweiz eingewandert. Bis 2000 arbeitete Herr Kuçuk in mehreren Firmen der Metallindustrie. Zwischenzeitlich bestand Sozialhilfeabhängigkeit, da der Lohn nicht ausreichte. Frau Kuçuk bezieht inzwischen eine IV-Rente und ist mit dem vierten Kind schwanger. Herr Kuçuk ist arbeitslos und sucht eine Temporäranstellung.

In diesem Fall mündete die working poor-Existenz in die Erwerbslosigkeit des einen Haushaltsvorstandes und in die Invaliditätsverrentung des anderen. Die Ablösung erfolgte dadurch, dass das Sozialhilfeeinkommen durch zwei Sozialversicherungseinkommen ersetzt wurde. Perspektivisch könnte das von der Arbeitslosenversicherung gezahlte Ersatzeinkommen durch ein Erwerbseinkommen ersetzt werden.

Fall 11: Familie Stipicic (Bosnien)

Die Familie Stipicic (zwei Kinder) ist vor acht Jahren in die Schweiz gekommen und wurde zuerst von der Caritas unterstützt. Über ein Beschäftigungsprogramm ist Herr Stipicic

schliesslich zu einem Arbeitsplatz in einem Kfz-Reparaturbetrieb gekommen, der Lohn reichte jedoch nicht aus, um die Familie zu ernähren. Nach dem Fortfall der von der Caritas gezahlten Sozialhilfe bezog die Familie fast drei Jahre ergänzende Sozialhilfe von ihrer Wohngemeinde. Die Sozialhilfe wurde eingestellt, als Frau Stipicic eine stundenweise bezahlte Teilzeitstelle in einem Reinigungsunternehmen antrat.

In diesem Beispiel wird die Einkommensschwäche durch den Einbezug der Ehefrau in die Erwerbssphäre ausgeglichen. Die Familie Stipicic verfolgt hier eine sehr verbreitete Strategie, mit der Armutssituation umzugehen: der Erwerbsgrad des Haushaltes wird ausgedehnt.

5.5.3.5 Ablösegründe (Zusammenfassung)

In den Dossierauswertungen (Kapitel 4) wurden zwei wesentliche arbeitsmarktbezogene Ablösegründe unterschieden: die qualitative Verbesserung der Erwerbssituation, die im Wesentlichen auf einer beruflichen Fortentwicklung beruhen dürfte, sowie die quantitative Ausdehnung des Erwerbsumfangs.

In den beiden ausführlich dargestellten Fällen 6 (Familie Schmitt) und 7 (Familie Akram) finden wir die qualitative Verbesserung der Erwerbssituation. Die Ablösung von der Sozialhilfe kommt dadurch zustande, dass die erwerbstätigen Haushaltsvorstände zu einem Erwerbsverhältnis gelangen, das ihren faktischen Qualifikationen und Kompetenzen sowie ihren eigenen Interessen entspricht. Voraussetzung hierfür ist die Existenz eines beruflichen Selbstentfaltungsinteresses, das wie ein innerer Kompass bei der langandauernden Suche nach der entsprechenden Berufsposition wirkt. Ein solches individuiertes Selbstentfaltungsinteresse fanden wir nur bei einer sehr kleinen Minderheit von working poor vor. Im Falle 8 (Familie Issé) haben wir in Herrn Issé einen potentiellen Kandidaten für eine Ablösung von der Sozialhilfe infolge einer qualitativen Verbesserung der Erwerbssituation. Herr Issé strebt die Existenz eines selbständig erwerbstätigen „Geschäftsmannes“ an, dem allerdings das hierfür notwendige ökonomische Kapital fehlt. Hier lässt sich allerdings nicht von einem beruflichen Selbstentfaltungsinteresse sprechen, da die Wertbindung an eine konkrete Tätigkeit nicht ausgeprägt ist. So ist Herr Issé, solange ihm das ökonomische Kapital zur Einrichtung eines eigenen Geschäftes fehlt, auf Fabrikarbeit angewiesen. Aufgrund der nicht vorhandenen beruflichen Wertbindung ist für ihn perspektivisch keine besser bezahlte Tätigkeit im Rahmen eines Angestelltenverhältnisses vorstellbar. Im Fall 10 (Familie Stipicic) handelt es sich um die quantitative Ausdehnung des Erwerbsumfangs, durch die die Ablösung von der Sozialhilfe erfolgen kann.

Im Fall 9 (Familie Kuçuk) sind es die beiden Sozialversicherungseinkommen, die zur Ablösung führen.

5.6 Paarhaushalte mit gesundheitlichen oder psychischen Einschränkungen (Typ II)

5.6.1 Sample

In dieser Gruppe finden sich acht Haushalte: fünf aktuell Sozialhilfebeziehende und drei von der Sozialhilfe abgelöste Haushalte. Zwei Haushalte stammen aus Freiburg, fünf aus Basel.

Nach Nationalitäten aufgeschlüsselt finden wir unter den aktuell sozialhilfebeziehenden Haushalten einen Schweizer, einen türkischen, einen portugiesischen sowie zwei binationale Haushalte (Schweizer und Thailänderin; Iraner und Schweizerin). Die von der Sozialhilfe abgelösten Fälle sind allesamt türkische Haushalte.

5.6.2 Aktuelle Fälle

5.6.2.1 Fall 12: Herr und Frau Kruch (Schweiz)²²

Herr und Frau Kruch stammen beide aus dörflicher Gegend und kinderreichen Grossfamilien, sind seit 30 Jahren verheiratet und kinderlos. Frau Kruch hat nach einer Verkäuferinnenlehre vor der Heirat zeitweise im Gastgewerbeservice gearbeitet, wechselte dann in eine Buchbinderei, in der sie seit 30 Jahren angestellt ist. Inzwischen arbeitet sie aus gesundheitlichen Gründen nur noch 50%. Ihr Mann musste eine Käserlehre wegen einer Allergie abbrechen, arbeitete dann als Beifahrer und bald als Lastwagenchauffeur, wie der Vater und drei Halbbrüder. Mit 30 hatte er privat unverschuldet einen schweren, beinahe tödlichen Autounfall. Obwohl sein damaliger Arzt prognostizierte, dass der Aufprall gesundheitliche Folgen nach sich ziehen werde, ignorierte Herr Kruch auftretende Beschwerden bis zum Zeitpunkt, ab dem er nicht mehr einen Lastwagen steuern konnte. Danach begannen langwierige Invaliditätsabklärungen. Während zweier Jahre übernahm die Firma den Erwerbsausfall zu 80%. Die IV hat erst 2001 eine 53%-Invalidität festgelegt und die Nachzahlungen kamen erst vor kurzem. Ein Jahr musste also mit Sozialhilfeunterstützung überbrückt werden, nachdem die eigenen Reserven rasch aufgebraucht waren. Frau Kruch ergriff die Initiative und wendete sich an das Sozialamt. Das Paar lebt von einer halben IV-

²² Das Interview mit dem Ehepaar Kruch führte Silvia Heizmann. Siehe hierzu ihre Interpretation auf der Basis der Tiefenhermeneutik und der Ethnopsychoanalyse (Heizmann 2003).

Rente und von dem Lohn der Halbtags­tätigkeit von Frau Kruch. Ergänzend bezieht das Paar Sozialhilfe²³.

Erwerbsarbeit. Wie bei den meisten working poor unseres Samples, dient die Erwerbsarbeit auch in diesem Fall primär der materiellen Existenzsicherung. Weder Herr noch Frau Kruch haben ein ausgeprägtes Selbstentfaltungsinteresse, das in der beruflichen Sphäre verwirklicht werden soll, die Arbeit dient vor allem der Erwirtschaftung des materiellen Unterhalts. Das Selbstwertgefühl basiert vor allem auf der Fähigkeit, mit der eigenen Arbeitskraft die eigene Existenz zu erwirtschaften, es ist nicht der Inhalt der jeweiligen Erwerbsarbeit, der die Quelle der Selbstbewährung ausmacht. Der invalidisierte Herr Kruch bedauerte im Interview nicht den Verlust seiner Tätigkeit als Chauffeur. Das Problem, das sich aufgrund seiner Erwerbsunfähigkeit für ihn stellt, ist vielmehr die Tatsache, dass er seinen eigenen Lebensunterhalt nicht mehr verdienen kann. Auch die beiden erwerbsbiographischen Verläufe zeigen, dass eine spezifische Wertbindung an eine berufliche Tätigkeit nicht ausgebildet wurde. Für Herrn Kruch bestand anfangs die Möglichkeit hierzu, die er aber aufgrund einer Allergie nicht wahrnehmen konnte.

Armuts­situation. Es handelt sich hier nicht primär um ein Niedriglohnproblem, sondern um die gesundheitlich bedingten Einschränkungen der Erwerbsarbeit, von der beide Personen betroffen sind. Eine halbe IV-Rente sowie der Lohn, den Frau Kruch für ihre Halbtags­tätigkeit erzielt, reichen für ein Haushaltseinkommen oberhalb der Armutsgrenze nicht aus. Hier handelt es sich um ein nicht genügend grosses Sozialversicherungseinkommen, weswegen das Ehepaar Kruch sozialhilfebedürftig wurde.

Problemsituation. Die Biographie des Ehepaars Kruch ist dadurch gekennzeichnet, dass die spezifischen Werte des ländlich-handwerklichen Milieus, dem beide entstammen, fortgesetzt nicht verwirklicht werden konnten. Das Ehepaar Kruch erfuhr ein fortgesetztes Scheitern ihrer Lebenspläne, und zwar in mehrerer Hinsicht. Herr Kruch konnte erstens die von ihm gewünschte handwerkliche Lehre als Käser aus gesundheitlichen Gründen nicht absolvieren. Der Wechsel ins Chauffeurgewerbe stellt den Abstieg in eine minder qualifizierte Tätigkeit dar. Zweitens blieb das Ehepaar Kruch kinderlos.²⁴ Schliesslich verlor Herr Kruch infolge eines Autounfalls seine Erwerbsfähigkeit. Wieder aus gesundheitlich bedingten Gründen büsste Herr Kruch die Fä-

²³ In leicht veränderter Form haben wir die Fallbeschreibung von Heizmann (2003) übernommen.

²⁴ Herr und Frau Kruch gehören weder zu einer Generation noch zu einem Milieu, in welcher der Verzicht auf Nachkommenschaft eine mögliche anzustrebende Lebensoption ist.

higkeit ein, für den materiellen Lebensunterhalt für sich und seine Frau zu sorgen.

Problembewältigung. Die gegenwärtige Situation und die damit verbundene Sozialhilfebedürftigkeit wird vor der näheren Umgebung verheimlicht. Das Ehepaar Kruch muss aufgrund des Scheiterns seiner anvisierten Lebenspläne befürchten, Stigmatisierungen seitens seiner Umgebung ausgesetzt zu sein. Diese subjektive Furcht, von der im Wesentlichen Herr Kruch betroffen ist, ist insofern nachvollziehbar, als die vorgegebenen biographischen Ziele seines lebensweltlichen Milieus (Familiengründung, Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit des Mannes) nicht erreicht wurden. Gegenüber ihrer näheren Umwelt verheimlichen die Eheleute Kruch ihre Lebenssituation, sofern ihnen das möglich ist. So glaubt die Nachbarschaft, dass Herr Kruch weiterhin als Chauffeur arbeitet. So weit wie möglich wird der Umgebung eine „Normalexistenz“ (bezogen auf ihr lebensweltliches Milieu) vorgespielt, um so weit wie noch möglich als normenkonform zu gelten.

Im Prinzip wäre in dieser Situation ein Rollentausch zwischen den Ehegatten angezeigt. Frau Kruch könnte vollzeitleich erwerbstätig sein, ergänzend würde Herr Kruch mit einer halben IV-Rente seinen Beitrag zum Haushaltseinkommen leisten. Für Herrn Kruch ist auch die halbtägige Erwerbstätigkeit seiner Frau eine nicht selbstverständliche Ausnahmesituation, so äusserte er sich im Interview. Hier zeigt sich, wie sehr die starren Normen ihres lebensweltlichen Milieus bezüglich der innerfamiliären Aufgabenverteilung zwischen Mann und Frau verinnerlicht sind, so dass selbst in dieser Situation an ihnen festgehalten wird. Insofern lässt sich berechtigterweise fragen, ob den gesundheitlichen Beeinträchtigungen Frau Kruchs, wegen derer ihr nur eine Teilzeitbeschäftigung möglich ist, nicht eine latente Funktion zukommt. Zum einen könnte es sich um eine „Solidarisierung“ mit ihrem invaliden Mann handeln, zum zweiten wird die Übernahme der Ernährerrolle durch die Frau damit verunmöglicht, zum dritten besteht gegenüber der Sozialhilfe ein glaubhafter Grund, Sozialhilfeleistungen zu beanspruchen.²⁵

²⁵ Es handelt sich um eine vom Material her gesehen nahe liegende Hypothese, die aber im Rahmen des vorliegenden Interviewmaterials nicht überprüft werden kann. Mit Frau Kruch müsste in diesem Fall nochmals ein Interview über ihre Arbeitssituation geführt werden. In unserem Sample finden sich jedoch sehr viele Beispiele, dass bei gesundheitlichen Beeinträchtigungen des Mannes die Frau nicht die Ernährerposition übernimmt, sondern zumindest gegenüber der Aussenwelt die traditionale Aufgabenverteilung zwischen den Geschlechtern aufrechterhalten wird. Man kann dies als Indiz dafür nehmen, wie stark in Milieus, aus denen working poor stammen, die traditionellen Normen der geschlechtsbezogenen Aufgabenverteilung verankert sind. Von Bedeutung ist, dass das Problem der durch die äusseren Umstände her gebotenen Veränderung des traditionellen Ge-

Sozialhilfe. Zunächst ist bezeichnend, dass es Frau Kruchs Initiative zu verdanken war, dass das Ehepaar Sozialhilfeleistungen bezog. Es sind in der Regel die Frauen, die den Gang zur Sozialhilfe antreten und die auch eher als ihre Männer bereit sind, in prekären Situationen das Autonomie-Ideal aufzugeben. Die Sozialhilfe wird nicht als stigmatisierend erlebt, vielmehr ist das Gegenteil der Fall, die zuständige Sozialarbeiterin wird als verständnisvoll und unterstützend charakterisiert. Weitergehende Hilfen, insbesondere im psychologischen Bereich, wurden seitens der Sozialhilfe nicht angeregt oder angeboten.

5.6.2.2 Fall 13: Familie Agça (Türkei)

Mehmet und Fatima Agça sind aus der Türkei eingewanderte MigrantInnen. Mehmet, Jahrgang 1956, verlor bereits im Alter von sechs Jahren seinen Vater, im Alter von zwölf Jahren seine Mutter. Ab diesem Zeitpunkt, nach Beendigung der fünfjährigen Schulpflicht, schlug sich Mehmet mit verschiedenen Tätigkeiten durch, eine Ausbildung absolvierte er nicht. Im Alter von 21 Jahren heiratete er; 1978 und 1982 kamen Tochter und Sohn zur Welt. 1983 ging Mehmet allein in die Schweiz und übte verschiedene Aushilfstätigkeiten aus. 1987 folgte seine Frau, die Kinder einige Jahre später. Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt schlug sich Mehmet mit verschiedenen Temporärstellen in der Pharmaindustrie, im Transportgewerbe, in der Restauration und im Verkauf durch, zu einer länger dauernden Festanstellung kam es nicht. Kurz nach ihrer Ankunft in der Schweiz begann Fatima als Zimmermädchen in Hotels zu arbeiten, seit einigen Jahren Vollzeit. Die Tochter, ausgebildete Coiffeuse, lebt bereits mit ihrem Mann im eigenen Haushalt, der Sohn strebt eine Lehrstelle als Verkäufer an. Da Mehmet gegenwärtig arbeitslos ist, bezieht die Familie ergänzend zu Fatimas Verdienst Sozialhilfe.

Die Erwerbsbiographie von Herrn Agça ist durch fortgesetzten Stellenwechsel gekennzeichnet. Offensichtlich gelingt es ihm nicht, sich dauerhaft in einen Betrieb zu integrieren. Hintergrund für diese persönlichen Schwierigkeiten dürfte die familiäre Situation sein: Mit sechs Jahren Halbwaise und mit 12 Jahren bereits Vollwaise unterstand Herr Agça seitdem der Obhut seiner älteren Geschwister. Frau Agça hat durch ihre vollzeitliche Erwerbstätigkeit als Zimmermädchen die Position der Familiernährerin übernommen. Allerdings ist ihr Lohn nicht ausreichend, um die Familie zu ernähren. Herr Agça ist weiterhin über Zeitarbeitsfirmen auf der Suche nach einer Arbeitsstelle. Im Prinzip kommt für ihn ein „geschützter Arbeitsplatz“ in Betracht, dies hat der

schlechterarrangements, der sich insbesondere Herr Kruch verweigert, sich bereits im Interview-Setting manifestiert.

die Familie Agça unterstützende Sozialdienst jedoch bislang nicht in Erwägung gezogen.

Problembewältigung. Auch in diesem Fall wird der durch die äusseren Umstände nahe liegende Rollentausch nur zögerlich vollzogen und gegenüber der Aussenwelt verborgen. Obwohl Frau Agça die Landessprache deutlich besser beherrscht als ihr Mann, war er es, der sich in ihrer Gegenwart als Interviewpartner zur Verfügung stellte und somit die Familie repräsentierte. Wie sehr Herr Agça versucht, die traditionellen Normen seines lebensweltlichen Milieus zu erfüllen, also weiterhin die Ernährerrolle auszuüben, wurde ebenso im Interview deutlich. Obwohl er bereits eine Vielzahl von Erwerbsarbeitsstellen eingenommen hat, hält er weiterhin am Ziel fest, irgendwann eine dauerhafte Stelle zu finden. Er sieht die Ursache für den fortgesetzten Stellenwechsel ausschliesslich in den ihm vorgegebenen Arbeitsbedingungen oder im Verhalten seiner Vorgesetzten oder Kollegen.

5.6.2.3 Gemeinsame Strukturmerkmale

Gemeinsam ist beiden Fällen, dass die männlichen Ernährer erzwungenermassen in ihrer Erwerbsfähigkeit eingeschränkt sind und somit ihre Ernährerverpflichtungen nicht oder nur eingeschränkt wahrnehmen können. Im Fall 11 sind diese Einschränkungen gesundheitlicher Art, im Fall 12 sozialisationsbedingt. Nach aussen wird in beiden Fällen so weit wie möglich der Eindruck erweckt, als würde die traditionale Aufgabenverteilung noch fortgesetzt. Die traditionellen Normen der geschlechtsspezifischen Aufgabenverteilung sind so weit verinnerlicht, dass an ihnen festgehalten wird, auch wenn eine Veränderung dieses Arrangements sinnvoll wäre.

5.6.2.4 Weitere Fälle

Fall 14: Familie Decastro (Portugal)

Herr und Frau Decastro sind beide Mitte 30, ihr Sohn ist 8. Herr Decastro absolvierte in Portugal keine Berufsausbildung, war jedoch mehrere Jahre beim Militär beschäftigt. In der Schweiz arbeitete er im Baubereich. 1998 wurde er von einer plötzlichen Lähmung befallen, welche der behandelnde Arzt auf schwere körperliche Belastung zurückführte. Da die SUVA diese Diagnose nicht anerkannte, beantragte Herr Decastro eine Invaliditätsrente, die zum Zeitpunkt des Interviews nicht bewilligt war. Frau Decastro studierte in Portugal Literaturwissenschaften. Seit dem Arbeitsunfall ihres Mannes erwirtschaftet sie das Familieneinkommen: Mit ihren zwei Arbeitsstellen als Bürohilfskraft und als Hilfspflegerin in einem Behindertenheim kommt sie auf 110 Prozent Erwerbsarbeit. Seit dem Ende der Erwerbsausfallvergütung bezieht die Familie Decastro Sozialhilfeleistungen.

Auch von den Decastros wird gegenüber den portugiesischen Bekannten die gegenwärtige Lebenssituation aus Scham verheimlicht. Herr Decastro kämpft mit immensen Selbstwertproblemen. Die bürokratische Prozedur beim IV-Antragsverfahren wird von beiden als entwürdigend empfunden. Frau Decastro sagt selbst von sich, dass sie überfordert sei. Man muss sich vergegenwärtigen, dass sie das Familieneinkommen erwirtschaftet, den krankheitsbedingten Depressionen ihres Mannes begegnen muss und de facto allein für den gemeinsamen Sohn verantwortlich ist.

Fall 15: Herr und Frau Stein (Schweiz und Thailand)

Peter Stein verlor in der Jugend beide Eltern, sowie anschliessend seine Stiefeltern. Seit seinem 14. Lebensjahr wuchs Herr Stein in einem Heim auf. Im Alter von 30 Jahren konsumierte Herr Stein vorübergehend Heroin (sniffen), hörte jedoch bald wieder auf. In dieser Zeit arbeitete er als selbständiger Storenbauer. Mit 39 Jahren erlitt er einen Herzinfarkt. Danach konsumierte er vier Jahre lang harte Drogen, schaffte anschliessend den Ausstieg. Seine Frau, eine gehörlose Thailänderin, lernte er während eines Kuraufenthaltes kennen. Seit dieser Zeit arbeitet er als Chauffeur. Ergänzend wird Sozialhilfe bezogen, für seine Frau versucht er eine IV-Rente zu beantragen.

Gegenüber den vorhergehenden Fällen ist dieser Fall insofern anders gelagert, als beide Ehegatten von der Einschränkung ihrer Erwerbsfähigkeit betroffen sind, wenn auch in unterschiedlichem Ausmass. Die Suchtprobleme Herrn Steins dürften im Zusammenhang mit seiner familiären Sozialisation und der Erfahrung eines erstens Scheiterns als selbständiger Storenbauer stehen. Ersichtlich ist aus den berufsbiographischen Daten, wie stark Herr Stein sich den gesellschaftlich herrschenden Normen verpflichtet fühlt. Bis zu seinem 39. Lebensjahr arbeitete er als selbständiger Handwerker, und auch danach folgte er dem Ideal, aus eigener Arbeitskraft seine Existenz zu erwirtschaften. Die Heirat mit einer gehörlosen Thailänderin ermöglicht ihm, die Ernährerrolle seiner Frau gegenüber einzunehmen, das heisst, sein Leben nach traditionellen Normen zu führen.

Fall 16: Herr Bazargan (Iran) und Frau Flühli (Schweiz)

Herr Bazargan, Jg. 1967, kam 1989 aus dem Iran in die Schweiz, um seine aus dem irakisch-iranischen Krieg stammenden Verletzungen operieren zu lassen. Trotz 20 Operationen und zweijährigem Spitalaufenthalt musste schliesslich ein Bein amputiert werden. Die Operations- und Spitalkosten wurden von ihm und seiner Familie im Iran bestritten. Gegenwärtig ist Herr Bazargan deswegen verschuldet. Er lebt inzwischen von einer vom Amt für Sozialbeiträge ausgerichteten Minimalrente. Ergänzend bezieht er Sozialhilfe. Seit einhalb Jahren ist er arbeitslos, vorher war er in einer Bildungseinrichtung mit Bibliotheks-

arbeiten beschäftigt. Ab und an nimmt er Gelegenheitsjobs an. Mit seiner Schweizer Freundin lebt er in einer Zweieinhalb-Zimmer-Wohnung.

In beiden Fällen handelt es sich um eine gesundheitlich bedingte „biographische Abwärtsspirale“, an deren Ende der Ausschluss aus dem Erwerbsleben steht. Die working poor-Existenz ist in diesen beiden Fällen das Durchgangsstadium zur Invalidität und zum damit einhergehenden Verlust der Erwerbsfähigkeit.

5.6.3 Ehemalige working poor

Zwei verschiedene Wege aus der working poor-Existenz sind denkbar. Für beide Wege fanden sich Beispiele. Der erste Weg besteht in der Reintegration in den Arbeitsmarkt, der zweite besteht im vollständigen Rückzug aus dem Arbeitsmarkt. Im ersten Fall werden aus working poor Erwerbstätige mit ausreichendem Einkommen, im zweiten Fall werden aus working poor invalidisierte SozialversicherungsbezügerInnen oder erwerbslose, gänzlich von der Sozialhilfe unterstützte Arme.

5.6.3.1 Reintegration in den Arbeitsmarkt (Fälle 17 und 18)

Fall 17: Familie Erzongan (Türkei)

Mustapha Erzongan, Jahrgang 1967, stammt aus dem kurdischen Teil der Türkei, wuchs auf dem Land in einer kinderreichen Familie mit neun Geschwistern auf und kam 1985 als Asylbewerber in die Schweiz. Dort arbeitete er zunächst temporär in verschiedenen Branchen und fand schliesslich eine Stelle als (angelegener) Spritzlackierer, die er zehn Jahre lang ausübte. Infolge eines Arbeitsunfalls konnte er zwei Jahre lang nicht arbeiten, überwand aber seine Krankheit, unter anderem auch mit psychotherapeutischer Behandlung, und arbeitet jetzt wieder als Spritzlackierer. Seine Frau Renan, Jahrgang 1976, heiratete er 1992, 1996 kam die Tochter zur Welt. Renan Erzongan arbeitete in einer Verpackungsfirma, jedoch versteifte sich ihr Handgelenk, so dass sie nicht mehr arbeiten kann. Durch die Gesundung Herrn Erzongans konnte die Sozialhilfe eingestellt werden.

Drei Gründe waren in diesem Fall für die Ablösung von der Sozialhilfe ausschlaggebend. Der erste besteht in der hohen Arbeitsplatzmobilität Herrn Erzongans. Nachdem er ohne Berufsausbildung in die Schweiz gekommen war, versuchte er sich in verschiedenen Bereichen: Baustellenarbeit im Gebäudebau, Tunnelarbeit, Tätigkeiten in Restaurantküchen, schliesslich gelangte er an eine Stelle als Spritzlackierer, die er 10 Jahre lang ausübte. Herr Erzongan wuchs schliesslich mit der Zeit in diese Tätigkeit hinein, so dass hier eine Qualifizierung über Erfahrung vorliegt. Zu erwähnen ist an dieser Stelle

auch die hohe Sprachkompetenz Herrn Erzongans, die er in der Schweiz erwarb.

Die Firma, in der Herr Erzongan beschäftigt war, geriet in eine konkursähnliche Situation, weswegen ihm betriebsbedingt gekündigt wurde. Die Abteilung, in der Herr Erzongan beschäftigt war, sollte geschlossen werden. Die diese Firma übernehmende Gläubigerbank beschloss jedoch, diese Abteilung weiterzuführen, so dass Herr Erzongan zumindest temporär wieder angestellt wurde. Jedoch erlitt Herr Erzongan plötzlich einen physischen Zusammenbruch, durch den er arbeitsunfähig wurde. Hinzu kam bei ihm eine enorme Angst, die Fremdenpolizei könne seine Aufenthaltsbewilligung nicht verlängern. Die behandelnden ÄrztInnen diagnostizierten schliesslich bei Herrn Erzongan Depressionen, so dass er in eine dreijährige psychotherapeutische Behandlung kam, die Herr Erzongan im Nachhinein sehr schätzt.

„Ja, am Anfang habe ich ja Depressionen bekommen, das weiss ich genau. Gut, ich wollte das ja nicht akzeptieren, das ist auch etwas anderes. Das hatte ich schon gehabt. Und dann bin ich zu einer guten Psychologin. Die war wirklich eine ganz gute Person. Also sie hat mir immer schön zugehört und hat mich verstanden, wer ich bin und was ich bin und was ich machen will.“

Herr Erzongan drückt hier sehr deutlich aus, wie die Psychotherapie ihm zu mehr Selbsterkenntnis verhalf. Für Herrn Erzongan stellt sich das durch das Verstehen seitens der Therapeutin dar, tatsächlich hat sie ihn dazu geführt, sich selbst zu verstehen.

Die Psychotherapie, die zur Stärkung des Selbstbewusstseins einiges beigetragen haben dürfte und auch bezüglich der persönlichen Entwicklung Herrn Erzongans förderlich war, kann als zweiter Grund für die Ablösung von der Sozialhilfe angegeben werden.

Als dritter Grund ist die Vermittlung einer Arbeitsstelle durch einen Sozialarbeiter zu nennen. Eine IV-Rente aufgrund der Schmerzzustände, die nach der Psychotherapie nicht vollständig abklangen, wurde ihm verwehrt, ihm wurde beschieden, sich eine körperlich leichtere Arbeit zu suchen. Da er inzwischen bereits mehrere Jahre erwerbslos war, waren die Chancen Herrn Erzongans sehr gering. Ein Sozialarbeiter der Klinik, in der er zwischenzeitlich ambulant behandelt wurde, fragte bei einem Malerunternehmen an, ob sie Herrn Erzongan nicht einstellen könnten, was dieses Unternehmen auch prompt tat, und wo schliesslich festgestellt wurde, dass Herr Erzongan auch als Spritzlackierer eingesetzt werden kann. Ohne die Unterstützung und Für-

sprache anderer wäre die Reintegration in den Erwerbsbereich möglicherweise nicht gelungen.

Für diesen Fall ist es charakteristisch, dass der Hauptnährer fremde Hilfe sich hat organisieren können. Die sprachliche Kompetenz und der damit einhergehende Integrationswille sind hierfür eine wesentliche Voraussetzung. Aber es war auch die Leistung Herrn Erzongans als Patient, dass die Psychotherapie Erfolge zeitigte. Auch den Klinik-Sozialarbeiter muss er von seinen Fähigkeiten und seiner Leistungsbereitschaft überzeugt haben, sonst hätte dieser sich nicht so engagiert.

Während Herr Erzongan erwerbslos war, arbeitete seine Frau in einer Kartonagefabrik. Der von ihr erwirtschaftete Lohn reichte nicht aus, um die Familie ernähren zu können. Für die Zeit der Erwerbslosigkeit und der Genesung Herrn Erzongans wurde ein Rollentausch praktiziert.

Fall 18: Familie Buzgut (Türkei)

Oman Buzgut, Jahrgang 1969, kam 1987 zusammen mit drei jüngeren Geschwistern im Rahmen des Familiennachzugs in die Schweiz. Ohne Berufsausbildung geblieben, arbeitete Herr Buzgut drei Jahre lang (1987-1990) temporär auf Baustellen. Nach einem Unfall mit schwerer Hüftverletzung war er bis 1992 arbeitslos, finanziert von der SUVA. Seine Frau, Jahrgang 1971, mit der er seit 1991 verheiratet ist, stammt aus der Türkei. Sie arbeitete als Raumpflegerin. Zwei Kinder wurden 1992 und 1996 geboren. Herr Buzgut liess sich 1992/93 zum Schreiner umschulen (IV-Massnahme) und arbeitete dann in verschiedenen Bereichen temporär. 2000 betrieb er zusammen mit seinem Bruder ein Restaurant, das von seinem Bruder anschliessend allein weitergeführt wurde. Fünf Monate wurde Sozialhilfe bezogen, 2001 fand Herr Buzgut eine Anstellung als Gabelstaplerfahrer, inzwischen in fester Anstellung. Frau Buzgut kann aus gesundheitlichen Gründen nicht arbeiten. Mit dem Netto-Verdienst von Herrn Buzgut von CHF 3'600 Franken und der günstigen Wohnungsmiete von CHF 950 Fr. (Dreizimmerwohnung) liegt die Familie knapp über dem SKOS-Sozialhilfesatz.

Auffallend ist, dass auch hier wie im vorhergehenden Fall eine Intervention nach dem Eintreten der Erwerbsunfähigkeit erfolgte. Zwar arbeitet Herr Buzgut nicht als Schreiner, aber möglicherweise hat die IV-Massnahme seinen Selbstbehauptungswillen angeregt, trotz Hüftverletzung weiterhin erwerbstätig zu bleiben. Ähnlich wie im vorhergehenden Fall werden verschiedene Arbeitsbereiche „ausprobiert“, bis schliesslich ein passendes Anstellungsverhältnis gefunden wird.

5.6.3.2 Invalidisierung (Fall 19)

Fall 19: Familie Onzul (Türkei)

Herr und Frau Onzul wanderten 1985 aus der Zentral-Türkei in die Schweiz ein. Ihr Sohn und ihre Tochter folgten zwei Jahre später. Herr Onzul arbeitete in verschiedenen Branchen (Bau, Fabrik und Lagerarbeiten), meist zumindest temporär. Frau Onzul arbeitete im Reinigungsgewerbe, in Fabriken und für Lebensmittelverteiler. Die Tochter ist verheiratet und lebt im eigenen Haushalt. Der Sohn ist geschieden und in den elterlichen Haushalt zurückgekehrt. Eine Berufsausbildung absolvierte der Sohn nicht, zum Zeitpunkt des Interviews ist er arbeitslos. Herr Onzul befindet sich wegen eines Lungenleidens in stationärer Behandlung, Frau Onzul wurde von ihrem Arbeitgeber (Lebensmittelverteiler) wegen ihrer mangelnden Lesefähigkeiten gekündigt. Sie leidet an schwerer Diabetes. Seit Ankunft in der Schweiz wurde ergänzend temporär immer wieder Sozialhilfe bezogen.

5.6.4 Zusammenfassung

Für diese working poor-Gruppe gilt, dass die Armutssituation Folge von gesundheitlich bedingten Einschränkungen der Erwerbsfähigkeit ist. Es kann sich sowohl um somatische als auch um psychische Einschränkungen handeln. Je nach Krankheitsverlauf kann entweder die Überwindung der Armutssituation oder die Exklusion aus dem Erwerbsbereich folgen.

Für die Sozialhilfe stellt sich hier die Frage, ob die somatischen und psychischen Beeinträchtigungen rechtzeitig oder gegebenenfalls überhaupt wahrgenommen werden. Die Gefahr besteht gerade bei MigrantInnen, dass sie ihre Beschwerden nicht rechtzeitig genug mitteilen. Die erfolgreiche Überwindung von somatischen wie auch psychischen Erkrankungen hängt nicht zuletzt davon ab, dass sie rechtzeitig erkannt werden und dass den jeweils betroffenen Personen eine fachgerechte Behandlung zuteil wird.

5.7 Alleinerziehende working poor

5.7.1 Sample

Dieses Sample besteht aus 15 Haushalten. Neun Haushalte bezogen zum Zeitpunkt des Interviews Sozialhilfe, sechs waren von der Sozialhilfe abgelöst. Ebenfalls neun Haushalte stammen aus Basel, sechs aus Fribourg.

In allen Fällen waren die Haushaltsvorstände Frauen. Nach Nationalitäten aufgeschlüsselt finden wir unter den aktuell sozialhilfebeziehenden Frauen sieben Schweizerinnen (davon eine marokkanischer Herkunft), eine Türkin

und eine Bosnierin. Von den sechs von der Sozialhilfe abgelösten Frauen sind 5 Schweizerinnen, eine stammt aus der Dominikanischen Republik.

Von den aktuell sozialhilfebeziehenden Frauen hatten sieben ein Kind und zwei Frauen zwei Kinder. Bei den ehemals sozialhilfebeziehenden Frauen fanden sich drei mit einem Kind, zwei mit zwei Kindern und eine mit drei Kindern.

5.7.2 Zur Situation Alleinerziehender

Trennung und Scheidung haben ihre Ursache häufig darin, dass dem Paar der Übergang zur gemeinsamen Elternschaft nicht gelingt. Die Erweiterung zur Familie bedeutet für die Eltern zunächst eine deutliche Einschränkung der bisherigen Exklusivität und Intimität, sie ist darüber hinaus mit dem Zuwachs an Verpflichtungen und Einschränkungen persönlicher Freiheiten verbunden. Dieser Konflikt wird durch die Trennung des Paares nicht gelöst, denn die nicht aufgebbaren Verpflichtungen als Eltern mitsamt einer gemeinsamen Kooperationsverpflichtung bestehen weiterhin. Insofern ist in solchen Fällen für den obhutberechtigten Elternteil das Alimenteinkasso nicht nur materielle Sicherstellung, sondern entlastet ihn von der Weiterführung der Konflikte, die im Prinzip bereits vor der Elternschaft bestanden. Das Alimenteinkasso funktioniert als neutralisierender Puffer zwischen den Eltern.

Mit der Paartrennung ist für die (alleinerziehende) Frau eine grundsätzliche Umorientierung in der Lebensführung verbunden: In der Arbeitswelt ist sie nicht mehr die Dazuverdienerin, die für Haushalt und Familie ein zweites Einkommen erwirtschaftet, sondern sie avanciert zur Hauptverdienerin. Idealerweise bildet die (alleinerziehende) Frau ein spezifisches Interesse aus, das die Grundlage für eine berufliche Tätigkeit bildet. Möglicherweise ist die berufliche Selbstfindung bereits abgeschlossen, was die Integration in das Erwerbsleben erleichtern dürfte. Jedoch ist dieser Prozess, ob es sich nun „nur“ um die Reintegration in die Erwerbsphäre handelt oder im weitergehenden Sinne um eine berufliche Selbstfindung, insofern erschwert, als familiäre und berufliche Verpflichtungen miteinander vereinbart werden müssen.

In diesen beiden Bereichen wird durch die Sozialhilfe gegenwärtig wenig Hilfe angeboten. Idealerweise sollte den Alleinerziehenden ein unterstützendes Beratungsangebot seitens des Sozialdienstes zur Verfügung stehen, so dass der Prozess der beruflichen Selbstfindung erleichtert würde.

5.7.3 Typologie

Bei den Fallrekonstruktionen konnten drei Typen Alleinerziehender herausgearbeitet werden. Diese werden kurz charakterisiert:

Typ I: Der Übergang von der kinderlosen Paarbeziehung zur gemeinsamen Elternschaft misslingt. Es kommt zur Scheidung, weil der Kindsvater die mit der Elternschaft verbundenen Verpflichtungen nicht übernimmt. Für die nunmehr alleinerziehende Kindsmutter bedeutet das einen erheblichen Wechsel in der Lebensführung: Aus der bisherigen Dazuverdienerin wird die Hauptverdienerin. Die alleinerziehende Frau ist mit der Notwendigkeit konfrontiert, für sich eine berufliche Perspektive zu erschliessen. Dieser Typus ist auch in unserem Sample am häufigsten vertreten.

Typ II: Hintergrund ist ein sehr leistungsorientiertes Elternhaus, dessen Normen übernommen worden sind. Dieser Typ alleinerziehender Frauen bildet konsequent eine berufliche Identität aus, ordnet aber das private und familiäre Leben dem Leistungsethos unter, so dass es zur Scheidung kommt. Bezüglich der materiellen Versorgung stellen sich für diesen Typus relativ wenig Probleme. Da eine ausgesprochene Berufsorientierung vorhanden ist, ist dieser Typus in der Erwerbssphäre sehr engagiert. Andererseits droht die Gefahr von Verhaltensauffälligkeiten der Kinder, die durch die Überbetonung von Leistungsanforderungen zustande kommen. Diese Konzentration auf die Leistungsorientierung erklärt sich unter anderem auch als Reaktion auf Problematiken in der Herkunftsfamilie. Die Leistungsorientierung sowie die mit ihr verbundene Verausgabung in der Berufssphäre ermöglichen einerseits die Ablösung von der Herkunftsfamilie, schaffen aber in der neuen Familie (also in Bezug auf die eigenen Kinder) wiederum neue Probleme.

Typ III: Dieser Typ alleinerziehender Frauen löst sich aus unterschiedlichen Gründen nicht von der Herkunftsfamilie ab. Weder die Gründung einer eigenen Familie auf der Basis einer vorausgehenden Liebesbeziehung noch die berufliche Selbstfindung gelingen. Für diesen Typus wäre eine Psychotherapie angezeigt.

Diese Typologie soll verdeutlichen, dass der jeweils gegebenen Alleinerziehendensituation eine sehr spezifische Problematik als Ausgangsbasis zugrunde liegt. Diese Problematik kann sich mit weiteren Problematiken vermischen. Insbesondere bei ausländischen Alleinerziehenden kommt das Problem der Integration in die Schweiz noch hinzu.

5.7.4 Typ I: Fallrekonstruktionen

5.7.4.1 Fall 20: Familie Berchtold (Schweiz, sozialhilfebeziehend)

Lina Berchtold, Jg. 1971, gelernte Krankenpflegerin, bekam im jungen Alter Kinder, sie war 21 und 23 Jahre alt, als die jeweiligen Söhne zur Welt kamen. Nach der Geburt des ersten Sohnes gab sie ihren Beruf als Krankenpflegerin auf. Weil ihr Mann sich nicht um die gemeinsamen Kinder kümmerte und auch nicht arbeitete, trennte sie sich 1995 von ihm, die Scheidung erfolgte zwei Jahre später. Der Kindsvater zahlt weder Frauen- noch Kinderalimente. Kurz nach der Trennung begann Frau Berchtold eine dreijährige Ausbildung zur Bürohilfin, die sie 1999 erfolgreich abschloss. Die Kinder sind seit dieser Zeit in einem Tagesheim untergebracht. Seit ihrem Abschluss arbeitet Frau Berchtold zu 60 Prozent als Bürohilfin (drei volle Tage). Die Kinderalimente werden seit der Trennung vom Sozialdienst bevorschusst, ergänzend bezieht Frau Berchtold Sozialhilfe. Zum Kindsvater besteht im Rahmen einer Umgangsregelung Kontakt, obwohl der Kindsvater seinen finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommt.

Weder die biographischen Daten noch der Interviewtext lassen auf ein weitergehendes Problem in der familiären Herkunft schliessen. Allenfalls die frühe Heirat und die frühe Mutterschaft lassen vermuten, dass Frau Berchtold die Ehe als Vehikel zur Ablösung von ihrem Elternhaus betrachtet haben könnte. Möglich ist jedoch auch, dass Frau Berchtold aus einem sehr traditionellen Milieu stammt, in dem eine frühe Eheschliessung (mit Anfang 20) und frühe Elternschaft der übliche Lebensweg vor allem für Frauen ist. Leider fehlen für dieses Interview die biographischen Angaben für die Eltern, so dass auf der Basis der Daten keine klare Entscheidung für eine der beiden Lesarten getroffen werden kann.

Die Ehe von Frau und Herrn Berchtold scheiterte wegen der Familiengründung, der Übergang von der Dyade zur Triade misslang.

Die Trennung ist im 95 gewesen im März, da ist der Kleine nicht einmal jährlich gewesen. Er hat sich als Vater und als Mann nicht dementsprechend verhalten, er hat meine Bedürfnisse nicht respektiert, als Vater war er nicht als Vater da. Er ist nicht arbeiten gegangen. Mit den Jahren, also wir sind nur drei Jahre zusammen gewesen, sind meine Gefühle dann dementsprechend weg.

Der Übergang von der Dyade zur Triade bedeutet, dass die Eltern sich weniger um sich selbst und um ihre Beziehung kümmern können, sondern dass die gemeinsame Sorge um die Kinder in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rückt. Für beide bedeutet die Elternschaft zunächst Verzicht: auf die frühere Exklusivität und Intimität zum einen, auf den eigenen individuellen Freiraum zum anderen. Wenn Frau Berchtold sagt, dass ihr Mann ihre „Bedürfnisse

nicht respektiert“ habe, bedeutet das, dass ihr Mann von ihr intime Zuwendungen erwartete, die Frau Berchtold wegen ihrer Mutterschaft nicht mehr hat geben können. Wenn sich ihr Mann als „Vater“ nicht „dementsprechend verhalten“ hat können, bedeutet das, dass er sich um die gemeinsamen Kinder schlichtweg nicht kümmerte. Wenn ihr Mann „nicht arbeiten gegangen“ ist, dann ignorierte er die materielle Abhängigkeit seiner Frau ihm gegenüber. Elternschaft ist für jedes Elternpaar zunächst eine Krise, innerhalb derer sich das Beziehungsgefüge verändert. Frau Berchtold beklagt in dieser Interviewsequenz, dass ihr Mann nicht bereit war, sich auf die mit der Elternschaft notwendig gewordenen Veränderungen einzulassen. Die Lesart, dass sich Frau Berchtold wegen ihrer Kinder von ihrem Mann innerlich distanzierte, kann ausgeschlossen werden. Sie stellt im Interview das Abklingen ihrer Emotionen als Reaktion auf die Enttäuschung durch ihren Mann dar. Offensichtlich hält die Weigerung des Mannes, elterliche Verpflichtungen zu übernehmen, bis zur Gegenwart an: Wenn ihr Exmann von sich aus keine Alimenter zahlt, ignoriert er die mit seiner Vaterschaft verbundenen Verpflichtungen.

In der Mehrzahl der Interviews mit den Alleinerziehenden unseres Samples hat sich herausgestellt, dass das Scheitern des Übergangs von der exklusiven Zweierbeziehung zur Familie als erweiterter Gemeinschaft der wesentliche Trennungs- bzw. Scheidungsgrund war. Nicht die Liebesbeziehung als solche scheiterte, sondern die Ehe wurde durch die Elternschaft gesprengt. Gerade bei Paaren, die an der Elternschaft scheitern, sind auch nach der Trennung Konflikte geradezu programmiert, nämlich Konflikte um die gemeinsamen Sorgeverpflichtungen, die nicht aufgegeben werden können. Wenn der misslungene Übergang zur Elternschaft der Grund für die Scheidung ist, ist es sehr unwahrscheinlich, dass die voneinander geschiedenen Eltern als Eltern kooperieren können. Insofern kommt der Alimentebavorschussung seitens der Sozialdienste eine sehr grosse Bedeutung zu: Der Konflikt unter den Eltern wird nicht weiter fortgesetzt.

Jetzt aber, seit über einem Jahr klappt das gut mit den Kindern, er nimmt sie alle zwei Wochen, dem Fürsorgeamt hat er noch nichts eingezahlt, von den Alimenter für die Kinder, sie [die zuständige Sozialarbeiterin] ist nachschauen gegangen, was soll ich da stürmen gehen? Wenn er nicht einmal dem Fürsorgeamt bezahlt, was staatlich ist, wird er mir sicher nicht. Und ich will das nicht zerstören, was ich, was wir aufgebaut haben, wir haben ein gutes Verhältnis, das heisst, niemand von uns beiden hat je die Kinder hineingenommen, so wie viele Pärchen das machen, und schlecht über den anderen Partner geredet.

Für Frau Berchtold ist das Alimenterinkasso die notwendige Bedingung dafür, dass die Kooperation mit ihrem Exmann überhaupt gelingt.

Die Zweitausbildung zur Bürogehilfin begründet Frau Berchtold damit, dass sie ihren Erstberuf nicht mehr hat ausüben können, sie begann, Ekel beim Umgang mit den PatientInnen zu empfinden. So begann sie, im Büro Aushilfstätigkeiten zu verrichten und sich allmählich durch Kurse (beispielsweise im EDV-Bereich) zu qualifizieren. Schliesslich begann sie eine Ausbildung zur Bürogehilfin.

Möchten Sie denn nicht mehr als Spitalpflege arbeiten?

Nein, nach meinem zweiten Sohn habe ich mich relativ geändert, nein, wenn ich müsste, klar, ich könnte, aber nein, ich bin zu empfindlich geworden dadurch und ich bin dann in einem Büro arbeiten gegangen und nach einem halben Jahr habe ich mir gedacht, ich bin zu schade für nur so Hilfe, so Blödelarbeit. Zuerst habe ich dort einen Computerkurs gemacht und dann wollte ich einen intensiveren Computerkurs machen, und von dieser Idee bin ich auf die Schule gekommen und dann habe ich gedacht, wieso nicht, heutzutage ohne nichts kommst du eigentlich nicht weit.

Also es sind eigentlich so die Arbeitsbedingungen gewesen oder mehr Ihre persönliche Haltung?

Nein, meine persönliche. Also ein banales Beispiel: In der Schule haben wir uns gegenseitig Spritzen gemacht, ich habe gerne Patienten gespritzt, es hat mich nichts angeekelt, ich habe jegliche Arbeit gemacht im Spital und nachträglich es ekelt mich, jetzt schon wieder weniger.

Also es ist ein Punkt gekommen, da hat es Ihnen total abgelöscht.

Ja und auch bei mir selber, bis vor zwei Jahren, Spritzen, da habe ich begonnen zu hyperventilieren. Also ich bin einfach sensibler geworden, was Schmerzen anbelangt, ich empfinde es schmerzhafter.

Infolge einer persönlichen Veränderung, die sie als „sensibler werden“ bezeichnet, verlor Frau Berchtold die Fähigkeit, ihren erlernten Beruf auszuüben. Von der personenbezogenen Pflegetätigkeit wechselte sie in das unpersönlichere Verwaltungs- oder Sekretariatsmetier. Als Spitalpflegerin war ihr Arbeitsalltag vom Umgang mit erkrankten Menschen, also Menschen in existenziellen Krisensituationen bestimmt. Als Bürogehilfin war sie nicht mehr mit Krisen anderer Personen konfrontiert. Ebenso wenig musste sie, wie es das von ihr angeführte Beispiel des Spritzens zeigt, grenzverletzend in den Intimbereich anderer Personen eindringen. Der von Frau Berchtold vollzogene Berufswechsel bedeutet die Anerkennung ihrerseits, den erlernten Beruf nicht ausüben zu können, über die persönlichen Fähigkeiten hierfür nicht mehr zu verfügen und sich deshalb einen anderen Broterwerb suchen zu müssen. Dieser Schritt dokumentiert persönliche Autonomie insofern, als Frau Berchtold sich in ein Metier begab, das ihren Fähigkeiten entspricht.

Problemen (Diskushernye), wurde mehrfach operiert und war zum Zeitpunkt des Interviews aus gesundheitlichen Gründen seit zwei Monaten arbeitsunfähig.

Soziale und familiäre Herkunft. Selina Yentürk entstammt ländlichen Verhältnissen Inneranatoliens. Als Beruf ihres Vaters gibt sie im Interview Steinmetz an, so dass man sich ihren Vater als Dorfhandwerker vorstellen kann. Das schliesst nicht aus, dass nebenbei Landwirtschaft betrieben wurde. Gerade in der Türkei ist die Feld- und auch Gartenarbeit (Gemüse- und Obst-anbau) oftmals Angelegenheit der Frauen. Vermutlich wurde nebenher ländliche Subsistenzwirtschaft betrieben, da es sehr unwahrscheinlich ist, dass das Geschäft eines anatolischen Dorfhandwerkers in wirtschaftlicher Hinsicht es ermöglicht, 13 Kinder zu ernähren. Da Kinderarbeit in der Türkei immer noch recht verbreitet ist, ist das Betreiben einer Landwirtschaft im Nebenerwerb mit den Kindern als Arbeitskräften sehr gut vorstellbar. Aufgrund der gegebenen Daten lässt sich vermuten, dass es sich bei der Familie Yentürk um eine in sozialer Hinsicht in das Dorf gut integrierte und ökonomisch zumindest ausreichend situierte Familie handelt. Dennoch wird sich für alle Kinder die Frage nach ihrer Zukunft gestellt haben, da der gegenwärtige Abwanderungsdruck in die industrialisierten und urbanisierten Regionen innerhalb der Türkei auch für sie latent vorhanden gewesen ist. Die stattfindenden Produktivitätszuwächse in der türkischen Landwirtschaft, bedingt vor allem durch die Mechanisierung, vernichtet die Existenzgrundlagen von Kleinbauern und Tagelöhnern, die dann in die Vorstädte (Gececondus) der grösseren Städte ziehen, in der Hoffnung, dort ein wirtschaftliches Auskommen zu finden.

Eheschliessung und Trennung. Im Alter von 16 Jahren lernte Selina Yentürk ihren späteren Ehemann kennen und verliebte sich sogleich in ihn. Für türkische Frauen stellt sich oftmals bereits in diesem Alter die Heiratsfrage, so dass Frau Yentürk für türkische Verhältnisse nicht zu jung gewesen ist, wenn sie in diesem Alter bereits Heiratspläne hegte. Der Mann, in den sie sich verliebte, war elf Jahre älter als sie und lebte in der Schweiz. Die Heirat entsprach ihrem eigenen Wunsch, ihre Familie war gegen diese Heirat eingestellt.

Das Ehepaar Yentürk bezog in der Schweiz keine eigene Wohnung, sondern lebte zunächst bei den Eltern des Mannes. Die Yentürks folgten damit türkischen Traditionen: Die Eheschliessung stellt nicht die Gründung einer neuen Familie dar, sondern ist ein Wechsel der Ehefrau von ihrer Herkunftsfamilie in die ihres Mannes. Das Paar verbleibt damit unter der Autorität der Eltern des Mannes. Solange die Ehefrau keinen Sohn geboren hat, ist ihre

Rangposition in der neuen Familie sehr niedrig. Mit der Geburt eines Sohnes gewinnt sie an Achtung und Respekt. Nun versties das Ehepaar Yentürk einerseits gegen die familiären Regeln, indem sie auf die Einwilligung der Eltern Selinas zur Heirat verzichteten und deren Autorität damit infrage stellten, andererseits begab sich das Paar unter die Autorität der Eltern des Mannes. Frau Yentürk empfand die Behandlung in ihrer Schwiegerfamilie, namentlich durch ihre Schwiegermutter, als ausgesprochen demütigend. Im Interview deutete sie sogar an, von ihrer Schwiegermutter geschlagen worden zu sein. Allerdings ist in der schlechten Behandlung Frau Yentürks durch ihre Schwiegerfamilie, insbesondere durch ihre Schwiegermutter, mehr zu sehen als die Rache für die erfolgte Autoritätsverletzung. Vielmehr liegt ein Normenkonflikt vor. Frau Yentürks Entscheidung, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen, sich bezüglich der Eheschliessung nicht von der Erlaubnis ihrer Eltern abhängig zu machen, dokumentiert ihren Willen nach Eigenständigkeit, den Wunsch, sich nicht der Autorität der älteren Verwandten unterordnen zu müssen. Gerade aber dieser Wunsch nach Eigenständigkeit wird von der Schwiegerfamilie nicht respektiert, sie hält an den tradierten Lebensvorstellungen, nach denen ein junges Paar weiterhin innerhalb eines funktionierenden Grossfamilienverbandes unter der Autorität der Eltern des Mannes steht, fest. Im Interview strich Frau Yentürk mehrmals und nachdrücklich heraus, dass sie mit ihrem Mann durch Liebe verbunden gewesen sei. Frau Yentürk beruft sich damit auf das moderne westliche Liebesideal, das der romantischen Liebe, nach dem die persönlichen Emotionen der Ehegatten und nicht die Interessen der Herkunftsfamilien die Basis für das gemeinsame Leben darstellen. Das westliche Liebes- und Eheideal ist gerade durch diese Emotionalität der Beziehung, der Authentizität der Gefühlsbasis sowie der Abkehr von der Autorität beider Herkunftsfamilien gekennzeichnet. Insofern liegt dem Konflikt Frau Yentürks mit ihrer Schwiegerfamilie der Konflikt zwischen dem westeuropäischen Liebesideal und türkischen (bzw. vorderasiatischen) Familiennormen zugrunde.

Man muss sich allerdings verdeutlichen, dass Frau Yentürk als Person zwischen beiden Polen hin- und hergerissen ist. Einerseits beharrt sie auf ihrer Eigenständigkeit, so dass sie sich der Autorität ihrer Eltern widersetzt, andererseits begibt sie sich unhinterfragt in den Haushalt ihrer Schwiegerfamilie, und damit unter die Autorität ihrer Schwiegermutter. Einerseits beruft sie sich auf das romantische Liebesideal, andererseits will sie auf die quasi-väterliche

Zuwendung eines ihr an Lebenserfahrung überlegenen Mannes nicht verzichten.

Im Laufe des Zusammenlebens stellte sich heraus, dass Hassan Yentürk weder die soziale Integration in der Schweiz gelungen ist, noch dass er überhaupt fähig ist, eine Familie zu ernähren. Hassan Yentürk arbeitete abends im Bar- und Kneipenmilieu, handelte mit harten Drogen und war selbst drogenabhängig. Seine Eltern versuchten die Drogenabhängigkeit ihres Sohnes vor ihrer Schwiegertochter zu verbergen. Nachdem Frau Yentürk die Situation realisierte, fasste sie den Entschluss, in die Türkei zu ihrer Herkunftsfamilie zurückzukehren.

Sie wohnten dann auch dort, in diesem Jahr, mit ihrem Mann auch, der drogensüchtig war. Hat er gefixt? Hat er Heroin genommen?

Ja, ich habe das nicht gesehen, er hat einmal so auf dem Tisch weisses Pulver, Geld gerollt und in die Nase gezogen. Dann habe ich seine Mutter gefragt, was macht er und die Mutter hat gesagt, er hat die Nase operiert, der Arzt habe das gegeben. Ich habe das nie in meinem Leben, ich war 17, 16 bin ich schon verheiratet und 17, habe ich das erlebt. (...)

Also nach einem Jahr ging das dann nicht mehr, oder wie?

Nein, das war kaputt. Ich wollte wieder unbedingt in die Türkei zurück. Dann meine Familie hat am Telefon gesagt, wenn Du kommst, dann besser Dein Tod kommt, das ist für diese Leute eine Schande, weil wir sind ein kleines Dorf, nach einem Jahr gehe ich zurück, also ich habe eine grosse Familie, mein Vater hat gesagt, Du wirst nicht zurückkommen, Du musst selbst schauen. Wir haben nicht gewollt, dass Du diesen Mann heiratest und dies und das.

Im Alter von 17 Jahren konnte Selina Yentürk bereits nicht mehr auf eine familiäre Gemeinschaft zählen: Ihre Herkunftsfamilie weigerte sich, sie wieder aufzunehmen, von ihrer Schwiegerfamilie wurde sich gedemütigt, schikaniert und schlecht behandelt, auf ihren Mann konnte sie nicht zählen. Nach einem Selbstmordversuch flüchtete sie in ein Frauenhaus. Da ihr Mann zu diesem Zeitpunkt bereits vorbestraft war, bekam sie von der Fremdenpolizei nur eine sehr beschränkte Aufenthaltsbewilligung (F-Status, sechs Monate gültig), durch die ihre Arbeitsplatzsuche sehr erschwert wurde.

Haben Sie eine B-Bewilligung gehabt?

Nein, gar nichts, nur ein Papier, 6 Monate gültig [sie meint den F-Status].

Ah, nur so eine beschränkte Aufenthaltsbewilligung.

An jede Türe habe ich geklopft wegen Arbeit, aber ich habe keine Chance gehabt. Jeder hat gesagt, warum keine Bewilligung, das und dies, wegen Sprache, also gut, ich habe gelernt, so schnell wie ich kann, ohne Schule, ohne nichts, ja. Dann habe ich dort eine Kollegin gekannt, sie war auch im Frauenhaus, wir haben uns gekannt, und sie hat den Chef gefragt und der Chef hat gesagt, also, sie kann kommen und das war ein Hotel, Pension. Ich war so glücklich, für

mich war das alles neu und ich suche Wohnung und Arbeit und alles tip top, aber jedes Mal die Fremdenpolizei hat mein Leben, also jedes Mal haben sie das kaputtgemacht, jedes Mal.

Wie ist das gegangen?

Dort habe ich Arbeit gesucht und der Chef hat eine Arbeitsbewilligung verlangt. Wenn ich dann dort hingeh, hat man gesagt, nein, Sie müssen in die Türkei gehen, das war rein, raus, rein, raus. Ich kann nicht zurück.

Hier zeigt sich, welche Probleme sich Frau Yentürk mit der Trennung von ihrem Ehemann bzw. von ihrer Schwiegerfamilie stellten: In ihre Herkunftsfamilie konnte sie nicht zurückkehren, insofern existierten für sie in der Türkei keine Verwandten oder sozialen Netze mehr. Eine Rückkehr in die Türkei war im Prinzip damit ausgeschlossen, die Existenz einer alleinlebenden Frau ohne familiären Hintergrund ist in der Türkei nicht vorgesehen. Andererseits drohte ihr die Ausweisung durch die Fremdenpolizei. In der Türkei hatte sie ihre „Daseinsberechtigung“ bereits verloren, gleichzeitig lief sie Gefahr, ihre „Daseinsberechtigung“ in der Schweiz zu verlieren. Hier handelt es sich jedoch um ein migrationspolitisches Problem, auf das nicht weiter eingegangen werden kann.

Nach einem Aufenthalt im Frauenhaus und dem Bezug einer eigenen Wohnung kam es zur Versöhnung zwischen den beiden Ehegatten. Trotz Nachwuchses, 1992 wurde ein Sohn geboren, gelang der Familie Yentürk nicht die Konsolidierung ihrer Situation. Hassan Yentürk kam von dem Konsum harter Drogen nicht los, wurde schliesslich wegen eines Drogenvergehens verurteilt und verbüsste eine sechsmonatige Gefängnisstrafe. Nach der Entlassung fand er keine Arbeit, so dass Frau Yentürk mit Fabrik-, Reinigungs-, Küchenarbeiten sowie Anstellungen als Zimmermädchen die Familie ernährte. Während dieser Zeit drohte die fremdenpolizeiliche Abschiebung in die Türkei. Nach einem kurzen Aufenthalt in der Türkei kehrte Selina Yentürk allein mit ihrem Sohn in die Schweiz zurück. Wegen Diskushernyie ist sie nicht mehr erwerbsfähig und bezieht Sozialhilfe.

Die desolate Situation Frau Yentürks ist Folge des Umstandes, dass ihr Mann seinen Verpflichtungen als Familienernährer nicht nachkommt. Mit der Heirat übernahm er zwar die Bereitschaft, für die künftige Familie zu sorgen, im Endeffekt stellte sich aber heraus, dass er dazu nicht in der Lage war. Er absolvierte in der Schweiz keine Berufsausbildung, er begab sich ins Drogenmilieu und wurde schliesslich selber süchtig. Von Herrn Yentürk liegen zu wenig Daten vor, um die Drogensucht und das Abgleiten in ein kriminelles Milieu erklären zu können. Möglicherweise handelt es sich um eine fehlgeschlagene Integration. Dafür spricht, dass die Eltern von Herrn Yentürk strikt

an den türkischen Familiennormen festhalten, wie es eingangs gezeigt worden ist. Umgekehrt dokumentiert das Interview den starken Integrationswillen Frau Yentürks: Gegen den Willen ihrer Herkunftsfamilie begab sie sich in die Fremde, mit einer nur dreijährigen Schulausbildung in der Türkei spricht sie ein recht passables Schweizerdeutsch, ohne jemals Kurse besucht zu haben. Gerade die Erwerbsbiographie Frau Yentürks zeigt, wie stark ihr Streben nach materieller Konsolidierung ist. Es ist erstaunlich, wie Frau Yentürk trotz der prekären ausländerrechtlichen Situation (F-Genehmigung) schliesslich immer wieder Arbeitsstellen und auch Unterstützung fand.

Resümee. Frau Yentürk kann weder in der Türkei noch in der Schweiz auf ein familiäres Netz zurückgreifen. Insofern ist sie gezwungen, materiell für sich selbst zu sorgen, sich also in der Erwerbsarbeits-sphäre zu bewähren. Hierfür bringt sie ungünstige Voraussetzungen mit, da sie nur eine dreijährige Schulbildung in der Türkei hatte und ihr eine berufliche Ausbildung fehlt. Frau Yentürk versucht, dieses Manko mit Arbeitsmotivation auszugleichen. Ein zweites Manko besteht in der permanent drohenden Abschiebung in die Türkei. Gerade durch die gegenwärtigen ausländerrechtlichen Regelungen wird ihr der Weg in die ökonomische Verselbständigung als alleinerziehende Mutter unmöglich gemacht. Im Interview wies sie auf die Schwierigkeiten hin, mit ihrem ausländerrechtlichen Status eine feste Anstellung zu erhalten.

5.7.4.3 Fall 22: Familie Altdorf (Schweiz, ehemalg sozialhilfebeziehend)

Frau Altdorf, geb. 1958 als zweites und letztes Kind (die Schwester ist Jg. 1955), wuchs im Arbeitermilieu auf, der Vater war Maurer, die Mutter ungelernete Fabrikarbeiterin und Hausfrau. Während ihrer Schulzeit 1965 bis 1974 wechselte die Familie Altdorf siebenmal den Wohnort, innerhalb von drei Kantonen. Nach Beendigung ihrer Schulpflicht arbeitete Flurina Altdorf als angelernte Fabrikarbeiterin bei verschiedenen Arbeitgebern, 1980 wechselte sie zu einer datenverarbeitenden Einrichtung, in der sie als Datatypistin tätig war und zur stellvertretenden Gruppenleiterin aufstieg. 1985 heiratete sie, ihr Mann, geb. 1959, war als Metzgergeselle tätig. Der Ehe entstammen zwei Kinder, der Sohn wurde 1985, die Tochter 1987 geboren. Nach dem Tod ihrer Eltern - die Mutter starb 1986, der Vater 1996 - trennte sich Frau Altdorf 1993 von ihrem Mann, die Scheidung erfolgte ein Jahr später. Den Lebensunterhalt für sich und ihre Kinder verdiente sie mit Anstellungen als Datatypistin und Sachbearbeiterin, zwischenzeitlich half sie auch im Restaurant ihrer Schwester aus. Dennoch reichte der von ihr erwirtschaftete Lohn und die von ihrem Exgatten gezahlte Alimente nicht aus, so dass sie bis zum Jahre 2000 ergänzend Sozialhilfe bezog. Der Sozialhilfebezug konnte durch den Zusammenzug mit ihrem Freund, einem Laboranten, eingestellt werden. Zum Zeitpunkt des Interviews arbeitete Frau Altdorf halbtags.

Soziale und familiäre Herkunft. Wie aus den Berufen der Eltern ersichtlich ist, wuchs Frau Altdorf im Arbeitermilieu auf. Auffallend ist die nomadisierende Lebensweise der Familie, sie liess sich nicht dauernd an einem Ort nieder. Insofern schlossen sich die Eltern von Frau Altdorf von der Aussenwelt ab: Weder etablierten sie sich an einem konstanten Wohnort, noch legten sie auf die Schulbildung ihrer Töchter besonderen Wert. Die Altdorfs scheinen nicht durch familiäre Tradition zum Arbeitermilieu gehört zu haben, vielmehr versuchte der Familienvater von aussen kommend sich in diesem Milieu zu etablieren. Im Interview erwähnt Frau Altdorf auch, dass ihr Vater die Bauarbeit irgendwann aufgab; zuletzt war er, relativ erfolglos, als Pneu-Händler tätig.

Psychosoziales Moratorium. Eine berufliche Ausbildung lag nicht im Horizont der Familie Altdorf. Frau Altdorf orientierte sich in ihrer Lebensführung am Vorbild ihrer Mutter, sie arbeitete als angelernte Fabrikarbeiterin bei verschiedenen Arbeitgebern. Auf Anregung ihrer älteren Schwester wechselte sie in die Elektronische Datenverarbeitung; in diesem Metier brachte sie es bis zur stellvertretenden Gruppenleiterin. Im Interview zeigt sich, dass Frau Altdorfs Schwester für sie eine vorwärtstreibende Kraft war.

Ich bin nachher [nach Beendigung der Schulzeit] gerade arbeiten gegangen, und zwar in [kleiner Ort] dann noch in der XXX-Fabrik und nachher haben sie dort angefangen, Kurzarbeit einzuführen, und dann habe ich gewechselt zum YYY in [kleiner Ort], dort war ich drei Jahre gewesen, und dann bin ich nach [grösserer Ort] zum ZZZ und meine Schwester hat dann gefunden, „mach doch ein bisschen mehr aus Dir“, und sie hat mir eine Stelle gesucht und sagte mir dann eines Tags: „Du, Du musst Dich dann und dann dort vorstellen. Es gibt eine Aufnahmeprüfung, geht etwa drei Stunden.“ „Was?“ bin ich erschrocken und bin gegangen und von 78 haben sie drei genommen und ich bin auch dabei gewesen nachher, das hat mich gefreut.

Wo ist das gewesen?

Beim [EDV-Betrieb], dann habe ich dann eine Lehre, also eine Anlehre gemacht als Datatypistin. Und nachher, wie es so gegangen ist, habe ich nachher aufgehört, also ich habe mich nachher hinaufgearbeitet, ich bin Gruppenleiter, also die Stellvertreterin gewesen von unserer Gruppenleiterin, wenn sie nicht da gewesen ist, dann habe ich 20 Frauen gehabt, die ich betreuen musste.

Auch in späteren Situationen erwies sich die Schwester für Frau Altdorf als vorwärtstreibende Kraft. In gewisser Weise nahm ihre Schwester ihr gegenüber die Position der Mutter ein.

Sie [die Schwester] hat eigentlich mir ein wenig Halt und Stütze gegeben und dafür bin ich ihr jetzt immer noch dankbar. Sie hat eigentlich mir immer gesagt, gestützt, „jetzt mach doch das, und tu probieren und...“, und dann habe ich immer gesagt: „Du kannst das doch

nicht, ich kann das doch nicht“, und dabei war es doch eigentlich kein Problem gewesen. Doch, wir haben ein sehr gutes Verhältnis zusammen, wir tun so zwei, drei Mal pro Woche telefonieren oder SMS schicken oder so, doch, wir haben einen sehr guten Draht zueinander.

Familiengründung und Ehescheidung. Frau Altdorf heiratete einen sesshaften Metzgergesellen, der für einen Lebensmittelgrossverteiler arbeitete. Die Ehescheidung, weil Herr Altdorf sich der familiären Gemeinschaft verweigerte.

Er hat einfach, immer so ein Einzelgänger gewesen. Er ist auch nie in die Beiz und es hätte einfach alles nichts kosten dürfen. Und ich habe immer gearbeitet und dann habe ich einfach mal mit ihm geredet, aber ich konnte nicht mit ihm sprechen, wenn die Kinder hätten Aufgaben machen müssen, wenn ich Schule..., wenn ich gearbeitet habe, habe ich ihm gesagt, „schau, dass etwas gemacht wird und so“, der hat dies nie gemacht, die Kinder haben einfach... Sie sind in die Schule, die haben die Hausaufgaben nicht gemacht, er hat mir da nichts geholfen oder unterstützt, was Kinder anbelangt. Er hat einfach seine Viecher gehabt, er hatte Vögel gehabt, er hat alles mögliche gehabt, Schaf, Pony, er ist immer draussen gewesen. Was er hätte sollen mithelfen, in Sachen Erziehung hat er sich einfach draussen gehalten.

Frau Altdorf schildert die Ehesituation in einer Weise, als habe ihr Mann innerlich gekündigt und sich auf die Pflege seiner eigenen Interessen zurückgezogen. Die Sorge um die Kinder habe er nicht als gemeinsame Aufgabe angesehen. Ebenso war er, mit dem Verweis auf mögliche Kosten, nicht an einer gemeinsam verbrachten Freizeit interessiert. Er beschränkte sich auf seine Funktion als Hauptverdiener, ohne persönlichen Umgang mit seiner Frau und seinen Kindern zu pflegen. Auch hier ist ersichtlich, dass der Mann den Übergang zur Familie innerlich nicht mitvollzog. Frau Altdorf erwähnt im Übrigen, dass gegenwärtig (zum Zeitpunkt des Interviews) zwischen den Kindern und ihrem Vater kein Kontakt mehr besteht.

Erwerbsarbeit und Erwerbsidentität. Frau Altdorf setzte nach der Scheidung von ihrem Mann ihre Tätigkeit als Datatypistin und Sachbearbeiterin fort. Aufschlussreich ist eine Interviewsequenz, in der sie ihren gegenwärtigen Tätigkeitsbereich erläutert.

Sie können mir vielleicht mal erzählen, wo Sie arbeiten und...

Ich bin bei der YYY in B. bei der Daten..., also angefangen habe ich bei der Datenerfassung als Datatypistin und jetzt bin ich Sachbearbeiterin bei den Nachforschungen. Ich tu eigentlich mit denjenigen, die mit XXXXX einzahlen, dort kann es manchmal passieren, dass Geld am falschen Ort hingeht, wenn sie sich vertippen und so und das müssen wir eben dann suchen gehen und den Kunden nachher schreiben, euer Geld ist dort und dort auf dem Konto und so.

Deutlich ist, dass es sich nicht um eine berufliche Identität handelt, sondern dass die aus der Erwerbsarbeit herrührende Identität dem gegenwärtigen Funktionsbereich entstammt. Entscheidend für die Identität ist hier die Zugehörigkeit zur jeweiligen arbeitgebenden Institution. Die persönliche Identifikation im Erwerbsbereich gründet nicht auf den individuellen Qualifikationen und Kompetenzen, sondern auf der Zugehörigkeit zur jeweiligen Institution und den jeweils zugewiesenen Funktionen. Weiterhin ist die Identifikation mit dem Team („müssen wir“) bedeutsam, von dem man ein Teil ist, in das man sich einordnet. Diese Erwerbsidentität lässt sich bei der Mehrheit der working poor feststellen.

Familiäre und nachbarschaftliche Hilfe. Frau Altdorf betont im Interview, dass ihre Erwerbstätigkeit ohne die Unterstützung ihres inzwischen pensionierten Vaters und später durch Nachbarn gar nicht möglich gewesen wäre.

Und Kinderbetreuung? Das ist der Mann, der Mann oder Ihr Vater, der...

Der, nachher ist er am Morgen gekommen, bevor ich arbeiten ging und am Abend, wenn ich heim gekommen bin, ist er wieder heim und... hat sie manchmal in die Schule gefahren und...

Das war eine Erleichterung für Sie gewesen?

Ja, ja. Vor allem, gut ich habe dann die Mutter ja schon nicht mehr gehabt und ... das hat mir sehr gefehlt, aber der Papa hat das eigentlich sehr gut gemacht. Er hatte eine riesige Freude gehabt an diesen Kindern, und dies gab ihm auch ein bisschen Abwechslung. Er hat diese manchmal in der ganzen Gegend herumgefahren und manchmal kam es vor, dass nicht beide gleich Schule hatten und dann ist er manchmal eins holen gegangen und das andere holen gegangen, ehm, da bin ich schon froh gewesen. Eben und ist er krank geworden, dann habe ich gute Nachbarsleute gehabt und die haben mir dann auch ein bisschen geholfen, ehm... eigentlich ohne fremde Hilfe wäre es gar nicht machbar gewesen. Also nachher, als Papa krank gewesen ist, da habe ich eigentlich auch noch so viele Nachbarsleute gehabt, vom Hüten her und so, doch... weil gearbeitet habe ich eigentlich immer.

Frau Altdorfs Exmann kam für Betreuungsaufgaben nicht in Frage, so dass sich das Problem stellte, wer während der Arbeitszeit die Kinder betreut. Wenn Frau Altdorf die fürsorgerischen Qualitäten ihres Vaters im Interview (an denen sie offensichtlich zweifelte) und die Freude, die ihr Vater mit den Kindern hatte, erwähnt, betont sie damit implizit, dass es ihr nicht um blosses Fremdverwahrung ging, sondern dass sie daran interessiert war, dass ihre Kinder diese Betreuung nicht als Ersatz, sondern als eigenständiges Erlebnis erfahren.

Sozialhilfe. Von einer Ausnahme abgesehen - Frau Altdorf wurde von verschiedenen Sozialdiensten betreut - hat sie die Unterstützung durch die Sozialhilfe in schlechter Erinnerung.

Und der Sozialdienst in A [Ort] hat Sie in dem Sinn nicht unterstützt?

Nein. Es ist sehr viel abgelehnt worden, und immer wieder haben sie geschrieben, ja es ist jetzt, ich muss jetzt selber schauen und so, und dann habe ich immer wieder Rekurs machen müssen, das hat mich also mühsam gedünkt. Und nachher habe ich ge..., ich bin ja dann nach B [Ort] gezügelt und nachher haben sie mir eben in B aufgenommen und also, ich muss sagen, die Betreuung dort von [Sozialarbeiter] ist also phantastisch. Da kann ich also, das muss ich also rühmen. Das ist sehr gut. Also da wird einem schon wirklich geholfen. [Sozialarbeiter] hat mir dannzumal auch frisch ein Budget gemacht und das Zeugs erklärt und wirklich, wenn man ein Problem hatte, konnte man anrufen, hat sich Zeit genommen. Wirklich super.

Deutlich wird der Massstab, was erwartet wird. Zum einen materielle Unterstützung gemäss nachvollziehbarer Regeln, deren Einhaltung auch vom Sozialdienst erwartet wird, sowie persönliche Beratung.

Ablösung von der Sozialhilfe. Frau Altdorf löste sich durch das Eingehen einer neuen Liebesbeziehung von der Sozialhilfe ab. Sie lernte einen Laboranten kennen, in dessen Haus sie mit ihren Kindern zog. Für ihre Kinder wurde ihr Lebensgefährte der Vater. Die erfolgreiche Gründung einer Stieffamilie war hier der Grund für die Ablösung von der Sozialhilfe. Die Herauslösung aus der Armutssituation erfolgte in diesem Falle nicht über die Erwerbsarbeitssphäre, sondern durch das Eingehen einer neuen Liebesbeziehung, in der perspektivisch die gemeinsame familiäre Zukunft bereits angelegt ist und von Frau Altdorf auch antizipiert wird. Insofern ist dies die Korrektur der Armutssituation infolge der ersten Heiratsentscheidung.

Bezüglich der Erwerbsarbeitssphäre konnte festgestellt werden, dass Frau Altdorf keine berufliche Perspektive für ihre weitere Lebensgestaltung ins Auge fasste. Eine Spezialisierung auf eine bestimmte Tätigkeit, die identitätsstiftender Teil der Persönlichkeit ist, erfolgte nicht. Ebenso wenig strebte Frau Altdorf einen Aufstieg in der Betriebshierarchie an. Der Erwerbsarbeit kommt vielmehr die Funktion zu, die materiellen Mittel für die eigene Existenz zu erwirtschaften. Weder ein leistungsorientiertes Aufstiegsinteresse noch eine sachliche Bindung an bestimmte Tätigkeiten prägen den Erwerbshabitus. Daraus folgt jedoch nicht, dass der Erwerbsarbeit für Frau Altdorf kein Sinn zukommt, dass sie ausschliesslich Mittel zum Geldverdienen ist. Tatsächlich spielt die Bewährung in der Arbeitswelt, also die erfolgreiche Erfüllung von Aufgaben für sie eine bedeutsame Rolle, ist somit durchaus Quelle sozialer Anerkennung. Jedoch ist ihr Bestreben darauf gerichtet, eine Tätigkeit auszuüben, mit der sie, auch im Rahmen des KollegInnenkreises, Anerkennung er-

fahren, die sie gleichzeitig aber mit ihren familiären Verpflichtungen verbinden kann.

5.7.4.4 Weitere Fälle

Fall 23: Familie Leuka (Schweiz, sozialhilfebeziehend)

Claudia Leuka, Jg. 1968, zwei ältere Brüder. Ihr Vater, Leiter einer Spitalwäscherei, und ihre Mutter, Hauswirtschafterin, trennten sich. Frau Leuka wuchs teilweise im Heim auf. Nach ihrem Sekundarschulabschluss und einem anschliessenden Berufsfindungsjahr begann Frau Leuka eine Verkäuferinnenlehre in einem Lebensmittelladen, die sie jedoch nach drei Monaten wieder abbrach. Danach begann sie im Rahmen eines Integrationsprogramms als Näherin zu arbeiten. Ihr Sohn kam 1987 auf die Welt, der Kindsvater verschwand jedoch bereits während der Schwangerschaft. Eine Berufsausbildung konnte sie nicht mehr absolvieren. Von 1994 bis 1996 arbeitete sie in Büros, als Zahntechnikerin sowie in einem Solarium, die anschliessenden vier Monate als Tagesmutter. Im Jahre 2000 begann sie bei der Spitex als Haushaltshilfe, später als Pflegehilfe. Ihr Ziel ist es, die Spitex-interne Ausbildung zur Pflegefachkraft zu absolvieren, wofür der für sie zuständige Sozialdienst nicht zahlen will. Frau Leuka arbeitet zu 40 Prozent.

Frau Leuka wird das Opfer bürokratischer Regelungen. Frau Leuka vermochte sich, mit Ausnahme der Spitex, nie in irgendeinen Arbeitsbereich zu integrieren. Sie wechselte von Branche zu Branche und von Arbeitgeber zu Arbeitgeber. Die Spitex dagegen bietet ihr eine Perspektive, und insofern ist es verwunderlich, dass seitens des Sozialdienstes diese berufliche Perspektive für Frau Leuka nicht gefördert wird. Im Unterschied zu den vorhergehenden Fällen ist hier die psychotherapeutische Verarbeitung früherer Erfahrungen zunächst nicht vordringlich, sondern die berufliche Ausbildung Frau Leukas. Im Gegensatz zu den früheren Erwerbstätigkeiten hätte Frau Leuka mit dieser Ausbildung höchstwahrscheinlich eine dauerhafte Erwerbsperspektive.

Fall 24: Familie Grossholzer (Schweiz, sozialhilfebeziehend)

Brigitte Grossholzer (*1970) lebt seit einiger Zeit getrennt von ihrem Ehemann, die gemeinsame Tochter versorgt sie. Das Scheidungsverfahren ist im Gange. Der Ehemann kommt seinen Unterhaltsverpflichtungen nicht vollumfänglich nach, so dass Frau Grossholzer ergänzend Sozialhilfe bezieht. Einmal in der Woche erledigt sie den Nachtdienst in einem Pflegeheim. Wenn ihre Tochter eingeschult sein wird, möchte Frau Grossholzer halbtags arbeiten. Frau Grossholzer wuchs in schwierigen familiären Verhältnissen auf. Ihr Vater starb kurz vor ihrer Geburt. Die Ehe zwischen ihrer Mutter und ihrem Stiefvater scheiterte, als Frau Grossholzer 16 war. Eine Berufsausbildung blieb ihr deshalb aus finanziellen Gründen versagt. Frau Grossholzer arbeitete dreieinhalb Jahre in einer Druckerei, anschliessend als Verkäuferin und später im Service eines Restaurants. Frau Grossholzer leitete die Scheidung ein, weil ihr Ehemann nicht bereit war, auf seine Freundin zu verzichten.

Typisch ist wieder das Aufwachsen in einer belasteten Familie. In diesem Fall musste der Tod des Vaters verarbeitet und gleichzeitig ein Arrangement mit dem Stiefvater gefunden werden. Auch hier wieder gelang der Übergang von der exklusiven, dyadischen Paarbeziehung zur familiären Gemeinschaft nicht. Typisch auch wieder die Erwerbsbiographie, es erfolgte keinerlei Spezialisierung.

Fall 25: Familie Mirkovic (Jugoslawien, sozialhilfebeziehend)

Frau Mirkovic, Jg. 1961, Serbin, stammt aus Banja Luka, das im heutigen Bosnien-Herzegowina liegt, und kommt aus dem Milieu der akademischen Intelligenz: Ihr Vater war Bauingenieur, ihre Mutter Lehrerin. Der acht Jahre ältere Bruder lebt als Landwirtschaftstechnologe in der heutigen Bundesrepublik Jugoslawien. Nach ihrer Matura wollte Frau Mirkovic in Ljubljana Innenarchitektur studieren, wurde aber nicht in die Universität aufgenommen. Sie studierte daraufhin an einer bosnischen Universität Bautechnik, schloss jedoch nicht ab, und arbeitete nebenberuflich in einem Team, das mit der Erstellung von Sicherungsmassnahmen gegen Erdbeben betraut war. Zwischenzeitlich hegte sie Auswanderungswünsche nach Kanada. 1990 ging sie zu einer Cousine ins Tessin und pendelte in den folgenden Monaten zwischen Basel und dem Tessin. 1991 lernte sie einen Landsmann (Serbe, von Beruf Elektrotechniker) kennen, den sie drei Jahre später heiratete. Ihren Lebensunterhalt verdiente sich Frau Mirkovic durch Serviertätigkeiten, im Putzgewerbe, schliesslich als Kassiererin, zwischenzeitlich übte sie zusätzlich eine Abwartstelle aus. Wegen gesundheitlicher Schwierigkeiten verdiente ihr Mann kaum Geld. 1996 kam die Tochter Mirja auf die Welt, woraufhin Frau Mirkovic ihre Tätigkeit auf 80 Prozent reduzierte. 1999 trennte sie sich wegen seiner finanziellen und auch familiären Unzuverlässigkeiten von ihrem Mann. Da er während der Ehe Kredite aufgenommen hat, ist Frau Mirkovic heute verschuldet. Frau Mirkovic ist auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen.

Frau Mirkovic entstammt der gebildeten und regimetragenden Staatsangestelltenschicht des ehemaligen Jugoslawien. Obwohl angestrebt, wurden akademische Ausbildungen nicht abgeschlossen, ebenso wenig erfolgte eine Familiengründung in Jugoslawien. Möglicherweise verunsicherten die in den 1980er Jahren nach Titos Tod deutlich sichtbaren Veränderungstendenzen Frau Mirkovic, so dass sie Entscheidungen über ihre künftige Lebensgestaltung aufschob und schliesslich in die Schweiz auswanderte. Dort erfolgte die Familiengründung, jedoch erwies sich auch in diesem Falle der Kindsvater als nicht familienfähig.

Fall 26: Familie Grandjean (Schweiz, marokkanischer Herkunft, sozialhilfebeziehend)

Frau Grandjean (*1965) ist Schweizer Staatsbürgerin marokkanischer Herkunft. Sie entstammt einer städtischen gebildeten Familie und wurde in Marokko als Floristin ausgebildet. In der Schweiz lebt sie seit 1985, wo sie ihren Ehemann (Verkäufer von Beruf) kennen lernte. Der gemeinsame Sohn wurde 1992 geboren. Die Ehe wurde geschieden. Derzeit arbeitet Frau Grandjean zu 70 Prozent in einem Behindertenheim, finanziert über ein Beschäftigungsprogramm. Ergänzend bezieht sie Sozialhilfe, da Alimente und Lohn nicht ausreichen. Frau

Grandjean würde gern eine weitere Ausbildung machen (als Physiotherapeutin), sieht aber wegen ihrer familiären Verpflichtungen hierfür keine Möglichkeit. Die Unterstützung vom Sozialdienst wird nicht positiv erfahren, eher entmutigend.

Auch hier wieder zeigt sich, dass die working poor nicht unbedingt ungebildeten und unteren Schichten entstammen. Vergleichbar ist dieser Fall mit dem von Frau Mirkovic. Im Folgenden eine unkommentierte Auflistung von ehemaligen alleinerziehenden Sozialhilfebezüglerinnen.

Fall 27: Familie Joost (Schweiz, ehemals sozialhilfebeziehend)

Annette Joost, Jg. 1962 (ein älterer Bruder), verlebte infolge der beruflich bedingten Umzüge ihres Vaters (Bauführer) ihre Kindheit und Jugend in Basel, Teheran, München und im Schweizer Jura. Nach ihrem Schulabschluss und einem Welschlandjahr absolvierte sie eine Hotelfachschulausbildung in der Romandie, die sie 1981 abschloss. Im selben Jahr heiratete sie ihren Freund, einen Schreiner, mit dem sie drei Kinder hat. Elf Jahre später wurde die Ehe geschieden. Frau Joost arbeitete zunächst ein Jahr lang als Leiterin eines Ferienhofes in Südfrankreich, kehrte 1993 mit ihren Kindern in die Schweiz zurück. Da sie mit der (geringen) Alimente ihres Exgatten und ihrer Tätigkeit als Kellnerin im Gastgewerbe sich und ihre Familie nicht ernähren konnte, bezog sie mehrere Jahre ergänzend Sozialhilfe. Die Sozialhilfe konnte eingestellt werden, da die beiden älteren Kinder inzwischen selbst ihren Unterhalt verdienen und Frau Joost mit ihrem Freund (Handwerker) zusammenlebt.

Fall 28: Familie Holzapfel (Schweiz, ehemals sozialhilfebeziehend)

Kerstin Holzapfel, wurde 1957 als jüngstes von drei Kindern in Basel geboren und besuchte wie ihre älteren Schwestern bis zum Abschluss nach zwölf Jahren die Rudolf Steiner-Schule. Anschliessend arbeitete sie 1975 bis 1978 in der Romandie als Hilfsschwester im Spital. Nach ihrem Umzug nach Zürich arbeitete sie ebenfalls als Hilfsschwester, später als angelernte zahnmedizinische Assistentin. Ihr Sohn kam 1981 zur Welt, mit dem Kindsvater blieb sie nicht zusammen. Sie heiratete einen anderen Mann mit Kind, von dem sie sich 1993 scheiden liess. Die Jahre zwischen 1993 bis 1995 war sie mit Unterbrüchen arbeitslos, danach arbeitete sie zu etwa 25 Prozent als Verkäuferin. 1995 begann auch der Sozialhilfebezug. Ihr Sohn hat eine Lehre im technischen Bereich inzwischen abgeschlossen und arbeitet jetzt vollzeitlich, Frau Holzapfel arbeitet seit 1999 zu 50 Prozent in einem Kleinbetrieb. Seitdem wird sie auch nicht mehr von der Sozialhilfe unterstützt. Gegenwärtig lebt sie mit ihrem Sohn zusammen.

5.7.4.5 Generalisierung: Working poor-Situation alleinerziehender Frauen des Typ I

(1) Die Problematik des Milieuwechsels ist auch als Hintergrund bei den Biographien der alleinerziehenden Frauen feststellbar. Die alleinerziehenden Frauen unseres Samples verblieben nicht in dem Lebensmilieu, in das sie hineingeboren wurden. Sie versuchten sich vielmehr in einem anderen Lebensmi-

lieu zu etablieren. Insofern standen und stehen sie vor der Aufgabe, den Wechsel in ein anderes Milieu, in das sie qua familiärer Herkunft nicht einsozialisiert wurden, zu bewältigen.

(2) Auffallend ist weiterhin, dass der überwiegende Teil der alleinerziehenden Frauen unseres Samples aus bereits belasteten Herkunftsfamilien stammt: Sie waren in der Regel bereits als Kinder bzw. Jugendliche mit Trennung, Scheidung und Scheidungsfolgen konfrontiert. Eine andere Form der Belastung seitens der Herkunftsfamilie ist eine „nomadisierende“ Lebensweise der Eltern, durch die die Herkunftsfamilie sich gegenüber der Aussenwelt abschloss und ein kontinuierliches Aufwachsen in einem bestimmten Milieu nicht möglich war.

(3) Auffallend ist der Umstand, dass für die meisten dieser Frauen durch die Erwerbstätigkeit in hohem Masse „quasifamiliäre“ Bedürfnisse befriedigt werden: Die Aufgabenbewältigung in einer Gemeinschaft und die dadurch erfahrene Anerkennung haben für sie Vorrang vor der individuellen Bewährung. Dieser Habitus steht einer beruflichen Selbstfindung entgegen. Auf der Basis des vorliegenden Interviewmaterials können wir jedoch nicht entscheiden, ob es sich um einen geschlechtsspezifischen Habitus handelt, oder ob dieser von uns festgestellte Erwerbshabitus eine Reaktion auf die erfahrenen Verhältnisse in der Herkunftsfamilie ist. Allgemein wird von den alleinerziehenden Frauen unseres Samples in der Erwerbssphäre keine individuelle berufliche Bewährung gesucht, sondern soziale Anerkennung im Rahmen des Betriebes und des KollegInnenkreises.

(4) Für die alleinerziehenden Frauen ist im Unterschied zu den Haushaltsvorständen der Paarhaushalte der Sozialhilfebezug weitaus weniger problematisch, wird er doch als materielle Kompensation für die erzieherischen Aufgaben betrachtet. Da die fehlende finanzielle Autonomie weniger als Problem erachtet wird, sind die beruflichen Anstrengungen eher darauf gerichtet, ein Erwerbsarbeitsverhältnis zu finden, in denen Bedürfnisse wie das nach Anerkennung durch eine arbeitende Gemeinschaft befriedigt werden.

(5) Die wesentliche Lebensperspektive der alleinerziehenden Frauen unseres Samples besteht nicht in einer beruflichen Karriere, sondern langfristig im Eingehen einer neuen Liebesbeziehung.

5.7.5 Typ II: Fallrekonstruktionen

Fall 29: Familie Menges (Schweiz, sozialhilfebeziehend)

Cornelia Menges, Jg. 1966, wurde mit 22 Jahren Mutter eines Sohnes. Aufgewachsen ist sie mit zwei älteren Schwestern in einer ländlichen Gegend, wo ihr Vater in einem technischen Beruf arbeitete. Die Kindheit und Jugend wurden als schwierig erlebt, gerade auch wegen der andauernden Streitigkeiten der Eltern untereinander, die 1986 zur Scheidung führten. Nach ihrem Realschulabschluss 1981 zog Frau Menges aus dem Elternhaus aus. Ab diesem Zeitpunkt war sie mit dem späteren Kindsvater, einem gelernten Schreiner, liiert. Ebenfalls ab diesem Zeitpunkt arbeitete sie in einer Schreinerei, hatte dort nach eigenen Angaben den Status einer Lehrtochter, absolvierte jedoch keine Schreinerlehre. Ihren damaligen Chef bezeichnet Frau Menges als Ersatzvater. 1986 bereiste Frau Menges sechs Monate lang Italien und arbeitete dort auf mehreren Bauernhöfen. Nach ihrer Rückkehr machte sie ein Praktikum in einem Kindergarten. 1988 wurde der Sohn Michael geboren, Frau Menges lebte bis zur Trennung 1990 mit dem Kindsvater im Konkubinat. Nachdem sie 1987 bis 1990 in einer von ihr mitgegründeten und -aufgebauten Werkstatt als Schreinerin gearbeitet hatte, verrichtete sie nach der Trennung von ihrem Konkubinatspartner bis 1993 Teilzeitarbeit in der mechanischen Werkstatt einer Elektronikfirma. Danach übte sie verschiedene Jobs aus und zog in eine Schweizer Grossstadt. Ihre Berufstätigkeit wurde ermöglicht, indem ihr Sohn die ersten vier Primarschuljahre in einer Tagesschule untergebracht wurde; vorher wurde Michael von einer Tagesmutter betreut. Eine 1994 in einer Werkstattgemeinschaft begonnene selbstständige Tätigkeit als Schreinerin gab Frau Menges 1999 auf, in den folgenden Monaten war sie krankgeschrieben. Seit dieser Zeit ist sie Sozialhilfebezüglerin. Sie lernte einen neuen Lebenspartner kennen und begann ab dem Jahr 2000 wieder zu 40 Prozent als Schreinerin zu arbeiten. Diese Stelle musste sie wegen Auftragsmangels jedoch verlassen. Nach einer halbjährigen Arbeitslosigkeit, innerhalb derer ein zweimonatiges Beschäftigungsprogramm in einem Restaurant absolviert wurde, eröffnete Frau Menges Anfang 2002 mit einer Partnerin eine Holzwerkstatt, in der sie zwischen 60 und 70 Prozent arbeitet. Michael ist verhaltensauffällig, wird von der Jugendfürsorge betreut und ist in psychiatrischer Behandlung. Ein Schulwechsel ist erforderlich. Zur Hälfte wird er von seiner Mutter, zur anderen Hälfte von seinem Vater betreut. Die Alimente sind niedrig, sie betragen 300 Franken. Frau Menges ist noch nicht von der Sozialhilfe abgelöst.

Familiäre Herkunft. Im Falle von Frau Menges sind die Ablösungsbestrebungen sehr gross. Das zeigt sich zum einen in dem frühen Verlassen des Elternhauses - Frau Menges war erst 15 Jahre alt! - zum anderen war sie immer bestrebt, in finanzieller Hinsicht selbständig zu sein. In diesem Fall erklärt sich die frühe Selbstständigkeit, die sich im Übrigen im Verlauf der weiteren Biographie als Ressource erwies, als Reaktion auf die als unhaltbar empfundenen Verhältnisse im Elternhaus.

Heisst das, Sie haben das im Rückblick, haben Sie es ein Stück weit auch bereut, dass Sie so früh gegangen sind?

Ja, also ich denke, es ist sicher schwierig gewesen. Also auch, also ich meine, wir haben ein sehr schwieriges Familienverhältnis gehabt, oder. Und das habe ich jetzt eigentlich hierher gebracht, oder. Also ich habe wirklich mit meinem Vater ganz ein schwieriges

Verhältnis gehabt. Ich bin zweimal in einem Heim gewesen. Also mir, es ist keine gute Familie gewesen. Und das ist auch der Grund gewesen, dass ich dann mit 15 weg bin von zu Hause.

Können Sie sagen, was es so schwierig gemacht hat?

Ja, ich glaube, dass kann man nicht in einem Ding umfassen. Ich denke, meine Eltern, wie soll man das sagen, sind, ja, das ist, ich kann es, kann es irgendwie nicht so sagen. Es ist, ich denke, es sind ganz viele Sachen, wo da zusammenkommen. Ich denke, vielleicht schlussendlich ist es dann auch zu viel gewesen mit drei Kindern. Und ich bin doch relativ ein rebellisches Kind gewesen. Habe es in der Schule nicht sehr einfach gehabt, bin Legasthenikerin. Also ja, sind halt alles solche Sachen, die es dann schwierig machen, oder irgendwie. Also ich denke, sie sind auch überfordert gewesen mit drei Kindern, ja.

Haben Sie dann mit der Mutter ein gutes Verhältnis gehabt, weil Sie jetzt gesagt haben, Sie haben jetzt mit dem Vater nicht eine einfache Beziehung gehabt?

Ja, aber natürlich, ich meine dann, das ist, also ja, ich meine, die Mutter hat dann halt das gemacht, wo er, Vater für richtig empfunden hat, oder, also vielleicht. Zur Mutter habe ich schon ein anderes Verhältnis. Ich denke, meine Eltern hätten sich 10 Jahre früher scheiden lassen müssen, dann wäre, hätte es nicht so eskaliert. (...) Aber ich denke, es hat sicher mit, mit Problemen auch von ihm zu tun gehabt. Das, also ja, das es einfach so überhaupt nicht gelaufen ist.

Haben Sie denn jetzt noch Kontakt mit Ihren Eltern?

Meiner Mutter schon. Mein Vater lebt jetzt in Thailand, mit dem habe ich eigentlich quasi keinen Kontakt mehr.

Frau Menges betont zwar, dass sie die Verhältnisse in ihrem Elternhaus als schwierig erlebt hat, kann aber nicht benennen, worin diese Schwierigkeiten eigentlich bestanden. Bilanzierend versucht sie zum einen, die Scheidung ihrer Eltern, zum anderen die Schwierigkeiten zwischen ihr und ihrem Vater zu bewerten. Ihre Unsicherheit bezüglich dieser Bilanzierung spiegelt sich in den unsicheren Formulierungen. Dem Interviewer teilt sie nicht mit, was genau zwischen ihren Eltern vorgefallen ist. Sie zieht vielmehr ein Fazit: „Ich denke, vielleicht schlussendlich ist es dann auch zu viel gewesen mit drei Kindern“. Die Überforderung ihrer Eltern durch drei Kinder wird hier als Grund für die Streitigkeiten zwischen ihren Eltern und für die Scheidung angegeben. Da Frau Menges das dritte Kind ist, gibt sie sich indirekt die Schuld an den Schwierigkeiten, die in ihrem Elternhaus bestanden. An anderen Interviewstellen bezeichnet sie sich als schwieriges und rebellisches Kind, wodurch diese Lesart, dass Frau Menges die Verantwortung für die Schwierigkeiten zwischen ihren Eltern mitübernimmt, bestätigt wird. Implizit sagt sie ja: Wäre ich als Kind nicht so schwierig gewesen, und hätte es nur zwei statt drei Kinder gegeben, hätte es diese Schwierigkeiten nicht gegeben. Ihre Mutter schildert Frau Menges als passiv und gehorsam ihrem Mann gegenüber, wobei dies in der Form einer neutralen Feststellung, das heisst ohne Wertung erfolgt.

Frau Menges hätte sich zwar gewünscht, dass ihre Mutter ihrem Mann (Frau Menges' Vater) gegenüber widerständiger gewesen wäre, nimmt aber die eher passive Haltung ihrer Mutter hin. Zu ihr hat sie das eindeutig bessere Verhältnis, ihr wird auch keinerlei Verantwortung für die Schwierigkeiten im Elternhaus zugesprochen. Ihren Vater dagegen charakterisiert Frau Menges als problematisch, nämlich in seinem Verhältnis zu ihr als Tochter; und auch für die Schwierigkeiten zwischen den Eltern sieht sie den Grund in seinen problematischen Eigenschaften. Das Verhältnis zwischen Frau Menges und ihrem Vater muss sehr belastet sein, wenn gegenwärtig überhaupt kein Kontakt mehr besteht. Frau Menges hätte es begrüsst, wenn die Ehe ihrer Eltern zehn Jahre zuvor geschieden worden wäre.

Deutlich wird, dass Frau Menges ein Bestandteil der Auseinandersetzungen zwischen ihren Eltern gewesen sein muss. Indirekt gibt sie sich selbst, das heisst ihre Existenz als drittes Kind, als Grund für die fortwährenden Schwierigkeiten an. In der Verbindung mit dem jeweils sehr unterschiedlichen Verhältnis zu ihren Eltern kann das nur heissen, dass ihr Vater, im Gegensatz zu ihrer Mutter, sie fortwährend innerlich ablehnte. Wir erfahren nicht, warum sie von ihrem Vater abgelehnt wurde: War sie ein ungeplantes Kind, oder wurde der Vater enttäuscht, weil auch Frau Menges als drittes Kind kein Sohn war? Entscheidend ist, dass Frau Menges sich selbst als wesentlichen Grund für die Schwierigkeiten zwischen ihren Eltern ansieht und gleichzeitig das sehr gespannte und schwierige Verhältnis zu ihrem Vater betont.

Psychosoziales Moratorium. Wenn die Befriedigung affektiver Bedürfnisse in der Familie nicht gelingt, wird ihre Befriedigung in Sphären jenseits der Familie gesucht. So bezeichnet Frau Menges im Interview ihren ersten Chef, einen Schreinermeister, als Ersatzvater, der sie wie eine Lehrtochter behandelte, ohne dass sie jedoch von ihm ausgebildet wurde. Es ist folgerichtig, dass Frau Menges kein formalisiertes Lehrverhältnis zu diesem Schreinermeister einging, sie suchte in ihm keinen Lehrmeister oder Ausbilder, sondern den Vater. Andererseits fällt auf, dass Frau Menges sich mit ihrer Schreinertätigkeit in ein männlich dominiertes Metier begab. Auch die sich dieser Schreinertätigkeit anschliessenden Aufenthalte auf mehreren italienischen Bauernhöfen dokumentieren den emotionalen Nachholbedarf; einerseits suchte Frau Menges durch den Weggang nach Italien die Distanz zu ihren Eltern, andererseits begab sie sich wiederum in eine familiäre Situation. Auffällig ist, dass Frau Menges körperliche Arbeiten auswählte, mittels derer sie sich in familienähnliche Situationen begab. Arbeiten wie die Landwirtschaft

und das Schreinermetier sind eher männlich assoziiert. Als Gegenleistung für ihre Anerkennung als Quasi-Tochter bot sie umgekehrt körperliche Arbeiten an, wie sie überwiegend von Männern verrichtet werden, als sei es ihr vor allem darum gegangen, dass männliche Eigenschaften wahrgenommen und anerkannt werden. Die Aufenthalte auf den italienischen Bauernhöfen wie auch ihre Tätigkeit in dem Schreinerbetrieb lassen sich als Substitut für die entgangene Aufmerksamkeit und Zuwendung durch ihren Vater deuten. Ihre Selbstcharakterisierung als rebellisches Kind, die im Interview im Zusammenhang mit der Beziehung zu ihrem Vater erfolgt, lässt ebenfalls darauf schliessen, dass sie mit ihrer rebellischen Haltung einerseits Zuwendung von ihrem Vater erringen wollte, sich andererseits aber in die Position des sich vom Vater ablösenden Sohnes begab.

Trennungsgrund. Obwohl die erste Liebesbeziehung nach sieben Jahren Konkubinat scheiterte, wurde eine gemeinsame Kooperationsbasis als Elternschaft aufrechterhalten. Der Sohn Michael wird hälftig von seinem Vater und hälftig von seiner Mutter betreut. Auch wenn bei Frau Menges die Bereitschaft, sich auf ein neues Konkubinat einzulassen, nicht vorhanden ist, schliesst das eine feste Liebesbeziehung für sie keineswegs aus. Der Trennungsgrund ist ein anderer als im vorherigen Fall (19): Nicht das Scheitern der gemeinsamen Elternschaft ist das Motiv der Trennung gewesen, denn die gemeinsame Elternschaft kann auch nach der Trennung fortgesetzt werden. Für das Leben von Frau Menges haben Liebe und Ehe keinen herausgehobenen Stellenwert.

Erwerbstätigkeiten. Frau Menges arbeitete überwiegend, von einigen Unterbrüchen abgesehen, als Schreinerin. Nachdem sie aus Italien zurückgekehrt war, absolvierte sie ein Praktikum in einem Kindergarten. Danach wandte sie sich wieder dem Schreinermetier zu: In einer von ihr mitaufgebauten Werkstattgemeinschaft war sie in den Jahren 1987 bis 1990 als Schreinerin tätig. Danach wechselte sie für drei Jahre auf Teilzeitbasis in die Werkstatt einer Elektronikfirma. 1993 jobbte sie in verschiedenen Bereichen, die im Interview nicht ausgeführt werden. Fünf Jahre lang war sie anschliessend als selbstständige Schreinerin in einer Werkstattgemeinschaft tätig. Diese Tätigkeit gab sie wegen persönlicher Überforderung auf, war danach ein Jahr krankgeschrieben, und wurde schliesslich in einer Schreinerei zu 40 Prozent angestellt. Wegen Auftragsmangel wurde ihr gekündigt, innerhalb ihrer sechs Monate dauernden Arbeitslosigkeit arbeitete sie im Rahmen eines Beschäftigungsprogramms zwei Monate in einem Restaurant, um anschliessend mit

einer Partnerin eine Holzwerkstatt zu eröffnen, in der sie ein Arbeitspensum von 60 bis 70 Prozent erledigt. Diese Holzwerkstatt arbeitet unter anderem als Zulieferbetrieb für Möbelhersteller. Das Motiv, in der Männerwelt Anerkennung durch Leistungen zu finden, die wiederum in einer Männerdomäne erbracht werden, erhält sich nicht nur, es ist so stark ausgeprägt, dass es sich zu einer kontinuierlichen Berufstätigkeit verdichtet. Vor allem die Gründung einer eigenen Holzwerkstatt zusammen mit einer Partnerin verdeutlicht, wie stark dieses Berufsinteresse ausgeprägt sein muss, so dass dafür auch die Risiken einer Existenzgründung eingegangen werden. Was sich zunächst als Kompensation für die erlittenen Anerkennungsdefizite seitens ihres Vaters darstellte, erwies sich langfristig als Basis für eine berufliche Qualifikation (wenn auch formal ohne Ausbildungszertifikat), um derentwillen Frau Menges auch unternehmerische Risiken auf sich zu nehmen bereit ist. Deutlich ist jedoch auch, wie Frau Menges ihre Selbständigkeit durch ein Netzwerk in Gestalt von Werkstattgemeinschaften, denen sie jeweils angehört, absichert. Frau Menges muss über einen entsprechend grossen Bekanntenkreis von SchreinerInnen verfügen, so dass ihr jeweils der Eintritt in entsprechende Werkstattgemeinschaften, durch die ja sowohl in ökonomischer wie auch in sozialer Hinsicht die Selbständigkeit erheblich erleichtert wird, möglich ist. In diesem Zusammenhang ist noch zu erwähnen, dass für Frau Menges der Zugang zur handwerklich-technischen Berufswelt bereits durch die Tätigkeiten ihres Vaters nahe liegt; ihr Vater war im Elektro-Bereich angestellt, zuerst in der Telekommunikation, später in der Service-Abteilung eines Klimaanlageherstellers.

Sozialhilfe. Die Sozialhilfe hat für sie eine transitorische Funktion, bis sie ihre gewünschten Lebensvorstellungen verwirklicht hat: die berufliche Selbständigkeit, durch die sie gleichzeitig ihre persönlichen Freundschaftsbedürfnisse befriedigen kann. Ihre Haltung der Sozialhilfe gegenüber ist ambivalent. Zur Sozialhilfe begibt sie sich erst in dem Moment, als keine Alternative für sie möglich ist. Der Bezug von Sozialhilfeleistungen widerspricht ihrem Autonomiebestreben.

Wie ist es denn für Sie gewesen, wo Sie das erste Mal zur Fürsorge haben gehen müssen?
Ja ziemlich ekelhaft eigentlich. Also es ist halt irgendwie, ich meine, ich habe, jahrelang einfach jetzt hat es halt immer gerade gereicht. Es ist nie genug gewesen, aber (...) ich habe dann auch gemerkt, ich kann jetzt einfach nicht mehr. Ich bin einfach am Rand, oder.

Andererseits nimmt sie die, ihr von den für sie zuständigen SozialarbeiterInnen angebotenen Beratungsleistungen aber auch gern in Anspruch. Zum

Zeitpunkt des Interviews bezieht Frau Menges noch Sozialhilfe, geht jedoch davon aus, dass sie in absehbarer Zeit nicht mehr auf Sozialhilfe angewiesen ist. Der Sozialhilfebezug begründet sich aus der Verhaltensauffälligkeit des Jungen, weswegen eine vollzeitliche Beschäftigung für Frau Menges gegenwärtig nicht möglich ist. Hierzu zwei Interviewstellen:

Ich habe ein relativ problematisches Kind, kann man sagen. Es hat Mühe in der Schule, oder, und das, das braucht doch dann einiges mehr Danebensitzen für Aufgaben machen. Und das ist jetzt eigentlich immer noch der Fall.

(...)

Und, und auch, ja mit der Betreuung fürs Kind ist es halt einfach, das ist das Hauptthema, auch jetzt noch. Also. Und jetzt, also normalerweise sagt man, ja ich mein der Bub ist ja jetzt eigentlich 13 Jahre alt. Theoretisch würde, würde das heissen, dass ich voll arbeiten könnte. Aber er hat, also er fliegt jetzt aus der Schule heraus. Wir gehen im Moment verschiedenste Heime und neue Schulen anschauen. Er ist auch schon sus..., suspendiert worden von der Schule. Also, darum ist er zum Beispiel heute zu Hause. Und von dem her schaffe ich es im Moment einfach nicht, voll arbeiten zu können. Und dann, ich habe eigentlich gedacht, ich würde dann mit der, vielleicht, vielleicht dann noch einen Job annehmen, dass es mir wirklich reicht mit der Selbständigkeit und nebenbei arbeiten. Aber das ist einfach im Moment, in dieser Situation, wo ich doch viel Auffangarbeit machen muss, fast nicht möglich. (...) Also sie haben mir gesagt gehabt, dass eigentlich mit 13 wäre das so, wobei ich bin natürlich jetzt auch, also mit, mit, mit einer Frau von der Jugendfürsorge, welche den Michael schon länger begleitet. Und, und mit einem Psychiater und so, und der Schulbehörde. Und die haben eigentlich schon gesagt [gemeint ist der Sozialdienst], das ist okay, dass ich, also bis eine neue Lösung gefunden ist. Dass, dass, dass sie weiter darauf zahlen.

Bevor hier auf die Position der Sozialhilfe eingegangen wird, wird kurz das Verhältnis zu ihrem Sohn charakterisiert. Es fällt auf, dass sich das Verhältnis zwischen Frau Menges und ihrem Vater hier in der Mutter-Sohn-Beziehung reproduziert. Es ist immer das Kind, das problematisch ist, es sind nicht die Eltern, die auf die Bedürfnisse ihrer Kinder antworten sollten. Frau Menges charakterisiert sich im Interview als problematisches und rebellisches Kind im Verhältnis zu ihrem Vater, jetzt ist es ihr Sohn, der problematisch ist. In beiden Fällen gilt die Externalisierung des als problematisch erachteten Kindes, also die Überweisung in eine pädagogische Einrichtung als adäquates Mittel. Auffallend ist die sehr distanzierte Beschreibung ihres Kindes. Aus den Formulierungen wird oft nicht deutlich, dass es sich um ihren Sohn handelt. Eine Tagesmutter könnte ein problematisches Tageskind mit den gleichen Formulierungen erwähnen. Ebenso verhält es sich mit dem Terminus „Auffangarbeit“. Hier spricht kein Elternteil, sondern eine Pädagogin, Lehrerin, psychologisch geschulte Tagesmutter oder eine andere Erziehungsperson. Frau Men-

ges sieht sich in einer erzieherischen Funktion, sie charakterisiert sich nicht als Elternteil, der sich persönlich seinem Kind zuwendet. Es ist sehr wahrscheinlich das Defizit an persönlicher, das heisst zweckfreier Zuwendung, weswegen ihr Sohn verhaltensauffällig ist. Es kann jedoch keineswegs gesagt werden, dass Frau Menges ein emotionales Defizit ihrem Sohn gegenüber hat. Entscheidend ist vielmehr, dass Leistungsanforderungen ihrerseits die Beziehung zu ihrem Sohn im Wesentlichen prägen.

Nun kann die Sozialhilfe auf dieses Problem nicht direkt eingehen. Indirekt unterstützt sie Frau Menges, indem sie von der Verpflichtung zu einer Vollzeittätigkeit wegen der Verhaltensauffälligkeiten ihres Sohnes auf unbestimmte Zeit dispensiert wird. Nur kann nicht davon ausgegangen werden, dass dieses Problem durch Unterbringung des Sohnes in einer pädagogischen Einrichtung gelöst wird. Gemäss dem Interviewtext unterstützt der Sozialdienst die Interpretation, dass es sich ausschliesslich um ein Problem des Jungen handelt. Wird nur bei ihm ein Problem lokalisiert, dann kann es nur noch darum gehen, eine geeignete Massnahme bzw. eine geeignete Unterbringungsmöglichkeit für ihn zu finden. Die Frage ist jedoch, ob Frau Menges nicht ermutigt werden sollte, auf Leistungsanforderungen ihrem Sohn gegenüber zu verzichten.

Resümee. In Frau Menges' Biographie sind Leistungsmotivation und Berufsethos sowie das Streben nach persönlicher Autonomie überaus deutlich erkennbar. Insofern ist es nur eine Frage der Zeit, bis Frau Menges sich finanziell verselbständigt hat. Gerade für jemanden wie Frau Menges wäre es sinnvoll, wenn finanzielle Hilfen für Weiterbildungsmassnahmen oder Weiterqualifikationen bestünden, die entweder direkt vom Sozialdienst gezahlt oder zumindest von ihm vermittelt werden. Solche Hilfen wären beträchtliche Erleichterungen hinsichtlich der finanziellen Verselbständigung und der damit verbundenen Ablösung vom Sozialdienst. Kehrseitig befindet sich im Gegensatz zum Leistungsprinzip das emotionale, diffuse oder expressive Persönlichkeitsprinzip im Hintergrund. Persönliche Beziehungen werden rein unter sachlichen Prinzipien gesehen, wobei das Leistungsstreben jeweils stark im Vordergrund steht. Während früher Frau Menges durch ihr rebellisches Verhalten insbesondere ihrem Vater gegenüber emotionale Zuwendung einforderte, verhält sich gegenwärtig ihr Sohn in dieser Weise. Allerdings wird die Verhaltensauffälligkeit des Sohnes als ein persönliches Leistungsversagen von Frau Menges gedeutet, nicht als Reaktion auf ein emotionales Zuwendungsdefizit. Es wäre Ziel einer therapeutischen Massnahme, dass gerade die-

ser emotionale und zweckfreie, leistungsferne Bereich in persönlichen Beziehungen stärker entwickelt wird. Insofern wäre es ideal, wenn der begleitende Sozialdienst Frau Menges diesbezüglich eine therapeutische Massnahme empfehlen und gegebenenfalls vermitteln könnte.

Fall 30: Familie Cuno (Schweiz, ehemalig sozialhilfebeziehend)

Frau Cuno durchlebte eine äusserst schwierige Kindheit und Jugend. Als sie 1959 unehelich zur Welt kam, war ihre Mutter gerade 17. Die ersten zwei Lebensjahre verbrachte sie im Heim bis ihre Mutter heiratete. Sabine Cunos Stiefvater adoptierte sie. Zwei Halbgeschwister kamen 1963 und 1964 auf die Welt. 1968 verstarb unerwartet Sabine Cunos Mutter. Die Grossmutter (mütterlicherseits) kümmerte sich um die Familie, jedoch verstarb auch sie bereits nach einem Jahr. Nachdem sich zwei Jahre lang Haushaltshilfen um die Familie kümmerten, zog 1971 die damalige Lebensgefährtin und spätere Frau des Adoptivvaters in den Haushalt. In dieser Ehe kam es ständig zu massiven Streitigkeiten. Nach ihrem Realschulabschluss verliess Frau Cuno den elterlichen Haushalt: Sie fühlte sich ständig ausgenutzt, weil sie sich um die jüngeren Halbgeschwister kümmern sollte, und sie ertrug die ständigen Prügeleien ihres Adoptivvaters und ihrer Stiefmutter nicht. Vorübergehend kam sie bei ihren Adoptiv-Grosseltern unter, danach zog sie in ein Leihmutterheim. Nach zwei Jahren schloss sie ihre Lehre als Tierarztgehilfin ab, danach besuchte sie eine Arztgehilfenschule. Im selben Jahr, 1976, wurde die Ehe ihres Adoptivvaters und ihrer Stiefmutter geschieden, ihre beiden Halbgeschwister kamen in ein Heim. In den 80er Jahren übte Frau Cuno Bürotätigkeiten bei verschiedenen Arbeitgebern aus, hinzu kamen Putz- und Kantinenjobs. Zehn Jahre lang konsumierte sie Heroin, konnte aber dennoch ihre Erwerbstätigkeit fortsetzen. 1986 liierte sie sich mit Albert Wurf, die gemeinsame Tochter kam 1990 auf die Welt. Nach Beginn des Sozialhilfebezugs 1992 trennte sich das Paar. Durch Aufnahme einer 50-prozentigen Bürotätigkeit zusammen mit einem Abwartposten konnte Frau Cuno sich vier Jahre später (1996) von der Sozialhilfe ablösen. Vorübergehend bezog sie 1999 vier Monate lang Sozialhilfe, da sie ihren Abwartposten aus gesundheitlichen Gründen kündigte. Da ihr der Wechsel zu einer 80-prozentigen Bürotätigkeit in einem Pharmakonzern gelang, konnte die Sozialhilfe eingestellt werden. Die Tochter geht neben der Schule in ein Tagesheim. Zum Kindsvater besteht ein guter Kontakt, auch von Frau Cuno aus. Frau Cunos Halbgeschwister ist es schlechter ergangen. Beide haben keine berufliche Ausbildung absolviert und sind heute wegen Drogensucht IV-verrentet.

Dieser Fall ist insofern dem von Frau Menges vergleichbar, als eine sehr hohe Leistungsmotivation verbunden mit einem überdurchschnittlichen Autonomiestreben als Reaktion auf die Erfahrungen in der Herkunftsfamilie entsteht. Im Unterschied zu Frau Menges entwickelte Frau Cuno allerdings kein spezifisches Berufsethos, ihre Bestrebungen sind rein auf die materielle Autonomie gerichtet. So gab sie selbst während ihrer zehnjährigen Heroinsucht die Erwerbsarbeit nicht auf.

Zusammenfassung. Die beiden Frauen dieses Typs zeichnen sich durch eine sehr hohe Leistungsorientierung aus, die sich als Reaktion auf die Erfah-

rungen im Elternhaus herausbildete. Für diese Frauen hat die Erwerbsarbeit einen sehr hohen Stellenwert. Die Bestrebungen, sich von der Sozialhilfe abzulösen, sind dementsprechend hoch.

Umgekehrt sind die beiden Frauen dieses Typs nicht nur an ihrer finanziellen, sondern auch an ihrer persönlichen Autonomie interessiert. Dementsprechend ist die Lebensperspektive weniger auf eine neue Liebesbeziehung hin orientiert, sondern auf die Erwerbsarbeit.

5.7.6 Typ III: Fallrekonstruktion

Fall 31: Familie März (Schweiz, sozialhilfebeziehend)

Petra März, Jg. 1977, ist die Tochter aus der zweiten Ehe ihrer Mutter. Ihr Halbbruder ist fünf Jahre älter, im Alter von 10 Jahren bekam Frau März eine Schwester. Frau März absolvierte eine Ausbildung als Coiffeuse, die sie wegen Schwierigkeiten mit ihrer Lehrmeisterin nicht abschloss, ein Wechsel in eine andere Ausbildungsstätte gelang ihr nicht. Sie begann daraufhin in dem von ihrem Vater betriebenen Mensabetrieb einer Ausbildungsstätte zu arbeiten. Im Alter von 20 Jahren wurde Frau März schwanger, ihr Freund verliess sie allerdings bereits während der Schwangerschaft. Nach der Geburt des Sohnes 1998 wurde ein halbjähriger Aufenthalt in einer psychiatrischen Klinik notwendig, anschliessend verliess Frau März die elterliche Wohnung und bezog eine eigene. In dieser Zeit begann die Sozialhilfeunterstützung. Frau März hätte gerne eine berufliche Ausbildung wiederholt, was aber vom Sozialdienst abschlägig beschieden wurde. Im Jahre 2000 bezog Frau März mit ihrem damaligen Freund, der nicht der Kindsvater war, zusammen eine Wohnung in der Agglomeration. Das persönlichere Klima des dortigen Sozialdienstes, die intensivere Betreuung und Beratung wurden von ihr im Interview sehr positiv hervorgehoben. Bereits ein Jahr später (2001) trennte sich das Paar wieder. Frau März zog vorübergehend für drei Monate zu ihren Eltern, um sich anschliessend in einer Agglomerationsgemeinde wieder eine eigene Wohnung zu nehmen. Gegenwärtig arbeitet sie zu jeweils 25 Prozent in dem von ihrem Vater geführten Mensabetrieb sowie in einem von ihrer Mutter geführten Café.

Familiäre Herkunft. Mittelbar ist Frau März bereits von der Trennung ihrer Mutter von ihrem ersten Mann betroffen, und zwar durch ihren Halbbruder. Da der Sohn mit Verhaltensauffälligkeiten reagierte, die sich mit der zweiten Ehe der Mutter intensivierten, beanspruchte Frau März' Halbbruder die gesamte Aufmerksamkeit ihrer Eltern, wodurch Frau März in eine randständige Position geriet. Im Interview betonte sie an mehreren Stellen, wie eifersüchtig sie immer auf ihren älteren Halbbruder gewesen ist, der aus ihrer Sicht immer im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stand, während sie wiederum beständig zu vernünftigem, das heisst problemlosem Verhalten diszipliniert wurde. Diese Randständigkeit in der Familie wiederholte sich, als Frau März im Alter von 10 Jahren noch eine Schwester bekam. Beansprucht von dem Baby und dem Kleinkind, konnte sich Frau März' Mutter den durch die Pubertät verur-

sachten Konflikten mit ihrer Tochter wohlbegründet entziehen. Auch die Ablehnung ihrer jüngeren Schwester und die Eifersucht auf sie werden im Interview laufend erwähnt.

Seit ich mich besinnen kann, haben wir [gemeint ist die Mutter] einander immer angeschrien. Sie mich - ich sie. Weil sie war schon einmal verheiratet, und von der ersten Ehe hatte sie einen Jungen. Und ich bin von der zweiten Ehe. Ich bin im Prinzip das Mittlere, also, ich wäre ja das letzte gewesen, und nach 10 Jahren haben sie noch meine Schwester bekommen, sie wollten eigentlich immer ein drittes, das ging aber nicht, nach 10 Jahren hat es geklappt. Da ist es natürlich das Näschtööckerli, und ich, als Zehnjährige, ich hätte sie da vergiften können. Also, ertränken, ich hatte einen solchen Hass, bis ich zwanzig war. Jetzt geht es, also jetzt habe ich keine Probleme mehr gehabt. Also, die Schwester sagt mir manchmal, dass ich hässig auf sie gewesen war, aber jetzt kommen wir super zusammen aus. Und die Mama, die hat, ihr Junge war irgendwie alles für sie, das ist, er war halt ein Junge. Und wir sind eben nie ausgekommen miteinander. Ich hatte einfach immer das Gefühl, eben, mein Bruder werde schon ein bisschen bevorzugt, weil er von der ersten Ehe ist, das darf man ihn nicht anmerken lassen, oder. Mein Vater, der hat auch sehr viel eben immer mit ihm gemacht, Hockey schauen gegangen und so, und mir hat man immer (...). Zumindest materiell, ich hatte alles, was ich wollte, aber doch nie in die Arme genommen und mir gesagt, "ich hab dich gern". Das hat sie einmal gemacht, da war ich hochschwanger. Ja, das war das einzige Mal.

Frau März geriet aufgrund der vorherigen Scheidung ihrer Mutter und der darauf folgenden Wiederverheiratung in eine randständige Position, die dadurch gekennzeichnet war, dass sämtliche Aufmerksamkeit ihrem älteren Bruder, der aus der ersten Ehe ihrer Mutter stammte, zuteil wurde. Offensichtlich kompensierte Frau März' Mutter ein Schuldgefühl, das aus der von ihr nicht bewältigten Scheidung von ihrem ersten Mann resultierte, und das sie durch erhöhte Zuwendung gegenüber ihrem Sohn zu kompensieren versuchte. Da in den Augen ihrer Mutter Frau März im Gegensatz zu ihrem Halbbruder keine direkten Trennungs- und Verlusterfahrungen machte, benötigte sie nicht die Zuwendung, die ihr Halbbruder benötigte, um die für ihn in den Augen seiner Mutter belastenden Erfahrungen kompensieren zu können. Aus dem Interview geht nicht hervor, worin der damalige Trennungsgrund bestand: Ob Frau März' Mutter von sich aus die Trennung von ihrem ersten Mann einleitete oder ob sie von ihrem ersten Mann verlassen wurde. Frau März' Mutter muss jedoch mit erheblichen Schuldgefühlen reagiert haben, anders ist die emotionale Ungleichbehandlung ihrer beiden ersten Kinder nicht erklärbar. Die Randständigkeit von Frau März in ihrer Familie wiederholte sich, als sie im Alter von 10 Jahren eine Schwester bekam: Die kleine Schwester beanspruchte die gesamte emotionale Aufmerksamkeit ihrer Mutter. Das passierte zu einer Zeit, als Frau März sich kurz vor der Pubertät befand. Die Pubertäts-

phase ist bereits eine beginnende Ablösung von den Eltern, jedoch benötigen pubertierende Kinder weiterhin die elterliche Zuwendung. Das Eltern-Kind-Verhältnis ist gemeinhin während der Pubertät sehr spannungsgeladen, jedoch ist das Ausagieren der pubertären Konflikte für die weitere persönliche Entwicklung vonnöten. Die Mutter von Frau März hatte mit dem jüngsten Kind einen Grund, sich den Konflikten mit ihrer pubertierenden Tochter zu entziehen. Naheliegender wäre es gewesen, wenn Frau März die persönliche Nähe zu ihrem Vater gesucht hätte, so dass sie mit einem engeren Vater-Tochter-Verhältnis ihre Randstellung im Verhältnis zur Mutter hätte kompensieren können. Statt dessen erwähnt sie im Interview, dass auch ihr Vater ihrem Halbbruder (damit seinem Stiefsohn) wegen der erfolgten Scheidung eher Aufmerksamkeit zukommen liess als ihr.

Die Randständigkeit der Position von Frau März gegenüber ihren Geschwistern entstand aus den Folgen der von ihrer Mutter persönlich nicht verarbeiteten Scheidung von ihrem ersten Mann. Sichtbar ist eine familiäre Vorbelastung für Frau März.

Psychosoziales Moratorium. Es begann für Frau März 1996 nach dem Scheitern ihrer Ausbildung als Coiffeuse und dauert bis zum Zeitpunkt des Interviews (2001) fort. In dieser Zeit wurde Frau März schwanger, wurde von ihrem damaligen Freund verlassen, gebar ihr Kind und wurde infolge der damit verbundenen Belastungen depressiv, so dass sie stationär behandelt werden musste. Auf ihre Verpflichtungen als Mutter war sie noch nicht eingestellt, sie fühlte sich überfordert. Nach dem Klinikaufenthalt folgte ein Schritt in die Selbständigkeit: Frau März bezog eine eigene Wohnung. Versuche, erneut eine berufliche Ausbildung zu absolvieren, schlugen fehl, da der für sie zuständige Sozialdienst sie nicht unterstützte.

Mit ihrem neuen Freund zog sie im Jahre 2000 in die Agglomeration ihrer Geburtsstadt: Das lässt sich als Versuch der (Stief-)Familiengründung in einer neuen Umgebung interpretieren. Dieses Konkubinat dauerte vier Monate, danach zog Frau März vorübergehend zu ihren Eltern zurück, um sich anschließend wieder eine Wohnung in der Agglomerationsgemeinde zu nehmen, in der sie heute noch lebt. Frau März hat mit der eigenen Wohnung eine gewisse Selbständigkeit erreicht, ebenso ist ihr die Etablierung in einer neuen Gemeinde gelungen. Die bisher eingegangenen Beziehungen zu Männern haben sich nicht als stabil erwiesen. Der Schritt in die Erwerbsarbeitssphäre vollzog sich für Frau März bislang im Rahmen von Anstellungen, in denen sie mit ihren

Eltern arbeitete; der Schritt in ein Erwerbsarbeitsverhältnis ausserhalb ihrer Herkunftsfamilie ist nicht vollzogen.

Hierzu zwei Interviewstellen. Aus der direkten Abhängigkeit ihren Eltern gegenüber hat sich Frau März durch den Auszug herausbegeben:

Anfangen hat es, (...) ich habe bei den Eltern gewohnt und war alleinerziehende Mutter. Eben, und wie das so geht, wenn zwei, äh drei Generationen im selben Haushalt sind, gibt es immer Reibereien, und dann habe ich mich entschieden, selber eine Wohnung zu nehmen.

Andererseits ist durch die gegenwärtige Situation, den Sozialhilfebezug, die emotionale Zuwendung des Vaters gegenüber Frau März gesichert.

Das ist, äh dass der Papa das [den Sozialhilfebezug] nicht akzeptieren kann und damit umgehen, (...) und dass man mir (...) nicht dass (...) der schaut, "das ist mein Problemkind", da komme, ja wirklich, so komme ich mir vor mit dieser Bemerkung. (...) "Probleme und Kummer und Sorgen, (...) am liebsten eben (...) hoffentlich lernt sie bald jemanden kennen, damit sie heiraten kann und der den Kummer hat." (...) Von den drei Kindern, das, was ich weiss ist, dass ich Papas Lieblingskind bin, das hat er mir schon immer zu spüren gegeben, nicht, indem er mich eben umarmt, aber indem, er hat alles gemacht für mich. Wenn ich ein Problem hatte, er hat das nicht diskutiert mit mir, der hat den Stein geräumt.

Die Beziehung zu ihrem Vater wird von Frau März deswegen hoch bewertet, weil er stellvertretend für sie ihre Probleme gelöst hat. Für sie ist es kein Problem, dass sie in den Augen ihres Vaters ein Problemkind ist, das ist für sie eher eine Bestätigung der väterlichen Zuwendung, die sie sich mit der gegenwärtigen Situation sichert. Stellvertretende Problemlösung bei gleichzeitiger emotionaler Distanz, so ist die Beziehung des Vaters zur Tochter zu charakterisieren. Bedeutsam ist, dass Frau März ihrem Vater unterstellt, er wolle, dass sie jemanden heirate, damit er die väterliche Sorge an einen möglichen Ehegatten delegieren kann. Umgekehrt bedeutet das, dass für Frau März eine Ehe gleichbedeutend ist mit dem Verlust der väterlichen Zuwendung. Dementsprechend ging sie noch keine länger andauernde Liebesbeziehung ein.

Erwerbsarbeit. Zunächst scheint sich die working poor-Situation durch die Ausbildungsbiographie von Frau März zu erklären. Nach ihrem Schulabschluss ergriff Frau März einen Beruf, in dem ohnehin wenig verdient wird. Sie wählte damit einen Lebensweg, wie er von vielen jungen Frauen aus bildungsfernen Arbeiter- und Kleinbürgermilieus eingeschlagen wird. Allerdings bestand sie die Abschlussprüfung nicht, massgebend hierfür war nach ihrer Aussage ein Konflikt zwischen ihrer Lehrmeisterin und der Geschäftsinhaberin, in den sie hineingezogen wurde. Eine neue Lehrstelle, in der sie das dritte

Lehrjahr hätte wiederholen können, fand sie nicht. Die diesbezügliche Interviewstelle ist sehr aufschlussreich.

Ich habe wirklich nicht Glück gehabt, also ich habe drei Jahre gelernt und gemacht und eben bin mit einer 3.98 durchgefallen. Dann wollte ich ein Jahr eben die Lehre nochmals, ich hätte dieses Jahr nochmals machen sollen - und das war etwas blöd. Ich habe zwei Chefinnen, also ich hatte meine Lehre in XXX angefangen, und dann nach sechs Monaten wollte ich nach A. in die Stadt. Dann haben sie mich dort in einen Salon getan und dann hatte ich zwei Chefinnen. Einer hatte der Salon gehört und eine andere hatte die Meisterprüfung. Und dann ein Jahr vor den Prüfungen hat die, die uns ausbildete, gekündet und ging in einen anderen Salon arbeiten. Dann habe ich da also schriftlich die Anfrage gemacht, ob ich die Lehre in diesem Salon fertig machen dürfte, weil ich nicht noch einmal wechseln wollte. Und dann habe ich in der Abschlussprüfung, habe ich meine Ex-Chefin als Expertin, das war natürlich gerade tipp-topp, oder. Und als ich dann eben durchgefallen war, sind wir 'aufgegangen zum Reden, weil eben, eine 3.98, die meisten kommen trotzdem durch, die tut man etwas hochlupfen, vor allem, man schaut ja die Noten des ganzen Jahres an, und da hatte ich Fünfer und Sechser. Ich war noch recht gut in der Schule. Und dann hiess es eben, ich müsse ein Jahr wiederholen, dann habe ich eine Lehrstelle gesucht, eben, einfach nicht mehr an diesem Platz, ich müsse eine andere Lehrstelle suchen, im ganzen Kanton D., wie ein Wunder gab es keine einzige Lehrstelle. Also an x Orten haben sie mir gesagt, komm eine Woche arbeiten, und dann hiess es einfach, wir brauchen Dich nicht mehr, und dann fing die Schule an, und dann dachte ich eben Gewerbeschule, es kommt dann schon etwas, und dann als die ersten Rechnungen kamen, als man die Schule selber hätte zahlen sollen und meine Eltern haben das nicht vermögen, und dann habe ich einfach alles fallen lassen. Dann habe ich beim Papi eben gearbeitet, und gearbeitet, in die Küche.

Die entscheidende Abschlussnote von 3.98 erscheint Frau März als äusseres, schicksalhafteres und von ihr nicht beeinflussbares Ereignis. Sie stellt im Interview keinen Zusammenhang mit ihrer Leistung her. Weder verweist sie darauf, dass sie ungerecht bewertet worden sei, noch versucht sie die schlechte Bewertung mit einem zeitlich befristeten Leistungstief zu erklären. Sie kritisiert vielmehr, dass die Prüfungspersonen dieses knappe Ergebnis nicht geringfügig zu ihren Gunsten korrigiert haben, so dass sie insgesamt die Prüfung doch, wenn auch knapp, bestanden hätte. Dabei zählte sie auf ihre Ex-Chefin, die zuvor bis zu ihrem Arbeitsplatzwechsel ihre Ausbilderin war. Schlechte Leistungen können ihrer Auffassung nach durch persönliche Sympathie kompensiert werden. Frau März fragt sich auch nicht, warum sie im Kanton keine andere Lehrstelle fand, warum ihr nach jeweils einer Woche Probezeit kein Ausbildungsbetrieb ein Lehrangebot zur Wiederholung des dritten Lehrjahres machte. Offensichtlich wurden ihr Können und ihre Leistungen als nicht genügend erachtet. Der Interviewtext verdeutlicht, dass Frau März nicht bewusst ist, dass in der Arbeitswelt vor allem Leistungen und nicht persönliche Sympathie zählen. Dass Frau März schliesslich einen Ar-

beitsplatz bei ihrem Vater wählt, so dass er ihr Vorgesetzter wird, verdeutlicht, dass sie weiterhin auf persönliche Bindungen und Loyalität zählt und sich der Bewertung durch Leistungskriterien entziehen will.

Es kann jedoch keineswegs gesagt werden, dass Frau März sich den Anforderungen der Arbeitswelt entziehen will. Vielmehr interpretiert sie diese Anforderungen auf ihre Weise. Sie nimmt nicht wahr, dass Erwerbstätige nach unpersönlichen Leistungskriterien bewertet werden und daraufhin ihren jeweiligen Status am Arbeitsplatz erhalten, sondern sie geht davon aus, dass am Arbeitsplatz die gleichen Regeln gelten wie in der Familie, in der die Eltern den Kindern die Schwierigkeiten aus dem Weg räumen.

Zum Zeitpunkt des Interviews arbeitete Frau März zu je 25 Prozent bei ihrer Mutter und bei ihrem Vater. Ein Erwerbsarbeitsverhältnis ausserhalb ihrer Familie hat sie seit ihrem Lehrverhältnis nicht mehr kennen gelernt. Zum einen versucht Frau März, die emotionale Abhängigkeit von ihren Eltern zu reduzieren, zum anderen meidet sie die üblichen, unpersönlichen (also ausserhalb familiärer oder freundschaftlicher Bindungen existierenden) Arbeitsverhältnisse. Dem Interviewtext lässt sich entnehmen, dass für Frau März ein persönliches, quasi-familiäres Klima am Arbeitsort von grosser Bedeutung ist. Arbeit ist für sie nicht Mittel zum Zweck, sondern Quelle persönlicher Anerkennung. Eine instrumentelle Orientierung, nach der Erwerbsarbeit ein Mittel zur Erwirtschaftung der eigenen Existenz ist, ist dagegen weniger ausgeprägt. Insofern werden am Arbeitsplatz auch emotionale Bedürfnisse nach familiärer Anerkennung befriedigt. Das wird im Interviewtext in der Schilderung ihrer Lehrstellensituation deutlich. Auch zeigt sich das Bedürfnis nach familiärer Anerkennung an den gegenwärtigen beiden Arbeitsorten, in denen sie zum einen mit ihrem Vater, zum anderen mit ihrer Mutter zusammenarbeitet. Sie hat damit ihre Kindposition aus der Familie in den Ort ihrer Erwerbstätigkeit transformiert. Es lässt sich schlussfolgern, dass Frau März in diesem Rahmen ihr Bedürfnis nach elterlicher Anerkennung und Zuwendung kompensiert, dass sie Anerkennung und Zuwendung als Kind und als Jugendliche in einer für sie ausreichenden Form nicht erfahren hat.

Sozialhilfe. Frau März überträgt ihre emotionalen Bedürfnisse auch auf die Sozialhilfe. Ihr ist es wichtig, dass sie persönlich betreut wird, dass die Sozialhilfe sich nicht darauf beschränkt, lediglich Geld auszuzahlen. Sie schildert im Interview die Erfahrungen, die sie mit zwei unterschiedlichen Sozialdiensten machte:

Und dann bin ich nach T. gezügelt, also aufs Land raus, denn die Sozialverhältnisse sind besser, es ist menschlicher. In D. ist man nur eine Nummer [beim Sozialdienst], man kommt und geht, man bekommt einfach den Scheck in die Finger, aber der Rest interessiert sie nicht, oder. (...) Ja, sie [die SozialarbeiterInnen] schauen auch einfach alles Drum und Dran an, das Leben, wie es moralisch geht, oder dem Jungen, und das Verhältnis ist besser auf dem Land draussen als in der Stadt, in der Stadt interessiert das meiste gar nicht recht.

Der anonymen Stadt wird die persönliche Zuwendung auf dem Land gegenübergestellt, wobei diese persönliche Zuwendung natürlich soziale Kontrolle ist, die von Frau März jedoch goutiert wird. Frau März äussert kein Bedürfnis nach spezifischen Beratungen, wesentlich ist für sie die emotionale Atmosphäre in Gestalt einer fürsorgenden Kontrolle. Im ländlichen Sozialdienst erblickt sie das, was ihr im Elternhaus gefehlt haben mag: die Gleichzeitigkeit von emotionaler Zuwendung und fürsorglicher Kontrolle. Bedeutsam ist, dass Frau März von der sie betreuenden Sozialarbeiterin dennoch keineswegs entmündigt wird. Vielmehr versteht ihre Sozialarbeiterin ihr Engagement für Frau März als Hilfe zur Selbsthilfe:

Eben wenn sie [die Sozialarbeiterin], wenn sie hierher kommt, nimmt sie sich wirklich eben Zeit für mich. Wenn ich, wenn ich etwas habe, dann kann ich ihr telefonieren, kann mit ihr reden, und manchmal, kleine Sachen, wenn ich manchmal einen Brief erhalte, ich habe Verständnisschwierigkeiten, also wenn wenn wenn sie mir das so erzählen, verstehe ich das, aber wenn es geschrieben ist, habe ich manchmal, das ist mir manchmal zu hoch, oder. Und und und, darf ich schnell zu ihr gehen, dann erklärt sie mir das. Und einmal habe ich das, eben mein erster, ich kann nicht einmal ohne Fehler schreiben, ich habe mich einfach sehr gehen lassen, eine Zeit lang, und dann habe ich einen Brief aufgesetzt, dann hat sie den mit mir korrigiert, oder, und dann habe ich den ins Reine geschrieben und nicht sie hat alles gemacht. Und das ist für mich viel wert. Das ist, ja eben sie schaut, sie hat auch gefragt, ob ich einen Lese- und Schreibkurs machen möchte, eben um zu lernen, ohne Fehler zu schreiben, oder gewisse Briefe selber zu verstehen.

Frau März rechnet es ihrer Sozialarbeiterin hoch an, dass sie sie zu eigenen Leistungen ermuntert, dass sie an ihrer Selbständigkeit interessiert ist. Diese Textsequenz verdeutlicht, dass Frau März keineswegs daran interessiert ist, Abhängigkeiten gegenüber anderen und die eigene Unselbständigkeit aufrechtzuerhalten. Die persönliche Zuwendung, die sie von ihrer Sozialarbeiterin erfährt, ist für sie die Bedingung der Möglichkeit, Schritte in die Selbständigkeit zu wagen. Insofern wird durch die Sozialarbeiterin ein in ihrem Elternhaus von Frau März erfahrenes Defizit kompensiert: Emotionale Zuwendung war offensichtlich bei ihren Eltern nur um den Preis der Unselbständigkeit zu erlangen. Frau März ist nicht in einem überfürsorglichen, die Kinder vor vermeintlichen Gefahren abschirmenden Elternhaus aufgewachsen, son-

dern in einem, in dem elterliche Zuwendung nur zu erlangen war, indem man sich als Kind unselbständiger gebärdete als man es tatsächlich war. Die Kompensation dieses Defizits durch die Kooperation mit der Sozialarbeiterin ist insofern ein Fortschritt, weil das Kooperationsverhältnis bereits auf Selbständigkeit angelegt ist.

Bezogen auf die Problematik von Frau März übt die Sozialhilfe eine produktive, Selbständigkeit fördernde Funktion aus. Für Frau März ist der Bezug von Sozialhilfeleistungen und die Beratung und Begleitung durch eine Sozialarbeiterin, die ihre Selbständigkeit unterstützt, teilweise auch fordert, ein Fortschritt gegenüber dem Verharren in ihrem Elternhaus, in dem sie auf eine infantile Position festgelegt ist.

Resümee. Das Problem in diesem Fall besteht darin, dass die instrumentellen Orientierungen, um sich in unpersönlichen, rollenförmig organisierten Arbeitsverhältnissen zu behaupten, nicht genügend ausgeprägt sind. Der Interviewtext zeigt, dass Frau März in allen Lebensbereichen den emotionalen Austausch von Person zu Person sucht, dass sie unpersönliche Kooperationsverhältnisse, wenn irgend möglich, vermeidet. Insofern ist sie auf quasi-familiäre Beziehungen in Arbeitsverhältnissen angewiesen, was zur Folge hat, dass für sie nur Arbeitsverhältnisse in Frage kommen, in denen sie die von ihr gewünschte persönliche Gemeinschaftlichkeit findet. Dieser emotionale Bedarf erklärt sich aus der nicht bewältigten Scheidungserfahrung ihrer Mutter in Verbindung mit ihrer Position in der Familie. Die emotionale Zuwendung konzentrierte sich auf den in den Augen ihrer Mutter „scheidungs geschädigten“ älteren Halbbruder, während ihr beständiger Verzicht auf emotionale Zuwendung zugemutet wurde. Der gleiche Verzicht wurde von ihr später nach der Geburt der jüngeren Schwester gefordert. Es ist dieser sozialisatorische Hintergrund, das affektive Nachholbedürfnis, das sich erschwerend auf den beruflichen Werdegang von Frau März ausgewirkt hat, da sie im Lehrverhältnis emotionale Zuwendung und Bestätigung als Kompensation für die vorenthaltene Zuwendung innerhalb ihres Elternhauses suchte. Dieses kompensatorische Bedürfnis könnte auch ausschlaggebend für die frühe Schwangerschaft und damit für ihre persönliche Lebenssituation als alleinerziehende Mutter sein.

Fall 32: Familie Deutschmann (Schweiz, sozialhilfebeziehend)

Angelika Deutschmann, Jg. 1964, ist das vierte von insgesamt sechs Kindern, wobei das jüngste Kind ihre Halbschwester ist. Ihr Vater, Jg. 1932, ist Hilfsarbeiter, ihre Mutter, Jg. 1936, Pflegerin. Ihre Mutter verliess die Familie, mit der zweiten Frau ihres Vaters kam Frau Deutschmann nicht zurecht, weswegen sie 1976 in ein Heim kam. Nach ihrem Sekun-

darschulabschluss und einem Berufsfindungsjahr absolvierte sie eine Verkäuferinnenlehre und arbeitete anschliessend bis zur Geburt ihres Sohnes 1987 als Serviceangestellte in einer Bar. Der Kindsvater trennte sich kurz nach der Geburt des Sohnes von ihr. Frau Deutschmann wurde wegen geringer Alimente sozialhilfebedürftig. Ihr Sohn erkrankte vor der Einschulung an Anorexie, er musste im Spital zwei Jahre künstlich ernährt werden. Aufgrund dieser Erfahrung lehnt Frau Deutschmann es ab, mehr als 50 Prozent erwerbstätig zu sein, sie ist deswegen mit dem Sozialdienst im Konflikt. Ihr Sohn besucht gegenwärtig eine Rudolf Steiner-Schule. Nach einigen Jahren als Kioskverkäuferin arbeitete Frau Deutschmann zum Zeitpunkt des Interviews als Reinigungskraft in öffentlichen Institutionen.

Analog zu dem vorherigen Fall liegt auch hier eine Ablöseproblematik zugrunde. Materielle Autonomie ist für Frau Deutschmann kein anzustrebender Wert, vielmehr wird unter Berufung auf die Bedürfnisse des Sohnes die Fortsetzung der Abhängigkeit von der Sozialhilfe in Kauf genommen. Umgekehrt steht Frau Deutschmann der Schule und insbesondere einer externen Betreuung ihres Sohnes reserviert gegenüber. So kann die Anorexie des Sohnes als Bindungs- oder Kontaktverweigerung gedeutet werden, als Reaktion auf die vom Sohn als eingrenzend empfundene Überfürsorglichkeit.

5.7.7 Weitere Fälle

Die beiden folgenden Fälle lassen sich keinem der drei Typen zuordnen und werden der Vollständigkeit halber kurz dargestellt.

Fall 33: Familie Rey (Schweiz, ehemalig sozialhilfebeziehend)

Frau Rey, 32 J., zwei Kinder im Alter von 8 und 6 Jahren, wurde in der Zeit der Trennung von ihrem Mann seitens des Sozialdienstes finanziell unterstützt. Frau Rey ist gelernte Verkäuferin, ihr Mann Fabrikarbeiter. Wegen der schwierigen Einkommenssituation geriet das Paar in fortwährende Streitigkeiten, so dass Frau Rey sich nach acht Jahren Ehe entschloss, ihren Mann zu verlassen. Sie zog mit ihren Kindern in ihren Heimatkanton, arbeitete dort als Telefonistin und bezog ergänzend Sozialhilfe. Nach zwei Jahren entschloss sie sich, zu ihrem Mann zurückzukehren und begann ein Praktikum in einer pädagogischen Einrichtung. Frau Rey verfolgt das Ziel, an einer Fachhochschule Sozialpädagogik zu studieren.

Der Sozialhilfebezug und die zeitweilige Trennung von ihrem Mann fallen in eine Zeit der persönlichen und vor allem auch beruflichen Umorientierung für Frau Rey. Problematisch für die Familie Rey ist, dass die Sozialhilfe auf die Rückzahlung der während der Trennungszeit gezahlten Sozialhilfebeiträge besteht. Die Ablösung von der Sozialhilfe erfolgt durch die Versöhnung mit ihrem Gatten.

Fall 34: Familie Villiger (Schweiz, ehemalig sozialhilfebeziehend)

Chloé Villiger wurde 1972 als drittes von vier Kindern in der Dominikanischen Republik geboren. Ihr Vater (*1945) ist beim Militär beschäftigt, ihre Mutter (*1948) ist Verkäuferin. Nach Abschluss ihres zwölfjährigen Schulbesuches besuchte sie 1991 das erste Mal die Schweiz. 1993 heiratete sie den Schweizer Autohändler Egon Villiger (*1942), den sie heiratete. Seitdem lebt Frau Villiger in der Schweiz. Frau Villiger arbeitete als Serviertochter in Restaurants und als Bar-Maid in Diskotheken. Der Sohn John wurde 1998 geboren, im selben Jahr starb Herr Villiger. Bis zur Bewilligung der Witwenrente war Frau Villiger sozialhilfebedürftig. Inzwischen arbeitet sie wieder im Gastgewerbe, erhält die Witwenrente und ist nicht mehr auf Sozialhilfe angewiesen.

Hier hatte die Sozialhilfe lediglich eine Überbrückungsfunktion bis zur Bewilligung der AHV-Witwenrente.

5.8 Alleinstehende working poor**5.8.1 Sample**

Es handelt sich bei den alleinstehenden working poor um eine sehr heterogene Gruppe, deren Gemeinsamkeit lediglich in ihrer Lebensform besteht. Zusätzliche Problemlagen, die nicht bereits bei den anderen working poor-Gruppen gefunden und ausführlich dargestellt worden sind, lassen sich bei den alleinstehenden working poor nicht ausmachen. Wir finden Trennungsproblematiken, eingeschränkte Erwerbsfähigkeit wegen somatischer und psychischer Probleme sowie Integrationsschwierigkeiten. Teilweise kumulieren sich diese Problemlagen.

Alle Personen dieses Samples sind SchweizerInnen, sieben leben in Basel, eine in Freiburg. Vier Personen bezogen zum Zeitpunkt des Interviews Sozialhilfe, die anderen vier waren von der Sozialhilfe abgelöst.

Für einen Überblick werden die acht Fälle unseres Samples kurz vorgestellt und kommentiert.

5.8.2 Aktuelle SozialhilfebezügerInnen (Falldarstellungen)Fall 35: Frau Hangar (Schweiz)

Claudia Hangar (*1967), gelernte Kauffrau, anschliessend in der Altenpflege tätig, geriet im Alter von 26 Jahren in eine schwere Krise. Die Psychiatrie diagnostizierte affektive Schizophrenie, Psychose und manische Depressionen. Nach einem Aufenthalt in der psychiatrischen Universitätsklinik veranlasste die IV sie zu einer Umschulung. Eine Maurerlehre brach Frau Hangar vorzeitig ab. Danach begann Frau Hangar wieder in der Alten-

pflege zu arbeiten. Eine IV-Rente lehnt sie ab. Phasen der Erwerbstätigkeit wechseln mit Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug. Zur Zeit arbeitet Frau Hangar in der ambulanten Altenpflege auf Teilzeitbasis, würde aber gerne ihren Beschäftigungsgrad ausdehnen.

Die psychische Erkrankung ist der Grund der eingeschränkten Erwerbsfähigkeit Frau Hangars. Deutlich sichtbar sind ihre Bemühungen um die Integration in die Erwerbsarbeits-sphäre bzw. ihr Bestreben, eine gesellschaftlich anerkannte „Normalexistenz“ zu leben. Ihre Ablehnung einer IV-Rente begründet sich durch diese Orientierung. Für Frau Hangar ist der vorübergehende Bezug von Sozialhilfe als Notbehelf akzeptabler als der dauerhafte Rentenbezug. Es bestätigt sich an diesem Fall, dass die Versorgung durch ein sozialstaatliches Ersatzeinkommen nicht zur Aufgabe der Leistungsbereitschaft oder des Leistungswillens führt.

Fall 36: Frau Kogon (Schweiz)

Renate Kogon (*1945) ausgebildete Sekretärin und SchauspielerIn, lebte zwischen 1968 und 1976 im Ausland, wo sie als SchauspielerIn arbeitete. Nach einer Rückkehr in die Schweiz war sie als Fabrikarbeiterin, anschliessend als Sekretärin, freie Journalistin und Lehrerin tätig. Zwischenzeitlich studierte sie mehrere Semester Fächer aus dem Kanon der Philosophischen Fakultät. Nach mehreren Monaten Konkubinat heiratete sie 1994 einen asiatischen Mann (*1966), der zuvor in seinem Heimatland ohne Abschluss Sozialwissenschaften studiert hatte, sich dann in der Schweiz im Restaurantwesen hocharbeitete und schliesslich die Wirtsprüfung bestand. Seit 1999 ist er erwerbslos. Das Ehepaar ist seit 2001 gerichtlich getrennt. Frau Kogon hat 1996 ihr Studium wieder aufgenommen, finanziert sich durch Gelegenheitsjobs als Lehrerin und Journalistin und bezieht ergänzend Sozialhilfe.

Hier ist das Studium der Grund für die Einschränkung der Erwerbsfähigkeit. Von ihrem Mann trennte sich Frau Kogon, weil er nicht bereit war, in seinen beruflichen Zielen bezüglich Selbständigkeit zurückzustecken, sich mit einer Angestelltenexistenz zu begnügen und mit einer Stelle im Gastronomiebereich zum gemeinsamen Haushaltseinkommen beizutragen. Frau Kogon selbst strebt einen schnellen Studienabschluss an, schon um sich von der Sozialhilfe abzulösen.

Sowohl Frau Kogon wie auch ihr Mann versuchen, den sozialen Status ihrer Herkunftsfamilie einzunehmen. Frau Kogon stammt aus einer Akademikerfamilie, ihr Vater war promovierter Psychologe, ihre Mutter pädagogisch tätig. Mit ihrem angestrebten Studienabschluss versucht Frau Kogon, den Normen ihres Herkunftsmilieus zu entsprechen.²⁶ Ihr Mann entstammt einer

²⁶ Die andere Möglichkeit, nämlich durch Heirat mit einem Akademiker, den Normen ihres Herkunftsmilieus zu entsprechen, hat Frau Kogon nicht in Betracht gezogen. Inzwischen wird auch

Unternehmerfamilie, was erklärt, dass er an der Existenz als selbständig erwerbender Gastronom festhielt. Eine Existenz als unselbständig Erwerbender käme einem Statusverlust gleich. Frau Kogon wehrte sich jedoch gegen die ökonomische Abhängigkeit ihres Mannes von ihr, die durch seine Weigerung, unterhalb seines angestrebten Status zu arbeiten, entstanden wäre.

Fall 37: Herr Alfiri (Schweiz)

Herr Alfiri, Jahrgang 1944, betreibt allein einen Coiffeurladen. Bis zum Beginn der 1990er Jahre war dieses Geschäft recht lukrativ, er betrieb es mit Angestellten. Wirtschaftliche Konjunkturerbrüche, vermehrte Konkurrenz durch neu eröffnete Coiffeurgeschäfte sowie der allmähliche Verlust der Stammkundschaft führten zur Verschlechterung der Erträge, so dass Herr Alfiri seit mehreren Jahren ergänzend Sozialhilfe bezieht. Auf Urlaub verzichtete Herr Alfiri seit mehreren Jahren, um nicht noch mehr Stammkunden zu verlieren. Seine Perspektive besteht darin, mit Hilfe der Sozialhilfe sein Geschäft bis zur Pensionierung weiterzubetreiben.

Auffallend ist, dass Herr Alfiri laut Interview eine konservative Unternehmensstrategie betreibt: Es geht ihm um das Halten seiner Stammkundschaft, nicht oder nicht mehr um den Gewinn neuer Kundschaft. Im Prinzip ist damit der unternehmerische Konkurrenzkampf bereits aufgegeben. Der vormoderne Erwerbshabitus findet sich hier bei einem selbständig Erwerbenden wieder.

Fall 38: Frau Bouchez (Schweiz)

Frau Bouchez, Jahrgang 1948, keine Kinder, ist vor einigen Jahren von ihrem Mann verlassen worden. Inzwischen ist die Scheidung rechtskräftig. Er zahlt keine Alimente zum Lebensunterhalt, da Frau Bouchez bis zu ihrem 40. Lebensjahr erwerbstätig war. Eine berufliche Ausbildung absolvierte Frau Bouchez nicht. Für verschiedene Arbeitgeber war sie in der Fabrikarbeit und im Verkauf tätig, zum Zeitpunkt des Interviews arbeitete sie im Reinigungsgewerbe. Für grössere Ausgaben benötigt sie die finanzielle Unterstützung des Sozialdienstes.

Auch hier findet sich wieder ein vormoderner Erwerbshabitus. Obwohl die Ehe kinderlos blieb, sah Frau Bouchez in der Erwerbsarbeits-sphäre keine Möglichkeit zur Selbstentfaltung, es blieb bei ungelernten und angelernten Tätigkeiten. Familiäre Verpflichtungen können nicht als Grund dafür angegeben werden, dass keine berufliche Qualifizierung erfolgte.

von Töchtern aus Akademikerfamilien ein Studienabschluss erwartet. Martin Schmeiser (2003) legte jüngst eine Untersuchung zum Problem der Statusreproduktion im akademischen Milieu vor. Ihr entnahmen wir bezüglich dieses Falles wesentliche Anregungen.

5.8.3 Ehemalige SozialhilfebezügerInnen (Falldarstellungen)

Fall 39: Frau Klein (Schweiz)

Sybille Klein wurde geschieden, als ihr Sohn 6 Jahre alt war. Als Verkäuferin wollte sie nicht mehr als 50 Prozent arbeiten, um ihren Sohn betreuen zu können. Frau Klein lebte mit ihrem Sohn in ärmlichen Verhältnissen, da sie nicht wusste, dass sie ergänzend Sozialhilfe hätte beziehen können. Als ihr Lebensgefährte sich von ihr trennte, geriet Frau Klein in eine schwere Krise (Angstzustände, Migräne, Herzflattern), die schliesslich zu chronischer Arbeitsunfähigkeit führten. Eine berufliche Integrationsmassnahme scheiterte 1998. Nach einer kürzeren Sozialhilfeabhängigkeit bezieht sie heute eine IV-Rente von 100 Prozent. Inzwischen lebt sie mit ihrem Freund zusammen.

Die Ablösung von der Sozialhilfe erfolgte durch Invalidisierung.

Fall 40: Frau Wohlrath (Schweiz)

Frau Wohlrath, Jahrgang 1967, absolvierte nach Beendigung ihrer obligatorischen Schulzeit eine zweijährige Bürolehre (1984-1986), und liess sich anschliessend in der Französischen Frauenfachschule ausbilden. Danach (1987) begann sie in Altenheimen mit verschiedenen pflegerischen Tätigkeiten, erlitt jedoch 1994 einen psychischen Zusammenbruch, der einen Aufenthalt in der Psychiatrischen Universitätsklinik notwendig machte. Seitdem ist sie immer wieder sozialhilfeabhängig gewesen, seit 2001 ist sie in der ambulanten Hauspflege tätig.

Psychische Probleme waren die Ursache für die Sozialhilfeabhängigkeit.

Fall 41: Frau Heimbach (Schweizerin)

Frau Heimbach, Jahrgang 1957, arbeitete zunächst als Hilfsschwester, anschliessend als zahnmedizinische Assistentin. Für diesen Beruf wurde sie lediglich angelernt. Ihr Sohn wurde 1981 geboren. Die Ehe der Heimbachs wurde 1993 geschieden. Danach war sie zwei Jahre lang arbeitslos, begann stundenweise als Verkäuferin zu arbeiten und bezog ergänzend Sozialhilfe, da ihr Einkommen und die Alimente nicht ausreichten. Seit 1999 arbeitet sie zu 50 Prozent in einer kleinen Teigwarenfabrik, würde gerne 70 Prozent arbeiten.

Die Sozialhilfebedürftigkeit wurde in diesem Fall überwunden zum einen durch den Fortfall von Unterstützungsverpflichtungen, zum anderen durch die Möglichkeit, den Erwerbsgrad auszudehnen.

Fall 42: Frau Müller (Schweizerin)

Gerda Müller, Jahrgang 1948, konnte wegen der finanziellen Verhältnisse ihrer Eltern keine Berufsausbildung machen. Ursprünglich wollte sie nach dem Abgang von der Berufsfrauensschule Krankenpflegerin werden. 1966 zog sie mit ihrem italienischen Mann Antonio Bolzani, Jahrgang 1933, ins Wallis. Dort arbeitete sie im Reinigungsgewerbe, ihr Mann verrichtete Schweizer-Arbeiten in einer Reparaturwerkstatt. Wegen eines Arbeitsunfalls zog er sich ein Rückenleiden zu und bekam eine IV-Rente zugesprochen. Da es sich aber nur um die Minimalrente handelte, zog das Ehepaar nach Südtirol aufs Land. Nach der Geburt des ersten Kindes 1968 erkrankte auch Frau Müller am Rücken und erhielt die mi-

nimale IV-Rente. Zwei weitere Kinder kamen 1972 und 1975. Den Erwerbslohn erwirtschaftete allein Frau Müller durch Heimarbeit. Ihr Mann war nicht zur Erwerbsarbeit bereit. Als auch das jüngste Kind den elterlichen Haushalt verliess und Frau Müllers Mutter an Krebs erkrankte, entschloss sie sich zur Scheidung und zur Rückkehr in die Schweiz. In den Jahren 1998 und 1999 arbeitete Frau Müller zunächst auf Teilzeitbasis für einen Lebensmittelverteiler. Ergänzend bezog sie neben der IV-Rente für sechs Monate Sozialhilfe. Anschliessend konnte sie sich zur Datatypistin ausbilden lassen und arbeitet seitdem vollzeitlich für eine Bank. Seit der Vollzeittätigkeit bezieht Frau Müller keine IV-Rente mehr.

Es handelt sich hier um eine erfolgreiche Remigration und eine gelungene wirtschaftliche Verselbständigung. Erklärungsbedürftig sind jedoch nicht diese beiden Sachverhalte, sondern die Migration nach Italien. Bei der Rückwanderung und der Scheidung handelt es sich für Frau Müller um die Korrektur einer falschen Entscheidung. Das Interview mit ihr verdeutlichte ihr soziales Aufstiegsinteresse. So ist ihr die berufliche Position ihrer Kinder ausgesprochen wichtig. Als Grund für ihre Scheidung gibt sie die fehlende Arbeitsbereitschaft ihres Mannes und, zumindest implizit, auch sein fehlendes Aufstiegsinteresse an.

Zunächst scheint dieser Fall dem Befund, dass ein ausgeprägtes berufliches Selbstentfaltungsinteresse ein wesentlicher Grund für die Ablösung von der Sozialhilfe ist, zu widersprechen. Hier scheint es sich zunächst lediglich um eine hohe Leistungs- und Arbeitsbereitschaft zu handeln, derentwegen Frau Müller der erwerbsmässige Einstieg in den Bankensektor gelingt. Ihr Erwerbshabitus ist aber, im Gegensatz zu dem anderer working poor, als moderner und nicht als traditionaler Erwerbshabitus zu bezeichnen. Das äussert sich in zwei Aspekten:

Erstens. Der Wunsch nach einer Ausbildung als Krankenpflegerin lässt bereits auf ein implizites berufliches Selbstentfaltungsinteresse schliessen. Frau Müller hatte in jungen Jahren den Wunsch nach einer qualifizierten Tätigkeit, die mehr als nur den materiellen Broterwerb darstellt. Als Krankenpflegerin hätte sie sich mit dem Inhalt ihrer Tätigkeit identifizieren können. Weil ihre Eltern diese Ausbildung nicht finanzieren wollten oder konnten (über die wirkliche Haltung ihrer Eltern ist sich Frau Müller im Unklaren), blieb ihr eine ihren Interessen entsprechende berufliche Tätigkeit versagt.

Zweitens. Das Interview verdeutlicht, dass Frau Müller als Basis für ihren materiellen Broterwerb nicht die Zugehörigkeit zu einem Betrieb ansieht, sondern die durch Ausbildung erworbene Qualifikation, welche integraler Teil der Persönlichkeit ist und auf dem Arbeitsmarkt selbständig verwertet wird.

Auch die Schulbildung und weiteren Qualifikationen ihrer Kinder haben für Frau Müller einen hohen Stellenwert.

5.9 Zwei unterschiedliche Ausprägungen des Erwerbshabitus

Verwendet man einen klassifikatorischen working poor-Begriff, dann fallen eine Vielzahl von Lebenslagen und Existenzformen darunter. Die Falldarstellungen dürften hinreichend deutlich gemacht haben, dass zunächst nur die Verbindung von Armut bzw. Sozialhilfebedürftigkeit auf der einen und Erwerbstätigkeit auf der anderen Seite den gemeinsamen Nenner von working poor-Existenzen darstellen. Meistens ist die materielle Armutslage mit weiteren Problemlagen verknüpft, und diese Kumulationen dürften sich auch wechselseitig bedingen.

Abstrahiert man jedoch von diesen weiteren Problemlagen, dann zeigt sich, dass die jeweilige Ausprägung des Erwerbshabitus letzten Endes in sehr wesentlicher Weise mit ausschlaggebend dafür sein dürfte, ob die gegebene Armutssituation langfristig überwunden wird oder nicht. Working poor mit einem moderneren oder individuierten Erwerbshabitus haben Aussicht auf eine über die Verbesserung ihrer Erwerbssituation stattfindende Ablösung von der Sozialhilfe, im Gegensatz zu working poor mit einem vormoderneren oder eher traditionellen Habitus, die über die Ausdehnung ihres Erwerbsgrades oder andere, nicht arbeitsmarktbezogene Gründe den Weg aus der Sozialhilfe finden.

Es muss an dieser Stelle betont werden, dass es sich um eine auf idealtypischen Begriffen (im Sinne Max Webers) getroffene Unterscheidung und Entgegensetzung dieser beiden Habitusformationen handelt. Jeder empirisch vorfindbare Erwerbshabitus ist eher in einer modernen, individuierten Form oder in einer vormodernen, traditionellen Form ausgesprägt. Das heisst aber, dass sich bei einer überwiegenden Ausprägung eines individuierten Habitus auch noch traditionale Anteile nachweisen lassen wie umgekehrt auch bei einer überwiegend traditionellen Ausprägung des Erwerbshabitus individuierte Anteile ebenso nachweisbar sind. Als Vorbild dieser begrifflichen Unterscheidung diente das Modell der Herrschaftssoziologie Max Webers. Weber unterscheidet bekanntlich drei Herrschaftstypen aufgrund ihrer Legitimitätsgeltungen: die traditionale, die charismatische und die legale Herrschaft. Weber räumt gleichzeitig ein, dass keine dieser drei Legitimitätsgeltungen in reiner

Form in der empirischen Realität vorfindbar sind, dass diese Geltungen idealtypische Zuspitzungen darstellen (Weber 1985). Vielmehr dienen diese drei idealtypischen Begriffe zur Rekonstruktion vorfindbarer Herrschaftsverhältnisse. Der moderne oder individuierten Erwerbshabitus zeichnet sich dadurch aus, dass erstens ein mehr oder weniger ausgeprägtes berufliches Selbstentfaltungsinteresse vorliegt, und zweitens erworbene Qualifikationen und Kompetenzen als Bestandteil der eigenen Persönlichkeit wahrgenommen werden. Der erste Aspekt stellt die Triebkraft für die Orientierung im Erwerbssektor dar, er wirkt wie ein innerer Kompass in einer für den Akteur letzten Endes unüberschaubaren Situation. Der zweite Aspekt bildet die Voraussetzung dafür, dass die eigenen Qualifikationen und Kompetenzen strategisch auf dem Arbeitsmarkt verwertet werden können.

Der traditionale oder gemeinschaftsorientierte Erwerbshabitus zeichnet sich dadurch aus, dass Arbeit in erster Linie dem materiellen Broterwerb dient. Der Inhalt der Arbeit ist gegenüber dem materiellen Selbsterhaltungsinteresse nachgeordnet, die Erwerbsarbeit ist primär Mittel zum Zweck der Verwirklichung der ökonomischen Autonomie (während für denjenigen, der mit der Arbeit ein berufliches Selbstentfaltungsinteresse verbindet, die Arbeit in erster Linie einen Selbstzweck oder auch eine persönliche Entfaltungsmöglichkeit darstellt). Entsprechend sind bei dem traditionellen oder vormodernen Erwerbshabitus die ausgebildeten Kompetenzen und Qualifikationen nicht Bestandteil der eigenen Persönlichkeit. Sie können deswegen auch kaum strategisch und verwertungsorientiert eingesetzt werden. Bezüglich der Leistungsmotivation lassen sich keine Unterschiede zwischen diesen beiden Habitusformationen feststellen. Sowohl beim modernen wie auch beim vormodernen Erwerbshabitus konnte für die uns vorliegenden Fälle eine sehr hohe Leistungsmotivation festgestellt werden. Es ist nicht die Leistungsbereitschaft bzw. ihre Ausprägung, welche den Weg aus der Armut bzw. der Sozialhilfebedürftigkeit in Aussicht stellt, es ist vielmehr die Frage, wie modern der zugrunde liegende Erwerbshabitus faktisch ist. In diesem Sinne ist das working poor-Problem Ausdruck eines auf die Lebensführung bezogenen Rationalitätsgefälles.

Im Rahmen der vorliegenden biographischen Untersuchungen wurden jedoch keine individuellen Ausprägungen des jeweils zugrunde liegenden Erwerbshabitus rekonstruiert, sondern vielmehr Zuordnungen zur jeweils einen oder anderen Ausprägung vorgenommen. Auf diese Weise kann gezeigt werden, dass eine Ablösung von der Sozialhilfe über eine qualitative Verbesse-

rung des Arbeitsverhältnisses (im Gegensatz zur quantitativen Ausdehnung des Erwerbsumfangs) mit einem Erwerbshabitus korrespondiert, der überwiegend der individuierten oder moderneren Ausprägung zuzuordnen ist.

Sicherlich lässt sich die Entgegensetzung modern - vormodern in der Hinsicht problematisieren, dass letzten Endes der traditionale Erwerbshabitus aus der Perspektive des individuierten Erwerbshabitus als defizitär bestimmt wird. Dieser Einwand kann an dieser Stelle nicht weiter erörtert geschweige denn ausgeräumt werden. Es geht jedoch mit der Klassifizierung nicht darum, bestehende Defizite zu identifizieren, sondern zu verdeutlichen, warum für die eher traditionale, primär am materiellen Broterwerb orientierte und betriebsgemeinschaftsorientierte Ausprägung des Erwerbshabitus der qualitative Verbesserung der Arbeitsmarktsituation erschwert ist.

6 Gespräche mit Fachleuten

Ueli Mäder, Carlo Knöpfel

Wir stellen in diesem Kapitel die auf Band aufgezeichneten und transkribierten Gespräche mit ausgewählten Fachleuten vor. Wir veranschaulichen einzelne Gesichtspunkte mit konkreten Aussagen, die sich auf die Hauptfragen der Studie beziehen. Wir wollten von den Fachleuten insbesondere erfahren, wie sie die Situation der working poor wahrnehmen und welche Wege aus der Sozialhilfe führen könnten.

6.1 Methodisches Vorgehen

Wir führten Gespräche mit dreiundzwanzig Schlüsselpersonen, die mit der Sozialhilfe in Basel-Stadt bzw. im Kanton Freiburg vertraut sind. Bei der Anzahl und Auswahl der Gespräche achteten wir gemäss Projektbeschreibung darauf, genügend Personen einzubeziehen, die unterschiedliche Erfahrungsbereiche und Sichtweisen abdecken. Nebst der (in der Einleitung begründeten) geographischen Unterteilung (Basel-Stadt/Kanton FR) interessierten uns inhaltlich sowohl die Innensicht der Sozialhilfe als auch die Aussensicht auf die Sozialhilfe. Bei der Innensicht wählten wir hierarchisch unterschiedlich gestellte Personen mit je unterschiedlicher Nähe zu den working poor aus. Bei der Aussensicht berücksichtigten wir Fachleute, die mit der Sozialhilfe zu tun haben und private oder staatlich subventionierte Organisationen vertreten.

Elf der ausgewählten Schlüsselpersonen arbeiten bei der Sozialhilfe, darunter je zwei in leitender Funktion in Basel-Stadt und im Kanton Freiburg. Zehn der befragten weiteren Fachleute arbeiten bei sozialen Institutionen, die direkt mit der Sozialhilfe kooperieren. Ein zusätzlicher Experte vertritt einen Wirtschaftsverband und kennt die Sozialhilfe relativ gut. Bei den Sozialarbeitenden wählten wir fünf Personen nach dem Zufallsprinzip aus, drei in Basel-Stadt, zwei im Kanton Freiburg. Bei den übrigen zwei berücksichtigten wir eine Person, die unsere Dossieranalyse aktiv unterstützte und eine Person, die sich skeptisch äusserte und zurückhaltend daran beteiligte. Ein Gespräch fand mit einer ehemals verantwortlichen Person der Schweizerischen Konferenz

für öffentliche Sozialhilfe statt. Sie sollte die übergeordnete Perspektive einbringen.

Wir orientierten uns bei den Gesprächen an einem Leitfaden, den wir in vier Bereiche unterteilten. Uns interessierten erstens die Definition und das Verständnis von working poor; zweitens die Anstrengungen der Sozialhilfe, working poor abzulösen. Wir fragten, was die Sozialhilfe wie und für wen tut und baten die Fachleute, sowohl konkrete Massnahmen der Sozialhilfe als auch die Sozialhilfe selbst zu beurteilen, und zwar institutionell (einschliesslich der Zusammenarbeit mit anderen sozialen Einrichtungen) sowie sozialpolitisch konzeptionell (Abschaffung oder Ausbau der Sozialhilfe als Grundversicherung). Drittens interessierten uns Vorschläge, was die Sozialhilfe und working poor tun könnten; viertens weitere Massnahmen, die sich auf die Soziale Arbeit mit Einzelnen, Gruppen- und Gemeinwesen sowie auf die Sozialfamilien- und Wirtschaftspolitik beziehen.

Die Gespräche dauerten jeweils zwischen sechzig und neunzig Minuten. Wir zeichneten sie auf Tonband auf und führten sie – mit vier Ausnahmen – alle zu zweit; in Basel-Stadt waren Carlo Knöpfel und Ueli Mäder verantwortlich, im Kanton Freiburg Stefan Kutzner und Alessandro Pelizzari. Bei der Abschrift entschieden wir uns für ein einfaches Verfahren. Wir hielten wichtige Passagen wörtlich fest und fassten andere stichwortartig zusammen. Bei der Auswertung ging es primär darum, einzelne Sichtweisen und faktische Gesichtspunkte aufzunehmen.

Diese werden im Folgenden dokumentiert und kommentiert.

6.2 Sichtweisen

Wir stellen in einem ersten Schritt vor, wie vier Fachleute unsere Fragen beantwortet haben, die direkt mit working poor arbeiten. In einem zweiten Schritt folgen Auszüge aus Gesprächen mit zwei Verantwortlichen der Sozialhilfe. Dabei interessiert, inwiefern sich deren Optik unterscheidet. In einem dritten Schritt ergänzen wir die Aussagen mit Gesichtspunkten aus den weiteren Gesprächen mit Fachleuten. Wir achten dabei auf inhaltliche Übereinstimmungen und Abweichungen. Die inhaltliche Aufbereitung der Interviews vermittelt auch einen Einblick in Haltungen, welche die Arbeit mit working poor beeinflussen. Die Darlegung enthält Hinweise, die den Ausstieg aus der Sozialhilfe betreffen.

6.2.1 Beratung

Wir referieren in diesem Abschnitt die Äusserungen von vier Fachleuten, die working poor beraten. Zwei Fachleute arbeiten bei der Sozialhilfe, zwei bei weiteren Institutionen, die mit der Sozialhilfe kooperieren. Es handelt sich dabei um:

- (A/1) eine Sozialarbeiterin, die bei der Sozialhilfe arbeitet und unsere Dossieranalyse aktiv unterstützte;
- (B/2) eine Sozialarbeiterin, die bei der Sozialhilfe arbeitet und sich skeptisch an unserer Dossieranalyse beteiligte,
- (C/3) eine Fachperson, die für die Sozialhilfe Projekte zur Erwerbsintegration durchführt;
- (D/4) eine Psychologin die bei einer staatlich subventionierten Institution für die Sozialhilfe beratende und therapeutische Aufgaben übernimmt.

Wir führen die Antworten nach der Gliederung unserer Leitfragen auf. Dabei interessierte erstens die Definition und das Verständnis von working poor; zweitens die Anstrengungen der Sozialhilfe, working poor abzulösen; drittens Vorschläge, was die Sozialhilfe und working poor tun könnten; viertens weitere Massnahmen, die sich auf die Soziale Arbeit mit Einzelnen, Gruppen- und Gemeinwesen sowie auf die Sozial-, Familien- und Wirtschaftspolitik beziehen.

Die Ausführungen der Personen A/1 und B/2 veranschaulichen Innensichten aus unterschiedlichen (Basis-)Positionen, die Ausführungen der Personen C/3 und D/4 veranschaulichen Aussensichten von Institutionen, die in unterschiedlicher Funktion mit der Sozialhilfe zusammenarbeiten. Wir stellen die Äusserungen dieser vier Personen so ausführlich dar, weil sie inhaltlich wichtige Aspekte aus recht unterschiedlicher Sicht ansprechen.

6.2.1.1 Definition und Verständnis von working poor

Wir fragten die erwähnten Personen zunächst, was sie unter working poor verstehen. Die Antworten lauteten (auszugsweise wiedergegeben):

- (A/1) Working poor sind Personen, die arbeiten und einen Lohn beziehen, der nicht zum Leben reicht. Vorgaben des Sozialhilfegesetzes legen die Einkommensgrenze fest. Ein idealer oder einheitlicher Beschäftigungsgrad pro Haushalt lässt sich kaum festlegen. Es gibt auch bei Einzelpersonen unfreiwillige Teilzeit-Erwerbstätigkeit und damit ungenügendes Erwerbseinkommen wie bei working poor... Der Beschäftigungsgrad der Familie ist vom

Alter der Kinder abhängig. Je nachdem kann mehr oder weniger Erwerbstätigkeit von beiden Eltern erwartet werden. Bei Aussicht auf einen wenig attraktiven Job und hohen Ausgaben für die Kinderbetreuung ist bei Frauen der Anreiz zur Erwerbstätigkeit eher gering. Auch ist der Druck seitens der Sozialhilfe nicht gross. Allerdings bestehen seitens des Sozialamtes klare Richtlinien, wann und in welchem Ausmass Mütter wieder erwerbstätig zu sein haben.

(B/2) Es ist wichtig, zwischen richtigen und nicht richtigen working poor zu unterscheiden. Richtige working poor arbeiten Vollzeit. Nicht richtige working poor sind: alleinerziehende Mütter mit Teilzeitbeschäftigung (50%-80%); unfreiwillig Teilzeitbeschäftigte, die keine Vollzeitstelle finden; Künstler, die nicht mehr arbeiten wollen; zum Beispiel ein brasilianischer Strassenmusiker, der am Konservatorium unterrichtet und auf Verlangen der Sozialhilfe nicht bereit ist, mehr zu arbeiten, da sonst seine Seele leide. Hinzu kommen Suchtabhängige, die nur sporadisch arbeiten und unzuverlässig sind, sowie Ausländer, die ihre Frauen arbeiten lassen und sich krank fühlen, obwohl sie medizinisch gesund sind.

(C/3) Working poor sind Leute, die Vollzeit arbeiten und nicht von der Sozialhilfe wegkommen.

(D/4) Working poor sind Leute, die Vollzeit arbeiten und trotzdem nicht genug verdienen, um ihren Lebensunterhalt und denjenigen ihrer Familie zu gewährleisten. Die Erziehungs- und Familienarbeit sollte beim Beschäftigungsgrad berücksichtigt werden. Gross ist die Dunkelziffer von leistungsberechtigten working poor, die nicht zur Sozialhilfe gehen: Ausländerinnen und Ausländer haben selbst mit C-Bewilligung Angst, die Aufenthaltsbewilligung zu verlieren. Diese Problematik hat im letzten Jahr deutlich zugenommen. Dies u.a. auch deshalb, weil das Militär- und Polizeidepartement zunehmend mit der Ausweisung droht.¹ Hinzu kommen die illegal Anwesenden und die sans papiers. Bei der schweizerischen Wohnbevölkerung ist die Verwandten-Unterstützungspflicht ein zentraler Grund, weshalb working poor auf die Sozialhilfe verzichten. Wichtig sind auch der Wille, es selber zu schaffen, und die Würde, nicht alle persönlichen Informationen auf den Tisch legen zu müssen.

6.2.1.2 Was tut die Sozialhilfe?

Im zweiten Fragekomplex interessiert, was die Sozialhilfe aus Sicht der Fachleute wie und für wen tut. Wir fragten nach konkreten Massnahmen, nach deren Beurteilung und auch nach der institutionellen sowie sozialpolitischen Beurteilung der Sozialhilfe.

(A/1) Die Sozialhilfe hat, wie vom Wirtschafts- und Sozialdepartement verlangt, ein Anreizsystem eingeführt, das die Integration in die Erwerbsarbeit erhöhen soll. Das Pilotprojekt befindet sich mitten in der Konsolidierungsphase. Auch working poor werden einbe-

¹ Wir haben als Projektgruppe von working poor mehrere Kopien von Schreiben erhalten, welche die erwähnten Androhungen konkret dokumentieren.

zogen, um den Erwerbsgrad zu erhöhen... Die Sozialhilfe kann für working poor relativ wenig machen. Oft besteht das Problem, dass diese Leute in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind. Was kann da verändert werden? Die Betroffenen haben Angst, die Arbeitsverhältnisse überprüfen zu lassen, beispielsweise durch Beratungsstellen der Gewerkschaften. Sie befürchten, ihre Stelle zu verlieren... Massnahmen der Weiterbildung sind oft heikel. Ein Kosten-Nutzen-Vergleich spricht eher gegen solche Unterstützungsleistungen. Neben der Weiterbildung muss ja auch der Lebensunterhalt finanziert werden, was mit vagen Erfolgsaussichten und geringem Interesse der Leute selber ein hoher Aufwand ist... Was Sprachkurse betrifft: Wenn die Leute selber ein klares Interesse signalisieren, dies ausserhalb ihrer Erwerbstätigkeit zu machen, ist eine Finanzierung durch die Sozialhilfe denkbar; das kommt aber selten vor... Die working poor sind eine Minderheit unter den KlientInnen der Sozialhilfe. Darunter befinden sich wenig Einzelpersonen. Die Alleinerziehenden sind ein Spezialthema. Bei den Familien dominieren jene ausländischer Herkunft mit zwei bis vier Kindern... Die Umstrukturierung des Sozialamtes absorbiert viele Kräfte. Das Verhältnis zwischen dem Wirtschafts- und Sozialdepartement (WSD) und der Sozialhilfe ist problematisch. Der zu geringe Praxisbezug des WSD führt zu noch mehr Aufwand im Bereich der konkreten Umsetzung... In der Sozialhilfe hat es viele Leute, die engagiert sind und bereit mitzudenken, aber es sind kaum zeitliche Ressourcen vorhanden... Die Amtsleitung hat sich zu wenig gegen die rasche Einführung des Anreizsystems gewehrt, vertritt aber keine ökonomistische Sicht und geht mit dem Anreizsystem schon in die richtige Richtung, um die Motivation zur Erwerbstätigkeit zu heben... Ein wichtiges Problem sind die Schulden. Ohne Schuldensanierung gibt es kein Interesse an einem Job, weil der gepfändete Lohn tiefer liegt als das Existenzminimum nach den SKOS-Richtlinien... Die Dunkelziffer unter den working poor, die nicht zur Sozialhilfe gehen, ist vermutlich gross. Es gibt viele working poor, die den Gang zur Sozialhilfe als demütigend und eine Art von Bettelei empfinden... Mit der interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) ist ein wichtiger Schritt gemacht. Mehr Absprachen auf der Stufe der Sachbearbeitung sind mit dem case management geplant. Schnittstellen werden zum Beispiel mit der Invaliden-Versicherung, dem Amt für Sozialbeiträge und dem Arbeitsamt geklärt... Die Zusammenarbeit mit privaten Institutionen, beispielsweise mit der Familienberatungsstelle, ist nicht organisiert und von den Sachbearbeitenden abhängig. Hemmend wirken alte Feindbilder.

(B/2) Die Sozialhilfe klärt ab, ob berufliche Verbesserungen möglich sind: zum Beispiel über eine Anlehre oder über berufliche Aus- und Weiterbildung, auch wenn das die Sozialhilfe nicht zahlt... Das Anreizsystem der Sozialhilfe ist fragwürdig. Wer mehr Geld verdient, muss auch mehr Steuern zahlen. Dabei wird oft vergessen, regelmässige Rückstellungen zu machen. Zudem ist die Koordination mit dem Steueramt ungenügend. Auch die Krankenkassenprämien können so steigen. Das Anreizsystem erhöht ferner die Belastung der Sachbearbeitenden. Aber es ist ohnehin nur ein Versuch, der vielleicht auch wieder abgeblasen wird... Es gibt wohl punktuelle Verbesserungen bei der Sozialhilfe. Die Fachstelle für Arbeit, die Erwerbsmöglichkeiten abklärt, ist hilfreich... Die Qualität der Sozialen Arbeit leidet unter den hohen Fallzahlen und dem knappen Zeitbudget... Insgesamt hat sich die Praxis der Sozialhilfe in den letzten Jahren kaum geändert. Die neuen Konzepte und Begriffe stiften teilweise Verwirrung. Vieles ist unklar geblieben... Die hohen Fallzahlen führen zur Fokussierung auf die Auszahlung der Unterstützungsleistungen, auf die Bestimmung der Bedürftigkeit und auf Versicherungsfragen... Die Fachstelle für Arbeit

kümmert sich um Integrationsfragen. Das bringt eine Entlastung. Die Stelle arbeitet mit der Invaliden-Versicherung, mit dem Arbeitsamt, mit Kiebitz [private Institution] zusammen.

(C/3) Die Zusammenarbeit mit der Sozialhilfe ist gut, ein konstruktiver Austausch mit der Amtsleitung ist möglich. Mit den Sachbearbeitenden gibt es unterschiedliche Erfahrungen. Viele verhalten sich eher abwartend, stellen von sich aus wenig Kontakte her oder reagieren selten auf Berichte und Empfehlungen... Bei der Sozialhilfe ist allerdings auch Offenheit da, Neues auszuprobieren. Ich denke an das case management und die wirkungsorientierte Verwaltungsreform. Es besteht Mut zu Pilotversuchen. Auch wird die Zusammenarbeit mit privaten Institutionen gesucht... Probleme verursachen die hohen Fluktuationen im Sozialamt, die vielen Absenzen wegen Krankheiten und die Überlastung von Sachbearbeitenden. Die Probleme sind der Leitung bekannt. Das Sozialamt braucht mehr Stellen.

(D/4) Die Sozialhilfe ergänzt das Haushaltseinkommen bis zum Existenzminimum... Sie gibt kein zusätzliches Geld für Ferien. Ferien müssen über andere Quellen finanziert werden, auch wenn die Erholung zum Erhalt der sozialen Integration und der familiären Stabilität dringend nötig wäre... Eine direkte Verrechnung des Erwerbseinkommens mit der Sozialhilfe wirkt demotivierend... Eine spezielle Situation stellt sich bei Asylbewerbenden, da diese vom Bund unterstützt werden. Hier ist das Engagement der Sozialhilfe begrenzt, allerdings bestehen auch grosse Unterschiede zwischen einzelnen SachbearbeiterInnen... Die Qualität der Sozialen Arbeit ist beim Sozialamt sehr unterschiedlich, insbesondere bei der Beratung. Die Zusammenarbeit ist mit den einen gut möglich; bei anderen gewinnt man den Eindruck der Schikane. Bei einer Alleinerziehenden wurden beispielsweise auf Anregung der Familienberatung die Kosten für eine Therapie übernommen. Bei einer Klientin, die eine Zahnsanierung brauchte, aber panische Angst vor dem Zahnarzt hatte, wurde hingegen die Behandlung bei einer privaten Zahnärztin, zu der die Klientin Vertrauen gewann, nicht bezahlt. Das war allerdings vor sechs Jahren. Die Behandlung bei der Volkszahnklinik wäre übernommen worden, obwohl diese gleich teuer war. Als das bekannt wurde, verlangte die Sozialhilfe zusätzlich noch ein psychiatrisches Gutachten... Manche Sozialarbeitenden hängen zu stark an den Vorlagen und verlieren dabei das richtige Mass aus den Augen. Dies kann zu unnötigen Verteuerungen führen... In der Sozialhilfe ist eine Verunsicherung der Mitarbeitenden spürbar; weil die Vorschriften sich ständig ändern, geht das präzise Wissen über den möglichen Handlungsspielraum verloren... Es besteht der Eindruck, dass eine Demotivation bei den Mitarbeitenden vorhanden ist. Die einen, die mehr unterstützen wollen, werden eingeschränkt. Andere sind primär verwaltend tätig... Trotzdem hat sich mit der Einführung der neuen SKOS-Richtlinien die generelle Situation der Sozialhilfe verbessert.

6.2.1.3 Vorschläge (Sozialhilfe)

Im dritten Fragekomplex interessiert, welche Vorschläge die Fachleute selber an die Adresse der Sozialhilfe richten.

(A/1) Die Sozialhilfe sollte offensiver vorgehen, um die Dunkelziffer unter den working poor zu senken... Sie sollte missliche Arbeitssituationen überprüfen, ferner die Fachstelle für Arbeit und Integration als Anlaufstelle bekannt machen, die Privatwirtschaft mehr unter

die Lupe nehmen, Lohnabrechnungen kontrollieren und auf einschüchternde Entlassungsdrohungen reagieren... Aber sie hat zu wenig personelle Ressourcen... Wichtig wäre eine gute Weiterbildung der Sozialarbeitenden, besonders was die Ansprüche an die Sozialversicherungen betrifft...

(B/2) Ausbildungen sind dort zu fördern, wo ein Potenzial vorhanden ist. Leute, die schon länger bei der Sozialhilfe sind, müssen zuerst vorbereitet und aufgebaut werden, damit sie sich wieder etwas zutrauen... Wichtig sind Feriengeld für Familien, Erholungsgeld für gestresste Mütter und Geld für kulturelle Tätigkeiten, zum Beispiel Musikurse für Kinder.

(C/3) Die Sozialhilfe muss die Fallzahl pro Betreuerin reduzieren und die Dauer zwischen den einzelnen Beratungen verkürzen. Problematisch ist die Doppelrolle der Sozialhilfe. Die Sozialhilfe arbeitet sanktionierend und beratend. Die Auslagerung der Beratung könnte die Wirkung steigern... Die Sozialhilfe hält oft zu lange am Ziel der Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt fest. Sie tut dies manchmal auch, wenn bereits klar ist, dass es sich um einen IV-Fall handelt... Wichtig sind mehr Anstrengungen, um den geschützten Arbeitsmarkt auszuweiten... Bei working poor drängen sich intensivere Standortgespräche auf. Dann zeigt sich, ob ein Stellenwechsel möglich und sinnvoll ist... Kurse mit Personen, die ebenfalls wenig verdienen, können dazu beitragen, neue Kontakte zu knüpfen und das Selbstwertgefühl zu verbessern.

(D/4) Die Sozialhilfe sollte Kosten für Kinder grosszügig übernehmen und Ferien für Eltern ermöglichen, die Erholung von der Familienarbeit benötigen. Wichtig wäre ferner ein Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung, damit die Frauen einfacher erwerbstätig sein können. Die Kosten müssten von der Sozialhilfe übernommen werden... In vielen Fällen ist kein grosses Erwerbseinkommen zu erwarten, da die Ausbildung nur minimal ist. Eine Gefahr besteht, dass die Sozialhilfe zu viel Druck auf Frauen ausübt, die Erwerbstätigkeit zu erhöhen... Weiterbildung und Umschulung können je nach Situation sehr hilfreich sein. Da lohnen sich Investitionen. Zu prüfen wäre auch, ob die Sozialhilfe ein gewisses Startkapital für den Weg in die Selbständigkeit zur Verfügung stellen könnte... Bei Asylbewerbenden findet sich viel Humankapital, das sich besser nutzen liesse.

6.2.1.4 Weitere Massnahmen (Familien- und Sozialpolitik)

Im vierten Komplex fragten wir nach konkreten Möglichkeiten der Sozialen Arbeit (mit Einzelnen, Gruppen, Gemeinwesen) und weiteren Massnahmen im Bereich der Sozial-, Familien- und Wirtschaftspolitik

(A/1) Vordringlich wäre eine massive Erhöhung der Kinderzulagen... Wichtig wäre die Überprüfung der Arbeitsverhältnisse. Etliche working poor arbeiten in prekären Arbeitsverhältnissen. Diese bewegen sich öfters am Rande der Illegalität. Beispiele finden sich in der Gastwirtschaft und bei Reinigungsfirmen.

(B/2) Die Erhöhung der Kinderzulagen ist das einfachste und wirksamste Instrument... Hinzu kommen Integrationsmassnahmen für AusländerInnen. Wichtig sind Sprachkennt-

nisse bzw. Sprachkurse... Es gibt einfach Jobs, bei denen das Einkommen nicht reicht, vor allem wenn eine Familie ernährt werden muss. Trotz gewerkschaftlicher Kampagne sind die unteren Löhne immer noch zu niedrig... Nischenarbeitsplätze gibt es nicht mehr. Früher konnte man noch in einer Firma mit einem Besen den Hof kehren oder in einem Laden die Einkaufswagen zusammenstellen... Der heutige Druck zur permanenten lohnrelevanten Weiterbildung ist für manche ArbeiterInnen zu hoch. Diese halten nicht mit, bleiben mit niedrigen Salären als working poor auf der Strecke. Für sie müssten wenigstens die Mindestlöhne festgelegt werden.

(C/3) Verstärkte Bemühungen um soziale Integration sind nötig. Dabei ist die Erwerbsarbeit wichtig. Sie ermöglicht Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Sie vermittelt Selbstwert... Die Zusammenarbeit zwischen der Arbeitslosen-Versicherung, der Invaliden-Versicherung und der Sozialhilfe müssen bezüglich der Erwerbsintegration deutlich verbessert werden... Die Wirtschaft hat Nischenjobs abgebaut; hier müsste mehr gemacht werden. Die einzelnen Unternehmen sollten dazu verpflichtet werden, eine bestimmte Anzahl einfacher Arbeitsplätze für Leute anzubieten, die vielleicht etwas langsamer sind.

(D/4) Es gibt beispielsweise Gutscheine für Waren bei Carisatt, aber es ist für die Leute schwierig, in einen speziellen Laden zu gehen; besser wären neutrale Gutscheine, die sich überall einlösen lassen... Es braucht eine bessere Allokation günstiger Wohnungen, zum Beispiel bei den Genossenschaftswohnungen. Den working poor fehlt oft das Beziehungsnetz, um an Wohnungen heranzukommen, die nicht über den gängigen Markt gehandelt werden... Die Wirtschaft muss die unteren Löhne anheben und existenzsichernde Minimeinkommen bezahlen. Die Firmen müssen auch von staatlicher Seite her mehr dazu angehalten werden.

6.2.1.5 Was auffällt

Wir beziehen hier die vier Gespräche auf die vier Hauptkomplexe des Leitfadens. Es sind dies erstens die Definition und das Verständnis von working poor, zweitens die Anstrengungen der Sozialhilfe, working poor abzulösen, drittens Vorschläge der Fachleute, was die Sozialhilfe und working poor tun könnten, viertens weitere Massnahmen, welche die Soziale Arbeit mit Einzelnen, Gruppen- und Gemeinwesen sowie die Sozial-, Familien- und Wirtschaftspolitik betreffen.

Die vier Fachleute vertreten, was das Verständnis von working poor betrifft, teilweise recht unterschiedliche Auffassungen. Das zeigt sich beispielsweise bei der Unterscheidung zwischen echten und unechten working poor. Bei den Anstrengungen der Sozialhilfe problematisieren die Befragten unter anderem den Anreiz zur stärkeren Integration in die Erwerbsarbeit. Dies allerdings aus unterschiedlichen Gründen. Einer Person gehen die Anstrengungen zu wenig weit. Andere verweisen auf den zusätzlichen Aufwand für die

Sozialhilfe und die Art der Einführung. Ebenfalls thematisiert werden die Unterstützungspflicht der Verwandten und die Dunkelziffer der Anspruchsberechtigten, die keine Sozialhilfe beziehen. Wir kommen bei den weiteren Gesprächen (6.2.3) und bei den Folgerungen (6.3) auf diese Punkte zurück. Wir gehen auch auf die angesprochene Ohnmacht gegenüber der Prekarisierung der Arbeit ein, zudem auf geäusserte Zweifel am Nutzen der Weiterbildung.

Verbreitet sind Klagen über die hohen Fallzahlen und die mangelnde Zeit für Beratung und Schuldensanierung. Mitarbeitende der Sozialhilfe kritisieren den Ressourcenmangel, der Verbesserungen behindere. Externe Fachpersonen beschreiben die Sozialhilfe als wenig innovativ. Sie verweisen auf die hohe Fluktuation, welche die Kontinuität der Arbeit beeinträchtigt, und schlagen eine Trennung von Sanktion und Beratung vor, was innerhalb der Sozialhilfe kontrovers betrachtet wird. Weitgehende Einigkeit besteht darin, den geschützten Arbeitsmarkt auszuweiten und die Kinderzulagen zu erhöhen.

6.2.2 Leitung

Wir stellen hier die Sichtweisen von zwei Verantwortlichen der Sozialhilfe vor:

(G/7) ist in verantwortlicher Funktion bei der Sozialhilfe Basel-Stadt tätig;

(Q/16) leitet einen regionalen Sozialdienst im Kanton Freiburg.

Die Äusserungen dokumentieren die Innensicht aus der Perspektive von zwei (männlichen) Leitungspersonen. Beide beklagen die erheblichen Budgetzwänge. Sie haben selber weniger Kontakte zu working poor als die vier Fachleute, die vorher (Kapitel 6.2.1) zu Wort kamen. Wir gliedern die Aussagen ebenfalls nach den vier Hauptbereichen des Leitfadens.

6.2.2.1 Definition und Verständnis von working poor

(G/7) Working poor sind Einzelpersonen (inklusive Familien mit oder ohne Kinder), die nach Möglichkeit voll erwerbstätig sind, deren Einkommen aber nicht ausreicht, das soziale Existenzminimum (nach SKOS-Richtlinien) zu sichern.

(Q/16) Der klassische working poor Begriff bezieht sich auf Leute, die trotz vollem Arbeitspensum nicht genügend Einkommen erzielen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten... Das Problem mit den Teilzeit arbeitenden working poor - meistens handelt es sich um alleinerziehende Frauen - ist ein Problem der Sozialpolitik. Die klassischen working poor sind ganz klar ein Problem der Wirtschaft... Leute, die temporär arbeiten, haben zugenommen. Das sind Leute, die sich keine Reserven anlegen können... Gerade bei den ausländi-

schen Arbeitskräften stellen wir fest, dass die Löhne in den letzten zwei Jahren niedrig geblieben sind. Meistens betrifft es unqualifizierte Arbeitskräfte... Es gibt eine Dunkelziffer von working poor, die wir gar nicht kennen, die nicht zum Sozialdienst kommen und die sich irgendwie arrangieren... Diejenigen, die wir kennen, versuchen schon, eine andere Arbeitsstelle zu bekommen, haben aber Angst, arbeitslos zu werden. Sie denken wohl: Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach.

6.2.2.2 Was tut die Sozialhilfe?

(G/7) Die Sozialhilfe ergänzt den Lebensbedarf und berät über weitere, bessere Erwerbsmöglichkeiten. Sie unterstützt je nach Situation eine berufliche Abklärung und vermittelt Angebote zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Die Sozialhilfe überprüft auch Arbeitsverhältnisse bezüglich der Legalität des Einsatzes. Seit dem 1.1.2002 ist ein Anreizmodell als Pilotprojekt in Einführung. Es sieht einen Freibetrag auf das Erwerbseinkommen von einem Drittel vor. Daraus müssen jedoch die Steuern und die Erwerbsunkosten beglichen werden... Die Massnahmen führen nur vereinzelt zur Loslösung von der Sozialhilfe. Es werden jedoch Verbesserungen erzielt, die sich positiv auswirken. Ein Problem bilden die selbständig Erwerbenden. Hier fehlen der Sozialhilfe noch greifende Massnahmen. Das Pilotprojekt Anreizmodell lässt derzeit noch keine Aussagen zu. Weitere Ergebnisse sind abzuwarten... Es bestehen, was die Beurteilung der Massnahmen betrifft, gute Angebote, aber die Beratungsmöglichkeiten können mangels fehlender Ressourcen an der "Front" nicht voll ausgeschöpft werden. Verfahrensschritte im case management erfordern mehr Klärung, Koordination und Überwachung. Die Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen ist eigentlich sehr gut und erfolgreich. Hier wäre ein Ausbau möglich. Modelle und Projekte müssen jedoch entwickelt werden, wozu oft Ressourcen fehlen. Das Anreizmodell ist sehr komplex und hat durch die Schwierigkeiten bei der Umsetzung bei den Mitarbeitenden nicht viele Freunde. Der Modellansatz Anreiz wird jedoch begrüsst... Die Sozialhilfe hat jedenfalls erkannt, dass working poor eigentlich nicht zur Sozialhilfe gehören. Ansätze dies zu ändern sind in Diskussion. Die Kommunikation über die Erfahrungen und Erkenntnisse der Sozialhilfe kann weiter verbessert werden. Die working poor bilden jedoch nicht den Schwerpunkt der Fälle, sondern die jungen Erwachsenen im 18. – 25 Lebensjahr. Es gilt, unhaltbare Arbeitsverhältnisse anzugehen und Anreize zur Erwerbstätigkeit auszubauen.

(Q/16) Der Lohn ist eine Sache zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, da halte ich mich "raus". Etwas anderes ist es, wenn der Gesamtarbeitsvertrag nicht eingehalten wird, das ist dann Sache der Gewerkschaften. Aber das ist nur ganz selten der Fall. Auf die Lohnhöhe haben wir keinen Einfluss. Alles, was wir tun können, ist präventiv: Wir können eine Budgetberatung anbieten oder den Anspruch auf Sozialhilfe überprüfen... Rückzahlungspflicht besteht generell. Darauf weisen wir die Leute hin und sie unterschreiben auch, dass sie darüber informiert worden sind... Aber wir wollen ja auch niemanden schädigen, der sich wirtschaftlich stabilisiert hat, wir wollen ja den Leuten unter die Arme greifen... Für Alleinerziehende ist es nicht immer einfach, eine Teilzeitstelle zu finden... Die Alimentenhöhe richtet sich nach den Einkommensverhältnissen des Alimenteschuldners. Das Problem tritt dann ein, wenn der Alimenteschuldner nicht zahlt, dann wird vom Unterhaltsbüro bevorschusst. Das sind pro Kind 400 Franken, diese Summe ist für alle gleich. Ein viel grösseres Problem scheint mir bei den Kinder- bzw. Familienzulagen zu liegen. Das ist manchmal

haarträubend. Wenn jemand nicht mindestens 120 Stunden im Monat arbeitet, erhält er nicht die vollen Kinderzulagen.

6.2.2.3 Vorschläge (Sozialhilfe)

(G/7) Es ist wichtig, bei der Sozialhilfe das Beratungsangebot und den gezielten Ressourceneinsatz zu verbessern. Hinzu kommen erstens Massnahmen im Bereich der selbständig Erwerbenden, zweitens der Ausbau von unterstützenden Angeboten für die (Wieder-)Eingliederung in den Arbeitsmarkt, drittens die konsequente Anwendung des Anreizmodells und eventuell viertens die Verbesserung statistischer Grundlagen... Wichtig sind bei den working poor die Flexibilität für den Arbeitseinsatz, eine kritische Hinterfragung des Arbeitsverhältnisses und, sofern eine Möglichkeit besteht, der Wille, die Situation selber zu verbessern. Viel Durchhaltewillen ist gerade bei niedrigem Lohn gefragt. Aber Arbeit ist besser als Sozialhilfe.

(Q/16) Nach der Maxime der Sozialhilfe ist es nicht relevant, warum jemand Sozialhilfe empfängt. Wenn jemand nicht mehr arbeiten will, muss die Sozialhilfe zahlen. Wenn jemand seine Arbeitsstelle verliert, ist es nicht Aufgabe der Sozialhilfe, ihn dafür zu bestrafen. Es ist Aufgabe der Sozialhilfe, dafür zu sorgen, dass jeder Bürger der Gemeinde genug zu essen hat, versorgt ist, irgendwo wohnen kann und wieder selbständig wird. Ist er dann nicht motiviert, dann haben wir die Möglichkeit, das Budget um 15 Prozent zu kürzen. Mehr nicht. Das ist das Problem. Wenn jemand entscheidet, von mir aus langt die Sozialhilfe, kommt man auf keinen grünen Zweig. Wir haben ja auch das Interesse, so wenig Geld zu zahlen wie möglich... Aber es ist nicht nur die Sozialarbeit, die andere von ihren Verpflichtungen entlastet. Es gibt auch Steuerarrangements für besser Verdienende... Ich habe auch schon der Kommission gesagt, wenn wir alle Hebel in Bewegung setzen, um Steuerschulden einzutreiben, wir würden erschrecken, wie viel da noch eingebracht werden könnte.

6.2.2.4 Weitere Massnahmen (Sozial- und Familienpolitik)

(G/7) Verbessern lassen sich bei der Sozialen Arbeit der allgemeine Wissensstand über "heikle" Arbeitsverhältnisse. Das qualifiziert auch die Beratung. Unhaltbare Arbeitsverhältnisse sind direkt anzusprechen. Hier braucht es eventuell auch Aussprachen mit Gewerkschaften und Verbänden. Weiter führend sind die methodische Fallführung bzw. das case management. Was die Sozial- und Familienpolitik betrifft, ist der Ausbau von Kinder- und Familienzulagen die wohl beste Lösung. Die Leistungen liessen sich nach Einkommen abstufen. Eine "negative Einkommenssteuer" wäre eher problematisch. Eine Klärung der Anspruchsberechtigung ist generell schwierig. Dabei stellt sich die Frage, ob jeweils alle Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit ausgeschöpft werden. Die individuelle Beratung bleibt auch bei strukturellen Veränderungen wichtig... Von der Wirtschaft sind existenzsichernde Löhne zu erwarten. Dies mindestens für die Erwerbstätigen selber. Der Mindestlohn sollte 3'000 Franken betragen. Es gilt auch, die Familien betrieblich zu fördern und die Kinder- bzw. Familienzulagen sowie Ferienbeiträge zu erhöhen.

(Q/16) Mir scheint die Idee des existenzsichernden Einkommens, des Mindesteinkommens, ein zukunftsgerichtetes Modell zu sein..., analog zu den Ergänzungsleistungen. Jedermann hat Anspruch auf ein sicherndes Einkommen, das wäre ein Mittel gegen die Armut... Das ganze Problem der Kinderzulagen, das müsste man auch anschauen. Da besteht auch Bedarf.

6.2.2.5 Was auffällt

Bei der Definition von working poor betont ein Verantwortlicher der Sozialhilfe die haushaltsbezogene Perspektive, der andere betont die personenorientierte Perspektive. Deutlich ist der Hinweis auf die Dunkelziffer der working poor. Beide Verantwortlichen problematisieren, ähnlich wie die vier beratenden Fachleute, die Prekarisierung der Arbeit. Diese äussert sich in der Zunahme unsicherer, zeitlich befristeter Temporärjobs. Sie fordert die Sozialhilfe heraus. Der eine Verantwortliche plädiert dafür, vermehrt Arbeitsverhältnisse zu überprüfen; der andere möchte diese Aufgaben den Gewerkschaften überlassen. Beide sind sich einig, dass working poor nicht auf die Sozialhilfe gehören. Die Wirtschaft und Sozialversicherungen werden als zuständig erachtet. Vorschläge an die Adresse der Sozialhilfe beinhalten mehr Sanktionsmöglichkeiten. Diese könnten die Bereitschaft fördern, mehr Verantwortung zu übernehmen. Diese Sichtweise unterscheidet sich von jener, welche Sanktion und Beratung voneinander entkoppeln möchte. Dass sich bei der Sozialhilfe die Beratung verbessern liesse, erwähnen beide Leitungspersonen. Sie beurteilen aber ein existenzsicherndes Grundeinkommen (im Sinne einer negativen Einkommenssteuer) recht unterschiedlich.

6.2.3 Ergänzungen

Wir greifen hier aus den weiteren Gesprächen mit Fachleuten ergänzende Gesichtspunkte auf. Die Aussagen beziehen sich: erstens auf das Verständnis von working poor, zweitens auf Anstrengungen der Sozialhilfe, drittens auf Vorschläge an die Sozialhilfe und viertens auf die Sozial- und Familienpolitik..

6.2.3.1 Working poor

Über working poor kann Frau S/18, Sozialarbeiterin bei einem ländlichen Sozialdienst, nicht viel sagen. Für sie sind working poor Personen mit einem

Vollzeit-Job, denen der Lohn nicht reicht. Auf Nachfrage zählt sie auch Alleinerziehende zu den working poor. Frau S/18 berichtet von KlientInnen in prekären Arbeitsverhältnissen, die Teilzeit arbeiten und immer wieder ihre Arbeit wechseln (müssen). Alleinerziehende gehören teilweise auch zu diesem Personenkreis. Hinzu kommen Personen, die psychisch nicht genügend stabil sind und Schwierigkeiten mit Arbeitsregeln haben.

Alleinerziehende wollen einer Erwerbsarbeit nachgehen, führt die Sozialarbeiterin Frau S/18 aus. Sie erleben die Arbeit in der Regel als befriedigend, müssen diese jedoch mangels Fremdbetreuung oft einschränken. Frau R/17, ebenfalls Sozialarbeiterin eines ländlichen Sozialdienstes, bestätigt das.

Herr F/6 ist bei einem Amt für Berufsbildung in leitender Position tätig. Er verweist auf den hohen Anteil der 18-25-Jährigen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind. In Basel-Stadt beziehen 7,2% der Jugendlichen Sozialhilfe; das sind 10% aller Sozialhilfe-Beziehenden. Die Ursachen sind vielfältig. Herr F/6 nennt Erwerbslosigkeit und berufliche Ausbildung als wichtigste Gründe. An dritter Stelle folgt mit 16% - vor gesundheitlichen Problemen - ungenügendes Erwerbseinkommen. Als Beispiel dienen männliche Jugendliche. Diese finden zwar eher Zugang zur Berufsbildung als weibliche, brechen die Lehre aber häufiger ab, um mehr verdienen (und Schulden bezahlen) zu können. Diese Jugendlichen arbeiten oft in ungesicherten Teilzeitstellen. 57% der Jugendlichen, die Sozialhilfe beziehen, haben keinen beruflichen Abschluss.

Von jenen Jugendlichen, die noch in Ausbildung sind, sind einzelne von einem „Pingpong-Departementalismus“ betroffen. Die Sozialhilfe verweist auf die Zuständigkeit des Stipendienamtes (im Erziehungsdepartement), das Stipendienamt auf die Zuständigkeit der Sozialhilfe (beim Wirtschafts- und Sozialdepartement). Das soll sich nun mit der interdepartementalen Zusammenarbeit ändern. Allerdings besteht laut Herr F/6 eine neue Gefahr, wenn die Sozialhilfe mit der Begründung Leistungen kürzt, die Jugendlichen könnten günstiger in Wohngemeinschaften leben. Das kann, zusammen mit dem Anreizsystem, dazu führen, dass Jugendliche häufiger die Lehre abbrechen und in prekarierte Arbeitsverhältnisse geraten.

Herr O/14, Sozialforscher, hat die Situation der jugendlichen Sozialhilfe-Abhängigen in Basel-Stadt untersucht, zu denen jede zwölfte Frau und jeder fünfzehnte Mann im Alter zwischen 18 und 25 Jahren gehören. Er weist darauf hin, dass jede dritte jugendliche Person, die Sozialhilfe bezieht, beruflich integriert ist. Bei diesen erwerbstätigen Jugendlichen ist der Anteil der so genannt ausländischen Jugendlichen relativ höher. In der Gruppe der wegen Ar-

beitslosigkeit unterstützten Jugendlichen (49%) befinden sich signifikant mehr Personen mit Schweizer Nationalität. Wegen der insgesamt hohen Zahl der Jugendlichen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, empfiehlt Herr O/14, innerhalb der Sozialhilfe ein zielgruppenspezifisches Team zu bilden. Sozialhilfe zu beziehen, ist nach seiner Auffassung mehr als ein finanzielles Problem. Die bessere Situierung im Arbeitsmarkt reicht über wirtschaftliche Aspekte hinaus. Da ist mit gezielt sozialarbeiterischen Massnahmen auch die Selbstwertthematik zu berücksichtigen. Diese Haltung kontrastiert andere Sichtweisen. Herr T/19, Sozialdienstverantwortlicher einer Freiburger Gemeinde, vertritt beispielsweise die Auffassung, dass "echte" working poor einfach mehr Geld bräuchten und sonst nichts. Ähnlich äussert sich Herr H/8, der bei der Basler Sozialhilfe in zentraler Position tätig ist.

Frau P/15 arbeitet als Juristin beim Rechtsdienst einer sozialen Institution, die viel mit der Sozialhilfe zu tun hat. Wir haben mit ihr über die Bedeutung psychischer Behinderungen gesprochen. Psychische Behinderungen schränken in vielen Fällen die Arbeitsleistung ein. Sie bringen finanzielle Einbussen mit sich, die sozial abgefedert werden. Frau P/15 unterscheidet *zwei Hauptgruppen* von Personen, die arm und psychisch beeinträchtigt sind. Bei der ersten Gruppe vermindert die psychische Behinderung das Erwerbs- und Handlungsvermögen. Das hat Einkommensverluste und Ersatzbedürfnisse (Haushaltshilfe) zur Folge. Hier soll das System der Sozialversicherung mit der ersten Säule (AHV/IV) und im Fall von Erwerbstätigkeit mit der zweiten Säule (Pensionskasse) greifen. Ist die zweite Säule gut ausgebaut, kommt es eher selten bzw. nur übergangsweise (lange Verfahrensdauer, Fürsorge muss einspringen) zu Armut. Besteht keine oder eine schlecht ausgebaute zweite Säule, sind Ergänzungsleistungen nötig.

In der *ersten Hauptgruppe* weisen *drei Untergruppen* laut Frau P/15 ein erhöhtes Armutsrisiko auf: Die *erste Untergruppe* hat Probleme bei der Erwerbstätigkeit. Die Betroffenen können den Leistungsanspruch nicht mehr voll erfüllen. Die psychische Behinderung bleibt allerdings oft verborgen, weil die betroffene Person diese nicht akzeptieren kann und nach aussen verdecken, oder weil die psychische Behinderung ärztlicherseits nicht als solche erkannt oder anerkannt wird. Die Betroffenen verlieren je nachdem ihre Arbeit, gehen stempeln oder finden eine neue, weniger anforderungsreiche Stelle. Dadurch ergeben sich finanzielle Probleme. Können die Betroffenen ihre Kompensationsstrategien nicht mehr aufrecht erhalten, kommt es zum Eklat. Die ständige Überforderung führt zum Zusammenbruch. Dabei zeigt sich: Die

lange verdeckte Krankheitsgeschichte hat Einbussen bei den Versicherungsleistungen zur Folge, bei der ersten Säule wegen Verdiensteinbussen bzw. Beitragslücken. Bei der zweiten Säule fällt die kontinuierliche Verschlechterung der Versicherungsbedingungen ins Gewicht. Bei dieser Personengruppe funktioniert das System der sozialen Sicherung zuerst gar nicht, da die Krankheit aus verschiedenen Gründen nicht erkannt wird. Es kommt somit zu Armut oder zu finanziellen Engpässen. Wenn das System dann verspätet reagiert bzw. überhaupt erst (ein-)greifen kann, sind die Ansprüche der Betroffenen bereits reduziert. Der Bezug von Ergänzungsleistungen ist oft unausweichlich, auch wenn die Betroffenen in der zweiten Säule zunächst gut versichert waren. Das bedeutet in vielen Fällen ein Leben an der Existenzgrenze.

Frau A. ist beispielsweise ausgebildete Kindergarten-Lehrerin. Sie hat grosse psychische Probleme, kann diese aber nicht akzeptieren. Um den beruflichen Anforderungen genügen zu können, reduziert sie ihr Arbeitspensum scheinbar freiwillig auf siebzig Prozent. Frau A. merkt aber bald, dass sie auch dieses Pensum nicht bewältigen kann. Sie nimmt nun eine schlechter bezahlte Stelle in einer Kinderkrippe an, fühlt sich aber weiterhin überfordert und reduziert ihr Arbeitspensum auf fünfzig Prozent. Nach zwei Jahren muss - aus gesundheitlichen Gründen - ein Invalidisierungsverfahren eingeleitet werden. Dabei lässt sich nicht nachweisen, dass die Erkrankung auf die Erwerbstätigkeit als Kindergarten-Lehrerin zurückreicht. Frau A. erhält daher - im Vergleich zu ihrem ursprünglichen Status - erheblich reduzierte Versicherungsleistungen und lebt heute am sozialversicherungsrechtlichen Existenzminimum. Sie ist aber keine working poor mehr. Die Leistung einer Versicherung ermöglichte die Ablösung.

Die *zweite Untergruppe* bilden psychisch behinderte Jugendliche oder junge Erwachsene, die wegen mangelnder Integration ins Erwerbsleben keine ausreichende Versicherungsdeckung im Rahmen der zweiten Säule aufbauen. Die *dritte Untergruppe* besteht aus Personen, die aus biographischen Gründen nicht in der beruflichen Vorsorge versichert sind. Nebst Hausfrauen und Studierenden gehören Alleinerziehende mit geringem Erwerbseinkommen dazu.

Die *zweite Hauptgruppe* setzt sich aus Personen zusammen, bei denen sich aus der Armut psychische Probleme ergeben. Durch äussere Faktoren - wie Migration - geprägt, kennt diese Gruppe ständigen finanziellen Stress. In vielen Fällen führt dies zu psychischen Schäden, welche die Armut verfestigen. Frau I. ist beispielsweise ihrem Mann aus der Türkei nachgereist (Familiennachzug). Die Familie hat drei Kinder und lebt in einer engen Dreizimmer-

wohnung. Wegen der Einkommensschwäche des Haushalts leistet die Frau schlecht bezahlte Akkordarbeit bei verschiedenen Arbeitgebern. Die Überforderung führt zu einer Depression. Die Frau wird nun wegen ihrer psychischen Erkrankung invalidisiert. Die Zahl der Menschen, die wegen einer psychischen Erkrankung eine IV-Rente erhalten, verdreifachte sich innerhalb von zwanzig Jahren auf über 60'000 Personen (2002).

6.2.3.2 Was tut die Sozialhilfe?

Herr U/20 ist im Kanton Freiburg für die Sozialhilfe verantwortlich. Er betrachtet die mangelnde Qualifizierung als Schlüsselproblem der working poor. Entsprechend wichtig sind Massnahmen der Umschulung, Aus- und Weiterbildung. Die Soziale Arbeit kann Weiterbildung vermitteln, sagt die Sozialarbeiterin (R/17). Die Weiterbildung ist ihrer Auffassung nach aber oft zu schulisch ausgerichtet und trägt nur beschränkt dazu bei, eine besser bezahlte Stelle zu finden. Weiterbildungsprogramme haben laut Herr N/13, dem Führer eines Wirtschaftsverbandes, zumindest eine günstige psychologische Wirkung. Sie laufen jedoch Gefahr, wenn sie keine realen Verbesserungen bringen, das Scheitern zu subjektivieren und den Selbstwert von working poor zu senken, gibt Herr L/11 zu bedenken, der Projekte der Sozialhilfe evaluiert.

Nach einer eher trägen Phase der Problemverwaltung, sind derzeit bei der Sozialhilfe viele Umstrukturierungen im Gange. Sie betreffen vorwiegend organisatorische Massnahmen, aber auch die inhaltliche Arbeit mit KlientInnen. Im Vordergrund stehen: erstens das case management, das die Abklärung und Begleitung der KlientInnen verbessern soll, zweitens das Anreizsystem, das die Erwerbsintegration der KlientInnen fördern soll, und drittens die globale Budgetierung sowie weitere Massnahmen im Sinne der wirkungsorientierten Verwaltungsreform. Auffallend ist, wie unterschiedlich einzelne Sozialtätige das Anreizsystem und weitere Erneuerungen beschreiben.

Die Anstrengungen der Sozialhilfe sind, wie die meisten Interviewten betonen, von beschränkter Reichweite. Prekäre Arbeitsbedingungen, der einseitig strukturierte Arbeitsmarkt und das fehlende Angebot an Arbeitsplätzen (für Personen mit formal geringen beruflichen Qualifikationen) begrenzen die Interventionschancen. Verbesserungen bringt die interdepartementalen Zusammenarbeit.

Die Umstrukturierungen absorbieren viel Energie. Sie ermöglichen teilweise Vereinfachungen, erhöhen aber auch durch neue Kontroll- und Zeiterfas-

zungssysteme bürokratische Aufwendungen. Der Problem- und Zeitdruck sowie gesetzliche Veränderungen verunsichern viele MitarbeiterInnen und erhöhen die Fluktuation. Die Qualität der in den Beratungen erbrachten Leistungen ist (immer noch) stark personenabhängig. Einzelne staatliche Einrichtungen arbeiten mittlerweile enger zusammen. Abstimmungsprobleme bestehen insbesondere mit privaten Institutionen.

6.2.3.3 Vorschläge (Sozialhilfe)

Herr H/8 ist bei der Sozialhilfe in leitender Funktion tätig. Er baut auf das Case Management, das massgeschneiderte Einzelfallhilfe garantiert, zudem auf das Anreizsystem, das Leistung belohnt, und auf die bessere Koordination zwischen sozialen Einrichtungen. Gute Triage bei der Sozialhilfe, Schuldsanierung und Selbsterziehung durch mehr Wirtschaftlichkeit, das bringt etwas, pflichtet Herr K/10 bei, der selber erwerbslos war und nun ein Beschäftigungsprojekt leitet. Wer nichts tun will, wird nicht gehätschelt, lautet sein Motto. Herr L/11, der Tätigkeiten der Sozialhilfe evaluiert, plädiert für ein Anreizsystem ohne Zwang und negative Sanktionsmöglichkeiten. Es gilt, die beschränkte Integrationsfähigkeit der Wirtschaft zu berücksichtigen. Sinnlos ist seiner Auffassung nach eine blosser Beschäftigung um der Beschäftigung willen.

Im Folgenden erwähnen wir nun weitere Vorschläge, die einzelne Fachleute bezüglich der Sozialhilfe und der Sozialen Arbeit erheben. Die Sozialhilfe soll:

- die Weiterbildung fördern und darauf achten, dass sich die Programme an Anforderungsprofile halten, die in der Reichweite der working poor liegen;
- kulturelle Aktivitäten unterstützen (Musikkurse verbessern die Lernfähigkeit von Kindern.);
- Ferien- und Erholungsformen unterstützen, die working poor (im Sinne einer Auszeit) mehr Distanz zum Alltag ermöglichen, beispielsweise über Mutter- und Vaterschaftsurlaube, Kinder- oder Elternferien;
- das Verhältnis von Sanktion und Beratung besser klären und transparenter handhaben;
- auf die Rückzahlungspflicht verzichten, die familiäre Beziehungen belastet und therapeutische Prozesse behindert;
- die Sensibilität für die eigene Machtposition erhöhen und bewusster damit umgehen;

- auf mehr personelle Kontinuität der Beratung und Sachbearbeitung achten;
- über die öffentliche Hand bzw. die Steuern auch jene working poor erreichen, die trotz Anspruch keine Sozialhilfe beziehen;
- die ArbeitgeberInnen auf ihre Verantwortung ansprechen und - nebst Einzelfallregelungen - die Transparenz prekärer Arbeitsbedingungen erhöhen.

Weitere Vorschläge der Fachleute beziehen sich auf die Soziale Arbeit. Sie soll:

- persönliche Interessen und Talente berücksichtigen;
- über gezielte Kurse die Kontakte innerhalb spezifischer Bevölkerungsgruppen fördern und so dazu beitragen, soziale Beziehungen und den Selbstwert der Beteiligten zu stärken;
- die sozialen und Aktivitäten besser koordinieren.

6.2.3.4 Weitere Massnahmen (Wirtschafts- und Sozialpolitik)

Es gilt, die Wirtschaft mehr in die Verantwortung einzubeziehen, sagt Herr H/8, der leitend für die Sozialhilfe tätig ist. Herr N/13, der einem Wirtschaftsverband vorsteht, gibt zu bedenken, dass in der Schweiz der Plafond des Wohlstandes erreicht sei. Zusammengefasst: Grössere industrielle Auslagerungen in den Osten stehen bevor. Im tertiären Bereich lassen sich kaum mehr neue Arbeitsplätze für unqualifiziertes Personal schaffen als in andern Bereichen abgebaut werden. Zwar gibt es in der Wirtschaft immer noch viel Energieverlust und Ressourcenverschwendung. Da lässt sich mit qualitativer Optimierung die Effizienz steigern. Teile der Erwerbsbevölkerung missverstehen aber das verfassungsmässige Recht auf Arbeit. Sie haben das Gefühl, dass es auch ohne Eigenleistung und ohne die Bereitschaft, sich beispielsweise umzuschulen und die Branche zu wechseln, geht. Auch gelingt es der Gratisschule immer weniger, Leistungen zu verlangen und Lernfreude zu schaffen. Die Wirtschaft muss dann die chronifizierte Willenlosen übernehmen, die es wegen des leichten Zugangs auch an der Universität gibt.

Dass sich Arbeitgeber erlauben, 100-Prozent-Löhne zu zahlen, die nicht existenzsichernd sind, hält die Sozialarbeiterin Frau S/18 für einen Skandal. Darauf müsse die Politik reagieren: Ein Grossteil der geleisteten Sozialarbeit besteht aus Beratung. Damit lässt sich jedoch die Arbeitsmarktsituation nicht verbessern. Sozialpolitisch sind für working poor Tageselternvereine wichtig. (Der Kanton Freiburg berücksichtigt dieses Anliegen mit einem neuen Gesetz, das die Gemeinden verpflichtet, eine Tagesbetreuung für Kinder anzubieten

oder die Kosten für die Betreuung durch Tageseltern zu übernehmen.) Die öffentliche Hand soll, rät Herr F/6, selber mit gutem Beispiel vorangehen, das eigene (Fahr-, Pflege- und Reinigungs-)Personal besser entlönnen, die nicht existenzsichernden Einkommen von den Steuern befreien, die Beiträge zu den Krankenkassenprämien erhöhen und die Ergänzungsleistungen auf weitere Bevölkerungsgruppen ausweiten, die über zu wenig Einkommen verfügen.

Weitere Forderungen der Fachleute zur Sozial- und Familienpolitik betreffen die Erhöhung der Kinderzulagen, die Förderung des sozialen Wohnungsbaus, die Zusammenarbeit der Sozialhilfe, der Arbeitslosen- und der Invaliden-Versicherung sowie Vereinfachungen bei der Anmeldung.

Die Wirtschaft soll Nischenarbeitsplätze zur Verfügung stellen, die Lohntransparenz erhöhen und kontinuierlich die Arbeitsverhältnisse überprüfen.

6.2.3.5 Was auffällt

Working poor sind Personen, die viel arbeiten und wenig verdienen. So lautet der häufigste Definitionsversuch. Der Erwerbsgrad lässt sich nach Auffassung der meisten GesprächspartnerInnen nicht präzise bestimmen. Er hängt vorwiegend von der Anzahl und dem Alter der Kinder (bzw. der unterstützten Personen) ab. Einzelne Fachleute erwähnen explizit auch die Teilzeit-Beschäftigten und Alleinerziehenden, ferner die Jugendlichen und psychisch Erkrankten.

Was die Sozialhilfe betrifft, verweisen die meisten Fachleute auf die begrenzten Möglichkeiten: Die Sozialhilfe kann Budgethilfe leisten und beraten. Eine Fachperson empfiehlt, die Beratungszeit so kurz wie möglich zu halten, um diesen "arbeitsamen Menschen nicht zu sehr auf die Nerven zu gehen". Zur direkten Unterstützung für Umschulungen oder psychosoziale Betreuung stehen kaum ausreichende personelle und finanzielle Mittel zur Verfügung. Weiterbildungen sind praxisorientierter zu gestalten. Die Verwaltungsreformen bringen zunächst einen hohen administrativen Aufwand mit sich. Die häufigen Umstrukturierungen absorbieren viel Energie. Die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen ist weiter zu verbessern.

Lösungen der working poor-Problematik werden vorwiegend ausserhalb der Sozialhilfe gesehen; so etwa bei den Regionalen Arbeitsvermittlungstellen (Umschulung), den Sozialversicherungen (effizientere Bearbeitung, interinstitutionelle Zusammenarbeit) oder allgemeiner in der Makroökonomie (Arbeitsmarktpolitik, Stärkung der Verhandlungsposition der working poor).

Als wichtig werden zudem sozial integrative Massnahmen erachtet. Einrichtungen wie Tageselternvereine ermöglichen nicht bloss die Erwerbsintegration; sie sind auch als soziales Netzwerk von Belang.

6.3 Folgerungen

Wir formulieren hier erste Folgerungen, die wir aus den Gesprächen mit den Fachleuten ziehen. Durch die Vielzahl der Sozialdienste lässt sich im Kanton Freiburg eine uneinheitlichere Praxis feststellen als in Basel-Stadt, wo jedoch ebenfalls erhebliche Unterschiede zwischen einzelnen Sozialtätigen bestehen. Vor den Gesprächen nahmen wir an, dass die Sozialdienste im frankophonen Bereich die soziale Integration stärker als die germanophonen betonen. Aber diese Erwartung bestätigte sich nicht. Fast alle Befragten machten deutlich, viel Wert auf die Erwerbsintegration zu legen. Dabei stellt sich die Frage, ob die Fokussierung auf die Erwerbsintegration tragfähige Veränderungen behindern kann, wenn die soziale Integration vernachlässigt bleibt. Die Sozialhilfe kann unseres Erachtens nicht davon ausgehen, dass working poor dank Erwerbstätigkeit bereits sozial integriert sind und lediglich finanzielle Unterstützung benötigen. Wichtig sind umfassende Standortbestimmungen mit allen Sozialhilfe-Abhängigen.

6.3.1 Working poor

1. Working poor sind Personen, die in einem einkommensschwachen Erwerbs-Haushalt leben. Dazu gehören Erwachsene und Kinder.
2. Der Erwerbsgrad der working poor ist von der Lebenssituation und dem Arbeitsmarkt abhängig. Er lässt sich prozentual nicht festlegen.
3. Die Erwerbstätigkeit fördert die soziale Integration der working poor. Sie garantiert diese aber nicht. Die niedrigen Löhne bringen weitere Probleme mit sich, die über die Einkommensschwäche hinausreichen und entsprechend zu beachten sind.
4. Die Einkommensschwäche kann den familiären Stress erhöhen und das Selbstwertgefühl aller Haushaltsmitglieder beeinträchtigen.

5. Der oft hohe Erwerbsaufwand, der erforderlich ist, um das Nötigste zu sichern, absorbiert viel Energie und schränkt die zeitlichen Reserven für weitere Anstrengungen ein.
6. Die Erfahrungen in prekarierten Arbeitsbereichen vermindern die Zuversicht. Die Zweifel an Verlässlichkeiten verstärken den Eindruck, keine weiterführende Perspektive entwickeln zu können.

6.3.2 Sozialhilfe

1. Die Sozialhilfe steht unter Druck. Sie übernimmt, was vorgelagerte Systeme der sozialen Sicherung nicht leisten. Diese schwierige Situation muss öffentlich deutlich kommuniziert werden. Das kann die Bereitschaft fördern, die finanzielle und personelle Ausstattung zu verbessern.
2. Die Sozialhilfe muss mit allen Mitarbeitenden Fragen der eigenen Macht und Ohnmacht reflektieren. Das mindert die Gefahr, Stress auf KlientInnen abzuwälzen und hilft, alle Beteiligten bezüglich einseitiger Abhängigkeiten zu sensibilisieren.
3. Die Sozialhilfe muss das Personal weiter qualifizieren und den fachlichen Austausch untereinander fördern. Fundierte Auseinandersetzungen über ethische Grundlagen und unterschiedliche Menschenbilder erhöhen die Kohärenz der Haltungen. Sie dienen der Klarheit, fördern die Verbindlichkeit und vermindern Willkür, ohne alle individuellen Handlungsmöglichkeiten der Sozialhilfe auszuräumen.
4. Die Intensivierung der interinstitutionellen Zusammenarbeit und die wirkungsorientierte Verwaltungsreform zielen darauf ab, die operativen Abläufe zu vereinfachen und zu optimieren. Neue Formen der Bürokratisierung und die Detaillierung gesetzlicher Aufträge dürfen nicht dazu führen, wieder mehr Aufgaben aufzuschieben und den Aufwand zu erhöhen, um Aussergewöhnliches über Spezialgesuche bei irgendwelchen Stiftungen zu finanzieren.
5. Die Sozialhilfe verfügt über ein grosses Wissen. Es ist wichtig, dass sie dieses Know-how über die Beteiligung an weiteren Studien vertieft und über Massenmedien in die Gesellschaft einbringt.
6. Die Sozialhilfe muss sich gegenüber der Wirtschaft und Politik deutlich artikulieren. Es ist wichtig, dass sie selber die Initiative für strukturelle Veränderungen ergreift.

6.3.3 Working poor und Sozialhilfe

1. Die Sozialhilfe wurde bislang öfters dafür kritisiert, soziale Probleme zu subjektivieren. Bei den (als integriert eingestuft) working poor läuft sie jedoch eher Gefahr, mit der Fokussierung auf die Finanzschwäche persönliche Problemlagen zu verkennen.
2. Die Sozialhilfe muss bei der Erwerbsintegration - nebst finanziellen Aspekten - individuelle Perspektiven der working poor berücksichtigen und dabei (systemisch) die ganzen Haushalte einbeziehen.
3. Als irritierend empfinden einzelne Sozialhilfe-Abhängige, die aus psychischen Gründen einfache Arbeiten vorziehen, dass sie bei der Sozialhilfe zwar als KundInnen angesprochen werden, aber ähnliche Formalismen erfahren, denen sie im Erwerbsleben ausweichen wollen.
4. Mit dem Anreizsystem und der Optimierung der Effizienz läuft die Sozialhilfe Gefahr, sich jenem System anzunähern, das KlientInnen an der Arbeitsstätte als krank machend erleben. Die Sozialhilfe kann die Situation der working poor nicht mit den Mitteln verbessern, welche die Probleme mitverursacht haben.
5. Die Sozialhilfe hat - nebst finanziellen Hilfen - konkrete Möglichkeiten, die Situation der working poor zu verbessern. Sie kann die Unterstützten gut beraten und so helfen, neue Perspektiven zu entwickeln.
6. Damit die Sozialhilfe ihre anspruchsvolle Arbeit gut verrichten und die working poor unterstützen kann, benötigt sie institutionalisierte Formen der (permanenten) Selbstreflexion.

6.3.4 Wirtschafts- und Sozialpolitik

1. Die Sozialhilfe erfüllt im derzeitigen System der sozialen Sicherung eine wichtige Funktion. Eine Entlastung von finanziellen Leistungen ist über den Ausbau der Sozialversicherungen anzustreben. Die Sozialhilfe könnte sich so vermehrt auf die sozial integrativen Aufgaben konzentrieren.
2. Zu den wichtigen arbeitsmarktpolitischen Massnahmen zählen die Einführung und die Erhöhung verbindlicher Mindestlöhne. Sie entlasten die Sozialhilfe und verbessern die Situation der working poor.
3. Familienpolitisch wirksam wären erhöhte Kinderzulagen. Relativ einfache Möglichkeiten bestehen über die Ausweitung von Ergänzungsleistungen. Die-

se müssten, über AHV- und IV-BezügerInnen hinaus, vordringlich für Haushalte mit Kindern gelten.

4. Da das System der sozialen Sicherheit mit dem raschen Wandel der Lebensformen nicht Schritt hält und differenzierte Anpassungen im Rahmen einer pluralistischen Gesellschaft sehr komplex sind, drängt sich eine Pauschalisierung der Grundsicherung auf.
5. Ein existenzsicherndes Grundeinkommen liesse sich am ehesten über eine Ausweitung der Ergänzungsleistungen erreichen. So könnte an bewährte Strukturen angeknüpft und ein Unterlaufen bestehender Leistungsgrenzen verhindert werden.
6. Geld und gute Beratung sind wichtig, um die Situation der working poor zu verbessern. Die Verwirklichung von Lebensqualität hängt in unserer konsumorientierten Gesellschaft aber auch entscheidend davon ab, ob es gelingt, immaterielle Werte stärker zu gewichten.

7 Working poor und Sozialhilfe: Schlussfolgerungen

Carlo Knöpfel, Ueli Mäder, Stefan Kutzner

Wer sind die working poor, die von der Sozialhilfe unterstützt werden? Was ist zu tun, damit working poor keine Sozialhilfe (mehr) benötigen? Ist die Sozialhilfe überhaupt die richtige Institution im System der sozialen Sicherheit, um eine nachhaltige soziale und berufliche (Re-)Integration von working poor zu fördern und gewährleisten zu können? So lauten die Hauptfragen unserer Studie. Aus den theoretischen Ansätzen, den quantitativen und qualitativen Untersuchungsteilen zu den working poor, die von der Sozialhilfe unterstützt werden oder inzwischen eine Ablösung erfahren haben sowie aus den Gesprächen mit Expertinnen und Experten aus dem Fachgebiet der Sozialhilfe und anverwandter Bereiche können wir sieben Schlussfolgerungen ziehen. Sie beziehen sich auf das Phänomen der working poor, auf die Sozialhilfe als heute entscheidende Institution zur Unterstützung dieser armutsbetroffenen Haushalte, auf denkbare Interventionen der Sozialhilfe zu Gunsten einer eigenständigen Lebensgrundlage der working poor und auf wirtschafts- und sozialpolitische Alternativen zur Bewältigung der working poor-Problematik.

1. Haushaltsperspektive in der Armutsforschung mehr betonen

Der klassifizierende Begriff der working poor ist für die Praxis der Sozialhilfe wenig hilfreich. Schon die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem terminus technicus zeigt die Schwierigkeit auf, zu einer befriedigenden Umschreibung zu kommen. Um so grösser sind die Probleme, wenn es darum geht in der sozialarbeiterischen Realität die verschiedenen Klientinnen und Klienten als working poor zu identifizieren. Zu viele unterschiedliche Existenzweisen werden unter den working poor subsumiert.

Für die Praxis der Sozialhilfe liegt es darum auf der Hand, von einer erweiterten Definition von working poor auszugehen und damit all jene Haushalte zu beschreiben, in denen einer Erwerbstätigkeit nachgegangen wird, die Lohn Einkommen aber zur Existenzsicherung nicht ausreichen. Der Begriff der working poor beschreibt die Situation von Haushalten. Mit ihm wird nicht nur die Einkommens-, sondern auch die Bedarfsseite beleuchtet. In der Armutsforschung gilt es, nicht mehr nur die individuelle Lage von armutsbetroffenen

Menschen zu untersuchen, sondern vermehrt auch jene der Haushalte, in denen diese Menschen leben, ins Auge zu fassen. Dabei ist das Geschlechterverhältnis in den Haushalten und die Situation der Kinder in besonderer Weise zu berücksichtigen. Damit kann auch besser zwischen der individuellen Tieflohn- und der haushaltsbezogenen working poor-Problematik in der Armutsforschung unterschieden werden.

2. Hohe Nichtbezugsquote in der Sozialforschung thematisieren

Viele working poor beziehen keine Sozialhilfeleistungen. Während in der nationalen Armutsstudie (Leu, Priester & Burri 1997) über zwei Drittel der Schweizer Armutsbevölkerung zu den working poor gerechnet werden, liegt der Anteil von working poor in der Sozialhilfe bei 10 bis 20 Prozent (Fleury et al. 2003). Offenbar müssen verschiedene Probleme und Schwierigkeiten zusammenkommen, bis working poor zur Sozialhilfe gehen. Die Sozialforschung hat sich intensiver mit diesem Sachverhalt auseinander zu setzen, denn sie weiss noch wenig über die Hintergründe, die zu dieser hohen Nichtbezugsquote führen.

Working poor, die von der Sozialhilfe unterstützt werden, unterscheiden sich in wesentlichen Merkmalen von der Gesamtheit der working poor. In unserer Untersuchung, die auf der Auswertung von Dossiers aus der Sozialhilfe von Basel, Freiburg und Agglomerationsgemeinden von Freiburg aufbaut, finden wir mehr alleinerziehende Frauen, mehr ausländische, und mehr Teilzeit arbeitende working poor, als dies für die Gesamtheit der working poor festgestellt werden kann.

3. Komplexe Problemlage der working poor in der Sozialhilfe bewusst machen

Working poor, die den Weg zum Sozialamt gefunden haben, leiden nicht nur unter einem Einkommensmangel. Sozialhilfebeziehende working poor sind im Vergleich zu den working poor, die keine Sozialhilfeleistungen beziehen, vielmehr mit zusätzlichen Problemen belastet, die sich aus der Migration, der Trennung und Scheidung sowie gesundheitlich erzwungener Einschränkung des Erwerbsumfangs (Unfall, Krankheit, Teil- und Vollinvalidität) ergeben. Sie weisen eine Häufung von Risikofaktoren auf und haben mit komplexen Problemlagen zu kämpfen. Ihre berufliche und soziale Integration ist in ho-

hem Masse gefährdet. Die Sozialhilfe muss sich dieser Komplexität stärker bewusst werden.

Dabei ist auf die spezifische Zusammensetzung der Gruppe der working poor zu achten. Aus der Analyse der Interviews mit den Haushaltsvorständen von working poor können vier Gruppen unterschieden werden. Vollzeiterwerbstätige Paarhaushalte mit Kindern kämpfen in den meisten Fällen mit einem Milieuwechsel. Bewältigt werden muss der Wechsel von einem eher vormodernen in ein moderneres Lebens- und Arbeitsmilieu. Diese transitorische Stellung ist gekennzeichnet zum einen durch ein Aufstiegsinteresse und ein hohes Arbeitsethos, zum anderen durch den „Verzicht“ auf eine individuelle, auf dem Arbeitsmarkt verwertbare Spezialisierung. Teilzeiterwerbstätige Paarhaushalte (teilweise mit Kindern) erleben sehr häufig eine Einschränkung ihrer Erwerbsfähigkeit durch psychische oder somatische Erkrankungen. Die dritte Gruppe bilden die alleinerziehenden Frauen. Auffallend ist hier, dass für die meisten dieser Frauen durch die Erwerbstätigkeit „quasi-familiäre“ Bedürfnisse befriedigt werden: die Aufgabenbewältigung in einer Gemeinschaft und die dadurch erfahrene Anerkennung haben für sie Vorrang vor der individuellen beruflichen Bewährung. Die alleinlebenden working poor sind trotz grosser Heterogenität sehr häufig mit Trennungsproblemen und Scheidungsfolgen konfrontiert, teilweise kombiniert mit psychischen Einschränkungen.

Die working poor sind alles andere als eine homogene Gruppe. Die hier nachgewiesenen lebens- und arbeitsweltlichen Unterschiede verlangen auch nach unterschiedlichen Vorgehensweisen sowie nach differenzierten Beratungs- und Unterstützungsangeboten durch die Sozialhilfe.

4. Beschäftigungsfähigkeit (employability) der working poor sicherstellen

Bei den working poor, die sich von der Sozialhilfe ablösen, können erneut vier etwa gleich grosse Gruppen unterschieden werden. Ein Viertel erreicht die Ablösung über die Ausdehnung des Beschäftigungsgrades durch Überstunden, Zusatzjobs des Ehemanns und die Aufnahme oder Ausdehnung einer teilzeitlichen Beschäftigung durch die Ehefrau. Ein weiteres Viertel kann durch eine qualitative Verbesserung der Erwerbssituation (Lohnerhöhung, Beförderung, Wechsel des Arbeitgebers) von der Sozialhilfe abgelöst werden. Rund fünfzig Prozent der working poor brauchen von der Sozialhilfe also

nicht mehr unterstützt zu werden, weil sich ihre arbeitsmarktliche Situation verändert hat.

Weitere 25 Prozent der working poor beanspruchen keine weitere Sozialhilfe mehr, weil sie ein Sozialversicherungseinkommen (meistens IV-Rente, jedoch auch AHV- und Unfallrente) zugesprochen bekommen. Für das verbleibende Viertel sind andere Gründe (Wegfall von Unterstützungsverpflichtungen, Heirat, Umzug in einen anderen Kanton, private Unterstützung etc.) ausschlaggebend, die weder im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt noch mit einer Sozialversicherung stehen.

Viele working poor, die sich von der Sozialhilfe ablösen können, sind schon während des Bezugs der Sozialhilfeleistungen stärker in die Erwerbsphäre integriert (höherer Erwerbsumfang, grosses berufliches Selbstentfaltungsinteresse), und vor allem sind sie im Vergleich zu den aktuell sozialhilfebeziehenden working poor weniger von gesundheitlichen oder psychischen Problemen betroffen. Beides dient dazu, den Erwerbsumfang auszuweiten oder die berufliche Fortentwicklung zu fördern. Dieser Sachverhalt muss verstärkt von der Sozialhilfe als Ansatzpunkt für entsprechende Beratungs- und Unterstützungsangebote genutzt werden. Es gilt, die Beschäftigungsfähigkeit der working poor zuerst über entsprechende gesundheitsfördernde, bildungsorientierte und sozial integrierende Massnahmen sicherzustellen, bevor die arbeitsmarktliche Situation verbessert werden kann. Vieles spricht dafür, dass die Sozialhilfe allein mit dieser Aufgabe in vielen Fällen überfordert ist. Zu gering ist ihr direkter Bezug zum Arbeitsmarkt. Nur die interinstitutionelle Zusammenarbeit mit den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren der Arbeitslosenversicherung, den kantonalen IV-Kontrollstellen, den Einrichtungen der Berufsbildung und den privaten Anbietern von sozialen Dienstleistungen könnte hier neue und erfolgsversprechende Perspektiven eröffnen.

5. Ausführliche Abklärung und weiterführende Beratung für working poor notwendig

Aufgrund der vertieften Analyse von Einzelfällen in unserer Untersuchung muss die Sozialhilfe davor gewarnt werden, bei working poor auf ein umfassendes assessment und eine weiterführende Beratung zu verzichten und nur die finanzielle Unterstützungsleistung sicherzustellen.

Eine solche Verengung der sozialen Hilfe trägt zu einer Verfestigung der Abhängigkeit der working poor von der Sozialhilfe bei und eröffnet keine Perspektive auf eine frühe Ablösung. Vielmehr kommt sie einem Zuwarten gleich, bis sich die ökonomische Eigenständigkeit der working poor quasi von selbst einstellt. Die Beratungsleistungen sind darum auszubauen. Dabei ist eine neue Balance zwischen generalisierten Angeboten für alle und individueller Ausrichtung der integrationsorientierten Dienstleistungen zu suchen. Zudem ist der Blickwinkel von den Klientinnen und Klienten auf die Situation des ganzen Haushaltes auszuweiten.

Dies setzt allerdings eine entsprechende Befähigung der Sozialarbeitenden über eine effiziente Fallverwaltung hinaus voraus. Eine solche Beratungsleistung darf nicht bei der Klärung der Beschäftigungsfähigkeit der Betroffenen stehen bleiben. Sie muss im Sinne des „empowerment“ die ganze Breite der Schwierigkeiten, aber auch die (noch) vorhandenen Ressourcen reflektieren und auf die Förderung der Fähigkeiten und Möglichkeiten der Klientinnen und Klienten ausgerichtet sein. Diese Verstärkung der Beratungsleistungen muss auf einer kommunizierten strategischen Ausrichtung der Sozialhilfe basieren, die zum einen dem wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandel, zum anderen der Komplexität der Problemlagen der Klientinnen und Klienten gerecht wird.

6. Sozialhilfe braucht mehr personelle Ressourcen

Mit Blick auf die spezifische Klientengruppe der working poor wird in besonderer Weise deutlich, wie sehr die Sozialhilfe heute die Fehlleistungen im Arbeitsmarkt, die mangelnde Ausrichtung der Sozialversicherungen auf die neuen sozialen und wirtschaftlichen Phänomene der Individualisierung und Flexibilisierung und damit einhergehend der Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse aufzufangen hat. Diese Entwicklung hat sich in den vergangenen zehn Jahren deutlich akzentuiert und in den gestiegenen Fallzahlen und der zunehmenden Fallintensität der Sozialhilfe manifestiert.

Die Sozialhilfe reagiert sehr unterschiedlich auf die Problemlage der hohen Fallzahlen. Auffällig sind Versuche einer ständigen Reorganisation, um der nicht mehr zu übersehenden Schwierigkeiten Herr zu werden. Ziele dieser Reorganisationen sind primär die Optimierung der Abläufe, das verbesserte betriebswirtschaftliche Management der Falldossiers und eine adäquate Zuweisung der Klientinnen und Klienten zu den vorhandenen Integrationsange-

boten. Diese innerbetrieblichen Umstellungen absorbieren einen gewichtigen Teil der Arbeitszeit von Mitarbeitenden, die dann für die Beratung der Klientinnen und Klienten fehlt. Zugleich hat die Sozialhilfe mit einer wachsenden Begrenzung ihrer personellen und finanziellen Ressourcen zu kämpfen, obwohl die Fallzahlen hoch bleiben und die Schwierigkeiten zunehmen, mit denen working poor zu kämpfen haben.

Wer will, dass die Sozialhilfe ihren Aufgaben der Existenzsicherung und der Integration gerecht wird, muss bereit sein, ihr in der aktuellen gesellschaftlichen Situation mehr Ressourcen zur Verfügung stellen.

7. Sozialpartner und Sozialpolitik sind bei der Bewältigung der working poor-Problematik ebenfalls gefordert

So sehr eine Orientierung zu Gunsten einer frühzeitigen und zielorientierten Unterstützung der working poor von der Sozialhilfe gefordert und erwartet werden darf, so wenig darf übersehen werden, mit welchen Schwierigkeiten die Sozialhilfe angesichts der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Entwicklung zu kämpfen hat.

Gerade weil die Sozialhilfe nicht alle Dysfunktionalitäten der anderen Teilsysteme der sozialen Sicherheit auffangen kann und soll, ist der netzwerkorientierte Ansatz zur interinstitutionellen Zusammenarbeit in verstärktem Ausmass zu fördern. Ziel dieser Bemühungen muss die problemadäquate Zuweisung der Klientinnen und Klienten zur „richtigen“ sozialstaatlichen Institution sein.

Darüber hinaus ist die Sozialpolitik gefordert, die seit langem diskutierten familienpolitischen Massnahmen wie die Erhöhung der Kinderzulagen, die Ausdehnung der Ergänzungsleistungen auf armutsbetroffene Familien oder die steuerliche Entlastung der Familien (Einführung von Steuergutschriften) endlich zu realisieren. Damit würde von der Bedarfsseite her eine Entspannung der Lage für die working poor erreicht. Die Bemühungen zu einer dauerhaften Reintegration in den Arbeitsmarkt haben nämlich ihre deutlichen Grenzen. Ein ungenügendes Arbeitsangebot kann die Sozialpolitik mit noch so guten Beratungs- und Unterstützungsleistungen nicht kompensieren. Auch Anreizsysteme helfen hier kaum weiter. Es ist primär Aufgabe der Arbeitgeber und der Gewerkschaften, einer fortschreitenden Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse Einhalt zu gebieten und illegale oder zumindest zweifelhafte Beschäftigungsmuster zu bekämpfen.

Abbildungen und Tabellen

Abbildungen

1 Untersuchungspopulation „sozialhilfebeziehende working poor“	59
--	----

Tabellen

1 Rücklauf von Basel und Freiburg	63
2 Aktuelle working poor: Stichprobe bezüglich ausgewählter soziodemographischer Merkmale in Prozent	64
3 Durchschnittliche Anzahl Kinder pro Haushalt	65
4 Ehemalige working poor: Stichprobe bezüglich ausgewählter soziodemographischer Merkmale in Prozent	66
5 Arbeitssituation der sozialhilfebeziehenden Haushaltsvorstände	69
6 Branchenzugehörigkeit und Region der sozialhilfebeziehenden working poor	71
7 Arbeitssituation der sozialhilfebeziehenden Haushaltsvorstände nach Regionen	72
8 Arbeitssituation der Haushaltsvorstände für Beschäftigungsgrad > 0, während Sozialhilfebezug, Ehemalige	73
9 Durchschnittliches Bruttoeinkommen nach Haushaltstyp, gerundet auf 100 Franken	75
10 Durchschnittliches Brutto-Haushaltseinkommen nach Beschäftigungsgrad des Haushalts	76
11 Durchschnittliche Alimentenhöhe nach Kinderanzahl	76
12 Durchschnittliche Höhe der Sozialhilfe nach Haushaltstyp	78
13 Total zur Verfügung stehende finanzielle Mittel inkl. Sozialhilfe nach Haushaltstyp	79
14 Durchschnittliches Brutto-Haushaltseinkommen nach Haushaltstyp und Beschäftigungsgrad während Sozialhilfebezug, Ehemalige	80
15 Alimentenhöhe nach Anzahl Kinder, Ehemalige	81
16 Durchschnittliche Höhe der Sozialhilfe nach Haushaltstyp, Ehemalige	81
17 Total zur Verfügung stehende finanzielle Mittel inkl. Sozialhilfe nach Haushaltstyp, Ehemalige	81

18 Durchschnittliche Zimmerzahl nach Haushaltstyp	82
19 Unterversorgungsmerkmal „Wohnen“: Wohnungsgrösse in Abhängigkeit von der Personenzahl	83
20 Durchschnittliche Zimmerzahl nach Haushaltstyp, Ehemalige	84
21 Unterversorgungsmerkmal „Wohnen“ bei den ehemaligen working poor: Wohnungsgrösse zur Zeit des Sozialhilfebezugs in Abhängigkeit der Personenzahl	85
22 Durchschnittliche Schuldenhöhe nach Haushaltstyp	86
23 Durchschnittliche Schuldenhöhe nach Haushaltstyp, Ehemalige	86
24 Dauer der Sozialhilfeunterstützung in Monaten, Ehemalige	87
25 Dauer der Sozialhilfeunterstützung nach Haushaltstyp, Ehemalige	88
26 Anzahl der durchgeführten Massnahmen pro Haushalt	89
27 Art der durchgeführten Interventionen für die aktuellen working poor	90
28 Massgeblicher Grund für die Ablösung von der Sozialhilfe	91

Bibliographie

- Aglietta, Michel (1997): *Régulation et crises du capitalisme*, Paris: Jacob.
- Amt für Jugend und Berufsberatung des Kantons Zürich (2000): *Empfehlungen zur Bemessung von Unterhaltsbeiträgen*, Zürich: Amt für Jugend und Berufsberatung.
- Backhaus-Maul, Holger (Hg.) (1999): *Von der Sozialhilfe in die Erwerbsarbeit*, Frankfurt/Main: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge.
- Balthasar, Andreas (2001): Monitoring der sozialpolitischen Wirksamkeit der Prämienvverbilligung in den Kantonen im Jahr 2000, in: Bundesamt für Sozialversicherung (Hg.): *BSV-Forschungsbericht Nr. 2*, Bern: Bundesamt für Sozialversicherung.
- Bauer, Tobias / Wyss, Ursula (1997): *Sozialhilfe zwischen Sozialabbau und Grundrecht*, Bern: Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS).
- Bieber, Florian / Daskalovski, Zhidas (Hg.) (2003): *Understanding the war in Kosovo*, London: Frank Cass.
- Blackman, Shane J. (1997): Destructing a Giro: a critical and ethnographic study of the youth "underclass", in: Robert MacDonald (Hg.): *Youth, the 'Underclass' and Social Exclusion*, London.
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, soziales Kapital, kulturelles Kapital. In: Reinhard Kreckel (Hg.): *Soziale Ungleichheiten (Soziale Welt: Sonderband 2)*, Göttingen: Schwartz, 183-198.
- Bourdieu, Pierre (1984): *Die feinen Unterschiede: Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1992): *Réponses: Pour une anthropologie réflexive: entretien avec Loic J. D. Wacquant*, Paris.
- Bourdieu, Pierre (1993): *Sozialer Sinn: Kritik der theoretischen Vernunft*, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre et al. (1997): *Das Elend der Welt: Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*, Konstanz: Universitätsverlag.
- Bremen, Klaus (1990): Partizipation und Selbstorganisation von Armen, in: Dieter Döhring / Walter Hanesch / Ernst-Ulrich Huster (Hg.): *Armut im Wohlstand*, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 357-374.
- Brown, Nicola / Madge, Muriel (1982): *Despite the Welfare State*, London.

- Buhmann, Brigitte (1988): *Wohlstand und Armut in der Schweiz: eine empirische Analyse für 1982*, Chur: Rüegger.
- Buhr, Petra (1995): *Dynamik von Armut: Dauer und biographische Bedeutung von Sozialhilfebezug*, Westdeutscher Verlag: Opladen.
- Bundesamt für Sozialversicherung (1999): *Bekämpfung sozialer Ausgrenzung: Sozialhilfe in Kanada und in der Schweiz: Bericht der OECD (Beiträge zur sozialen Sicherheit Bd. 3)*, Bern: Bundesamt für Sozialversicherung.
- Bundesamt für Statistik (1999): *Armut verstehen – Armut bekämpfen: Armutsberichterstattung aus der Sicht der Statistik (herausgegeben von Robert Fluder, Narion Nolde, Tom Priester und Antonin Wagner)*, Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Bundesamt für Statistik (2002): *Statistisches Jahrbuch der Schweiz 2002 (109. Jahrgang)*, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Bundesamt für Statistik (2002a): *Messung der Unterbeschäftigung in der Schweiz (Sake-News Nr. 5)*, Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Bundesamt für Statistik (2002b): *Die Schweizerische Arbeitskräfteerhebung: kommentierte Ergebnisse und Tabellen 2001*, Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Bundesamt für Statistik (2003): *Einkommens und Verbrauchserhebung 2001*, Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Bundesamt für Statistik (2003a): *Schweizerische Lohnstrukturerhebung 2002*, Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Carigiet, Erwin / Mäder, Ueli / Bonvin, Jean-Michel (Hg.) (2003): *Wörterbuch der Sozialpolitik*, Zürich: Rotpunkt.
- Caritas Schweiz (Hg.) (1998): *Trotz Einkommen kein Auskommen: working poor in der Schweiz*, Luzern: Caritas-Verlag.
- Caritas Schweiz (Hg.) (2000): *Sozialalmanach 2000: Sozialrechte und Chancengleichheit in der Schweiz*, Luzern: Caritas-Verlag.
- Caritas Schweiz (Hg.) (2001): *Prekäre Arbeitsverhältnisse in der Schweiz*, Luzern: Caritas-Verlag.
- Caritas Schweiz (Hg.) (2002): *Sozialalmanach 2002: Der flexibilisierte Mensch*, Luzern: Caritas-Verlag.
- Castel, Robert (2000): *Die Metamorphosen der sozialen Frage: eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz: Universitätsverlag.
- Coser, Lewis A. (2000): Robert K. Merton, in: Dirk Kaesler, Ludgera Vogt (Hg.): *Hauptwerke der Soziologie*, Stuttgart: Kröner, 302-307.

- Diezinger, Angelika / Mayr-Kleffel, Verena (1999): *Soziale Ungleichheit: eine Einführung für soziale Berufe*, Freiburg/Breisgau: Lambertus.
- Drilling, Matthias (2002): *Bezügerinnen und Bezüger von Fürsorgeleistungen*, Basel: FHS-BB.
- Erdheim, Mario (1992): *Die gesellschaftliche Produktion von Unbewusstheit: eine Einführung in den ethnopsychoanalytischen Prozess*, Suhrkamp, Frankfurt/Main.
- Erikson, Erik H. (1973): Das Problem der Ich-Identität, in: ders.: *Identität und Lebenszyklus: drei Aufsätze*, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 123-212.
- Farago, Peter / Füglistaler, Peter (1992): *Armut verhindern: Die Zürcher Armutsstudie: Ergebnisse und sozialpolitische Vorschläge*, Zürich: Kantonale Fürsorgedirektion.
- Ferroni, Andrea Mauro / Knöpfel Carlo (1999) Braucht die Schweiz eine neue Sozialhilfe? In: *Zeitschrift für Sozialhilfe Nr. 5*, 65-70.
- Fischer-Rosenthal, Wolfgang; Rosenthal, Gabriele (1997): Warum Biographieanalyse und warum man sie macht. In: *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie*, 17, Weinheim und Basel: Beltz, 405-427.
- Fleury, Stéphane / Fluder, Robert / Gerber, Verena / Priester, Tom (2002): *Sozialbericht Kanton Zürich 2001: Ergebnisse der Schweizerischen Sozialhilfestatistik*, Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Flick, Uwe (1995): *Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Flick, Uwe (2002): *Qualitative Sozialforschung: eine Einführung*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Fluder, Robert / Stremlow, Jürgen (1999): *Armut und Bedürftigkeit: Herausforderungen für das kommunale Sozialwesen*, Bern: Haupt.
- Flückiger, Yves (2000): *TieflohnbezügerInnen und „working poor“ in der Schweiz: Situation und Entwicklung von 1991 - 1997*, Genf: Mimeo.
- Foucault, Michel (1977): *Überwachen und Strafen*, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Fragnière, Jean-Pierre et. al. (Hg.) (1996): *Retraités en action*, Lausanne: Réalités sociales.
- Fragnière, Jean-Pierre (1995): *Repenser la sécurité sociale*, Lausanne: Réalités sociales.

- Füglister, Peter / Hohl, Marcela (1992): *Armut und Einkommensschwäche im Kanton St. Gallen*, Bern: Haupt.
- Füglister, Peter / Pedergnana, Maurice (1996): *Vision einer sozialen Schweiz: zum Umbau der Sozialpolitik*, Bern: Haupt.
- Geissler, Rainer (2002): Facetten der modernen Sozialstruktur - Modelle und Kontroversen, in: Victoria Jäggi / Ueli Mäder / Katja Windisch (Hg.): *Entwicklung, Recht, Sozialer Wandel, Social Strategies: Festschrift für Paul Trappe zum 70. Geburtstag*, Bern: Peter Lang, 537-553.
- Gerfin, Michael / Leu, Robert E. / Brun, Stefan / Tschöpe, Andreas (2002): *Steuergutschriften: Mindestlöhne und Armut unter Erwerbstätigen in der Schweiz (herausgegeben vom Staatssekretariat für Wirtschaft seco, Grundlagen der Wirtschaftspolitik Nr. 5)*, Bern.
- Gerhardt, Uta (1994): *Patientenkarrieren: Eine medizinsoziologische Studie*, Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Gerheuser, Frohm W. (2001): *Mietbelastungen und Wohnverhältnisse: Ergebnisse der eidgenössischen Verbrauchserhebung 1998*, Grenchen: Bundesamt für Wohnungswesen.
- Gesundheits- und Sozialfürsorgedirektion des Kantons Freiburg (2001): *Statistik der materiellen Hilfe 2001*, Freiburg: Kantonaler Sozialdienst.
- Gildemeister, Regine (1992): Neuere Aspekte der Professionalisierungsdebatte: Soziale Arbeit zwischen immanenten Kunstlehren des Fallverstehens und kollektiven Strategien der Statusverbesserung, in: *Neue Praxis* 22, Heft 3, 207-219.
- Gilliand, Pierre (1997): Sozialpolitik, wirtschaftlicher Druck und Perspektiven, in: Schweizerische Gesellschaft für ein soziales Gesundheitswesen (Hg.): *Dokumentation Sozialpolitik*, Basel, 20-26.
- Hainard, François et. al. (1990): *Avon-nous des pauvres? Enquête sur la précarité et la pauvreté dans la canton de Neuenburg*, Neuenburg: Cahier de l'ISSP, No 12.
- Harrach, Eva-Marie von / Loer, Thomas / Schmidtke, Oliver (2000): *Verwaltung des Sozialen: Formen der subjektiven Bewältigung eines Strukturkonfliktes*, Konstanz: Universitätsverlag.
- Hasler, Peter (2001): Working Poor und Sozialstaat: Meinungen und Forderungen des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes. In: *Soziale Sicherheit* Nr. 3, 130-131.
- Heizmann, Silvia (2003): "Ihretwegen bin ich invalide!" - Einige methodologische Reflexionen über die Grenzen verbaler Datengewinnung und Datenauswertung und der Versuch, aus dem Erkenntnispotential

- ethnopschoanalytischer Konzepte zu schöpfen, in: *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research [On-line Journal]*, 4(2). Verfügbar über: <http://www.qualitative-research.net/fqs-texte/2-03/2-03heizmann-d.htm>.
- Herkommer, Sebastian (Hg.) (1999): *Soziale Ausgrenzungen: Gesichter des neuen Kapitalismus*, Hamburg: VSA.
- Hildebrand, Bruno (1999): *Fallrekonstruktive Familienforschung: Anleitung für die Praxis*, Opladen: Leske + Budrich.
- Honegger, Claudia / Rhyhner, Marianne (Hg.) (1998): *Das Ende der Gemütlichkeit: strukturelles Unglück und mentales Leid in der Schweiz*, Zürich: Limmatverlag.
- Höpflinger, François / Wyss, Kurt (1994): *Am Rande des Sozialstaates: Formen und Funktionen öffentlicher Sozialhilfe im Vergleich*, Bern: Haupt.
- Kantonaler Sozialdienst Freiburg (1999): *Statistik der materiellen Hilfe 1999*, Freiburg.
- Kaser, Karl (1995): *Familie und Verwandtschaft auf dem Balkan: Analyse einer untergehenden Kultur*, Wien: Böhlau-Verlag.
- Kaufmann, Jean-Claude (1999): *Das verstehende Interview*, Konstanz: Universitätsverlag.
- Kenis, Patrick / Schneider, Volker (1991): Policy Networks and Policy Analysis, in: Bernd Marin / Renate Mayntz (Hg.): *Policy Networks: Empirical Evidence and Theoretical Considerations*, Frankfurt/Main: Campus, 25-59.
- Knöpfel, Carlo (2002): Interinstitutionelle Zusammenarbeit aus der Sicht der Sozialpolitik. In: *Soziale Sicherheit*, 6/2002, 5-15.
- Kraimer, Klaus / Hauptert, Bernhard (1993): Obdachlosigkeit und Erosion ländlicher Lebenswelten in der Schweiz: Eine qualitativ-methodische Studie, in: Hans Pfaffenberger / Karl-August Chassé (Hg.): *Armut im ländlichen Raum. Sozialpolitische und sozialpädagogische Perspektiven und Lösungsversuche*, Münster/Hamburg: Lit.
- Kronauer, Michael (1997): „Soziale Ausgrenzung“ und „Underclass“: über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung, in: *Leviathan*, 1, 28-49.
- Leibfried, Stephan et al. (1995): *Zeit der Armut: Lebensläufe im Sozialstaat*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Leisering, Lutz (1996): Zweidrittelgesellschaft oder Risikogesellschaft? Zur gesellschaftlichen Verortung der „neuen Armut“ in der Bundesrepublik

- Deutschland, in: Karl-Jürgen Bieback / Helga Milz (Hg.): *Neue Armut*, Frankfurt/Main, New York: Campus, Campus Verlag, 58-92
- Leu, Robert E. / Burri, Stefan / Priester, Tom (1997): *Lebensqualität und Armut in der Schweiz*. Bern: Haupt.
- Leu, Robert E. et. al. (2002): *Presseunterlagen zur Studie „Armut unter Erwerbstätigen in der Schweiz: eine Beurteilung alternativer wirtschaftspolitischer Lösungsansätze (herausgegeben vom Staatssekretariat für Wirtschaft seco)*, Bern.
- Levy, René et al. (1997): *Tous égaux? De la stratification aux représentants*, Zürich: Seismo.
- Liechti, Anna / Knöpfel, Carlo (1998): *Trotz Einkommen kein Auskommen – working poor in der Schweiz*. Luzern: Caritas.
- Locher, Anna / Knöpfel, Carlo (2000): *Sozialhilfe - eine konzertierte Aktion? Die institutionelle Zusammenarbeit im Spannungsfeld von Sozialbereich und Arbeitsmarkt*, Diskussionspapier der Caritas Schweiz, Luzern.
- Lorenzer, Alfred (1996): Tiefenhermeneutische Kulturanalyse, in: ders. (Hg.): *Kulturanalysen*, Frankfurt/Main: Fischer, 11-98.
- Ludwig, Monika (1992): Sozialhilfekarrieren: Über ein neues Konzept in der Armutforschung, in: *Neue Praxis*, Jg. 1992, Heft 2, 130-140.
- Ludwig, Monika / Leisering, Lutz / Buhr, Petra (1995): Armut verstehen: Betrachtungen vor dem Hintergrund der Bremer Langzeitstudie, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 1995, Heft 31/32, 24-34.
- Mächler, Thomas (1991): Genügen unsere heutigen Mittel und Instrumente für die Herausforderungen der 90er Jahre?, in: Caritas Schweiz (Hg.): *Existenzsicherndes Grundeinkommen: Tagungsbericht*, Luzern: Caritas-Verlag, 37-49.
- Mächler, Thomas et. al. (1994): *Selbsthilfe wirtschaftlich Schwacher*, Bern: Haupt.
- Mäder, Anne / Neff, Ursula (1988): *Vom Bittgang zum Recht: zur Garantie des sozialen Existenzminimums*, Bern: Haupt.
- Mäder, Ueli (1999): *Für eine solidarische Gesellschaft*, Zürich: Rotpunkt.
- Mäder, Ueli et al. (1991): *Armut im Kanton Basel-Stadt*. Basel: Social Strategies (Ed.: P. Trappe), Vol. 23.
- Marti, Michael (2003): Der Krisenherd, in: *Haushalt: Berichte aus der Kampfzone*, Folio der Neuen Zürcher Zeitung Nr. 2, 19.

- Merton, Robert K. (1957): Sozialstruktur und Anomie, in: Fritz Sack / René König (Hg.): *Kriminalsoziologie*, Frankfurt/Main: Akademische Verlagsgesellschaft, 283-313.
- Meuser, Michael; Nagel, Ulrike (1991): ExpertInneninterviews - vielfach erprobt, wenig bedacht: ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Detlef Garz / Klaus Kraimer (Hg.): *Qualitativ-empirische Sozialforschung*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 441-468.
- Oevermann, Ulrich (1991): Genetischer Strukturalismus und das sozialwissenschaftliche Problem der Erklärung der Entstehung des Neuen. In: Stefan Müller-Dohm (Hg.): *Jenseits der Utopie: Theoriekritik der Gegenwart*, Suhrkamp: Frankfurt/Main, 267-336.
- Oevermann, Ulrich (1993): Die objektive Hermeneutik als unverzichtbare Grundlage für die Analyse von Subjektivität: zugleich eine Kritik der Tiefenhermeneutik. In: Thomas Jung / Stefan Müller-Dohm (Hg.): *"Wirklichkeit" im Deutungsprozess: Verstehen und Methoden in den Kultur- und Sozialwissenschaften*, Suhrkamp: Frankfurt/Main, 106-189.
- Oevermann, Ulrich (1996): Theoretische Skizze einer revidierten Theorie professionalisierten Handelns, in: Arno Combe / Werner Helsper (Hg.): *Pädagogische Professionalität: Untersuchungen zum Typus pädagogischen Handelns*. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 70-182.
- Olk, Thomas / Riedmüller, Barbara (1994): Grenzen des Sozialversicherungsstaates oder grenzenloser Sozialversicherungsstaat?, in: Barbara Riedmüller / Thomas Olk (Hg.): *Grenzen des Sozialversicherungsstaates*, Westdeutscher Verlag: Opladen, 9-33.
- Perruchoud-Massy, Marie-Françoise (1991): *Die Armut im Wallis*, Sion: Département der Sozialdienste.
- Petritsch, Wolfgang et. al. (1999): *Kosovo, Kosova: Mythen, Daten, Fakten*, Klagenfurt: Wieser-Verlag.
- Riesman, David / Reuel, Denny / Glazer, Nathan (1977): *Die einsame Masse: eine Untersuchung der Wandlungen des amerikanischen Charakters*, Rowohlt: Reinbek.
- Rosenthal, Gabriele (2002): Biographische Forschung, in: Doris Schaeffer / Gabriele Müller-Mundt (Hg.): *Qualitative Gesundheits- und Pflegeforschung*, Göttingen, Toronto, Seattle: Hans Huber-Verlag, 133-148.
- Rossi, Martino (1991): Wäre ein existenzsicherndes Grundeinkommen finanzierbar?, in: Caritas 1991, 89-105.

- Rossi, Martino / Sartoris, Elena (1996): *Solidarität neu denken: wirtschaftliche Veränderungen, Krise der sozialen Sicherheit und Reformmodelle*, Seismo: Zürich.
- Ruder, Rosmarie (2001): Working Poor und Sozialhilfe, in: *Soziale Sicherheit* Nr. 3, 123-125.
- Schallberger, Peter (2003): *Identitätsbildung in Familie und Milieu: zwei mikrosoziologische Untersuchungen*, Frankfurt/Main und New York: Campus.
- Schmeiser, Martin (2003): *"Missratene" Söhne und Töchter: Verlaufsformen des intergenerationellen Abstiegs in Akademikerfamilien*, Konstanz: Universitäts-Verlag.
- Schütze, Fritz (1976): Zur Hervorlockung und Analyse von Erzählungen thematisch relevanter Geschichten im Rahmen soziologischer Feldforschung – dargestellt an einem Projekt zur Erforschung von kommunalen Machtstrukturen, in: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (Hg.): *Kommunikative Sozialforschung*, Reinbek: Rowohlt, 159–260.
- Schütze, Fritz (1982): Narrative Repräsentation kollektiver Schicksalsbetroffenheit, in: Eberhard Lämmert (Hg.): *Erzählforschung: ein Symposium*, Stuttgart: Metzler, 568–590.
- Schütze, Fritz (1983): Biographieforschung und narratives Interview, in: *Neue Praxis*, Jg. 13, 283–293.
- Schütze, Fritz (1996): Verlaufskurven des Erleidens als Forschungsgegenstand der interpretativen Soziologie. In: Heinz-Hermann Krüger; Winfried Marotzki (Hg.): *Erziehungswissenschaftliche Biographieforschung*, Opladen: Leske + Budrich.
- Schütze, Fritz (1996a): Organisationszwänge und hoheitsstaatliche Rahmenbedingungen im Sozialwesen: Ihre Auswirkungen auf die Paradoxien des professionellen Handelns, in: Combe, Arno / Helsper, Werner (Hg.): *Pädagogische Professionalität. Untersuchungen zum Typus pädagogischen Handelns*. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 183-275.
- Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (Hg.) (2000): *Richtlinien für die Ausgestaltung und Bemessung der Sozialhilfe*, Bern 2000.
- Schweizerischer Arbeitgeberverband (2002): *Arbeit und Armut: Position des Schweizerischen Arbeitgeberverbands*, Zürich.
- Service de l'aide sociale (1991): *Pauvreté dans la canton de Jura*, Delémont.
- Sommer, Jürg H. / Höpflinger, François (1989): *Wandel der Lebensformen und soziale Sicherheit in der Schweiz*, Grösch: Rüegger.

- Sommer, Jürg. H. / Schütz, Stefan (1996): *Wandel der Lebensformen und soziale Sicherheit*, Bern: Haupt.
- Soulet, Marc-Henry (1997): Les rapports entre solidarité publique et solidarités privées: vases communicants ou coopération conflictuelle?, in: Riccardo Petrell / Marc-Henri Soulet / Albert Longchamp (Hg.): *L'Etat démissionne? Place au privé! Les oeuvres d'entraide en question*, Luzern: Caritas, 28-46.
- Sozialhilfe der Stadt Basel (2002): *Jahresbericht 2001*, Basel: Sozialhilfe der Stadt Basel.
- Sozialamt Zürich (1995): *Sozialberichterstattung Neue Armut: Strategien und Massnahmen*, Zürich: Ed. Sozialpolitik.
- Strauss, Anselm L. (1994): *Grundlagen qualitativer Sozialforschung: Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen und soziologischen Forschung*, München: Fink.
- Streuli, Elisa / Bauer, Tobias (2001): Working poor in der Schweiz: eine Untersuchung zu Ausmass, Ursachen und Problemlage, in: *info:social* Nr. 5, Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Streuli, Elias / Bauer, Thomas (2002): *Working poor in der Schweiz: Konzepte, Ausmass und Problemlagen aufgrund der Daten der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung*, Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Suter, Christian (1998): Armutsforschung und Sozialpolitik in der Schweiz. In: Najib Harabi (Hg.): *Sozialpolitik in der Bewährung*, Bern: Haupt, 139-165.
- Tillmann, Robin (1996): Niedrige Einkommen, ungeschützte Arbeitsverhältnisse und Ausschluss vom Arbeitsmarkt: Entwicklung einiger Indikatoren der SAKE 1991-1995 in: *SAKE-News* Nr. 5, Bern: Bundesamt für Statistik.
- Ulrich, Werner / Binder, Johann (1992): *Armut im Kanton Bern: Bericht über die kantonale Armutsstudie (herausgegeben von der Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern)*: Bern.
- Ulrich, Werner / Binder, Johann (1992a): *Armut erforschen: Eine einkommens- und lebenslagenbezogene Untersuchung im Kanton Bern*. Zürich: Seismo.
- Vester, Michael et al. (2001): *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel: Zwischen Integration und Ausgrenzung*, Frankfurt/Main: Suhrkamp.

- Walter, Therese (1999): *Erfahrene Armut in Familien: Befragte als Experten der eigenen Situation - eine qualitative Befragung in der Stadt Uster*, Zürich: edition cultur prospectiv.
- Weber, Max (1980): *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie*, Tübingen: Mohr.
- Weber, Max (1985): Die drei reinen Typen der legitimen Herrschaft, in: ders.: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, Tübingen: Mohr, 475-488.
- Welter-Enderlin, Rosmarie / Hildenbrand, Bruno (1999): *Systemische Therapie als Begegnung*, Stuttgart: Klett-Cotta.
- Wernet, Andreas (2000): *Einführung in die Interpretationstechnik der Objektiven Hermeneutik*, Opladen: Leske + Budrich.
- Witzel, Andreas (2000): Das problemzentrierte Interview. In: *Forum qualitative Sozialforschung / Forum Qualitative Research (Online-Journal)*, 1. Abrufbar: <http://www.qualitative-research.net/fqs>
- Wyss, Kurt / Knapfer, Caroline (2003): *Existenzsicherung im Föderalismus der Schweiz*, Bern: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe.
- Wohlrab-Sahr, Monika (1992): *Biographische Unsicherheit - Formen weiblicher Identität in der "reflexiven Moderne": Das Beispiel der Zeitarbeiterinnen*, Opladen: Leske + Budrich.
- Zürcher, Boris A. / de Coulon, Augustin (2000): Schlecht bezahlt – für immer? Eine Untersuchung zum Niedriglohnereich der Schweiz, in: *Neue Zürcher Zeitung vom 6. 5. 2000*, Nr. 105.

Tobias Bauer, Silvia Strub, Heidi Stutz

Familien, Geld und Politik

Von den Anforderungen an eine kohärente Familienpolitik zu einem familienpolitischen Dreisäulenmodell für die Schweiz

243 Seiten/br. (2004) ISBN 3-7253-0761-X
Fr. 46.– / EUR 29.40 (D)

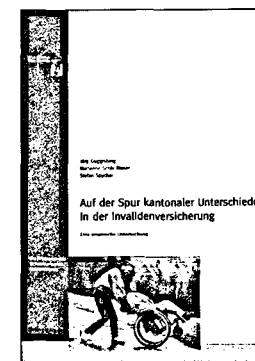


Jürg Guggisberg, Marianne Schär Moser, Stefan Spycher

Auf der Spur kantonaler Unterschiede in der Invalidenversicherung

Eine empirische Untersuchung

172 Seiten/br. (2004) ISBN 3-7253-0766-0
Fr. 36.– / EUR 23.– (D)

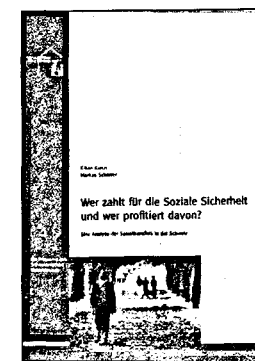


Kilian Künzi, Markus Schärner

Wer zahlt für die Soziale Sicherheit und wer profitiert davon?

Eine Analyse der Sozialtransfers in der Schweiz

236 Seiten/br. (2004) ISBN 3-7253-0778-4
Fr. 45.– / EUR 28.80 (D)



Verlag Rüegger • Zürich / Chur

www.rueggerverlag.ch – info@rueggerverlag.ch